

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

20. Sitzung 4. Wahlperiode

Donnerstag, 11. September 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt Heike Polzin, SPD)13)16)17)19
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann 10 Andreas Bluhm, PDS)16)17)19
Andreas Bluhm, PDS)17)19
)19
Tradestande Distell Kelly, Civil	
- Drucksache 4/756	122
Peter Ritter, PDS 1003	
Minister Dr. Otto Ebnet	
Antropy day Froiting day CDU.	
Antrag der Fraktion der CDU: Sofortmaßnahmen zur Lehrstellensituation 2003	
Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: – Drucksache 4/729 –	
im Bereich des Ressorts Soziales	
- Drucksache 4/736	
Torsten Koplin, PDS	
Ministerin Dr. Marianne Linke	
Harry Glawe, CDU	
Jörg Heydorn, SPD	
Gerd Walther, PDS	
Beschluss	135
Antrag der Fraktion der CDU: Antrag der Fraktion der CDU:	
Antrag der Fraktion der CDU: Unterrichtsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern - Drucksache 4/727	136
Eckhardt Rehberg, CDU	

Minister Erwin Sellering 1038, 1040, 1041	Minister Dr. Otto Ebnet
Dr. Armin Jäger, CDU 1040, 1041, 1045, 1046	Reinhardt Thomas, CDU 1067
Holger Friedrich, SPD 1041	Alexa Wien, PDS 1072
Bernd Schubert, CDU 1041, 1043	Persönliche Bemerkung des
Angelika Voland, SPD 1043	Abgeordneten Torsten Renz, CDU, gemäß § 88 GO LT 1074
Heinz Müller, SPD 1043, 1045, 1046	Beschluss 1075, 1075
Gabriele Schulz, PDS 1046	Erklärung zur Abstimmung des
Beschluss 1048	Abgeordneten Lorenz Caffier, CDU, gemäß § 97 GO LT 1075
Antrag der Fraktion der CDU: Finanzzuweisungen des Bundes im Kulturbereich – Drucksache 4/730 –	Antrag der Fraktion der CDU: Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann 1049	- Drucksache 4/731 1075
Karin Schmidt, PDS	Vincent Kokert, CDU
Frank Ronald Lohse, SPD 1051	Hans-Heinrich Jarchow, SPD
Beschluss	Regine Lück, PDS
1002	Renate Holznagel, CDU
Antrag der Fraktion der CDU: Ausbildungsplatzsituation im Pflege- bereich nach dem In-Kraft-Treten des Bundes-Altenpflegegesetzes	Antrag der Fraktion der CDU: Wiedereinführung der uneingeschränkten
- Drucksache 4/732	Residenzpflicht und des Sachkostenprinzips für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern
Bernd Schubert, CDU	- Drucksache 4/733 1080
Ministerin Dr. Marianne Linke	Dr. Armin Jäger, CDU
Torsten Renz, CDU	Minister Dr. Cottfried Timm 1093, 1095, 1099
Jörg Heydorn, SPD	Minister Dr. Gottfried Timm 1083, 1085, 1088 Reinhardt Thomas, CDU
Torsten Koplin, PDS	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD 1089, 1093
Beschiuss	Gerd Walther, PDS
	Jörg Heydorn, SPD
	Holger Friedrich, SPD
Antrag der Fraktion der CDU: Novellierung der Verordnung über Anlagen seewärts der Begrenzung des deutschen Küstenmeeres (Seeanlagenverordnung) – Drucksache 4/726 –	Beschluss
Dr. Henning von Storch, CDU 1060, 1073	Nächste Sitzung
Volker Schlotmann, SPD 1061, 1074	Mittwoch, 8. Oktober 2003 1095

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 20. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/756 vor.

Fragestunde

- Drucksache 4/756 -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers, hierzu die **Fragen 1 und 2** des Abgeordneten Peter Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Minister, gestatten Sie, dass ich beide Fragen im Zusammenhang stelle.

- Presseberichten zufolge will die "Telegate"-AG die im April dieses Jahres eingeführte Kurzarbeit an den Standorten Stralsund und Güstrow zum 1. Oktober beenden. Von einer Verlängerung der Kurzarbeit sollen die Standorte Greifswald, Neubrandenburg, Anklam und Wismar betroffen sein. Sind der Landesregierung die Gründe und Zielstellung dieser Entscheidung bekannt?
- 2. Welche Möglichkeiten hat die Landesregierung genutzt, um dem Unternehmen "Telegate"-AG bei der Sicherung von rund 1.800 Arbeitsplätzen zu helfen?

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Abgeordneter Ritter, der wesentliche Grund, der von Telegate genannt wurde für die geringeren Auskunftszahlen, die angefallen sind und die zu den Konsequenzen geführt haben, war die kostenlose Internetauskunft, die die Telekom AG anbietet. Das war der wesentliche Grund. Hier ist die Landesregierung tätig geworden. Ich habe mich schon im Herbst 2001 an die Bundesregierung gewandt. Damals war die Auskunft die, dass dieses kein Gegenstand der Preisregulierung, der Regulierungsbehörde sei, sondern in den Zuständigkeitsbereich beim Bundeskartellamt falle. Es gibt inzwischen auch Verfahren beim Bundeskartellamt und anhängige Entscheidungen. Diese gilt es natürlich abzuwarten. In der Zwischenzeit ist aber der Referentenentwurf zum Telekommunikationsgesetz erstellt worden und der begründet zumindest eine Zuständigkeit der Regulierungsbehörde, so dass hier die Regulierungsbehörde auch in Zukunft einsteigen kann. Jetzt bleibt abzuwarten, wie sich dann die ganze Sache vom Verfahren her auf der einen Seite und von der Gesetzgebung her auf der anderen Seite entwickelt. Die Intervention hat auf jeden Fall schon mal gewirkt.

Aber darüber hinaus hat die Telegate noch zwei weitere Problemfälle an die Landesregierung herangetragen, nämlich das Mahnverfahren und das Forderungsmanagement, das ja deshalb ein Problem ist, weil die Rechnungen von der Telekom verschickt werden, aber wenn es dann um das Einziehen und das Mahnverfahren bei den säumigen Schuldnern geht, die Telekom sich für nicht zuständig erklärt und neben der Telekom zum Beispiel Telegate ihre eigenen Minimalbeträge einziehen soll. Und das ist natürlich eine ganz schwierige Sache. Dies ist im Moment Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens im Bundesrat. Das Bundesratsverfahren wird Oktober/November

stattfinden. Wir haben diesen Gesichtspunkt eingebracht, auch im Sinne von Telegate, und ich hoffe, dass wir uns dann durchsetzen können und hier eine Lösung erreichen.

Der dritte Punkt, der für Telegate wichtig ist für die Sicherung der Beschäftigung, ist die Auskunftserteilung über Namen und Daten von Teilnehmern. Das heißt also, nicht die Telefonnummer wird gefragt, sondern man hat eine Telefonnummer und will dann wissen, wer steckt dahinter, wer ist diese Person. Auch das ist im Gesetzgebungsverfahren. Bisher wurden datenschutzrechtliche Gründe hier geltend gemacht. Ich meine, dass sich diese Bedenken ausräumen lassen und wir dann hier zu einer Lösung kommen, die auch den Interessen von Telegate entspricht. Unterstützend könnte dabei wirken, dass auch die Telekom dieses möglicherweise als Geschäftsfeld entdecken könnte und von daher noch Unterstützung kommt.

Sie merken, es gab eine ganze Menge Aktivitäten. Ich habe zuletzt mit Herrn Dr. Albath von Telegate gesprochen, das war Anfang August. Das vorletzte Mal war ein intensiveres Gespräch, es war genau am 18.07., und da war auch der Betriebsrat dabei. Wir haben also versucht, die Probleme herauszuarbeiten, und Telegate zugesagt, dass wir uns für die Interessen von Telegate einsetzen werden.

Peter Ritter, PDS: Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Evaluation der Beratungslandschaft im Bereich des Ressorts Soziales, auf Drucksache 4/736.

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD: Evaluation der Beratungslandschaft im Bereich des Ressorts Soziales – Drucksache 4/736 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Koplin von der PDS-Fraktion.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das alltägliche Leben – wem sage ich das in diesem Hause – ist sehr facettenreich und die Fähigkeiten und Leistungen eines jeden Menschen haben ungleiche Gewichte in der Waagschale des Lebens. Sie gleichen nicht dem Bild von Läufern in einem Stadion, die beim Startschuss auf gleicher Höhe in sauber getrennten Bahnen losstürmen. Die Lebenschancen sind in beträchtlichem Maße hierarchisch verteilt. Die Läufer rennen auf verschiedenen Stockwerken und erhalten bei gleicher Energie und Willenskraft ganz unterschiedliche Preise. Und so kommt es, dass die einen vermögend und die anderen mittellos sind, die einen im Lichte stehen und die anderen im Dunkeln, wie Brecht sagt, die einen arm und die anderen reich sind.

Ich behaupte, die Armut der Gegenwart unterscheidet sich von der aller früheren Jahrhunderte. Anders als zuvor ist die Armut nicht Folge einer natürlichen Knappheit, sondern von Prioritäten, die die Reichen dem Rest der Welt aufgezwungen haben. Folglich finden die heutigen Armen auch kein Mitleid, außer bei Einzelnen. Und ich behaupte weiter, die Konsumwirtschaft der Gegenwart hat die erste Kultur hervorgebracht, die sich durch einen Bettler oder durch einen Obdachlosen an nichts erinnert fühlt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Menschen, die in sozialer Not sind, benötigen Hilfen. Menschen, die durch Fehlentscheidungen, welcher Art auch immer, aus der Bahn geworfen sind, brauchen Halt. Menschen, die unvermittelt einsam und allein sind, brauchen mitfühlende Nähe. Menschen, deren Vermögen, warum auch immer, verfallen ist, brauchen jemanden, der den Ausweg weist, der zeigt, dass das Leben lebenswert weitergeht. Deshalb und nur deshalb gibt es eine Beratungs- und Betreuungsstruktur, die wir als ein Juwel des Landes betrachten sollten. Sie besteht nicht aus Mildtätigkeit, sondern aus verfassungsrechtlichen Geboten den Menschen gegenüber. Und wir haben dieses Juwel ebenfalls wieder in den verschiedenen Facetten, die Familienberatungsstellen, die Sucht- und Drogenberatungsstellen, die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung, Schuldnerberatung, die sozialraumorientierten Angebote, die Schul- und Jugendsozialberatung und vieles andere mehr. Sie, wie weitere Beratungsleistungen auch, sollten wie ein Juwel behandelt werden.

Evaluation heißt Bewertung. Eine solche Bewertung verbinden wir seitens der Einbringer von PDS und SPD mit konkreten Zielen. Wir wollen bedarfsgerechte und treffsichere Hilfen gewährleisten. Wir wollen rechtzeitige und fachgerechte Unterstützungsleistungen sichern. Wir wollen die Potentiale der Beratungs- und Betreuungsleistungen qualitativ besser zum Tragen bringen und dies unter anderem durch Vernetzung tun. Nicht zuletzt wollen wir Planungssicherheit für die Träger von Beratungs- und Betreuungsleistungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dass wir eine verbesserte wirtschaftliche Effizienz in der Beratungs- und Betreuungsstruktur benötigen, ist selbstverständlich. Aber ich habe sie ausdrücklich nicht vornan gestellt. Beratungsund Betreuungsleistungen können nicht betriebswirtschaftlich, sondern nur volkswirtschaftlich betrachtet werden. Ich möchte das an einem Beispiel einer Schuldnerberatungsstelle verdeutlichen. Es ist eine Was-wäre-wenn-Betrachtung. Das Fallbeispiel rührt aus dem Juni dieses Jahres. Eine Person hatte eine Ladung zum Strafantritt in Bützow wegen einer Gesamtgeldstrafe von 823,18 Euro bekommen beziehungsweise eine 46-Tage-Restersatzfreiheitsstrafe angedroht bekommen. In der Vergangenheit hatte diese Person mehrmals ein Zahlungsversprechen gegenüber der Staatsanwaltschaft nicht eingehalten, so dass ihm keine Zahlungserleichterung in Form von Ratenzahlung mehr gewährt werden sollte. Aufgrund eines Arbeitsunfalls war er mehrere Wochen krankgeschrieben und stand kurz vor der Gesundschreibung und damit der erneuten Arbeitsaufnahme. Durch die Kontaktaufnahme und Intervention des Schuldnerberaters mit der Staatsanwaltschaft Schwerin konnte in letzter Minute ein Haftantritt und damit verbundener Arbeitsplatzverlust verhindert werden. Letztmalig wurde eine Ratenzahlung von 70 Euro monatlich gewährt, die über die Beratungsstelle abgewickelt und kontrolliert wird. Damit wurden nach vorsichtigen Betrachtungen Folgekosten in Höhe von 16.400 Euro für die Allgemeinheit verhindert.

Wie komme ich auf diese Zahlen? Die Gesamtgeldstrafe blieb ja aufrechterhalten in Höhe von 823,18 Euro. Die Haftunterbringung für diese 46 Tage hätte 3.450 Euro gekostet, der sozialhilferechtliche Mindestbedarf, der aufgrund der Folgen dieser Situation entstanden wäre, hätte sich auf 8.715 Euro belaufen und die Sozialversicherungsbeiträge sowie Lohnsteuerausfälle wären auch noch in Betracht zu ziehen gewesen. Wenn man bedenkt, dass

das nur ein und nicht unrepräsentativer Fall ist und allein eine Beraterin beziehungsweise ein Berater im Jahr 80 bis 100 derartige Fälle behandelt, merkt man, wie viel volkswirtschaftliches Potential hier in einer solchen Beratungsstelle erbracht wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Beispiel weist darauf hin, wie irrig die Annahme ist, dass sich soziale Sicherungssysteme "rechnen müssen". Es gibt in unserer Gesellschaft viele Aufgaben, die ausschließlich beziehungsweise überwiegend Kosten verursachen. Ich denke an die Feuerwehr, das Theater, den Justizvollzug. Sogar der Landtag verursacht nur Kosten. Er wird sich niemals rechnen, aber es zahlt sich aus, dass es sie gibt. In diesem Sinne: Die Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern müssen sich nicht rechnen, sondern sie sollen sich auszahlen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben seit 1989 grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erfahren und bewältigt. Der Einzelne ist heute in jeder Hinsicht selbst verantwortlich für seine Entscheidungen und hat die Konsequenzen seines Handelns zu tragen. Wir leben in einem Staat, der auch Fürsorgeleistungen nicht von selbst, sondern nur nach einem Impuls, das heißt auf Antrag gewährt. Dies geht in vielen Bereichen nach hochkomplizierten, ausgefeilten und, wie ich weiß, nach jahrelang von ehrgeizigen Beamtinnen und Beamten ausgefeilten Kriterien.

Aber nicht nur beim Umgang mit Behörden, sondern auch in anderen Bereichen hat der Einzelne ständig neue und oft gesteigerte Anforderungen in meist immer kürzerer Zeit zu bewältigen. Arbeit, Familie, Bildung, Freizeit, Kindererziehung sind derartige Bereiche. Es gibt Menschen, die das spielend bewältigen, es gibt aber eben auch Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die gerade in Konflikt- und Krisensituationen allein keine Lösung finden. Beratung ist insofern eine wesentliche Säule der sozialen Infrastruktur unseres Staates. Sie bietet Hilfen und Unterstützung bei Entscheidungs- und Handlungssituationen in einer Vielzahl von Problemen.

In Mecklenburg-Vorpommern ist mit Unterstützung der Landesregierung in den vergangenen Jahren ein umfassendes und vielfältiges Angebot von Beratungsstellen aufgebaut und in seiner Arbeit bestätigt worden. Die Landesregierung, die Städte und Gemeinden, Vereine, Verbände und Organisationen sowie nicht zuletzt zahllose ehrenamtlich Tätige nehmen sich der Probleme von Menschen an, geben Rat, leisten Unterstützung. Trotz der mit rückläufigen Steuereinnahmen verbundenen Sparzwänge der Landesregierung ist es gelungen, ein funktionsfähiges Netz von Beratungsstellen im Land weiterhin aufrechtzuerhalten. Allein in den Bereichen Schuldner- und Verbrau-

cherinsolvenzberatung, Schwangerschafts-, Schwangerschaftskonfliktberatung, bei der integrativen Familienberatung, bei der Sucht-, Drogen-, Aidshilfe, bei der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie im Bereich der allgemeinen sozialen Beratung stellt das Sozialministerium im Jahr 2003 Fördermittel in Höhe von 6,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Auch in Zukunft wollen wir unsere Anstrengungen fortsetzen. Mit dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf ist eine Steigerung von rund sechs Prozent bei der Bekämpfung von Drogen, Sucht und Aids im Vergleich zum Haushalt 2003 vorgesehen. Die Zuschüsse an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege können ebenso auf unverändertem Niveau gehalten werden wie diejenigen der Schuldnerinsolvenzberatung.

Ich stimme den Antragstellern ausdrücklich zu, wenn sie auf eine verbesserte Effektivität und Effizienz der Beratung hinweisen. Ausgangspunkt ist dabei natürlich eine nüchterne Analyse des Ist-Bestandes der Beratungsstellen. Historisch gewachsene Strukturen dürfen nicht einfach so fortgeführt werden, sondern müssen stets auf ihre Sinnhaftigkeit, auf ihre Ergebnisorientiertheit überprüft werden. Immer wieder ist kritisch zu hinterfragen, welche rechtlichen Verpflichtungen für wen bestehen.

Im Sommer 2003 habe ich deshalb mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände und Mitarbeitern meines Hauses eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Bedarf an Betreuungs- und Beratungsstellen erfassen, bestehende Strukturen kritisch bewerten und konzeptionelle Vorschläge für Veränderungen in der Beratungslandschaft erarbeiten sollen. In die Untersuchungen sollen die Kernbereiche der Beratung wie Sucht, Drogen, Sozialberatung für Schuldner, die allgemeine soziale Beratung, die Familienberatung sowie die Beratung von Migrantinnen und Migranten einbezogen werden.

Bereits vorhandene Erhebungen und Untersuchungen weisen durchaus auf regionale Disproportionen und qualitative Unterschiede bei den vorhandenen Beratungsstellen unseres Landes hin. Das hat Berücksichtigung zu finden in der Analyse. Man muss zudem die Eigenarten der jeweiligen Beratung berücksichtigen. Beispielhaft ist hier die Entwicklung im Bereich der Sucht-, Drogen- und Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie besitzen inzwischen Angebote mit differenziert beschriebenen Aufgabenbereichen, deren Erfüllung anhand einer bundesweiten Dokumentation der Patientendaten kontrolliert werden. Diese Daten stehen sowohl dem Land als auch dem Bund zur Verfügung. Wir werten sie gegenwärtig aus und werden sie noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit präsentieren.

Konkrete Ansätze zu einer Evaluation sind im Bereich der Schuldner- und Insolvenzberatung auch bereits erarbeitet worden. Dabei soll unter anderem auf soziale Parameter künftig eingegangen werden, Parameter wie Arbeitslosenquote der betroffenen Landkreise, die dort vorhandene Langzeitarbeitslosigkeit, die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die Zahl der neuen Fälle. Aber es soll eben auch die Anzahl der abgeschlossenen Fälle betrachtet werden. Also es soll auch eine Ergebniskontrolle hierbei eine Rolle spielen. Anhand dieser Daten werden wir dann über die gerechte Befriedigung von Bedarfen sprechen müssen. Direkte Steuerungsmöglichkeiten, wie sie zum Teil auch gewünscht werden, etwa nach Art eines Landesberatungsplanes, stehen uns allerdings nicht zur Verfügung.

Ich möchte ausdrücklich betonen, die Kommunen haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches bei der Durchführung von Sozialaufgaben das Recht der kommunalen Selbstverwaltung wahrzunehmen. Das Gebot der Pluralität der Angebote und die Autonomie der Träger der Freien Wohlfahrtspflege sind hierbei zu berücksichtigen. Die Neugestaltung der Beratungslandschaft wird deshalb ein fortlaufender Prozess bleiben. Als Sozialministerin will ich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, mit den Vertretern der Träger, der Kommunen gemeinsam diesen Prozess gestalten. Der Antrag der Fraktionen der PDS und SPD bestärkt mich in dieser Herangehensweise und ich begrüße deshalb diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Evaluation der Beratungslandschaft im Bereich des Ressorts Soziales, Frau Ministerin, ich bin schon ein wenig erstaunt, dass Sie diesen Antrag begrüßen, obwohl Sie vorher erklären, dass Sie vor einem halben Jahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt haben, dass Sie mit der Wohlfahrt zusammenarbeiten, über Kriterien sich einen Kopf gemacht haben und machen und dann hier Dinge vortragen, wie Fragen von Schwangerschaftsberatung, Sucht-, Drogen- und Schuldnerberatung, allgemeine soziale Beratung, die Frage der Förderung der Wohlfahrtsverbände. Ich meine, dieser Antrag wäre entbehrlich gewesen. Er betrifft nämlich absolutes Regierungshandeln.

Und wenn ich mich daran erinnere, Frau Ministerin, vor gut einem Jahr war Ihre erste Presseerklärung, sich dieser Beratungslandschaft zuzuwenden und sozusagen ein besonderes Augenmerk darauf zu legen. Wenn ich mir jetzt ansehe, dass Sie im Haushalt einen Doppelhaushalt eingebracht haben, den Sie uns gerade vorgelegt haben, und jetzt wollen Sie sozusagen an diesen Eckwerten schon wieder herummanipulieren und sagen, jetzt müssen wir mal etwas Neues machen mit der Wohlfahrt und die Kommunen wären die Schlimmen,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

also das kann ja wohl überhaupt nicht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir alleine kürzen die Zuweisungen für die Kommunen um 200 Millionen und sagen dann, also wenn ihr nicht wollt, liebe Kommunen, dann können wir auch nicht mehr fördern. Das kann ja nicht die Botschaft sein! Ich meine, das ist hier wieder wie gestern ein Auftrag der Koalitionäre an die Regierung, sozusagen zum Arbeiten zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das, denke ich mal, geht doch hier in diesem Hohen Hause nicht so weiter.

(Reinhard Dankert, SPD: Das werden wir nicht mehr mitmachen.)

Was mich am meisten irritiert, Frau Ministerin, ist, dass Sie das noch gutheißen. Das ist ja hochinteressant. Ich meine schon, dass in dieser Frage Koalition und Regierung besser zusammenarbeiten sollten und in einigen Nachtarbeitsstunden dann auch diese Dinge voranbringen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

um die Beratungslandschaft im Land Mecklenburg-Vorpommern auf gesicherte finanzielle Füße zu stellen, dass auch diejenigen, die Beratung anbieten, sich sicher fühlen können, dass die nächsten Jahre auch gefördert werden. Denn nichts ist schlimmer als Unsicherheit in diesem Bereich. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Eins noch: Diesen Antrag können wir so nicht mittragen. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass knappe finanzielle Kassen einen effizienten Mitteleinsatz erforderlich machen.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Das, denke ich mal, ist in diesem Hause unstrittig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Sozialpolitiker, und zwar die Sozialpolitiker aller Fraktionen, befinden sich in folgendem Dilemma: Auf der einen Seite gibt es immer eine Fraktion, die sagt, es ist viel zu wenig Geld im System, viel zu wenig, das muss deutlich mehr werden, und das, was wir immer machen, ist vollkommen unterfinanziert. Auf der anderen Seite gibt es eine Fraktion, die sagt, das stimmt ja alles nicht. Wenn man sich das so ansieht, dann gibt es Doppelstrukturen, es werden manche Dinge dreifach finanziert. Das Ganze muss nur effektiviert werden und dann kann man in diesem System sogar noch sparen. Nun sind wir in der Situation und müssen hier Entscheidungen treffen. Ich finde, um hier sachgerechte Entscheidungen zu treffen, muss man Daten und Fakten auf dem Tisch liegen haben, die dieses System objektiv untersucht haben und die dieses System objektiv beurteilen und aufzeigen, wo hier gegebenenfalls Doppelstrukturen vorliegen, wo Mittel zu knapp bemessen sind und wo gegebenenfalls Beratungsgeschichten überhaupt nicht notwendig sind. Das sind Dinge, die wir uns als SPD-Fraktion von diesem Antrag versprechen. Ich bitte Sie deswegen, hier dem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Walther.

Gerd Walther, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste, heute aus dem Gymnasium Crivitz! Evaluation der Beratungslandschaft, für die meisten Leute im Land klingt diese Überschrift unverständlich, unverständlich wahrscheinlich auch für Herrn Glawe, ansonsten hätte er eben nicht so viel durcheinander gehauen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb möchte ich darauf eingehen, mit welcher Maßgabe wir die Analyse der Betreuungs- und Beratungslandschaft anstreben und welche Maßgaben wir als PDS für die künftigen Beratungsdienste setzen.

Zunächst muss ich vorwegschicken: Wir wissen, dass dieser Bereich absolut sensibel ist.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Schließlich trifft es den Löwenanteil der Beratungs- und Betreuungsstellen und zum besseren Verständnis möchte ich noch einmal einige der Dienste aufzählen. Es sind die Sucht- und Drogenberatung, die Aidsberatung, Schwangerschaftsberatung, Schwangerschaftsberatung, Schwangerschaftsberatung, Schwangerschaftsberatung, Schuldnerund Insolvenzberatung, Männerberatung, Schuldnerund Insolvenzberatung, sozialraumorientierte Angebote, Täter-Opfer-Ausgleich, soziale Trainingskurse, psychiatrische Betreuung, Betreuung ausländischer EinwohnerInnen, Hilfen für Behinderte, Beratungszentren für Verbraucherschutz, Fortbildungsangebote, Jugend- und Schulsozialberatung und es kommen noch etliche hinzu.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sprach von der Sensibilität dieses Themas. Sie ist aus zweierlei Sicht besonders zu betonen, zum einen, weil die Inanspruchnahme zeitlich oft mit einer drohenden Verschlechterung der sozialen und gesundheitlichen Situation der Menschen einhergeht und weil die Beschäftigungseffekte für die Ausgestaltung der Angebote nicht zu unterschätzen ist. Gerade deshalb setzen wir auf eine besonnene Evaluierung.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wir wollen nicht an jedem Tag eine neue Sau durchs Dorf treiben, man erfährt ja fast täglich auf Bundesebene,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wie es nicht sein soll. Nein, wir wollen eine Neustrukturierung, Herr Glawe, die transparent ist,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

die Qualität in Betreuung und Beratung gewährleistet, die Zweigleisigkeiten und Überschneidungen vermeidet, die flächendeckend ist und trotzdem benachteiligte Räume und Regionen nicht aus dem Auge verliert. Ich denke da etwa an besonders dünn besiedelte Regionen, in denen eben nicht nur der Einwohnerschlüssel der Struktur zugrunde gelegt werden darf. Und diese gesamte Struktur wollen wir im Kontext betrachten

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und erst nach einem Gesamtansatz in die Diskussion bringen.

Eines ist uns dabei wichtig: Wir wollen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Das heißt, man kann Strukturen nicht alle Jahre wieder neu zur Disposition stellen. Deshalb wollen wir auch im Sinne der zu Betreuenden und der Beschäftigten vor Ort Sicherheiten einbeziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Und zu diesen Sicherheiten gehört zweifelsohne auch die Finanzausstattung, Herr Glawe.

Bei der Evaluierung wird zu hinterfragen sein, ob die oft gießkannenmäßig angebrachten Kürzungen der Vergangenheit der Vielfalt der Beratungslandschaft geschadet haben. Wenn wir ein effektives Netz anstreben, bedarf dies dann aber auch einer Mindestfinanzausstattung. Wie hoch diese sein wird, steht heute nicht zur Debatte. Sie sollte vielmehr das Schlusslicht der Neustrukturierungsgespräche darstellen.

Wir haben in den letzten Jahren manchmal sehr schmerzhafte Kürzungen mit veranlasst und wissen, wie wir oft um relativ kleine Beträge gemeinsam im Sozialausschuss gekämpft haben. Ich erinnere mich da beispielsweise an die Nachtragsverhandlungen zum Haushalt 2003. Bei aller Anerkennung von Haushaltssituationen muss auch eines klar sein: Die Evaluierung wird Maßstäbe setzen und aufzeigen, wo Schmerzgrenzen sind. Und ich gehe davon aus, dass wir in einigen Bereichen die Schmerzgrenzen erreicht haben. Diese festzustellenden Schmerzgrenzen müssen dann allerdings auch von allen respektiert werden. Ich sprach von der Verlässlichkeit. Deshalb bitte ich auch darum, dass mit dem Ansatz einer Evaluierung nicht das Verständnis einhergeht, Kosten in Größenordnungen sparen zu können. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Walther.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/736. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Drucksache 4/736 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Unterrichtungsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/727.

Antrag der Fraktion der CDU: Unterrichtungsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/727 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! "Mit dem neuen Schulgesetz, der berufsvorbereitenden Regionalschule, der Wiedereinführung des 12-Jahres-Abiturs und einer soliden Schulnetzplanung haben wir in der letzten Legislaturperiode die Weichen für die Zukunft gestellt."

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja?)

Und weiter mit dem Zitat: "Das war mit Umstellungen und sicher auch mit Unruhe verbunden. Aber jetzt treten wir in die Phase ein, in der diese Reformen in Ruhe umgesetzt werden sollen." – so der Ministerpräsident dieses Landes am 11. Dezember 2002 in seiner Regierungserklärung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Die Chronik der Situation im Bereich der schulischen Bildung beginnt – ich kann nur das letzte halbe Jahr Revue passieren lassen – damit, dass im Mai 2003 bekannt wird, dass ein Entwurf für eine Änderungsverordnung für die Verordnung zur Unterrichtsversorgung erstellt wurde und dass hier die Klassengrößen für Förderschulklassen erheblich vergrößert werden. Grund dafür sollten angeblich die gestiegenen Schülerzahlen in den Förderschulen sein. Dann kommt noch dazu, und wir wollen ja Ruhe haben, wir wollen in die Zukunft schauen, dass Referendare nur noch zum Halbjahr eingestellt werden. Alle Bewerber – wenn Sie sich das Schreiben, ich habe es hier schon mal zitiert, einmal angucken – bekommen ein Ablehnungsschreiben. Das heißt für mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Art und Weise, wie dieses Schreiben verfasst wurde, und mit diesem Signal, Herr Minister Metelmann, dass ein kompletter Jahrgang an Hochschulabsolventen damit aus dem Land getrieben wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zum gleichen Zeitpunkt rollt eine Protestwelle von Eltern, Schülern und Lehrern mit Demonstrationen gegen die Sparpläne an. Die SPD sagt eine uneingeschränkte Rücknahme zu, der Minister spricht dagegen von einem neuen Förderkonzept. Meine Damen und Herren, was gilt denn nun? Kurz darauf der nächste Federstrich – oder soll ich eher sagen Schurkenstreich – in der Bildungspolitik: Die Regierung setzt die generelle Unterrichtsversorgung auf 97 Prozent herunter! Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder weiß, um eine 100-prozentige landläufige Unterrichtsversorgung zu erreichen, brauche ich eine rechnerische 104-prozentige!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das heißt: Sie liegen sieben Prozent darunter, um den Unterricht an den Schulen sicherzustellen! Und wo wird gekürzt? Der Minister sagt, wir wollen die Kernfächer, die Kernkompetenzen stärken.

(Angelika Gramkow, PDS: Recht hat er!)

Herr Minister, Sie nehmen eine Stunde im Wahlpflichtbereich, im Förderbereich weg, aber Sie geben nichts für die Fächer Mathe, Deutsch und bei Fremdsprachen dazu. Wenn ich etwas stärken will, dann muss auch ich etwas dazu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie nehmen nur etwas an einer Stelle weg! Damit stärke ich nicht! Schulprofilierung und Schulprogrammarbeit wird in vielen Fällen fast unmöglich gemacht. Übrigens hat dieses Streichen im Wahlpflichtbereich im Sekundarbereich I nachher noch Folgen bei der Unterrichtsversorgung, bei den Arbeitsverträgen mit den Lehrern. Am 26. Juni, auf Antrag der CDU, werden die Kürzungsvorschläge des Bildungsministers zurückgenommen. 92 Lehrerstellen im Förderschulbereich werden im Haushalt 2003/2004 durch eine globale Minderausgabe nahezu aller Ministerien finanziert. Die Pläne fürs nächste Jahr sind unklar.

Meine Damen und Herren, dieser Antrag hatte noch einen zweiten Teil, den haben Sie von SPD und PDS abgelehnt,

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

und zwar haben Sie unseren Änderungsantrag zur 100prozentigen Unterrichtsversorgung abgelehnt. Wir sind finanzpolitische Realisten, wir haben dort nicht 104 Prozent reingeschrieben, sondern erst mal 100 Prozent, um die ärgsten Mängel an den Schulen zu lindern. Und jetzt? Die Presseverlautbarungen der letzten Tage gehen in eine ganz andere Richtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Halbwertszeit von Glaubwürdigkeit Ihrer Politik ist in diesem Land überhaupt noch gegeben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Am 26. Juni lehnen Sie diesen Antrag ab und dann beginnt das neue Schuljahr. Die Reduzierung der Unterrichtsversorgung führt zu einem totalen Organisationschaos

Herr Minister Metelmann, ich nehme mir mal die Freiheit, aus einem Brief zu zitieren, der von der Elternvertretung eines Gymnasiums in Torgelow kommt. Das sind ja diejenigen, die den Mut noch haben können, denn die Lehrer schweigen ja oftmals aus bekannten Gründen,

(Torsten Renz, CDU: Richtig.)

und sie haben geschrieben: "Mit Befremden haben wir über die Medien Ihre Äußerungen zum Schulstart 2003/2004 zur Kenntnis genommen. Wir, die Eltern der Klasse 8/3, möchten Ihnen hiermit unser Unverständnis darüber mitteilen. Die Realität, Herr Minister, an unserer Schule entspricht in keinster Weise Ihren Ausführungen." Und jetzt kommt es: "Im Kopernikus-Gymnasium ist nach nunmehr fast drei Wochen" – das Schreiben ist vom 2. September datiert, Herr Minister Metelmann, und das Schuljahr begann am 18. August – "noch keine hundertprozentige Unterrichtsabsicherung gewährleistet. Unsere 8. Klasse hat noch keinen Unterricht in folgenden Fächern: Physik, Chemie, Religion beziehungsweise Philosophie." Und so weiter und so fort.

(Kerstin Fiedler, CDU: Genau. Das ist ein Skandal!)

"Durch den zurzeit gültigen Notstundenplan hat sich schon ein Defizit von 15 Fehlstunden angesammelt. Wie soll dieser Unterricht nachgeholt werden?"

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und die Schlussfolgerung der Eltern: "Wir machen uns große Sorgen, dass das gymnasiale Niveau immer weiter sinkt. Sollen unsere Kinder bewusst dumm gehalten werden? Es sind unsere Kinder, die morgen dieses Land regieren, die morgen und übermorgen diesseits oder jenseits der Arbeitslosenstatistik stehen."

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister, Sie tragen die politische Verantwortung hierfür, für solche Elternbriefe! Übrigens, das ist kein Unikat.

(Gesine Skrzepski, CDU: Unglaublich, unglaublich)

Ich könnte Ihnen noch viele solche Briefe zitieren. Herr Minister Metelmann, Sie sprechen davon, dass an 95 Prozent der Schulen der Unterricht normal verläuft. Wenn wir eine Strichliste für die Briefe führen würden, alleine für die Briefe, die wir bekommen haben, dann komme ich auf deutlich mehr als 5 Prozent der Schulen, wo nach Ihrer Meinung der Unterricht nicht gut angelaufen ist. Ich habe Ihnen das schon mal gesagt, dass ich allein in meinem Wahlkreis keine Schule kenne, in der am 18. August alles geklärt war, so, wie es sich gehört.

(Kerstin Fiedler, CDU: Richtig!)

Und was sind die Ursachen? 200 Stellen fallen aufgrund der dreiprozentigen Kürzung der Unterrichtsversorgung weg! Lehrer wissen zum Schuljahresende nicht, wo und wen sie im August unterrichten werden! Ich will die Lehrerinnen und Lehrer nicht in einen Wattebausch packen, aber Sie müssen sich das mal menschlich vorstellen: Anfang Juli wissen sie noch nicht, was sie am 18. August machen sollen. Da müssen Sie sich auch mal den Menschen "Lehrer" angucken, mit welcher Motivation der am 18. August wieder das neue Schuljahr beginnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Lehrerjob ist kein einfacher Job, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die GEW spricht von einer Bildungskrise. Ich habe noch nicht erlebt, dass die GEW in diesem Land besonders CDU-freundlich ist.

(Regine Lück, PDS: Warum auch?)

Die Verteilung der Stunden, Herr Minister, ist Anfang September immer noch nicht abgeschlossen. Viele Schulen beginnen mit provisorischen Stundenplänen. Und wenn ich – Entschuldigung, das würde jetzt zu stark ins technische Detail gehen – mir dann aber noch auf der Zunge zergehen lasse, dass die Lehrer x Verträge haben, dann kommen y Stunden mit dazu und zu jeder Y-Stunde muss dann der Bezirkspersonalrat Ja sagen, weil jede Schule eine Dienststelle ist. Und da wird nicht nach Qualität entschieden, wie es die Schulleiter teilweise gemacht haben,

(Kerstin Fiedler, CDU: Nach Bedürftigkeit.)

sondern es wird nach Bedürftigkeit entschieden. Das heißt, es wird oftmals so entschieden, dass der, der am wenigsten Stunden hat, noch zwei oder drei obendrauf bekommt, damit sie möglichst gleichmäßig verteilt werden

Herr Minister Metelmann, was glauben Sie, was an diesen Schulen zwischen den Lehrerinnen und Lehrern vor sich geht, was dabei für menschliche Probleme entstehen, wenn Lehrer Stunden von ihrem Schulleiter oder vom Schulamt zugeteilt bekommen hatten und das dann wieder zurückgeschraubt worden ist? Und worüber ich rede, Herr Minister, das sind keine Einzelfälle, das sind dutzende, das sind Hunderte Fälle, wo es so passiert ist!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Können Sie wirklich allen Ernstes verantworten, dass wir einen Lehrertourismus haben? Die GEW spricht von 4.000 versetzten Lehrern in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Zeitraum.

(Kerstin Fiedler, CDU: Ja.)

Das heißt, hier treiben sich offenkundig manche Lehrer mehr auf den Straßen unseres Landes herum – manche haben Glück, wenn sie in der Nähe der A 20 wohnen, da mag das alles gehen –, als dass sie in den Schulen Unterricht geben. Wie wollen Sie das weiter verantworten, Herr Minister? 4.000!

Und obendrauf kommt ja noch, dass sich das mittlerweile nur auf eine bestimmte Gruppe beschränken wird, weil Sie mit Erlass ja untersagt haben, dass Teilzeitlehrer auch vertreten können. Die Ursache ist ganz einfach: Sie wollen den Vertretungsunterricht nicht bezahlen! Vollzeitlehrer müssten drei Stunden kostenlos geben, Teilzeitlehrer müssen Sie gleich bei der ersten Stunde bezahlen, was auch normal ist. Und übrigens werden Sie noch ein

Problem bekommen, das sage ich Ihnen voraus, denn gerade die Teilzeitkräfte sind oftmals von 1- und 2-Stunden-Fächern und Sie werden ein Riesenproblem gerade in diesen Fächern bekommen. Kernfächer stärken ist gut. Aber, Herr Minister, ich denke, dass Religion, Musik und Zeichnen mit zur allgemeinen Ausbildung der Kinder, der Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern gehören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Sie hatten zugesagt, dass gerade die Schwächsten, die Benachteiligten, die nichts dafür können, dass insbesondere diese Personen gefördert werden. Was machen Sie? Den LRS-Schülern wird das Personal mit sonderpädagogischen Aufgabenstellungen abgezogen. Die individuelle Betreuung eines deutschlandweit anerkannten Konzeptes wird nach 13 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern zu Lasten der betroffenen Kinder eingestellt. Übrigens, Herr Minister Metelmann, ich gehe noch darauf ein, ich folge Ihnen, was die Stärkung des Abiturs betrifft, voll, aber auch um die Schwächsten, die Benachteiligten, die Schwachen müssen wir uns kümmern, denn auch die müssen einen Lebensweg gehen, der ihnen die Chancen in unserer Gesellschaft eröffnet. Sie können nicht gerade da das Personal abziehen, wo es gebraucht wird. Auch die müssen sich den Chancen stellen können. Das geht nicht!

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Ach so! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Frau Gramkow, wissen Sie, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Sie tun ja gerade so, als wenn es in irgendeine Sparbüchse gesteckt worden ist. – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Sie müssen sich mal wirklich in diesem Land entscheiden. Ich zeige Ihnen in aller Ruhe eine Chronologie seit dem Mai des letzten Jahres auf und Sie tragen in diesem Land mit politische Verantwortung!

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Der Spaß hört dann auf, wenn er zu Lasten unserer Kinder und der Zukunft des Landes geht, dann hört der Spaß in der Politik auf!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Und heute, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Angelika Gramkow, PDS: Und da, Herr Rehberg, sind wir uns sogar einig.)

stellen wir wieder den Antrag! Die Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung und eine konzeptionelle Lösung für den ausufernden Lehrertourismus und dass die Zuweisung der PmsA-Kräfte für den LRS-Bereich und die Einstellung – das halte ich für besonders wichtig – der Referendare zu Schuljahresbeginn wieder erfolgt, das sind erforderliche Maßnahmen, um den Schülern das zu geben, was ihnen zusteht.

Und, Herr Minister, Sie müssten hier auch einmal Rechenschaft darüber ablegen, warum dies, trotz zusätzlicher 13 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2003 zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung, nicht möglich war und warum Sie heute davon ganz offenkundig keinen müden Euro mehr haben. Das heißt, Sie müssten jetzt zu Schuljahresbeginn von den 13 Millionen, die waren ja damals nicht nur für die Zeit bis Ende Juni geplant, sondern auch für die viereinhalb Monate Mitte August beginnend bis Ende des Jahres,

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU: Das ist sehr richtig.)

wenn man hier korrekt gearbeitet hätte, noch 5 bis 5,5 Millionen Euro übrig haben. Nein, Sie mussten ganz offenkundig die 13 Millionen Euro bis Ende Juni ausgeben, weil damals schon der Vertretungsbedarf an den Schulen so immens groß gewesen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, jetzt kommen Sie mit der Reform der gymnasialen Oberstufe. Herr Minister, wenn hier seit 1994 nicht eine Politik gemacht worden wäre – ich will sie mal in Teilen als die 68er-Mottenkiste bezeichnen –, dann hätte es jetzt dieser brachialen Reform nicht bedurft.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr. – Siegfried Friese, SPD: Es war keine Mottenkiste!)

Herr Minister, wir fordern seit Jahren Abitur verbindlich in fünf Fächern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Genau. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir fordern seit Jahren, dass es Kriterien zum Übergang aufs Gymnasium nach der Klassenstufe 6 gibt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich frage mich ja verdammt, wer für die jetzige Situation verantwortlich gewesen ist. – Gabriele Schulz, PDS: Das hat er vergessen.)

Bei der PISA erfolgreiche Länder wie Thüringen und Sachsen haben das seit 1990 beibehalten, wie es zu DDR-Zeiten bereits nach der Klassenstufe 8 schon war.

(Angelika Gramkow, PDS: Na wer hat es denn nicht eingeführt in Mecklenburg-Vorpommern?! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Frau Kollegin Gramkow, eine der ersten Maßnahmen von Frau Marquardt war,

(Angelika Gramkow, PDS: Na Sie waren doch diejenigen!)

den Orientierungsstufenerlass von Frau Schnoor zu kassieren 1995.

(Regine Lück, PDS: Acht Jahre hatten Sie Zeit dazu.)

Das war eine der ersten Maßnahmen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Wer war denn Ministerpräsident zu dieser Zeit? – Kerstin Fiedler, CDU: Ach ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

wenn Sie wirklich beim Abitur die Kernfächer stärken wollen, Herr Minister,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben wohl noch nie was von Richtlinienkompetenz gehört?!)

dann bitte nicht auf diese Art und Weise, dass Sie im Leistungskurs fünf haben und jetzt sagen, dass vier Stunden reichen. Übrigens, Herr Minister, die KMK setzt Mindeststandards. Sie könnten also bei den fünf Kernfächern – 5 mal 5 sind 25 – 25 Stunden nehmen. Nach Ihrer Rechnung sind es jedoch nur 20 Stunden. Das heißt, das Argument, dass ich das nur in zwei Fächern machen darf, ist nicht zutreffend! Übrigens in der Klasse 10 legen sie auch eine Prüfung ab.

Zum Schluss, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, noch ein Zitat aus der berühmten Rede vom 11. September 2002, dem ich in folgender Aussage hundertprozentig zustimme: "Die wichtigste Ressource der Zukunft sind gut ausgebildete junge Menschen. Wir brauchen nicht nur eine bessere Bildung, wir brauchen sie auch früher und für weit mehr Schüler als bisher." Herr Ministerpräsident, Sie haben Recht, bloß Sie tun nichts dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Polzin.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sehe es auch so, der Spaß hat schon lange aufgehört und vergnügungssteuerpflichtig ist das Thema ganz gewiss nicht! Wenn wir am Anfang des Jahres aus den Medien wahrnahmen, dass der Schulbeginn offensichtlich im Chaos begonnen worden sei, war das natürlich eine Meldung, die mich sehr aufgeschreckt hat. Heute weiß ich, weil ich mich mit dem Thema ein bisschen genauer befasst habe, dass diese kritische Wahrnehmung partiell durchaus stimmte, daran kann man auch nichts beschönigen. Es ist sicher auch kein schöner Zustand, wenn zu Beginn des Schuljahres nichts geklärt ist. Ich weiß aber auch, dass dies zum Ersten kein flächendeckendes Problem war, denn es gab auch Schulen, die mir auf meine Frage geantwortet haben: Nein, in diesem Jahr lief das ganz hervorragend. Wir hatten schon nach einer Woche einen Plan. Vor zwei, drei Jahren war das noch ganz anders.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Nach Schuljahresbeginn! Das müssen Sie dazusagen! – Angelika Gramkow, PDS: Heike, Recht hast du! – Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Jaja, so erheiternd ist es gar nicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Nee.)

Es ist de facto nämlich so, und das weiß ich auch noch aus meiner eigenen Diensttätigkeit, ...

(Heinz Müller, SPD: Sie lachen ja immer, wenn sie was nicht verstehen. Deswegen lachen sie ja ständig.) Ja, ich versuche es trotzdem, ich bin ja Lehrer. Das kann ich mir auch nicht abgewöhnen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

Genau aus dieser Erfahrung heraus kann ich Ihnen sagen – egal, wie die Minister hießen, ob es ein Herr Wutzke war, eine Frau Schnoor, eine Frau Marquardt –, wie oft, und im Prinzip war das jedes Jahr, bin ich als Planer des Unterrichts vor meine lieben Kollegen getreten und habe gesagt: Liebe Kollegen, das wäre euer Plan gewesen, wenn nicht wieder neue Faktoren dieses verhindert hätten. Ich will also damit andeuten: Wir haben in diesem Jahr ein Problem,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

wir hatten im letzten Jahr ein Problem und das ist bis 90 runterzurechnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich will das überhaupt nicht beschönigen, denn es ist ein Problem.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das tust du aber, Heike! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, das tue ich überhaupt nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch!)

Ich fange nur an, etwas zu relativieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau, und beschönigen.)

Es ist nämlich auch nicht so, es ist mal wieder von 95 Prozent gesprochen worden, da steht die Aussage des Ministers, dass an 95 Prozent der Schulen das Schuljahr planungsgetreu anlief und bei 5 Prozent hat es nicht so geklappt. Man mag diese 95 Prozent bezweifeln, weil man alle Ausnahmebeispiele vielleicht persönlich kennt, aber die Aussage des Fraktionsvorsitzenden der CDU in diesem Zusammenhang, dass das umgekehrt so war,

(Kerstin Fiedler, CDU: Es kann doch nicht jede Stichprobe eine Ausnahme sein!)

die ist mit Sicherheit auch nicht richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Polzin, auch wenn es 30 Prozent sind, dann ist das schlimm genug! – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Richtig, jedes eine Prozent ist nicht in Ordnung, da muss man dran arbeiten.

(Kerstin Fiedler, CDU: Sehr richtig.)

Aber ich kann absolut nicht vertreten, dass man ein Problem so hochspielt, dass jedermann in diesem Land das Gefühl hat, dass in jeder Schule alles mit Chaos anfing.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Das sagen Sie mal den Lehrern und Schülern!)

Ich kenne genug Schulen, wo das nicht der Fall war. Ich schlage vor, bevor die Aufregung noch größer wird, zur Sache zu gehen.

(Harry Glawe, CDU: Heimatkunde eine Woche ist auch nicht schlecht.)

Wenn wir uns mal darauf verständigen könnten, dass wir ein Problem haben, ob es groß oder klein ist, man muss es anpacken!

(Angelika Gramkow, PDS: War das dein Schulniveau?)

Es gibt völlig richtige Gedanken auch in die richtige Richtung.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Herr Glawe, gerne, wir können uns darüber sehr detailliert unterhalten, denn das ist im Moment ein bisschen sehr störend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie wissen doch, wie empfindlich ich bin!

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

Ich würde stattdessen nach vorne gucken und darüber nachdenken, was wir für Möglichkeiten haben, Möglichkeiten dieses Problem anzugehen, um es zu verhindern.

(Rainer Prachtl, CDU: Das sind Taten und keine Gedanken!)

Wie können wir also Planungssicherheit für Schulen verbessern? Das ist eine Forderung, die parteiübergreifend immer in diesem Raum stand. Es kann also nur so funktionieren, dass die Veränderung der Parameter nach dem 31. März nicht mehr stattfindet, dass nicht noch mal von vorne hochgerechnet werden muss, was natürlich auch planmäßiges Einschreiten erschwert. Man könnte darüber nachdenken, ob man die Anmeldung der Schüler nach vorne zieht, denn Anmeldeschluss ist bislang ja der 31. März. Wenn man es einen Monat nach vorne zieht, ist Planungssicherheit vielleicht schneller gegeben. Man muss darüber nachdenken, ob das hilft. Man muss sich endlich dazu aufraffen, dass der Abgleich zwischen den Haushaltsmitteln und den ermittelten Bedarfen schneller passiert. Und man hat eine Chance - auf die komme ich nachher in einem anderen Zusammenhang noch mal zu sprechen -, über die Ausstattung eines Schulpools mehr an die Einzelschule zu geben, damit diese reagieren kann.

Hieße Ihr Antrag also, verehrte CDU, "Planungssicherheit für Schulen verbessern", dann wären wir absolut auf Ihrer Seite und würden alle die Hände für ein Ja hochreißen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ihr Antrag ist ein bisschen anders und trifft natürlich ein Problem. Aber er trifft mitunter haarscharf daneben und er stellt teilweise auch Behauptungen auf, die so nicht stimmen. Ich möchte in der Folge versuchen, das mal sachlich darzustellen. Ich sage aber schon vorweg, damit nicht wieder Aufregung entsteht: Wir werden Ihren Antrag nicht ablehnen, weil uns das Problem Unterrichtsversorgung mit allem Drumherum genauso wichtig ist wie Ihnen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Und ich glaube, wir haben mittlerweile auch deutlich gemacht, dass wir an Problemen arbeiten und auch sehr kritisch sind.

(Beate Schlupp, CDU: Wie lange dauert es denn noch?)

Gute Frage.

(Wolfgang Riemann, CDU: Spätestens mit der Wahl 2006 werden wieder neue Versprechungen gemacht.)

Kommen wir zunächst erst mal zu Ihrem Antrag. Sie fordern, eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Ich gehe davon aus, dass damit gemeint ist, vorzuhalten, denn sicherzustellen würde ja bedeuten, dass wir von vornherein die Krankheiten alle mit abdecken. Herr Rehberg hat ja vorhin in seiner Rede deutlich gemacht, dass das eine über 100-prozentige Unterrichtsversorgung voraussetzen würde.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also, Frau Polzin, wir können uns auch darauf einigen, rechnerisch auf 104. Damit habe ich kein Problem, darauf können wir uns einigen. Schreiben wir das rein. Dann sind Sie aber verpflichtet, 105 Lehrerstellen mehr zu organisieren! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, nun steht es aber nicht drin.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Drei Prozent, das sind ungefähr 100 Lehrerstellen. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sind Sie damit einverstanden, dass ich mich auf das beziehe, was Sie eingebracht haben?

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ja, gut.

Nun wollen wir mal über diese Kürzung sprechen. Ich glaube, da geistert wirklich eine riesengroße Ente in der Gegend herum.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es gibt für die Schüler keine Kürzung ihrer Stundentafel, auch nicht mit den 200 Stellen, die pauschal abgesenkt wurden!

> (Wolfgang Riemann, CDU: Und was ist mit den Schülern, die Lese- und Rechtschreibschwäche haben? Da gibt es keine Kürzung?)

Herr Riemann, nicht Birnen und Bratkartoffeln in einen Topf, denn das dauert jetzt länger, Ihnen das zu erklären. Ich bin gern bereit dazu,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach hören Sie auf!)

aber dafür reicht meine Redezeit nicht aus.

(Wolfgang Riemann, CDU: Fangen Sie mal nicht an zu erklären, sondern zu lösen!)

Stundentafel heißt, ein Schüler pro Klassenstufe hat ein vorgeschriebenes Stundenmaß und davon ist ihm nichts gekürzt. Ich sage es noch mal deutlich: Er hat dieses volle Angebot!

(Kerstin Fiedler, CDU: Das stimmt nicht.)

Was gekürzt wurde, und das muss man einfach auch auseinander halten, ist seine Wahlmöglichkeit. Das heißt zum Beispiel, dass ein Schüler einer 9. Klasse nicht mehr zwischen drei verschiedenen Wahlpflichtkursen wählen kann, sondern nur noch zwischen zwei, und zwar mit dem Ergebnis, dass er genauso viele Stunden hat, aber die Kurse werden größer, weil die Lehrerstunden weniger sind

(Unruhe bei Kerstin Fiedler, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Das ist ein ganz anderer Sachverhalt. Das ist auch nicht so prickelnd, aber das heißt nicht,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass ihm Unterricht gekürzt wird. Das würde ich für sehr wichtig halten, weil man damit ein bisschen sorglos umgeht.

Sicherstellen bei Erkrankung, und ich denke, das hat das Problem am Schuljahresanfang verschärft, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass in einem Schulamt am ersten Schultag 40 Lehrkräfte fehlen, dann ist das schon ein bedenkliches Signal, aber ein Signal für eine ganz andere Geschichte, als wir sie hier im Moment haben,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

und man muss an anderer Stelle auch darüber reden. Aber das zu kompensieren ist schlichtweg unmöglich. Es wird keinem Bundesland gelingen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Erkrankungsfälle durch Vorhalten von zusätzlichen Stellen zu kompensieren. Das ist nicht möglich, das muss man mal offen sagen, das gibt es auch nicht in Bayern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh, oh!)

Kommen wir zur Problematik der Unterrichtsversorgung und -vertretung. Herr Rehberg hat hier ausgeführt, dass Vertretungsunterricht für Teilzeitkräfte nicht erlaubt ist. Es gab zwischenzeitlich ein Signal an die Schulleiter, Mehrarbeit an der Ecke nicht anzuordnen. Und es hatte sehr richtig damit zu tun, dass die Maßnahmegruppe 04, die wir übrigens im Nachtragshaushalt um rund 7,9 Millionen Euro aufgestockt hatten, wiederum nicht ausreichte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und im Doppelhaushalt wieder zurückgestuft haben. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Herr Riemann, das hat was damit zu tun, dass zurzeit daraus auch Dinge finanziert werden, die da nicht reingehören, und das wird im Doppelhaushalt korrigiert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber auch das ist wieder eine ganz lange andere Geschichte. Darüber können wir einmal im Finanzausschuss reden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Werden wir.)

In schnellster Art und Weise hat die Regierung reagiert, das möchte ich jetzt mal geraderücken, Herr Rehberg. Vertretung ist wieder möglich, weil Mittel nachgeschoben wurden!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Da hat man es in ganz kurzer Zeit geschafft, die Mittel reinzubringen. Darüber bin ich sehr froh, denn Vertretung abzusichern ist wirklich etwas, was in unseren Schulen absolute Priorität hat.

Ich stelle also fest, Ihr Punkt 1 benennt ein richtiges Problem, es stellt aber den Sachverhalt so dar, dass wir dem an der Stelle so nicht zustimmen können.

Punkt 2. Sie möchten gerne, dass der Landtag vierteljährlich über den Stand der Unterrichtsversorgung unterrichtet wird. Zunächst einmal möchte ich ganz gerne unterscheiden, diese Unterrichtung des Landtages vierteljährlich zu machen, würde bedeuten, wir überziehen die Einzelschule, denn die macht letztendlich die Statistik,

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

mit einem derartigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, der, wenn er denn Sinn machen würde, für mich auch in Ordnung wäre.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso? Erfassen Sie das nicht?)

Aber die Unterrichtsversorgung wird, wie Sie wissen, für ein Unterrichtsjahr geplant.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso?)

Das heißt, es gibt eine relative Stabilität und es wird sich im Dezember auch nicht großartig etwas ändern. Worauf wir achten müssen, ist, dass am Schuljahresanfang die Sache klappt, dass zum Halbjahr – wir stellen ja inzwischen durch das Ministerium zweimal im Jahr Lehrkräfte ein – das Ganze vernünftig justiert wird. Also würde ich auch diesen Teil des Antrages schon wieder etwas abändern wollen, denn zweimal im Jahr ist absolut sachgemäß. Und zum Zweiten halte ich es auch für zweckdienlich, wenn wir das Ganze im Bildungsausschuss begleiten. Ich weiß nicht, ob wir viermal im Jahr zu diesem Thema den Landtag mit einer Debatte überziehen müssen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Punkt 3. Sie fordern ein Konzept zur Vermeidung von Abordnungen. Auch ich sehe den Ist-Stand kritisch. Ich denke, die Zahl der Lehrer, die an mehreren Schulen unterrichten, ist einfach zu hoch. Das ist natürlich ganz klar auch ein Ergebnis der Fachlichkeit. Wenn an einer Schule bislang fünf Kunsterzieher waren, weil über drei Jahre jeder einmal Tuschen unterrichten durfte, dann ist völlig klar, dass für den Bedarf vier dieser Lehrer woanders ihre Stunden abdienen. Das Problem ist, dass Wanderlehrer nicht nur viel zusätzliche Zeit ans Bein binden, sondern Wanderlehrer haben es auch sehr schwer, sich mit einer Schule zu identifizieren. Das ist für die Erziehung und das Klima an einer Schule ungünstig und hier stimmen wir völlig überein, denn es gibt ja auch Gedanken in die richtige Richtung.

Ich möchte nur einmal ganz kurz und knapp sagen: Das Konzept, auf das Sie abzielen, gibt es im Prinzip schon, das haben wir im Bildungsausschuss unter dem Thema "Selbständigere Schule" schon einmal behandelt. Es ist doch so, dass, wenn wir mit dem Schulpool arbeiten können, wenn es sich dahin bewegt, dann werden im Umkehrschluss auch Abordnungen zurückgeführt. Das ist ein ganz enger Kontext. Insofern empfehle ich der CDU, um in der Sache weiterzukommen: Begleiten Sie das Projekt "Selbständigere Schule" positiv und dann kommen wir an der Ecke ein Stück weiter, und das im Übrigen auch, glaube ich, mit der Nachjustierung des Lehrerpersonalkonzeptes.

Ich komme zum vierten Punkt, zum Förderschulbereich. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass das, was wir in der Landtagssitzung vor der Sommerpause über die Lehrerstellen hier ausgesagt haben, steht. Die 165 Stellen sind zusätzlich ins System gekommen, es wird kein Unterricht gekürzt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind aber woanders abgezogen worden. Ja, das stimmt!)

Herr Riemann, es geht jetzt um die PmsA-Kräfte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Damit ist man in ganz anderer Weise umgegangen, das war bislang aber auch kein Thema hier im Landtag. Deshalb versuche ich das noch einmal auseinander zu halten.

Der Förderschulunterricht ist gesichert. Es wurden im Unterricht keine Parameter abgesenkt und wir haben es gemeinsam mit den Finanzern in einer Kraftanstrengung geschafft, das auch auszufinanzieren. Das war keine leichte Übung. Wenn wir jetzt also in den Bereich der Zusatzkräfte kommen, die mit einer besonderen pädagogischen Ausbildung vor allem den Nachmittagsbereich abdecken, so gibt es hier eine Veränderung, deren Konsequenzen im Einzelnen noch zu sichten sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind schon offenbar. Da braucht man nichts mehr zu sichten.)

Doch, denn ich würde mir schon ganz gerne einen generellen Überblick verschaffen, Herr Riemann, um gleich einmal zu reagieren. Ich kenne auch eine Schule, an der dieses Problem ganz deutlich thematisiert wird, und zwar geht es um eine LRS-Spezialschule, um eine Grundschule also. Ich kann darauf nur antworten: Mit einer vollen Halbtagsschule hat jede Schule die Möglichkeit, den Nachmittagsunterricht durch Fachlehrer und auch durch Fachkräfte aufzustocken. Und wenn dann eine Schule, wie es sich jetzt herausstellt, eigentlich auch über Jahre so geführt wurde, aber wenn man doch mal hinter die Kulissen guckt und sieht, was dort so durchgelaufen ist, dann muss man erst mal sagen, wir gucken uns die Sache mal gründlich an, um zu sehen, was man dort im Einzelnen tun kann.

Ich möchte damit sagen, das Problem muss benannt werden und im Einzelnen – daran arbeiten die Schulämter im Übrigen auch – muss es Antworten geben, Antworten darauf, was ist für mein Kind am Nachmittag alternativ da. Ein LRS-Schüler - das muss ich auch noch einmal deutlich sagen – ist kein Förderschüler, sondern es ist ein Kind mit einer Teilleistungsstörung, das über einen gewissen Zeitraum gezielt pädagogisch unterstützt wird, um dann wieder eine völlige Eingliederung in den normalen Unterricht zu erreichen. Diese Kinder sind oftmals hoch intelligent und großartige Mathematiker. Man sagt ja sogar, Einstein habe eine LRS-Schwäche gehabt. Das ist also kein Problem, das man in der gleichen Weise wie Förderschulen behandeln muss. Dass man ihnen nachmittags etwas anbietet, wie allen anderen Schülern, das ist doch klar. Aber wie ist denn das bei allen anderen Schülern? Diese anderen Schüler gehen in den Hort und in die Kita und die Eltern bezahlen dafür Beiträge. Das ist bisher der kleine und feine Unterschied gewesen. Und ich denke, wenn man Eltern gewährleistet, dass sie ihrer Arbeit nachgehen können, weil ihre Kinder eine vernünftige Betreuung haben, ist das die richtige Antwort.

> (Kerstin Fiedler, CDU: Anspruch auf Hortbetreuung haben nur die kleinen Kinder in der Förderschule!)

Ich denke, wenn man mit dem Einsatz von Lehrern daran arbeitet, dass die Kinder nachmittags eine dem Konzept entsprechende Förderung bekommen, dann ist das eine Antwort. (Beifall Angelika Gramkow, PDS – Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Ich weiß auch, dass die Schulämter ganz gezielt an Angeboten arbeiten. Was an Problemen dann jedoch noch übrig bleibt, meine ich, sollten wir uns im Bildungsausschuss auf die Karte nehmen,

(Harry Glawe, CDU: Das machen wir nächstes Jahr.)

aber nicht als Pauschalbehauptung, das lehne ich an dieser Stelle ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um es zusammengefasst vielleicht mal auf den Punkt zu bringen: Die Unterrichtsversorgung ist ein Problem, das uns nicht kalt lassen kann, an dem wir noch heftig arbeiten müssen. Wir sind dazu bereit! Und um das deutlich zu machen, beantragt meine Fraktion die Überweisung dieses Antrages sowohl in den Bildungs- als auch in den Finanzausschuss.

(Wolfgang Riemann, CDU: Danke.)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Fiedler.

Kerstin Fiedler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist erst einige Wochen her, dass jeder Einzelne von Ihnen im Rahmen einer namentlichen Abstimmung dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmte, den Unterrichtsversorgungserlass vom 20. März dieses Jahres einzuhalten und insbesondere die drastischen Reduzierungen im Förderschulbereich zurückzunehmen.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Nun haben wir ja zum Beispiel von Herrn Walther viel über Evaluation und Schmerzgrenzen gehört und ich glaube, hier sind Evaluationen notwendig und Schmerzgrenzen aufzuzeigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenige Monate zuvor wurde im Rahmen der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2003 verkündet, dass der Bereich Bildung von Einsparmaßnahmen fast gänzlich ausgenommen wurde. Sogar 13 Millionen Euro zusätzlich wurden bereitgestellt, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen absichern zu können. Herr Rehberg ging vorhin darauf ein.

Das Haushaltsjahr, meine Damen und Herren, 2003 ist noch nicht abgeschlossen und das Schuljahr 2003/04 hat gerade erst begonnen, und zwar mit einem beispiellosen und noch nie da gewesenen Planungschaos – und das wird von Schulleitern bestätigt, Frau Polzin –, welches Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter zutiefst und mit Recht empört.

Meine Damen und Herren, die scharfe Axt, die aus Geldmangel an die Förderschulen gelegt werden sollte, ist entgegen der öffentlichen Beteuerungen der Landesregierung vor der Sommerpause nicht zur Seite gelegt worden. Die Schulen zur individuellen Lebensbewältigung müssen

Einschnitte beim Einzelunterricht sowie bei der Personalausstattung mit PmsA-Kräften hinnehmen. Selbiges gilt übrigens auch für die intensive Betreuung von LRS-Schülern. Das ist ein eindeutiger Wortbruch gegenüber dem Parlament, den wir nicht hinnehmen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf an dieser Stelle aus einer E-Mail, die uns von einer Mutti aus einer Förderschule ereilte, einmal vorlesen: "Wenn Sie einen Weg sehen, wie wir das Förderschul-Desaster bremsen können, dann helfen Sie uns! Wohin ich mich auch wende, überall nur Kopfschütteln. Am dringendsten ist die PmsA-Problematik, die die Nachmittagsförderung (Nichtbetreuung) gefährdet. Die Förderschulen sind nicht im Ganztagsschulerlass erfasst. Anspruch auf Hortbetreuung haben nur die Kleinen, und zwar wenn sie lieb und unauffällig sind. Für behinderte Teenager gibt es keine nachgelagerten Betreuungseinrichtungen. Wohin sollen sie, wenn ihre Mütter auf Arbeit sind? Jeder sieht das Problem, aber Abhilfe ist nirgends in Sicht." Zitatende.

Herr Minister, ich darf Sie in diesem Zusammenhang aus Ihrem Brief zitieren, den Sie mit Datum vom 22. August an alle Leiter der allgemein bildenden Schulen im Land versandt haben. Dem Vernehmen nach hat der in den Lehrerkollegien für verbitterte Heiterkeit gesorgt. Zitat: "Schwerpunkte der weiteren Arbeit in der Grundschule bleiben die Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz im Elementarbereich". Und weiter: "Neben der Weiterentwicklung der bestehenden Förderschulen besteht ein besonderes Interesse darin, den Integrationsaspekt stärker auszubauen. Dazu sind die diagnostische- und Beratungskompetenzen der Lehrkräfte deutlich zu stärken, sowie die Möglichkeiten zur sozialpädagogischen Arbeit in der Regelschule zu entwickeln. Dabei muss es uns um solidarisches Handeln im Interesse der Schwächsten gehen." Zitatende.

Herr Minister, gerade den Schwächsten, nämlich den zum Teil mehrfach schwerstbehinderten Kindern und Jugendlichen an den Schulen zur individuellen Lebensbewältigung, nehmen Sie ein Stück dringend notwendiger individueller Betreuung weg. LRS-Schüler haben eine Teilleistungsschwäche – Frau Polzin sagte das –, die über dafür geschulte Pädagogen festgestellt und gemeinsam mit den PmsA-Kräften abgebaut wird, so dass später eine Eingliederung in den normalen Unterricht erfolgen kann. Das Ziel muss es doch sein, frühestmöglich an der Bewältigung eines eigenständigen Lebens zu arbeiten und die uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen. Dabei spielt nicht nur der humanistische Aspekt eine große Rolle, meine Damen und Herren, es wäre auch - und das in Richtung Finanzministerium nachhaltig kostensenkend. Lese- und Rechtschreibschwächen bis hin zum Analphabetismus und der sich dadurch im Laufe der Schuljahre durchziehende Frust über persönliche Misserfolge und spätere Schwierigkeiten im Arbeitsleben sind vermeidbar. Wer an diesen benachteiligten Kindern jetzt spart, wird weit größere spätere Folgekosten verursachen, die wir dann alle zu tragen haben, und zwar zum Schaden von Gesellschaft und Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, Ihre Verlautbarungen zum Wegfall der PmsA-Kräfte in den LRS-Klassen, laut Pressemitteilung Ihres Hauses vom 26. August, stehen im klaren Widerspruch zu den eigenen Rechtsvorschriften Ihres Ministeriums. Nach meiner Kenntnis wurde der LRS-Erlass von 1996 bis heute nicht aufgehoben. Wenn diese Leistungskürzungen zugunsten der Schüler zur individuellen Lebensbewältigung geschehen, wie Sie es den Lehrerinnen und Lehrern schreiben, dann frage ich, wo diese Stellen bleiben, denn auch an diesen Schulen gibt es die schon erwähnten Einschnitte. Machen Sie nicht kaputt, was in den letzten 13 Jahren erfolgreich und in Deutschland beispielgebend in unserem Land aufgebaut wurde!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Kollegin Polzin sprach in der letzten Landtagsdebatte zur Unterrichtsversorgung von einer tiefen Sinnkrise,

(Heike Polzin, SPD: Mittleren, mittleren!)

die sie angesichts der geplanten drastischen Sparmaßnahmen im Förderschulbereich ereilte. Kein Wunder, der öffentliche Protest war so groß, dass sogar der Bildungsminister erfreut reagierte und sagte: Ohne Druck kein Ruck. Von der Öffentlichkeit dagegen kaum wahrgenommen wurde aufgrund der Förderschuldebatte hingegen unser Ergänzungsantrag, in dem wir die 100-prozentige Unterrichtsversorgung an allen Regelschulen forderten. Schon vor der Sommerpause war bekannt geworden, dass die Unterrichtsversorgung pauschal um 3 Prozent gekürzt würde, das heißt auf 97 Prozent. Eine Wochenstunde pro Klasse, meine Damen und Herren, das sind 5.000 Stunden pro Woche, die allen Schülern der Regelschulen an Unterricht vorenthalten werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig! Das ist die Wahrheit! – Heike Polzin, SPD: Das stimmt doch gar nicht! Ich habe versucht, Frau Fiedler, Ihnen das mal zu erklären.)

Legt man rund 35 Schulwochen pro Schuljahr zugrunde, dann sind das insgesamt 175.000 Stunden weniger Bildung für unsere Kinder in diesem Jahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und hier – Frau Polzin, da müssen Sie auch mal ehrlich sein – gab es zunächst keinen Druck, jedenfalls nicht so offensichtlich aus der Öffentlichkeit, also auch keinen Ruck. Unser Antrag wurde abgelehnt und fand in den Betroffenheitsreden zu den Förderschulen kaum Erwähnung. Die Sinnkrise war vorbei.

(Heike Polzin, SPD: Na, dann gucken Sie noch mal ins Protokoll!)

Sie ereilt nun vielmehr insbesondere die Schüler, Eltern, Lehrer und Leiter der weiterführenden Schulen in unserem Land. Im schon erwähnten Brief an die Schulen erklärt der Bildungsminister das wie folgt: "Zu den besonderen Hürden, die gerade zu nehmen waren, gehörte die Auflage eines Landtagsbeschlusses, der uns drei Wochen vor den Sommerferien verpflichtet hatte, kurzfristig 200 Lehrerstellen aus den Gymnasien für eine andere Verwendung freizugeben."

Herr Minister, von solch einem Landtagsbeschluss ist mir nichts bekannt. Sie wussten schon vorher, dass Sie 200 Lehrerstellen einsparen müssen, und begründen das in der Öffentlichkeit mit dem Sinken der Schülerzahlen. Aber das Sinken der Schülerzahlen geht nicht automatisch einher mit dem Sinken von Klassen. Die aber legen die Schulleiter bei ihrer Bedarfsmeldung zugrunde, wohl-

gemerkt unter Einhaltung der Parameter hinsichtlich der Klassen- und Kursfrequenzen. Das Bildungsministerium hat über die Schulämter zusätzlich zum Stichtag 31. März noch einmal eine Schüler- und Bedarfsmeldung von den Schulen abgefordert, die auch kurz vor Schuljahresabschluss erfolgte. Spätestens hier gab es schon eine Beinahepunktgenauigkeit. Dennoch konnten die Schulleiter nur einen Notstundenplan erstellen, denn die Lehrer wussten nicht, welche Klassen sie in welchen Fächern, in welchem Umfang und an welcher Schule unterrichten würden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau! – Eckhardt Rehberg, CDU: Genau, das sind die Tatsachen!)

Eine vernünftige Vorbereitung auf den Unterricht – und es wird gerade sehr viel über Unterrichtsqualität geredet – war unter diesen Umständen unmöglich. Vielmehr wurde nur der erste Schultag als Stichtag für die Bedarfsmeldung angesetzt, der das Chaos an den Schulen perfekt machte. Ich glaube auch nicht an diese 95 Prozent, Frau Polzin, in unserem Land, von denen uns der Bildungsminister weismachen wollte, dass hier zum Schuljahresbeginn alles reibungslos verläuft. Meine Wahrnehmung, meine Damen und Herren, ist eine andere.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Weil Sie eine selektive haben.)

Die vielen Gespräche mit Schulleitern aus allen Ecken des Landes, die aufgeregten Telefonanrufe empörter Eltern und die Beschwerdebriefe verschiedener Elternvertretungen sowie einschlägige Presseberichte sprechen eine andere und sehr deutliche Sprache.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die GEW und der VBE sprechen ebenfalls von einem chaotischen Schuljahresbeginn. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nehmen die Wirklichkeit an den Schulen schon richtig wahr, Herr Minister. Unter pädagogischem und erzieherischem Aspekt und für das Image von Schulen in unserem Land ist das ein Skandal! Es ist einzig und allein den Schulleitern zu verdanken und dem Engagement der vielen Lehrerinnen und Lehrer, dass sie – wenn auch mit Notplänen – überhaupt am 18. August den Schulstart realisieren konnten.

(Heike Polzin, SPD: Seit dreizehn Jahren ist das so! Das ist richtig!)

Das ist nicht seit dreizehn Jahren so! Es wurde vom schlimmsten Schulstart seit Jahren geredet, und zwar seit 1990.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Genau so ist das!)

Vier komplette neue Stundenpläne innerhalb von zwei Wochen sind keine Seltenheit. Einige Schulen sprechen sogar davon, dass sie fast täglich den Stundenplan neu umstellen müssten. Dennoch fällt Unterricht in Größenordnungen seit drei Wochen aus, wurden einige Fächer, Herr Rehberg hat das aufgezeigt, in den ersten Wochen erst gar nicht unterrichtet, haben Lehrer bis zu zwei Wochen auf ihre Zusatzarbeitsverträge, die so genannten Y-Verträge, gewartet. Sie warten zum Teil noch heute. Und trotzdem unterrichten sie in der Hoffnung, für die vorgesehenen Stunden bezahlt zu werden und sie auch auf Dauer in diesem Schuljahr erteilen zu können.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Hauptsache, die Hoffnung ist nicht trügerisch.)

Sieht so die Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seinen Lehrern aus?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der völlig verkorkste Schulstart hat seine Ursache aber vor allem in der pauschalen Kürzung der Unterrichtsversorgung. Das bedeutet, dass die Schüler von vornherein nicht den Unterricht erhalten, der ihnen laut Stundentafel zusteht. Und dazu gehört eben auch, Frau Polzin, der gesetzlich verankerte Wahlpflichtbereich, der im letzten Jahr die Einführung der so genannten Regionalen Schule wesentlich mitbegründete. Auch in Ihrem Brief, Herr Minister, weisen Sie darauf hin. Zitat: "In der Regionalen Schule soll neben der Berufsorientierung auch besonders die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt der Arbeit stehen." Paragraph 16 Schulgesetz als kleinen Hinweis. Aber irgendwo müssen die Schulleiter den Unterricht ja herzaubern, den Sie den Schulen verwehren. Das geschieht vor allem im Bereich des Förderunterrichts. In Klasse 6 der Orientierungsstufe ist er im Übrigen auch schon gar nicht mehr, wie mal angekündigt, vorgesehen und natürlich im Wahlpflichtunterricht. Kurse werden zusammengelegt und das Angebot verkleinert.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es!)

Stunden aus dem Stundenpool, die dafür nicht gedacht sind, werden unter anderem zur Absicherung des Unterrichts herangezogen. Wie die Profilierung von Schulen über Schulprogrammarbeit im Rahmen eines breiten Wahlpflichtangebotes noch möglich sein soll – ebenfalls ein einstiges Aushängeschild der Regionalen Schule –, würde ich hier gern einmal erklärt bekommen. Unsere Schulen werden arm gespart. Wo bleibt die viel beschworene Chancengleichheit für unsere Kinder in Mecklenburg-Vorpommern? Durch solch eine Bildungspolitik, meine Damen und Herren, werden ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt nicht unbedingt besser!

Bei dieser Gelegenheit bietet es sich auch einmal an, die Stundentafelverordnung genauer unter die Lupe zu nehmen. Sie spiegelt sich nicht in der Verordnung zur Unterrichtsversorgung wider. Teilungsstunden werden nicht in dem Umfang zugewiesen, so, wie sie zum Beispiel im Fach Werken bei begrenzter Räumlichkeit und kleineren Gruppen notwendig wären. Außerdem erhalten die Schulen Teilungsstunden nur als Einmalzuweisung pro Klassenstufe. Schon an dieser Stelle sind die Schulleiter gezwungen, meine Damen und Herren, sich irgendwie zurechtzumogeln. O-Ton eines Schulleiters: "Eigentlich verstoßen wir permanent gegen irgendwelche Verordnungen, weil wir gar nicht anders können."

Und dazu, meine Damen und Herren, kommt die schon genannte Pauschalkürzung. Den Schulämtern mit ministeriellen Untersuchungskommissionen und Task-Forces auf den Leib zu rücken ist nicht redlich und lenkt von der Verantwortung des Bildungsministeriums für diese Versorgungsmisere in den Schulen ab. Lassen Sie die Einschüchterungsversuche gegenüber den Lehrern und Schulleitern, von denen wir erfahren haben, bleiben, die zuerst den Frust und die Wut der Eltern an der Schule nämlich auffangen und schließlich doch die wahren Ursachen für einen chaotischen Schulstart öffentlich darlegen! Schimpfen Sie nicht auf kranke Lehrer, sondern sichern Sie endlich den Vertretungsunterricht ab!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Andreas Bluhm, PDS)

Wenn teilzeitbeschäftigte Lehrer nur in ganz geringem Maße Vertretungsstunden geben dürfen, weil die von der ersten Stunde an bezahlt werden müssen, brauchen Sie sich über hohe Krankenstände, insbesondere bei Vollzeitlehrern, die mit unbezahlten Vertretungsanordnungen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen, nicht zu wundern. Personalentwicklung statt Überbelastung und Unterforderung tut hier Not!

Herr Minister, ich darf Sie noch einmal zitieren: "Ganz ohne Zweifel haben die Lehrerinnen und Lehrer eine entscheidende Bedeutung für die Qualität von Bildung und Erziehung. Qualifikation, Motivation und entsprechendes Engagement sind zusammen mit den richtigen strukturellen Rahmenbedingungen die entscheidenden Größen für den gemeinsamen Erfolg von Lehrkräften und Eltern im Interesse der Kinder und Jugendlichen." Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Lassen Sie Ihren schönen Worten die richtigen Taten folgen und nehmen Sie auch Ihre Kabinettskollegen in die Pflicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sichern Sie den Unterricht vollständig ab und ebenso die Vertretungsstunden! Sorgen Sie dafür, dass der Lehrertourismus, an dem inzwischen 4.000 Lehrer in unserem Lande beteiligt sind, auf ein Minimum begrenzt wird! Tauschen Sie die zum Teil langen Fahrzeiten der Lehrer gegen Unterrichtszeiten für die Kinder und Jugendlichen! Erfinden Sie nicht ständig neue Programme und Aufgaben, sondern bringen Sie zuerst bitternötige Ruhe und Kontinuität in die Schulen! Setzen Sie die Schulen im Sinne einer vernünftigen Unterrichtsplanung und -vorbereitung wenigstens spätestens zu Beginn der Sommerferien über die Stundenzuweisung in Kenntnis! Machen Sie Schule stark, indem Sie den Leistungsgedanken fördern, aber nutzen Sie nicht die notwendigen Reformen der gymnasialen Oberstufe für weitere Sparmaßnahmen, indem Sie einen Teil der Stunden der ehemaligen Leistungskurse ersatzlos kassieren! Zwar freuen wir uns, dass der Bildungsminister hier eine Kernforderung der CDU aufgreift und umsetzen will, dennoch bleibt die Befürchtung, dass pädagogisch sinnvolle Strukturanforderungen wieder dem Spardiktat unterworfen werden durch Vergrößerung der Anzahl von Schülern pro Klasse und Lerngruppe. Eine als Reform getarnte Personal- und Leistungskürzung für die Schüler der gymnasialen Oberstufe werden wir nicht hinnehmen.

Gute Bildung, meine Damen und Herren, geht nicht auf kleinster Sparflamme. Der Doppelhaushalt 2004/05 muss dem Rechnung tragen. Dass nach wochenlangem Schweigen und Ignorieren der absehbaren Situation an den Schulen nun auch die regierungstragenden Fraktionen hier Einsicht zeigen, Frau Polzin, stimmt mich dabei hoffnungsvoll. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Fiedler.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Bildungsminister des Landes, Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Inzwischen habe ich ja eingesehen, liebe Frau Fiedler, dass Ihnen diese Formel "Unterrichtsversorgung 97 Prozent" ganz wichtig ist.

(Kerstin Fiedler, CDU: Nicht nur uns, Herr Metelmann.)

Weil ich das auch begriffen habe, werde ich Ihnen persönlich auch nicht mehr widersprechen.

> (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Kerstin Fiedler, CDU: Das freut mich.)

Aber bei allen anderen lege ich dann doch darauf Wert, dass wir bei einer Klarstellung bleiben.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Es ist so, dass die Schüler nicht weniger Unterrichtsstunden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

und sie gehen nicht planmäßig eine Stunde früher nach Hause – und das ist dann die Zeit, wo in Bayern die Nobelpreisträger gebacken werden –,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heinz Müller, SPD: Sehr schön!)

sondern sie haben 100 Prozent. Und wir werden auch weiter daran arbeiten, dass sie diese 100 Prozent Unterrichtsversorgung haben.

Was wir gestrafft haben, das ist die Auswahl an Unterrichtsalternativen. Die Speisekarte ist kleiner gemacht worden, das Essen bleibt nach wie vor sättigend. Das muss es auch sein.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Einseitige Ernährung.)

Wir haben sogar, das haben Sie sicher auch gesehen, wieder dazugepackt, und zwar in der Regionalen Schule zwei Stunden mehr Unterricht in der 8. Klasse, in den Gymnasien drei Stunden mehr Unterricht in der 8. Klasse und in den IGS in der 8. Klasse drei Stunden mehr Unterricht. Dieses Mehr an Unterricht benötigt auch mehr Lehrer. Es sind zum Beispiel 1.054 mehr Lehrerstellen im System als eigentlich im Lehrerpersonalkonzept geplant waren.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Und diese Stellen gehen rein zum Beispiel in die kleine Grundschule mit über 200 Stellen, in die Umstellung Abitur nach zwölf Jahren, insgesamt 405 Stellen in diesem Bereich, und regionale Schule mit 111 Stellen, insgesamt mit 1.054 Stellen mehr. Wo wir konzentriert haben, mussten wir diese Straffung vornehmen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist das neue Wort.)

indem wir aus den Regelschulen in Förderschulen verlagert haben. Das sind 131 Stellen allein in den Bereichen Angebote, Wahlpflichtbereich und Kursbildung in der gymnasialen Oberstufe. Das ist verteilt auf alle Schulamtsbezirke. Greifswald hat 48 dazu beigetragen, Neubrandenburg genauso, Rostock 47, Schwerin hat 59 dazu beigetragen. Es ist verteilt über alle Schularten. Ich möchte nur mal aus Schwerin zitieren: 26 in den Gymnasien, 31 in den Regionalen Schulen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

in den verbunden Haupt- und Realschulen, in den Hauptschulen. Es ist eine schwierige Aufgabe. Ich glaube aber, sie wird auch in Zukunft nichts daran ändern, dass wir eine – ich wiederhole es – 100-prozentige Unterrichtsversorgung haben. Die Unterrichtsversorgung ist gefährdet, immer und in der Tat, wenn Unterricht ausfällt. Und deshalb müssen wir auch viel tun, damit das,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wo es nur geht, durch Vertretungsunterricht ausgeglichen werden kann. Das ist kein planmäßiger Ausfall. Wir haben einen Ausfall durch Krankheit, das ist nicht zu planen.

(Udo Timm, CDU: Es wurde immer geplant, wird geplant. Das wissen Sie auch ganz genau!)

Fortbildungsveranstaltungen, Kuren. Wir haben im letzten Jahr einen durchschnittlichen Unterrichtsausfall gehabt – und da dürfen wir uns bundesweit sehen lassen, weil das offensichtlich dafür spricht, dass die Schulen gut damit umgehen können, eine Vertretung zu organisieren – von 3,2 Prozent. Das ist auch eine finanzielle Frage.

(Kerstin Fiedler, CDU: Die Schulen müssen Vertretung mit Freizeit ausgleichen. Das heißt planmäßiger Unterrichtsausfall. Wir organisieren Unterrichtsausfall. – Egbert Liskow, CDU: Waren Sie in der letzten Zeit mal an einer Schule?)

Wir haben die MG 04 und es gab einen Topf von 21 Millionen Euro, der für Vertretungsmittel eingestellt wird, er ist zwar stark beansprucht, aber er ist nicht leer. Es wird immer wieder behauptet, er sei leer. Wir mussten 3 Millionen Euro nachschieben, damit er bis zum Jahresende reicht. Wir haben ja gerade in den letzten Tagen einen Nachschuss von 1 Million Euro an die staatlichen Schulämter gegeben, und zwar für Bewirtschaftungsbescheide.

Lassen Sie mich zu dem Stichwort kommen, wie wir denn ein möglichst präzises Bild über den Stand der Unterrichtsversorgung gewinnen. Nun haben wir in diesem Lande – und das ist etwas Besonderes, was sich im Laufe der Jahre entwickelt hat – tatsächlich einen täglichen und für alle Schulen angesetzten Überblick über die Vertretungs- und Ausfallsituation. Andere Bundesländer machen hier eine Stichprobe und nehmen eine Anzahl von Schulen. Diese Daten fassen wir im Bildungsministerium halbjährlich zusammen. Wenn wir das vierteljährlich machen würden, würde es sicherlich zu einem verdoppelten Verwaltungsaufwand führen, zumindest zu einer erheblichen Mehrbelastung der Schulen und der Mitarbeiter in den staatlichen Schulämtern.

Stichwort Feinsteuerung. Das Lehrerpersonalkonzept ist eine Entscheidung für den Kündigungsschutz der Lehrkräfte gewesen, das heißt Teilzeitkräfte für fachspezifische Absicherung der Unterrichtsversorgung. Es ist auch eine Entscheidung gewesen für kleine Schulen, zum Beispiel Einzügigkeit der Regionalen Schule am Einzelstandort. Das sind 132 Schüler, also 6 mal 22 Schüler. Das ist eine sehr bewusste und sehr teure Entscheidung, aber für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern auch eine sehr wichtige Entscheidung.

Wie man mit diesen außerordentlich schwierigen Bedingungen der Organisation umgeht, ist eine stete Aufgabe. Diese Arbeitsgruppe, die ihren Bericht inzwischen

nahezu fertig gestellt hat, hat vier Maßnahmen vorgeschlagen, die wir aufnehmen werden.

Erstens. Der Endtermin für die Anmeldung an den weiterführenden Schulen wird vom 31. März auf den ersten Freitag nach den Winterferien verlegt. Dadurch haben wir einen Zeitgewinn für die Planung von fünf Wochen.

Zweitens. Wir werden in der Personalbewirtschaftung der Einzelschule größere Spielräume suchen und da ist das Stichwort: Mehr Selbständigkeit der Schulen.

Drittens. Wir werden nach dem 31. März die Planungsparameter aus dem Bildungsministerium heraus nicht mehr ändern, sondern festschreiben.

Viertens. Die Verteilung der Y-Stunden wird nicht mehr zentral durch das jeweilige Schulamt, sondern durch die Einzelschule erfolgen. Das ist natürlich auch ein Beitrag für mehr Selbständigkeit dieser Schulen und wird Planungsverfahren erheblich verkürzen.

Stichwort Unterrichtsversorgung an den Förderschulen, PmsA. Wir haben im Haushalt 2003 PmsA-Mittel im Umfang von 444 Stellen. Wie verteilen? Wir haben sie verteilt zur Frühförderung, wir haben sie verteilt auf die Schulen für Körperbehinderte, zum Beispiel die Landesschule für Körperbehinderte in Neubrandenburg, auf die Landesschule für Sehbehinderte und Blinde in Neukloster. Wir haben sie eingesetzt für Erziehungsschwierige, wir haben sie eingesetzt dort, wo es pädagogische Unterrichtshilfen braucht, an den Schulen zur Förderung individueller Lebensbewältigung. Wir haben sie eingesetzt in Betreuerstunden, wir haben sie nicht mehr in die Betreuung in LRS-Klassen eingesetzt. Das sind 682 Schüler im Lande mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche, die keine Förderschüler sind. Sie besuchen in der 1. Klasse die Grundschule. Sie werden am Ende dieser 1. Klasse diagnostiziert, besuchen dann die 2. und 3. Klasse in einem kleineren Verbund mit speziellen Lehrkräften für LRS-Schüler, einen Klassenverbund von zehn bis zwölf Schülern. Sie gehen hinterher auch noch in eine Förderung hinein in den Klassen 5 bis 10, dann wieder in Gruppen von vier bis sieben Schülern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Dieses Schulkonzept für diese Schüler, das wird so bleiben, genauso wie die hundertprozentige Unterrichtsversorgung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Bluhm.

(Wolfgang Riemann, CDU: Blühmchen, sag mal, was tatsächlich los ist! – Heike Polzin, SPD: Noch nicht verstanden, Herr Riemann?! – Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe das schon verstanden. – Heike Polzin, SPD: Aber wie! – Zurufe von Michael Ankermann, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, das Thema ist viel zu ernst, als dass es in Polemik, in Aufgeregtheit, in Halbwahrheiten behandelt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Sind das Halbwahrheiten hier?)

Es ist viel zu komplex, als dass eine hier stattfindende öffentliche Debatte alle Facetten dieses komplizierten Problems beleuchten kann.

(Heike Polzin, SPD: So ist es.)

Und es klingt schon wie eine böswillige Unterstellung an die Regierung und die die Regierung tragenden Fraktionen, wenn hier so getan würde, als wären wir diejenigen, die Unterrichtsausfall wollten, die eine komplizierte Situation an den Schulen wollten. Mitnichten, meine Damen und Herren von der Opposition! Es macht uns schon erhebliches Kopfzerbrechen und auch schlaflose Stunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

wenn wir an die Umsetzung von bestimmten Regularien denken.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und an dieser Stelle möchte ich mich zuerst bedanken bei den Lehrerinnen und Lehrern dieses Landes, bei den Erzieherinnen und Erziehern, die trotz komplizierter Bedingungen zuallererst daran denken, ihre Arbeit zu machen, nämlich den Unterricht mit Kindern zu realisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Niemand hier leugnet doch, dass die Bedingungen kompliziert sind.

(Rainer Prachtl, CDU: Herr Bluhm, Sie hatten schlaflose Stunden, aber die Regierung hat verschlafen!)

Also, da hat wohl keiner verschlafen, Herr Prachtl. Ich kann Ihnen die vielen Dokumente, auch des Ausschusses, selber anführen. Es ist ja nicht so, dass wir selbst im Ausschuss nicht über genau diese Fragen permanent gesprochen hätten

(Heike Polzin, SPD: Ja, und zwar im Vorfeld.)

Unterrichtsversorgung, Unterrichtsausfall, Vertretungsunterricht, das sind Begriffe, die seit 1992 jede Bildungsministerin und jeden Bildungsminister in diesem Lande und damit uns als Parlamentarier mit negativer Konstanz verfolgen.

(Heike Polzin, SPD: Ja, so ist es.)

Ich habe einmal in der Parlamentsdatenbank nachgesehen, meine Damen und Herren, und das Ergebnis ist leider beeindruckend: 8.023-mal tauchen die Begriffe "Unterrichtsversorgung" und "Unterrichtsausfall" in Dokumenten und Reden auf. 199 Landtagsdrucksachen sind zu diesem Thema zu finden. Die CDU stellte 12 Kleine Anfragen zu diesem Themenkomplex, meine Fraktion 11. Allein diese wenigen Zahlen zeigen, es ist ein altes, und was viel schlimmer ist, es ist ein immer noch nicht zufrieden stellend gelöstes Problem. Auch wenn schon zu Zeiten der CDU-Regierungen die Sicherung ...

(Torsten Renz, CDU: Darauf haben wir gewartet.)

Also entweder wir wollen hier sachlich miteinander reden, und ich bemühe mich darum, dann gehört eben auch das dazu,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heike Polzin, SPD: Auch das gehört zur Wahrheit. – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

auch wenn schon zu Zeiten der CDU-Regierungen die Sicherung der Unterrichtsversorgung natürlich immer ein zentrales politisches Thema war. Dann gehört auch zur Wahrheit, auch wir haben das nicht wirklich tragfähig in den Griff bekommen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und natürlich ist es schon so, wenn man sich hier heute hinstellt und kritisiert 97 Prozent Unterrichtsversorgung, dann kann ich aus meinem eigenen Erleben, aus meinen Reden von diesem Pult in den zurückliegenden Legislaturperioden genau zu diesem Thema 97 Prozent mich sehr gut daran erinnern, dass ich da sehr heftig kritisiert habe. Und ich bin wirklich einer derjenigen, die auch zu diesen 97 Prozent eine sehr, sehr kritische Haltung haben, und das werde ich auch nicht aufgeben. Aber wir haben ein Problem, das hinzugekommen ist im Unterschied zu den Zeiten der CDU-geführten Regierungen dieses Landes, und das ist die Demographie.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich will Ihnen das an einer anderen Stelle meiner Rede deutlich machen. Es ist nicht einfach nur ein Vertretungsargument, es ist ein wirklich ernst zu nehmendes, das mit Konsequenz richtig große Anstrengungen erfordert, übergreifend.

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Gemäß Ziffer 181 der Koalitionsvereinbarung haben wir uns vorgenommen, eine bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Das ist der Maßstab, daran hat sich diese Regierung, diese Koalition messen zu lassen. Und von daher hat natürlich die Opposition zuallererst das Recht und die Pflicht, uns auch daran zu messen.

(Heiterkeit bei Michael Ankermann, CDU)

Diese Formulierung im Koalitionsvertrag heißt für meine Fraktion, dass die Stellenausstattung den zu erteilenden Unterricht nach Anzahl der Klassen und Vorgabe der Stundentafel absichern muss.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Regine Lück, PDS)

Dies allerdings scheint gegenwärtig nicht in allen Bereichen der Fall zu sein. Die Schülerinnen und Schüler haben darauf nicht nur einen Anspruch, sondern die Erteilung des Unterrichts ist zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages des Schulgesetzes unabdingbar. Die Ursachen für die Schwierigkeiten in der Unterrichtsversorgung und auch für den komplizierten Schuljahresanfang sind sehr vielschichtig und komplex. Ich kann hier nur auf einige der Aspekte eingehen. Einerseits liegt er nämlich in den bereits 1995 festgelegten Abbauzahlen, die ständig als Grundlage für Stellenberechnungen fortgeschrieben werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Dann müssen Sie die ändern, wenn Sie denken, die sind falsch.)

Genau da sind wir an dem Punkt, Herr Rehberg. Wir befinden uns also jetzt in einem Bereich von Zahlen, der 1995/1996 nur geschätzt werden konnte.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Und andererseits gibt es andere Verteilungsmechanismen zwischen den Schularten selbst in der Bildungsgangbeteiligung, die damals auch nicht so vorhergesehen werden konnten. Das kann man unter anderem eben auch an den Förderschulen in diesem Lande sehen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

An ihnen hat sich eben keine Verminderung der Schülerzahlen ergeben, obwohl sich ja die Gesamtschülerzahl im Lande erheblich – erheblich – verringert hat. Diese Auswirkungen spüren wir überall und darum meinen wir, dass das Lehrerpersonalkonzept mit Blick auf die tatsächlichen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln ist und fortgeschrieben werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vorhin kam von einem Kollegen der CDU-Fraktion bei der Rede von Frau Polzin der Zwischenruf, dass das Lehrerpersonalkonzept versagt hätte. Nun, meine Damen und Herren, das glaube ich nicht. Unser Hauptproblem, was ich sehe, sind die tatsächlich zur Verfügung stehenden Stellen. Besonders problematisch ist die seit Jahren immer wieder zum Schuljahresbeginn auftretende Differenz zwischen den aktuellen Stellenbedarfen der Schulämter und den im Haushalt geplanten Stellen selbst.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Diese Diskrepanz hat inzwischen eine negative Kontinuität. Und diese Unruhe an den Schulen zwingt uns als Parlament

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

und die Regierung im Zusammenhang auch mit der Haushaltsberatung für den Doppelhaushalt 2004 und 2005 zu Sofortmaßnahmen im Moment mit einem erheblich hohen Arbeitsaufwand, erheblichen zusätzlichen Finanzmitteln und natürlich Erklärungsbedarf. Aber – ich komme noch einmal darauf zurück – die Berechnung des Lehrkräftegesamtbedarfs erfolgt nach wie vor unverändert mit der Schüler-Lehrer-Relation von 1994/95. Daran hat bisher niemand etwas geändert. Und das ist das Problem. Wenn wir eine demographische Entwicklung haben, die dazu führt, dass wir immer im Durchschnitt kleinere Klassen haben, dann müssen wir wohl oder übel darum uns sorgen, dass wir dem tatsächlichen Bedarf die zur Verfügung zu stellenden Stellen anpassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das wird allerdings nicht ohne große Anstrengungen möglich sein, ob es nun 500 oder 1.000 Stellen sind. Ich erinnere nur an die Debatten um die mittel- und längerfristigen Personalabbauzahlen, die ja hier auch immer eine heiße Debatte hervorrufen

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

nach dem Motto: Wir müssen ja bei weitem viel schneller Personal abbauen. Das ist mit Sicht auf den Gesamthaushalt – das sage ich hier ganz offen – ein unheimlich kompliziertes Problem.

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Zu einigen Aspekten des vorliegenden Antrages, wo ich der Meinung bin, dass es sehr vernünftig ist, ihn im Finanzund im Bildungsausschuss federführend zu behandeln. Die im Punkt 2 Ihres Antrages, meine Damen und Herren, vorgesehene vierteljährliche Erfassung kann sicher nicht schaden. Ob sie der Sache dient, ist allerdings fraglich, denn vom vielen Wiegen wird die Unterrichtsversorgung selber ja nicht besser. Der Zeitraum erscheint mir, wie auch Frau Polzin deutlich gemacht hat, viel zu kurz. Wir sollten nicht vergessen, dass die Abteilung, die diese Berichte für das Parlament fertigen soll, für die Daten zur Unterrichtsversorgung zuständig ist, natürlich auch weitere Aufgaben im Rahmen der Organisation von Schule zu tun hat. Ich denke, in den Ausschusssitzungen des Bildungsausschusses wird die Frage der Unterrichtsversorgung ohnehin ein ständiger Tagesordnungspunkt sein.

Problematisch sehe ich den Punkt 3 Ihres Antrages.

(Egbert Liskow, CDU: War ja klar.)

An den weiterführenden Schulen ab Klasse 5 ist doch der Unterricht bildungsgang- und fachbezogen zu erteilen. Wenn Sie also die Schüler zum Maßstab nehmen, um die es ja eigentlich geht, und nicht zuerst die Lehrerinnen und Lehrer, die nämlich für die Schüler da sind, dann kann Ihnen doch wohl nicht ernsthaft daran gelegen sein, dass zum Beispiel ein Sportlehrer einer Schule nur deshalb fachfremd Chemieunterricht erteilen soll, weil sie dem Chemielehrer der Nachbarschule eine Abordnung ersparen wollen. Also hier ist doch das Primat des fachgerecht zu erteilenden Unterrichts zu berücksichtigen

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

unter den komplizierten Bedingungen der Umsetzung eines sehr umfänglichen Lehrerpersonalkonzepts. Und es umfasst immerhin noch knapp 13.000 Lehrerinnen und Lehrer im Land mit ungefähr 10.000 Klassen.

Zu Punkt 4. Auch hier ist die Situation mit Sicherheit viel differenzierter, als Sie es in Ihrem Antrag deutlich machen.

Jetzt leuchtet leider die rote Lampe für mich. Also ich muss mir zumindest diesen Teil für PmsA dann für die Debatte im Ausschuss aufsparen.

Meine Damen und Herren, ich glaube aber, dass die Diskussion bis hierher deutlich gemacht hat, dass es nicht einfach nur darum geht, einen Antrag anzunehmen, der nicht sagt, wie man richtig erkannte oder aufgeworfene Probleme lösen kann, sondern es geht um einen breiten politischen Konsens hier in diesem Hause, der eine längerfristig tragfähige Lösung für diesen Bereich erstrebt. Das sollten wir im Ausschuss gemeinsam beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Ich möchte wie gehabt beginnen, indem ich auf meine Vorredner eingehe. Es ist ja schon fast so, dass ich mir mein Redemanuskript hier sparen kann,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

da hier so viel an Zeit normalerweise benötigt würde, um Klarstellungen vorzunehmen. Ich möchte aber zumindest auf einige Punkte eingehen.

Der Zwischenrufer, Herr Bluhm, ist der Meinung, dass das Lehrerpersonalkonzept in seiner jetzigen bestehenden Form nicht mehr zeitgemäß ist. Dazu steht der Zwischenrufer auch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und der Zwischenrufer ist auch weiterhin der Meinung, dass Sie, die in der Verantwortung stehen, auch in diesem Punkt wieder die Zeit verschlafen haben. Zum beginnenden Schuljahr hier einzugreifen und zu korrigieren, das haben Sie versäumt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und das hat dazu beigetragen, dass wir diese Ungereimtheiten zum Schuljahresbeginn bekommen haben. Wir als CDU-Fraktion, das kann ich Ihnen versprechen, werden Sie auch an diesem Punkt weiter festnageln und treiben, dass dort Veränderungen vorgenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Bluhm, PDS: Ich bitte darum.)

Ich möchte dann zu meiner Rede kommen. Ich muss mit Verwunderung feststellen, meine Damen und Herren, dass hier heute bei diesem wesentlichen Tagesordnungspunkt der Herr Ministerpräsident und auch die Finanzministerin nicht anwesend sind. Ich gehe davon aus, dass sie entschuldigt sind, aber ich muss einfach feststellen, dass sie nicht anwesend sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Baunach, SPD: Wir haben nur wesentliche Entschuldigungsgründe.)

Wenn sie entschuldigt sind, dann muss ich aber trotzdem von dieser Stelle aus kritisieren. Wenn schon die GEW über die Presse den Ministerpräsidenten auffordert, dieses Thema zur Chefsache zu machen, dann frage ich mich: Was ist in den letzten zwei, drei Wochen auf diesem Gebiet der Chefsache passiert? Ich habe nichts verspürt an Chefsache,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das kann auch an Ihnen liegen.)

das muss ich Ihnen eindeutig sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Weil ein Chef dafür da ist, das ist der Kultusminister.)

Und es ist wie gesagt für mich bedauerlich, dass, so, wie es in diesem Lande wahrscheinlich aussieht, die heimliche Kultusministerin, die nämlich die Finanzen zu verwalten hat, sich leider heute hier nicht positionieren kann. Ich möchte dann auch weiter auf die Frau Finanzministerin nicht eingehen. Das ist nicht mein Stil.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh, nee, das hat man gemerkt!)

Aber ich denke mal, dass hier Gespräche angebracht sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Über den Stil wollen wir mal lieber nicht philosophieren.) Ich wollte nun gerade mal Frau Gramkow loben, weil sie sich als Fraktionsvorsitzende hier die Reden angehört hat. Leider ist sie jetzt nicht mehr da.

(Heinz Müller, SPD: Und schon ist sie weggelaufen.)

Der Herr Schlotmann hat es ja auch nicht unbedingt für nötig gehalten, der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden zu folgen.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Ich will Ihnen eins sagen: Seitdem ich ein Jahr in diesem Parlament bin

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das muss man wohl den Fraktionen überlassen.)

und der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg hier eine Rede gehalten hat, muss ich einfach mal feststellen: So wenig Zwischenrufe, Bemerkungen, die gab es noch nie. Das können Sie im Protokoll nachher nachlesen, meine Damen und Herren. Die zwei, drei Zwischenrufe können Sie sicherlich abzählen.

(Norbert Baunach, SPD: Sie sind ja schon so lange hier, Sie wissen das ja! – Heinz Müller, SPD: Was will uns der Dichter jetzt damit sagen?)

Und dieses Schweigen der Regierungspartei ist, denke ich, schon mal sehr bedenklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Und wenn dann hier anschließend der Bildungsminister.

(Heinz Müller, SPD: Na, Herr Rehberg hat das aber ganz schön nötig, mein lieber Schwan! Ich werd' verrückt!)

das muss ich Ihnen sagen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Ich kriege Tränen in die Augen. So viel Stuss auf einen Haufen! – Heiterkeit bei Minister Dr. Gottfried Timm)

aus meiner Sicht doch in etwas ironischer Art und Weise versucht, dieses Thema hier herunterzuspielen, und Vergleiche bringt, dass in diesem zugegeben nicht entscheidenden, aber auch nicht unwesentlichen Stundenausfall die Nobelpreisträger gekrönt werden, dann will ich Ihnen aus meiner Sicht doch eins sagen: Das Ganze besteht immer aus vielen kleinen Einzelteilen, aus vielen Mosaiksteinchen, Frau Seemann,

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

und wir sind dabei, oder besser gesagt, Sie sind dabei, diese Mosaiksteinchen eins nach dem anderen aufzugeben.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Deshalb haben wir auch die Grundschultafel wieder aufgestockt, Herr Renz!)

Und das wird die CDU-Fraktion nicht zulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich muss Ihnen auch weiterhin sagen, ich gewinne den Eindruck, wenn ich Frau Polzin und auch Herrn Bluhm beobachte und auch reden höre, dass die Bildungsexperten dieses Parlamentes, dieser Fraktionen einfach außen vor gelassen werden. Hier macht am Kabinettstisch,

(Ute Schildt, SPD: Das lassen Sie nicht zu. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

ich hatte es angedeutet, wahrscheinlich die Finanzministerin die Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber für mich stellt sich zusätzlich die Frage: Herr Schlotmann, Frau Gramkow, wo sind Sie, wenn das Kabinett tagt? Ich gehe davon aus, dass Sie als Fraktionsvorsitzende am Kabinettstisch sitzen

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die ganze Fraktion geht da einmal hin. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

und mitreden und nicht jedes Mal überrascht tun, wenn eine neue Horrormeldung auf diesem Gebiet kommt.

(Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Das ist Ihre Verantwortung als Fraktionsvorsitzende und da mache ich Sie fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Herr Renz, es tut mir Leid, aber Sie reden Unsinn. Das tun Sie die ganze Zeit.)

Werden Sie bitte nicht persönlich, Herr Schlotmann.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie ziehen in unflätiger Weise über die Minister her. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Das Ganze, was hier politisch aus meiner Sicht abläuft, Herr Schlotmann, hat System.

(Volker Schlotmann, SPD: Meine Güte noch mal!)

Das Ganze hat System.

(Volker Schlotmann, SPD: Haben Sie die Rede vorher abgesprochen?)

Wenn ich die letzte Haushaltsdiskussion zum Thema Musikschulen nehme: Kürzung im Regierungsentwurf um 300.000 – ein Aufschrei in Ihren Fraktionen: Wir sind für eine Erhöhung um 150.000.

(Angelika Peters, SPD: Woher?)

Dass das aber am Ende ein Minus ausgemacht hat, das verkaufen Sie der Bevölkerung als Erfolg. Ob das redlich ist, das möchte ich in Frage stellen.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Der Abgeordnete Volker Schlotmann bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Förderschulen. Kürzungen beim Thema Förderschulen werden zurückgenommen nach einem großen Kampf. Ich frage: Wo waren Sie, als das Ganze auf den Weg gebracht wurde? Das wird dann wieder als Erfolg ausgewertet.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, ...

Torsten Renz, CDU: Und ich habe den Verdacht,

(Gabriele Schulz, PDS: Die Präsidentin würde gerne was sagen.)

dass Sie hier das gleiche Spiel auf Kosten der Kinder ...

(Heinz Müller, SPD: Hey! – Gabriele Schulz, PDS: Das gibt es ja wohl nicht!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Renz!

Torsten Renz, CDU: Ja, Frau Präsidentin?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Schlotmann.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, dann muss er sich vorher ans Mikrophon stellen. Herr Schlotmann, hier gibt es keine Sonderrechte! – Lorenz Caffier, CDU: Schlimm, wenn man nicht weiß, wie man sich benehmen muss! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Torsten Renz, CDU: Ich würde am Ende der Redezeit ...

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz möchte die Rede erst beenden.

Torsten Renz, CDU: Ich habe den Eindruck, dass dieses Spielchen – ich will es nicht hoffen – beim Thema Unterrichtsversorgung genauso läuft. Ich kann es einfach nicht akzeptieren, dass hier politisch gewollt, das ist ja der Presse zumindest so zu entnehmen, 97 Prozent geplant werden – man sollte vielleicht mal überlegen, ob man diese 97 nicht auf 100 setzt gleich im Vorfeld –

(Angelika Gramkow, PDS: Der Minister hat doch dazu geantwortet.)

und dann die PDS-Vorsitzende an die Presse geht und anschließend sagt: Wir sind für 100 Prozent.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, sind wir auch!)

Herr Schlotmann sagt: Jawohl, das Thema ist wichtig, wir werden es im Ausschuss thematisieren. Das ist der falsche Weg. Reagieren Sie vorher, meine Damen und Herren!

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Ich nehme mal den Zeitungsartikel vom 27.08.2003 in der "Schweriner Volkszeitung" zum Anlass, um doch noch auf einige Punkte hinzuweisen. Es geht hier ja los: "Notstundenpläne und Durcheinander beim Lehrereinsatz" und so weiter und so fort. Sie werden sehr stark von der GEW hier angegriffen. Was mich betroffen gemacht hat, ich konnte es eigentlich gar nicht glauben, als ich das hier gelesen habe: ",Politisch gewollte' Kürzungen von 100 auf 97 Prozent räumte" Herr "Metelmann im Wahlpflichtangebot der Schulen ein." Der Bildungsminister dieses Landes räumt eine politisch gewollte Kürzung auf 97 Prozent ein!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Sie sollten nur von Sachen reden, von denen Sie was verstehen! – Heike Polzin, SPD: Im Wahlpflichtbereich! – Gabriele Schulz, PDS: Das ist ja stark! – Zurufe von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich habe Herrn Professor Metelmann kennen gelernt und auch schätzen gelernt. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass das seine Meinung ist.

(Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber ich fordere diejenigen, die das politisch wollen, einfach auf, hier ans Rednerpult zu kommen und das den Bürgern

(Dr. Margret Seemann, SPD: Und den Bürgerinnen auch?)

und vor allem unseren Kindern in diesem Lande mitzuteilen. Dann haben Sie auch die Kraft, die bestehende Verordnung zu ändern, und nehmen Sie nicht die alte Verordnung und lassen einfach was wegfallen, sondern haben Sie die Kraft, die Verordnung zu ändern. Sagen Sie es den Bürgern,

(Dr. Martina Bunge, PDS: Und Bürgerinnen!)

dann haben Sie wenigstens ein reines Gewissen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich möchte dann zum Abschluss kommen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Torsten Renz, CDU: Wir werden der Überweisung in die Ausschüsse zustimmen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Wir sagen aber auch heute schon, dass wir den nötigen Druck in den Sitzungen machen werden. Bereiten Sie sich darauf vor, hier geht es um die Wahrheit!

(Reinhard Dankert, SPD: Wir sind auf alles vorbereitet.)

Wir werden in der nächsten Sitzung dann namentliche Abstimmung verlangen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion?

Torsten Renz, CDU: Nein.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist Feigheit vor dem Feind.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ums Wort gebeten hat jetzt noch einmal die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Polzin.

Heike Polzin, SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde das Fass jetzt nicht voll machen und noch mal oben draufhauen. Nur zwei, drei freundliche Bemerkungen. Ad eins: Dass aus unserer Fraktion generell weniger Zwischenrufe kommen als aus der CDU ist ja wohl hinlänglich bekannt und man kann lange über Ursachen nachdenken. Es kann etwas mit Erziehung zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Lorenz Caffier, CDU: Können Sie denn das Protokoll nicht lesen? – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Zum Zweiten. Herr Renz, ich bin wirklich hellauf begeistert über Ihre Fürsorge, was die Person des Herrn Bluhm und auch meine Wenigkeit anbelangt. Das tut meiner Seele natürlich sehr gut,

(Torsten Renz, CDU: Das ist auch ehrlich gemeint, Frau Polzin.)

aber ich kann Ihnen auch versichern, dass weder Herr Bluhm noch ich im Moment drauf und dran sind, eine Selbsthilfegruppe zu gründen, weil unsere Fraktionen uns nicht ernst nehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Das werdet Ihr aber bald tun müssen, wenn Frau Keler weiter so macht. – Dr. Ulrich Born, CDU: Alleine geht das nicht.)

Zum Dritten. Herr Renz, es ist eigentlich schade, ich glaube, wir hatten über weite Strecken in der Sache einen Konsens. Man sollte so was nicht dem Klamauk preisgeben

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Lorenz Caffier, CDU: Ich glaube nicht, dass Unterrichtsversorgung Klamauk ist.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/727 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie, bevor wir in den nächsten Tagesordnungspunkt einsteigen, darüber informieren, dass die schwedische Außenministerin Anna Lindh heute Morgen ihren schweren Verletzungen des gestrigen Attentats erlegen ist. Frau Anna Lindh war eine der wichtigsten Personen in der Frage der Befürwortung Schwedens zur EU. Ich glaube, dass ich in Ihrem Namen spreche, wenn wir dieses feige Attentat auf das Schärfste verurteilen und natürlich unser tiefes Mitgefühl ihren Angehörigen und insbesondere ihren beiden Kindern gilt. Ich bitte Sie, sich kurz von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sofortmaßnahmen zur Lehrstellensituation 2003, Drucksache 4/729.

Antrag der Fraktion der CDU: Sofortmaßnahmen zur Lehrstellensituation 2003 – Drucksache 4/729 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist natürlich schwierig, zum politischen Alltag zurückzukommen.

Meine Damen und Herren, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern ist dramatisch. Noch nie klaffte die Schere zwischen Ausbildungsplatzsuchenden – 7.800 bei den Arbeitsämtern gemeldet, 1.400 mehr als vor einem Jahr – und den freien Ausbildungsstellen – 1.700 – auseinander. Seit Oktober wurden den Arbeitsämtern insgesamt 14.500 Ausbildungsstellen gemeldet, 900 oder 6,0 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schulabgänger, aber es sind ja nicht nur direkte Schulabgänger, beläuft sich auf 25.600, die sich nach einem geeigneten Ausbildungsplatz umge-

schaut haben. Das sind traurige Zahlen und hinter diesen Zahlen stehen Menschen, deren Lebensplanung nach der Schulzeit vor einer ungewissen Zukunft steht. Und da hilft auch nicht das permanente Verweisen auf Zahlen, die dann Ende September vorliegen. Die Tendenz, Herr Minister Ebnet, der Monate Juni, Juli und August ist mehr als eindeutig, leider.

Meine Fraktion hat Ihnen einen Antrag vorgelegt, der Sie zunächst auffordert, aktuell über die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt zu berichten. Angesprochen werden sollte dabei auch die Wirksamkeit der Ausbildungsplatzförderung. Meine Fraktion, Herr Minister Ebnet, hat diese Förderung sehr früh, schon im März diesen Jahres, verlangt. Sie haben als Wirtschaftsminister spät eingelenkt und die Richtlinie trat dann am 27. Juni erst in Kraft. Das ist sicher nicht Ihr eigenes Versäumnis, Herr Minister Ebnet, nur wenn man am 27. Juni erst eine Richtlinie in Kraft treten lässt – und ich denke, wir vertreten da beide eine Meinung, die Beträge 1.500 Euro beziehungsweise weniger heben nicht die Ausbildungsplatzkosten auf, für mich ist das mehr auch ein moralisches Symbol gewesen -, müssen Sie sich von uns eins vorwerfen lassen: Sie können doch nicht erwarten, dass die Zahlen - und die haben Sie genannt - aktuell besser sind, und zwar erst 300Anträge bei der betrieblichen Ausbildung für 400 Ausbildungsplätze. Nach meiner Kenntnis mussten Sie im Ausschuss zugeben, es gibt noch keinen Antrag bei der Verbundausbildung.

Herr Minister Ebnet, das ist Ihre politische Verantwortung, dass Sie schon jetzt und heute klar machen, das Signal nach draußen senden, dass die betriebliche Ausbildungsplatzförderung fortbesteht und nicht erst zum 27. Juni 2004 für das Ausbildungsjahr 2003/2004 in Kraft tritt und dann rückwirkend zum 1. Januar. Ich fordere Sie hier an dieser Stelle auf: Geben Sie ein deutliches Signal für das kommende Ausbildungsjahr, dass die Ausbildungsplatzförderung ab sofort weiterläuft bis zum Ende!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Etwas anderes kann man an dieser Stelle nicht politisch verantworten. Ich sage Ihnen noch einmal ganz klar und eindeutig: Die Finanzressourcen sind begrenzt. Für mich ist das auch mehr ein moralischer Aspekt, aber gleichwohl, Herr Minister Ebnet, Sie müssen sich auch messen lassen an Ihrer Ankündigung, dreimal 1.000 neue Ausbildungsplätze mit diesem Programm schaffen zu wollen.

Ein Weiteres, das geht Sie nicht allein an. Der Ministerpräsident ist heute auf der MeLa, das ist sicher zu akzeptieren. Nur, was ich nicht akzeptieren kann, und ich bin hoch gespannt auf die Zahlen, die die Landesregierung selber für sich Ende September vorlegt: Nach den letzten Zahlen, die mir vorliegen, ist die Ausbildungsbereitschaft zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum der Landesregierung um deutlich zehn Prozent zurückgegangen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Das sind die Zahlen, Herr Minister Ebnet, die mir die Landesregierung zugearbeitet hat. Sie haben die Jahre zuvor immer über 700 gehabt. Sie sind noch nicht einmal auf 600 gekommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich! – Angelika Gramkow, PDS: Das stimmt nicht!)

Was wollen Sie denn von der Wirtschaft verlangen, wenn Politik nicht mit gutem Beispiel vorangeht?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Durchforsten Sie doch bitte die Universitäten, Ihre nachgeordneten Behörden, Straßenbauämter, Labore et cetera – ich kann das alles aufzählen –, ob sie nicht auch jungen Menschen beim Land eine Chance geben können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Unser Motto war immer: "Ausbilden ist wichtiger als übernehmen." Herr Minister Ebnet, ich habe mir sagen lassen, dass die Ausbildung im Land, ich meine jetzt nicht nur Güstrow allein, sondern auch in technischen Bereichen, im kaufmännischen Bereich, nicht die schlechteste ist. Das heißt, hier ist Politik in der Verpflichtung.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt bei uns ist die Ausbildungsfähigkeit von Schülern. Die muss in Deutschland verbessert werden. Wissen Sie, ich habe die Debatte zum vorherigen Tagesordnungspunkt noch sehr, sehr gut im Ohr. Ich denke, das Signal, was beim ganzen Thema Unterrichtsversorgung und Situation an den Schulen gegeben wurde in den letzten Wochen, das ist nicht dazu angetan, dass wir die Ausbildungsfähigkeit von Schülern in Mecklenburg-Vorpommern verbessern, ganz im Gegenteil.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Das sind Zusammenhänge, die man ganz einfach beachten muss.

Herr Minister Ebnet, wir waren gemeinsam auf einer Tagung der IHK Rostock. Mich hat eine Zahl erschüttert: Von gut 700 befragten Betrieben haben zehn Prozent gesagt, dass sie Ausbildungsplätze deswegen nicht belegen konnten, weil die Qualität des Schulabschlusses nicht mehr dazu passte. Das halte ich für mehr als bedrückend. Wenn ich das im Land hochrechne, muss ich sagen, das sind mehr als ernst zu nehmende Zahlen.

Ich denke, wir sollten uns ernsthaft über einen Punkt unterhalten. Ich weiß, das ist schwierig, aber zunehmend kommen zu mir Klagen, dass zwei, drei, vier Lehrverträge abgeschlossen werden und dass dann diese Lehrverträge Ende August, Anfang September erst losgelassen werden, deswegen diese Zahl 7.800 zu 1.700 freien Stellen. Die kann ich sehr wohl bewerten. Nur, Herr Minister Ebnet, wenn das wirklich so ist - es gibt dort keine belastbaren Daten, das werden wir auch nicht bekommen, aber es ist eine Tatsache -, dann müssen wir uns doch in dieser Situation, wo die Ausbildungsplätze deutlich zurückgehen und aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Schulabgängerzahlen nicht sinken oder die Zahl der Personen auf dem Ausbildungsmarkt, darüber Gedanken machen, dass wir auch ein Stück Fairness zwischen denjenigen herstellen, die auf dem Ausbildungsmarkt stehen. Deswegen lassen Sie uns doch prüfen: Ist es nicht möglich, dass die Lohnsteuerkarte bei Unterzeichnung des Ausbildungsvertrages, des Lehrvertrages einbehalten wird? Ist es nicht möglich darauf hinzuwirken, dass im Ausbildungsvertrag ein Passus enthalten ist, dass der Auszubildende unterschreibt "Ich bin keinen weiteren Lehrvertrag eingegangen."?

Ich habe als Beispiel ein großes Hotel, da sagte mir vor Jahren der Geschäftsführer: Herr Rehberg, ich nicht mehr. 14 Plätze habe ich zur Verfügung gestellt und davon haben 7 Bewerber Anfang September tschüs gesagt. Das heißt, sie hatten doppelt oder dreifach gepokert. Lassen Sie uns deswegen dieses Thema angehen, weil ich noch eine Sorge habe, und zwar dass Ende August, Anfang September Ausbildungsplätze losgelassen werden und ich habe nicht mehr die Schulabgänger, die auf diese Ausbildungsplätze noch passen mit einem guten Realschulabschluss, mit einem guten Abitur und so weiter und so fort.

Ich habe deswegen versucht, das in aller Ausführlichkeit darzustellen, weil es darum geht, Fairness zwischen den Ausbildungsplatzsuchenden herzustellen und ein Stück weit dafür zu sorgen, dass möglichst frühzeitig die guten Ausbildungsplätze im Land mit denen belegt sind, die auch gute Schulabschlüsse haben. Ich glaube, hier müssen Anforderung und Qualität zueinander gebracht werden

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine letzte Anmerkung: Ich hoffe, dass Sie als Wirtschaftsminister, Herr Ebnet, meine Auffassung teilen, die Ausbildungsplatzabgabe bringt nicht einen Ausbildungsplatz mehr, nicht einen einzigen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Andreas Petters, CDU)

Ich möchte mir einmal das Regelwerk und das Gesetzeswerk angucken, das normiert, welcher Betrieb ist ausbildungsunwillig. Die Definition möchte ich gern einmal sehen. Die Definition möchte ich gerade für Mecklenburg-Vorpommern sehen, wo ich eine Struktur habe, in der ein Unternehmen, das in Baden-Württemberg als mittelständisch gilt, ein Großbetrieb ist, wo ich eine Vielzahl von Betrieben habe, die weniger als 20 oder 10 Mitarbeiter haben.

Ich denke, noch weitere Belastungen für die Wirtschaft würden die Ausbildungsbereitschaft konterkarieren. Ich denke, wenn man nicht – und entschuldigen Sie bitte, das politische Chaos von Rot-Grün in Berlin trägt natürlich mit zur Verunsicherung bei – entsprechende Rahmenbedingungen setzt, dann wird die Wirtschaft weniger bereit sein, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Wir wissen alle, dass die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern mit die höchste ist in Deutschland.

Zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie gesagt, es fällt schwer, nach solch einer Nachricht, zum politischen Alltag zurückzukehren. Ich sehe dieses Thema genauso ernst an wie das vorherige. Wir sollten bei aller gebotenen Sachlichkeit wirklich uns Gedanken machen, wie wir für das nächste Jahr beim Thema "Ausbildungsplatzförderung, Kontinuität" auch das Thema "Mehrfaches Besetzen von Ausbildungsplätzen" – es gibt sicherlich noch weitere, Kollege Petters wird darauf eingehen -, wie wir wirklich dazu kommen, möglichst frühzeitig möglichst vielen Ausbildungsplatzsuchenden in Mecklenburg-Vorpommern ein Angebot zu machen. Außerbetriebliche Ausbildung und alles, was sich darum herumrankt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht nur teuer, sondern führt auch nicht dazu, dass die entsprechende Qualität, jedenfalls in vielen Fällen, gegeben ist. Die beste Ausbildung ist die betriebliche Ausbildung. Ich denke, wir sollten mit daran wirken, die schwierigen nächsten vier, fünf Jahre noch mit den hohen Schulabgängerzahlen so hinzukriegen, dass wir hier nicht mehr Ende August 7.800 Suchende haben, in Anführungsstrichen, und 1.700 freie Stellen, sondern dass sich das reduziert. - Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat um das Wort gebeten der Wirtschaftsminister Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ein ernstes Problem mit den Lehrstellen, mit den Ausbildungsplätzen. Herr Rehberg, ich möchte mich bedanken bei Ihnen für den ernsthaften Einstieg in diese Aussprache.

Wir wissen, dass die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in ganz Deutschland schwierig ist. Wir wissen, dass in Mecklenburg-Vorpommern auch aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der vielen Jugendlichen, die wir Gott sei Dank haben, besonders angespannt ist. Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt ein Problem, Herr Rehberg, wenn wir über Zahlen reden, Sie haben es schon angesprochen. Wir haben die Augustzahlen im Moment vorliegen, aber es ist gerade im August und September so viel im Fluss, dass wir eigentlich nur ungefähr die Größenordnungen angeben können. Die Zahlen ändern sich täglich und wir haben normalerweise verlässliche Grundlagen erst wieder mit den Zahlen vom 30. September und die stehen am 8. Oktober zur Verfügung. Von daher haben wir in der Debatte jetzt gewisse Unsicherheiten.

Wir haben dieses Jahr – ich möchte einmal das Problem herausstellen – 13.800 Schulabgänger, die erstmals einen Ausbildungsplatz suchen. Wir haben auf der anderen Seite – das sind jetzt die Augustzahlen – 14.500 Stellen. Also hätten wir, so möchte man meinen, sogar einen Überschuss von 700 Stellen und eher einen Mangel an Ausbildungsplatzbewerbern. Das ist natürlich nicht so. Jeder weiß, da ist ein riesiges Problem. Aber wo liegt denn das Problem? Das Problem ist, dass wir 11.800 Jugendliche, die in den Vorjahren schon eine Ausbildung gesucht haben, immer noch nicht versorgen konnten, dass die immer noch als Ausbildungsplatzsuchende auf dem Markt sind. Das ist genau das Problem.

Eines der Probleme – Herr Rehberg hat es auch schon mit anderen Worten angesprochen – ist natürlich, dass diese Altfälle nicht einfacher werden, sondern dass dabei der Anteil der schwierigeren Fälle zunimmt. Diesem Problem muss man sich stellen.

> (Dr. Ulrich Born, CDU: Aber Sie haben doch schon letztes Jahr versprochen, dass jeder einen Ausbildungsplatz bekommt. – Eckhardt Rehberg, CDU: Aber die hatten auch schon alle das Versprechen, dass jeder einen Ausbildungsplatz bekommt.)

Herr Born, wir müssen uns dem Problem stellen. Darum bitte ich.

Nach den vorliegenden Augustzahlen ist die Zahl der Bewerber, Schulabgänger aus diesem Jahr und Altfälle zusammen mit insgesamt 25.600 etwa so groß wie im Vorjahr. Ende August standen noch 1.686 offene Stellen zur Verfügung, aber dem gegenüber standen 7.815 unvermittelte Bewerber. Der Differenzbetrag beläuft sich also

auf 6.000 Ende August. Inzwischen haben sich die Zahlen schon wieder geändert.

Viele Betriebe schließen ihre Ausbildungsverträge erst im September ab und andererseits entschließen sich auch viele Bewerber erst sehr spät für Alternativen wie zum Beispiel ein Studium oder für weiterführende Schulen, oder aber es stellt sich auch heraus, sie haben zwei Ausbildungsmöglichkeiten gehabt und können nur eine in Anspruch nehmen.

Herr Rehberg, Sie haben da ein Problem angesprochen, das sehe ich auch. Wie kommen wir dazu, dass jemand nur einen Lehrvertrag abschließt und nicht durch einen zweiten Vertrag eine andere Stelle blockiert? Hier bitte ich um Verständnis, dass ich als Wirtschaftsminister nur mit anderen Behörden wie Arbeitsämter und so weiter und Unternehmern daran arbeiten kann, dieses Problem anzugehen. Ich sage Ihnen zu, ich werde weiterhin dranbleiben. Das ist ein Zustand, der eigentlich nicht haltbar ist.

(Beifall Andreas Petters, CDU)

weil er Lehrstellen für andere blockiert, was nicht sein darf. Die Arbeitsämter befragen jetzt im September noch einmal die gemeldeten Jugendlichen, ob sie weiterhin für eine Vermittlung zur Verfügung stehen. Die letzten Klärungsprozesse haben wir dann fürs Erste im September/Ende September abgeschlossen. Dann wissen wir genau Bescheid.

Nach dem, was sich jetzt abzeichnet, gibt es in großen Bereichen einen Lehrstellenmangel. Zum Beispiel haben wir bei den Ausbildungsberufen wie Kaufmann im Einzelhandel, Kraftfahrzeugmechaniker, Koch oder Bürokaufmann/Bürokauffrau einen ausgesprochenen Lehrstellenmangel. Auf der anderen Seite gibt es überraschenderweise in ganz interessanten Bereichen offene Lehrstellen wie zum Beispiel bei den Berufen Technischer Zeichner, Kaufmann für Verkehrsservice, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer sowie Fachverkäufer im Nahrungsmittelhandwerk. Hier scheinen die Berufswünsche der Jugendlichen nicht zusammenzupassen mit dem Lehrstellenangebot, was allerdings bei diesen Berufen durchaus nicht ganz einleuchtend ist.

Meine Damen und Herren, die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist schwierig und wir haben verschiedene Programme, um sie zu bewältigen. Wir haben das Bund-Länder-Programm, das Ausbildungsplatzprogramm Ost mit etwa 2.300 Stellen in diesem Jahr zur Verfügung. Das reicht nicht. Und weil wir wussten, dass das nicht reicht, haben wir ein Lehrstellensonderprogramm des Landes aufgelegt mit dreimal 1.000 Ausbildungsplätzen, die wir zur Verfügung stellen beziehungsweise gewinnen wollen, und zwar kommen die dann noch drauf, die sind zusätzlich, nämlich 1.000 aus der betrieblichen Ausbildungsplatzförderung für erstausbildende Betriebe, 1.000 aus der Verbundförderung und 1.000 aus dem Landesergänzungsprogramm für die außerbetriebliche - hoffentlich sehr betriebsnahe - Ausbildung. Wie die Zahlen, Herr Rehberg, für die betriebliche Ausbildung, die Sie vorher angesprochen haben, aber am Ende tatsächlich aussehen werden, wissen wir heute noch nicht. Der Anmeldeschluss ist der 30. September und bis zum 30. September kann noch viel geschehen.

Herr Rehberg, Sie haben gesagt, dass von den 1.000 Maßnahmen, die wir angeboten haben, erst 300 in Anspruch genommen worden sind. Die Zahlen ändern sich ganz rasant. Der aktuelle Stand hier und heute ist 600. Von daher bin ich zuversichtlich, dass wir die anderen 400 im Verlauf des Septembers auch noch hinbekommen werden. Bei der Verbundausbildung läuft die Antragsfrist länger, und zwar bis zum 31. Oktober. Erst dann wissen wir tatsächlich, was los ist. Erst dann können wir Aussagen machen. Ich hoffe, dass wir dann in der Verbundförderung auch diese zusätzlichen 1.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen können.

Es kommen natürlich noch weitere Maßnahmen hinzu, nämlich Maßnahmen der Kammern, der Arbeitsämter, der Medien und der Bundesregierung. Die setzen sich alle auch ein. Zusätzlich kommt uns beispielsweise zugute, dass die Bundesanstalt für Arbeit die Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche und für berufsvorbereitende Maßnahmen nicht, wie ursprünglich geplant, gekürzt hat, sondern weiterführt. Das hilft uns auch wieder. Auch die Bundesanstalt wird wie im Vorjahr zusätzliche Maßnahmen auflegen, die den Lehrstellenmarkt entlasten. Ich glaube, man kann feststellen, dass sich hier wirklich alle Beteiligten – Bundesanstalt, Bund, Land, Kammern, Wirtschaft – redlich Mühe geben, in einer großen gemeinsamen Anstrengung dieses Lehrstellenproblem zu lösen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Über unsere Programme hinaus haben wir auch eine Reihe von Veranstaltungen organisiert, um zusätzliche Lehrstellen einzuwerben. Ich verweise zum Beispiel auf die gemeinsame Ausbildungskonferenz mit der Industrieund Handelskammer Rostock und dem Arbeitsamt im Juni 2003 in Stralsund. Ich verweise auf die Strategiekonferenz zur Nachwuchssicherung im Handwerk der Handwerkskammern im Juni 2003 in Schwerin. Ich verweise auf die Nationale Ausbildungskonferenz im Juli gemeinsam mit der Bundesministerin Frau Bulmahn in Schwerin. Ich verweise auf den Tag des Ausbildungsplatzes unter Federführung der Arbeitsämter Ende Juni 2003. Allein dabei wurden insgesamt 204 Lehrstellen eingeworben. Es gab weitere Aktivitäten. Da kann ich jetzt auch nur Beispiele aufzählen wie die gemeinsame Ausbildungsplatzakquisition der Industrie- und Handelskammer Rostock mit Abgeordneten der Region Rostock im August 2003. Ein weiteres Beispiel sind die Lehrstellenbörsen der Tageszeitungen und die Last Minute Lehrstellenbörse von Antenne M-V und der AOK, die hervorragende Erfolge aufzuweisen hat und die nur zu begrüßen ist, wobei man den Initiatoren nur Dank sagen kann. Ich verweise auf die Lehrstellentour mit Bundesminister Clement Ende August. Und das war noch keine vollständige Auflistung.

(Rainer Prachtl, CDU: Ihr müsst doch wirtschaftliche Zeichen setzen und nicht so eine Tour machen!)

Meine Damen und Herren, wir haben Programme aufgelegt. Es gab viele zusätzliche Aktivitäten, an denen sich viele beteiligt haben. Ich bin überzeugt, dass es auch dieses Mal gelingen wird, jedem Jugendlichen, der will und der kann, bis Ende des Jahres ein Ausbildungsangebot zu verschaffen.

Herr Rehberg, Sie verweisen in Ihrem Antrag auf die Beispiele Hessen und Bayern. Dem muss man vorausschicken, dass Hessen und Bayern in der Vergangenheit in der glücklichen Situation waren, dass sie das Lehrstellenproblem, das Ausbildungsplatzproblem, nicht hatten. Jetzt haben sie das Problem. Jetzt haben sie das Problem, das wir schon länger haben. Es ist natürlich gut und richtig, dass Hessen und Bayern sich dann auch diesem Problem stellen und etwas unternehmen. Aber was macht Bayern? Bayern macht Vorschaltmaßnahmen für eine betriebliche Ausbildung. Haben wir ja schon. Wir hatten das Problem früher, wir haben die Maßnahmen schon früher ergriffen. Es jetzt Bayern nachzumachen macht keinen Sinn, weil das bei uns schon vorhanden ist und bei uns besser läuft als dort, auch besser konzipiert ist. Und wenn Sie von Hessen sprechen

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und auf Hessen verweisen, dann müssen Sie auch sagen, was Hessen macht. Hessen bietet Praktika in der öffentlichen Verwaltung an. Darum kann es nicht gehen.

> (Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, Sie müssen auch was tun in der öffentlichen Verwaltung! – Andreas Petters, CDU: Ja, darum geht es!)

Wir brauchen betriebliche Ausbildungsplätze. Und was Hessen macht, bleibt weiter hinter dem zurück, was wir an Landesprogrammen hier aufgelegt haben. Und wenn Sie sagen, nehmt euch Bayern und Hessen zum Vorbild, dann ist das nicht die Aufforderung zum Fortschritt, sondern zum Rückschritt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Die Landesregierung hat die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgefahren. Das ist es!)

Meine Damen und Herren, wenn die CDU fordert, die Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern zu verbessern, so ist das richtig. Wir brauchen in der Tat eine bessere Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern. Man muss dabei auch berücksichtigen, wo die Ursachen liegen. Die Ursachen für manchen Problemfall unter den Jugendlichen sind natürlich im Elternhaus zu suchen. Es kann Politik nur schwer auf die Eltern und auf die Erziehungskompetenz und das Erziehungsverhalten der Eltern Einfluss nehmen. Hier sind wir im Bereich der Wertevermittlung. Ich glaube, da hat jeder einen Bereich, wo er gut wirken kann, wenn er das tut.

Natürlich ist auch die Schule gefragt, die Schulausbildung, die nicht alles reparieren kann, was die Eltern nicht zustande gebracht haben. Da gab es aber in der Tat in den letzten Jahren schon bedeutende Verbesserungen. Sie wissen alle noch, in der Grundschule wurde Anfang der 90er Jahre die Stundentafel gekürzt. Sie wurde dann unter dieser Regierung wieder erhöht. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Sie wissen auch, dass sich die Entwicklung derzeit dahin bewegt, dass man die vielen Wahlmöglichkeiten wieder einschränkt zugunsten von Kernkompetenzen, die auch erforderlich sind. Wenn ich mit Unternehmern spreche, Herr Rehberg, dann bekomme ich dieselbe Antwort wie Sie auf die Frage "Woran fehlt es?". Die heißt nämlich einfach ausgedrückt: Am Lesen, Schreiben und Rechnen. Ich sage bewusst nicht Mathematik. Ich sage Rechnen. Es ist wichtig, dass wir in Zukunft wieder mehr Wert auf Kernkompetenzen legen ich glaube, dass diese Landesregierung genau auf dem richtigen Weg ist -, und das tun wir auch.

Meine Damen und Herren, Sie wollten, und das ist Ihre Forderung, die jetzigen Ausbildungsprogramme, die Förderung der betrieblichen Verbundausbildung bereits jetzt über das Jahr 2003 hinaus auf das Jahr 2004 ausdehnen. Wir liegen da gar nicht weit auseinander. Ich habe auch die

Erwartung, Herr Rehberg, dass wir das Problem im nächsten Jahr in verminderter oder größerer Form wieder haben werden. Aber jetzt schon etwas präzise ein Programm zu beschließen, das muss genau Zahlen, Namen und Hausnummern enthalten, das überfordert alle in der Prognosefähigkeit, die dazu erforderlich wäre. Wir müssen jetzt die Erfahrungen aus diesem Jahr mit den laufenden Programmen abwarten. Wir müssen Anfang nächsten Jahres feststellen, wie denn die Problemlage im Jahr 2004 sein wird, und wir müssen dann handeln. Ich hoffe, dass uns das schneller gelingt, als es dieses Jahr der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren, wir dürfen aber, wenn wir über Ausbildungsplatzprobleme reden, ein paar Grundtatsachen nicht aus dem Auge lassen. Unternehmen müssen ein Interesse daran haben, Lehrlinge einzustellen.

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Ute Schildt, SPD)

Ein Interesse hat ein Unternehmen sicher dann, wenn sich ein Lehrling rechnet, wenn sich ein Lehrling lohnt für ein Unternehmen. Damit sich ein Lehrling lohnt für ein Unternehmen, muss er Ertrag bringen. Es gibt auf der einen Seite die Kosten, die ein Lehrling verursacht, und er muss etwas bringen für den Unternehmer. Da muss man schon aufpassen. Der Ertrag kann natürlich für ein Unternehmen nicht anfallen, wenn der Lehrling nicht im Betrieb ist. Dann bringt er nichts. Bei den Kosten gibt es verschiedene Kostenelemente, bei denen man sagen muss, dass manche Beteiligten – auch die Tarifparteien – in der Vergangenheit nicht mit der notwendigen Sorgfalt darauf geachtet haben, dass manche Regelung, zu der man gekommen ist, nicht zusätzliche Ausbildungsplätze befördert, sondern die Problemlage noch vergrößert.

(Beifall Andreas Petters, CDU: Besonders die Gewerkschaften.)

Ich hoffe, dass es uns gelingt, in Zukunft hier mehr Bewusstsein zu schaffen, noch mehr Bewusstsein zu schaffen bei allen Akteuren an allen Stellen. Die Betriebe, unsere Unternehmen, haben, so glaube ich, ein großes Bewusstsein und unternehmen große Anstrengungen. Unsere Betriebe vollbringen eine Leistung, die ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben die größte Ausbildungsintensität unter allen Bundesländern. Da kann man nur sagen, hier findet Beachtliches statt und dieses wird hoffentlich dann auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden.

Ein Problem allerdings, Herr Rehberg, haben wir auch, das ist die Wirtschaftsstruktur des Landes, die wir nicht von heute auf morgen lösen können. Die großen Ausbildungsbereiche wie zum Beispiel die Bauwirtschaft sind in Mecklenburg-Vorpommern leider immer noch im Schrumpfen und die anderen Bereiche, in denen man tatsächlich zusätzliche Ausbildungsplätze erwarten kann, auch in der Zukunft, wie zum Beispiel Tourismus, können diesen schrumpfenden Baubereich noch nicht auffangen. Ich hoffe, dass das in Zukunft in stärkerem Maße möglich sein wird zugunsten der Jugendlichen. Und ich kann Ihnen versichern, dass die Landesregierung auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen wird, um den Jugendlichen bei ihren Ausbildungsplatzproblemen zu helfen. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Bunge für die Fraktion der PDS.

Dr. Martina Bunge, PDS: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Ausbildung ist für die betroffenen Jugendlichen wie für die Zukunft unseres Landes in höchstem Maße wichtig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Den ganzen Sommer über bei herrlichstem Urlaubswetter zeugten die Medien, also für jeden nachvollziehbar, von den Aktivitäten von Politikerinnen und Politikern aus Bund und Land in Sachen Ausbildung. In der ersten Sitzung des Wirtschaftsausschusses nach der Sommerpause, also noch im August, debattierten wir über die Lehrstellensituation mit dem Wirtschaftsminister.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Obwohl Sie das noch gar nicht wollten.)

Für Ende Oktober haben wir eine Anhörung vereinbart. Und heute wollen Sie uns, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, suggerieren, dass es erst der Anstöße Ihrer Fraktion bedürfe, damit überhaupt etwas passiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das vorab meinerseits grundlegend.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Dr. Bunge, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Born? (Zustimmung)

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Kollegin Dr. Bunge, können Sie mir bestätigen, dass der Wirtschaftsausschuss sich deshalb mit dieser Thematik befasst hat, weil die CDU-Fraktion dies eigens beantragt hatte, und dass Sie es gar nicht in dieser Ausschusssitzung behandeln wollten, sondern es sogar von der Tagesordnung absetzen wollten,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Ute Schildt, SPD: Dafür gab es Gründe.)

weil Sie meinten, es ist zu früh, jetzt darüber zu reden?

Dr. Martina Bunge, PDS: Die Gründe lagen darin, dass wir nicht generell gegen die Behandlung waren, sondern für eine Verschiebung auf einen Zeitpunkt, wo man wirklich verlässliche Zahlen hat und wo man auch Schlussfolgerungen ziehen kann. Insofern haben Sie mit Ihrer Darstellung Recht, aber unsere Motivation ist dann auch dokumentiert.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine Nachfrage?

Dr. Martina Bunge, PDS: Ja.

Dr. Ulrich Born, CDU: Danke schön.

Frau Kollegin Dr. Bunge, können Sie aus heutiger Sicht unsere Auffassung teilen, dass wir gar nicht früh genug uns dieser Thematik annehmen konnten?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Kaffeesatz lesen kann man immer.)

Dr. Martina Bunge, PDS: Herr Born, es ist nie schlecht, wenn man über eine ernsthafte Sache ernsthaft spricht. Und ich habe heute auch den Eindruck, dass wir das

ernsthaft hier tun wollen, deshalb hören Sie vielleicht weiter meinen Ausführungen zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Rainer Prachtl, CDU: Der Wirtschaftsminister will ja Weihnachten abwarten, aber da müssen Sie aufpassen, dass Knecht Ruprecht nicht den Knüppel holt. – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Dr. Ulrich Born, CDU: Gerne.

Dr. Martina Bunge, PDS: Ach, Herr Prachtl, Sie sind doch an und für sich so seriös. Kommen Sie doch jetzt nicht mit solchen Märchen!

Grundlegend braucht es nicht dieses Antrages, aber ich möchte auch sagen, warum ich wie auch meine Fraktion größtenteils vom Inhalt her den Antrag ablehnen. Wie gesagt, es ist der einzige Effekt, dass wir uns heute hier im Hohen Hause noch einmal darüber austauschen.

Zu Ihrem ersten Punkt. Der Wirtschaftsminister soll über die Situation berichten. Fast täglich ändert sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Der Wirtschaftsminister hat uns gerade informiert, wie die aktuellen Aussagen sind. Es ist doch aber so, dass wir als Parlamentarier alle die Möglichkeit haben, direkt beim Arbeitsamt Nord nachzufragen. Wir kennen die Bundes- wie die Landesprogramme, so dass wir uns selbst auch ein Bild machen können. Und die Medien tun das Ihrige, dass das Thema laufend präsent ist. Wir sind doch Fachleute genug, hier auch Einordnungen vornehmen zu können.

Ich meine, so ein Bericht ist wirklich vergebliche Liebesmüh, weil er, wenn er aufgeschrieben wird, schon wieder veraltet ist. Angesichts der Situation, die uns der Wirtschaftsminister sowohl im Ausschuss als auch heute hier noch etwas konkreter, da ja nun wieder zwei Wochen ins Land geschritten sind, dargelegt hat, kann ich der Einschätzung folgen, dass es auch dieses Jahr möglich sein wird, jeder und jedem, die beziehungsweise der es will, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Natürlich ist damit für mich und für uns nicht alles, um es mal platt zu sagen, paletti. Die Statistik allein ist kein ausreichender Maßstab für eine erfolgreiche Berufsbildungspolitik. Wir alle wissen, dass für das bundesgesetzliche Berufsbildungsgesetz aus dem Jahre 1969 erheblicher Reformbedarf besteht. Wir alle wissen, wie schwer vielen Unternehmen angesichts der Wirtschaftslage ihr Ausbildungsengagement fällt. Aber solche Vorschläge, wie sie in Ihrem Antrag zu finden sind – Übernahme des so genannten Hessenpraktikums oder der Initiative "Ausbildung in Bayern" –, sind zur Lösung der Probleme untaugliche Rezepte, denn der Wirtschaftsminister sagte bereits, wir haben sie stückweise. Und ich meine auch, solche Vorbereitungsmaßnahmen wie, sie wirken ja dann so, Parkmaßnahmen für Jugendliche sind kein Ersatz für Berufsabschlüsse.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. Das ist richtig. – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Sie zu forcieren würde bedeuten, den Problemberg von Jahr zu Jahr anwachsen zu lassen.

(Andreas Petters, CDU: Sagen Sie doch eine Alternative, Frau Bungel)

Das ist richtig, okay, aber das sind Ihre Rezepte, wir sollen von Bayern abschreiben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es geht darum, dass wir eine Übergangsmöglichkeit schaffen, und nicht darum, die Jugendlichen auf der Straße zu lassen.)

Diese Vorschläge forcieren natürlich auch den Trend zu Ausbildungsmodulen. Das ist so ein neues Stichwort. Aber diese Module entsprechen überhaupt nicht den Erfordernissen künftiger Anforderungen für Wirtschaft, Handwerk und Dienstleister. Gebraucht werden Breite und Flexibilität, gebraucht werden frei anerkannte Berufsabschlüsse. Doch dazu bedarf Berufschule ebenso wie betriebliche Ausbildung weiterer Entwicklung. Geklärt werden muss aber auch die Rolle konkurrenzfähiger und attraktiver Alternativen zu betrieblichen Angeboten, denn sie werden sich entwickeln. Ich meine, wir müssen über den Platz, den sie haben, vorurteilsfrei diskutieren.

(Heiterkeit bei Andreas Petters, CDU: Genau. – Dr. Ulrich Born, CDU: Da muss sich der Arbeitsminister auch noch mal einschalten. – Zuruf von Minister Helmut Holter)

Schauen wir also darauf, welche Hausaufgaben die Berufsbildung zu erledigen hat, welchen Bildungs- und Erziehungsauftrag sie zu erfüllen hat, und zeigen wir nicht einfach nur mit dem Finger auf die Schule.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Es steht in Ihrem Antrag, es sollen marktgerechte Absolventen zur Verfügung gestellt werden. In der Debatte davor, wozu Schule da ist, habe ich vom Fraktionsvorsitzenden der CDU genau etwas anderes gehört, nämlich eine breite Allgemeinbildung zu vermitteln, und da gebe ich Ihnen ja voll Recht. Hier muss das Schwergewicht stehen, einen umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen. Natürlich ist es gut, wenn Absolventen für die Folgestufen passgerecht sind, aber, bitte schön, eingebettet. Die Ausgestaltung der Regionalschule hier im Land und die Stärkung der Kernkompetenzen, das sind Schritte auf einem guten Weg, meine ich.

(Andreas Petters, CDU: Ja, wenn man die rosarote Brille aufhat.)

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zu dem heftig umstrittenen Vorschlag für eine Ausbildungsplatzabgabe machen. Meines Erachtens gehört dieser Vorschlag in das Reformpaket für die Berufsausbildung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Vorschlag taugt nichts, taugt nichts.)

Ich halte ehrlich gesagt nichts davon, vermeintlich ausbildungsunwilligen Unternehmen mit der Ausbildungsabgabe als Strafe zu drohen. Gewerkschaften, auch der Kanzler – zumindest wenn man den Medien glauben darf – tun das in letzter Zeit. Vermeintlich mit Wirkung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kommt immer darauf an, wann der Kanzler sich äußert.)

Gerade heute wieder, Wirtschaft bringt Ausbildungsinitiative. Für mich ist die Ausbildungsplatzabgabe ein
geeignetes Instrument. Wenn wir heute sehen, dass die
Berufsausbildung im Bundesdurchschnitt zu fast 80 Prozent aus der öffentlichen Hand finanziert wird, in den
neuen Bundesländern mit den zig Programmen, SachsenAnhalt hat es ausgerechnet, zu fast 90 Prozent, so ist es
doch wohl legitim, dass wir die Wirtschaft nicht nur an ihre
fachliche, sondern auch an ihre finanzielle Verantwortung
erinnern. Wenn Sie sich das Modell einmal konkret anse-

hen, es ist auch eine gerechte Belastung der Unternehmen, von denen die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern partizipieren würden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sieht unser Wirtschaftsministerium das auch so?)

Schauen Sie doch mal unvoreingenommen rein! Vielleicht muss ich mit ihm noch einmal debattieren, dass er auch mal unvoreingenommen in solche Sachen schaut. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, und Andreas Petters, CDU – Heinz Müller, SPD: Oh, oh!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Vielen Dank, Frau Abgeordnete.

Als Nächstes hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Petters. Bitte schön, Herr Abgeordneter

 (Dr. Martina Bunge, PDS: Der hat die Anfragen mit eingerechnet. – Angelika Gramkow, PDS: Ja, das ist unmöglich! – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Entschuldigung, Herr Präsident.)

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielen Dank, Frau Bunge, dass Sie im Prinzip auf diese Themensituation der Unternehmen eingegangen sind, dazu möchte ich im Laufe meiner Rede auch noch etwas sagen. Aber im Vorfeld möchte ich etwas zu den Zahlenjonglagen des Ministers sagen. Ich beobachte das Thema Ausbildung wirklich seit vielen Jahren. Bereits 1994 hat der Wirtschaftsminister Ringstorff ja Ähnliches gemacht. Es ist auch ein wirkliches Problem und ich sage das ganz klar, es fällt auch jedem Minister jedes Jahr umso schwerer, wirklich etwas zu diesem Thema zu sagen, weil sich dieses Problem durch die Politik der Landesregierung nicht unbedingt ganz lösen lässt. Das ist viel umfassender. Aber was ich in diesem Jahr vermisst habe, was in den Jahren davor immer eine Rolle gespielt hat, war, dass das Thema Ausbildungspakt mal gefallen ist. Wir haben in den letzten Jahren immer vom Ausbildungspakt zwischen Gewerkschaften, Unternehmern, Verbänden und der Landesregierung gesprochen.

(Ute Schildt, SPD: Dann sind Sie aber schlecht informiert!)

In diesem Jahr, vor allem während des Sommers, haben wir sehr viel in den Zeitungen gelesen, aber in Ihrer Rede habe ich vom Ausbildungspakt nicht mehr viel gehört.

(Ute Schildt, SPD: Dann sind Sie aber schlecht informiert, Herr Petters!)

Man muss fast vermuten, dass das auch etwas damit zu tun hat, dass das Bündnis für Arbeit hier im Lande gescheitert ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, haben wir vielleicht auch die schlechten Zahlen im Bereich Ausbildung vorliegen.

Frau Dr. Bunge, ich möchte vielleicht noch einmal auf Ihren Beitrag eingehen.

(Ute Schildt, SPD: Damit haben Sie sich aber wirklich erst im September beschäftigt.)

Ich möchte ganz klar sagen, der Mittelstand ist wirklich der traditionelle Ausbildungsmotor in Deutschland.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, so ist es.)

Absolut.

Rund 3,3 Millionen Unternehmen in Deutschland und 58.000 Selbstständige

(Dr. Martina Bunge, PDS: Habe ich irgendetwas anderes gesagt?!)

in Mecklenburg-Vorpommern, davon sind 99,3 Prozent mittelständische Unternehmen, wissen, was es bedeutet, Fachkräfte zu haben und in der Zukunft überhaupt noch zu bekommen.

(Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Deswegen danke ich hier schon mal den Unternehmen dafür, dass sie ausbilden. Das ist schon mal eine ganz wichtige Geschichte.

(Dr. Martina Bunge, PDS: Habe ich denn irgendetwas anderes gesagt?!)

Rund 1.000 Euro,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Dem stimmt Frau Dr. Bunge auch zu. – Dr. Martina Bunge, PDS: Das habe ich doch gar nicht in Frage gestellt.)

rund 1.000 Euro werden von den Unternehmen pro Mitarbeiter in mittelständischen Unternehmen, das sage ich ganz klar, weil ich auch die Gewerkschaft auf der Tribüne sehe, nicht in der Industrie, aber von mittelständischen Unternehmen für Aus- und Weiterbildung investiert. Seit 1980 hat die mittelständische Wirtschaft rund 2,9 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Versetzen wir uns mal in die Lage von Unternehmen. Warum sollte eigentlich ein Unternehmer heute noch ausbilden? Der Mittelstand wird durch die verfehlte Politik von Rot-Grün in Berlin und teilweise auch hier in diesem Land ausgesaugt und beschimpft, meine Damen und Herren

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es wird mit Zwangsabgaben gedroht und Frau Bunge sagt, warum nicht, die können eigentlich noch mehr bezahlen. Überlegen Sie mal: Wer schafft denn in diesem Land überhaupt Arbeit? Das sind Unternehmen!

> (Dr. Martina Bunge, PDS: Gerechter verteilt werden muss das! – Angelika Gramkow, PDS: Sie haben das Prinzip aber auch nicht verstanden, ne?!)

Warum sollten Mittelständler also heute noch ausbilden?

(Angelika Gramkow, PDS: Ganz einfach, weil sie Nachwuchs brauchen, und zwar eigenen!)

Die überbordete Bürokratie, meine Damen und Herren, wir haben gestern in der Zeitung gelesen, die Kammerkritik an Förderbürokratie, das 17-seitige Antragsformular wird absolut mit dem Preis "Maßlos überzogenes Antragsformular" ausgezeichnet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Auch zu diesem Thema habe ich heute nichts vom Minister gehört, im Ausschuss haben wir etwas dazu gesagt, aber leider heute hier in der Öffentlichkeit nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe gedacht, er bringt heute ein 3-seitiges Formular, das das Problem löst!)

Das habe ich auch gehofft, Herr Kollege. Das ist aber auch ein Problem, dass sich die Landesregierung nicht an der Beseitigung der nicht so guten Rahmenbedingungen für Ausbildung in diesem Lande beteiligt.

> (Dr. Ulrich Born, CDU: Vielleicht könnte doch der Arbeitsminister helfen. – Angelika Gramkow, PDS: Aber, Herr Petters, das habe ich gestern ja schon klar formuliert!)

Warum sollte ein Unternehmer heutzutage ausbilden, wenn er beim Thema schlechte Zahlungsmoral überhaupt nicht unterstützt wird. Wir sind hier in diesem Landtag schon seit Monaten dabei, Tippelschritte zu machen, Tippelschritte, um dieses Problem zu lösen.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Ich fordere einfach, dass wir mal größere Schritte machen und dass wir uns gemeinsam verständigen, dass wir etwas dafür tun, dass auch die Unternehmer ihr Geld wieder bekommen, denn Ausbildung kostet Geld, meine Damen und Herren!

(Reinhard Dankert, SPD: Mir erzählen sie immer etwas anderes, warum sie nicht ausbilden können. Das stimmt in keiner Weise mit Ihren Ausführungen überein.)

Selbst die Landespolitik wirft dem Mittelstand Knüppel zwischen die Beine. Ich will nur zwei dieser Knüppel nennen, und zwar das Tariftreuegesetz, das geplant ist, und das Bildungsfreistellungsgesetz. Fragen Sie doch die Unternehmen! Ich erzähle hier doch nicht irgendwie Parteipolitik, von den Unternehmen kommt doch diese Kritik und mit denen müssen wir doch zusammenarbeiten, wenn wir in diesem Bereich etwas erreichen wollen

(Dr. Martina Bunge, PDS: Ja, natürlich. Fragen Sie einmal die Sicherheitsunternehmen! Die brauchen das Gesetz.)

Wie soll denn wirklich dem Mittelstand – diesem kleinen Mittelstand, dem Unternehmen mit 2 bis 50 Arbeitnehmern – geholfen werden, wie soll denn diesen Menschen geholfen werden, damit sie wieder Luft haben, um auch Ausbildung machen zu können? Die Mittelständler wissen, was sie für eine Verantwortung haben. Es geht um ihre eigene Überlebensfähigkeit und qualifizierter Nachwuchs ist die Basis jeden Unternehmens, das sage ich Ihnen. Dieses Thema scheint ja die meisten hier in diesem Parlament nicht sehr zu interessieren.

(Gabriele Schulz, PDS: Insbesondere Ihre Fraktion. – Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Insbesondere von Ihrer Fraktion.)

Aber ich denke, zumindest die Fachpolitiker sind heute hier, das freut mich, damit wir auch in den Fachausschüssen dieses Thema weiterberaten können. Die Unternehmer hier in diesem Lande, und ich mache das heute absichtlich, dass ich auch mal über die Unternehmer spreche, denn wir haben auch viel zu wenig Unternehmer in diesem Parlament, die sich hier ...

(Angelika Gramkow, PDS: Wie sieht es mit den Unternehmerinnen aus?)

Auch die Unternehmerinnen, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, ist doch schön. Dann sind wir uns doch einig.)

Wir haben viel zu wenig Unternehmerinnen in diesem Landtag, die sich dann auch hier mal hinstellen können und das sehr einseitig besetzte Thema einmal klarstellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Der Mittelstand möchte, dass sich etwas ändert. Wir haben heute über das Thema Unterrichtsversorgung gesprochen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir wirklich die Einstiegsqualifikationen für die Ausbildungsgänge, die immer anspruchsvoller werden in Deutschland, auch mal darstellen. Ich war vor ein paar Wochen beim 10-jährigen Bestehen der IHK in der Handwerkskammer in Rostock und da wurde von einem Unternehmen ein Bewerbungsschreiben eines Schülers präsentiert: Warum will ich Elektroinstallateur werden? Auf einer Seite waren dort 52 Fehler zu lesen. Meine Damen und Herren, das können wir doch einfach nicht als Einzelfall abstempeln, das ist doch generell der Fall. Deswegen war das Thema, was wir vorher hier besprochen haben, besonders wichtig.

Weiterhin will der Mittelstand, dass sich etwas im Bereich der Organisation der Ausbildung ändert, insbesondere in der Organisation des Berufsschulunterrichtes, aber auch darüber haben wir in diesem Hause schon gesprochen. Das sind Themen, die man gerne auch den Handwerkskammern und den IHKs einfach überlässt. Die Unternehmen sagen auch ganz klar, wir brauchen größere Freiheiten und man muss doch auch etwas im Sinne der Unternehmer tun, damit sich im Bereich Ausbildung etwas verbessert. Und nicht einfach immer nur, wie es Frau Bunge gesagt hat, wir brauchen eine Ausbildungsabgabe, damit sie gezwungen werden können. Wer will denn heutzutage dann noch Unternehmer sein?

(Angelika Gramkow, PDS: Der, der ausbildet, hat doch auch gar kein Problem. – Regine Lück, PDS: Es gibt auch Unternehmen, die das gut finden, Herr Petters.)

Wissen Sie, ich denke, jeder, der hier in diesem Parlament ist und auch Verantwortung in der Landesregierung hat, sollte einmal eine Woche oder zwei Wochen in einem Unternehmen verbringen. Dort werden an einem Tag mehr Entscheidungen getroffen, als wir heute hier in dieser Sitzung getroffen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Martina Bunge, PDS)

Was ist zu tun, meine Damen und Herren, um die Rahmenbedingungen für Ausbildung in Deutschland zu verbessern? Das ist ganz klar, die Sozialsysteme müssen zukunftsfähig gestaltet werden, die Steuer- und Abgabenlast muss gesenkt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Das machen wir jetzt seit 15 Jahren und das hat sich nicht verbessert.) Wir brauchen wieder mehr Investitionen in den Unternehmen. Und was ist zu tun in Mecklenburg-Vorpommern?

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben noch vergessen, die Steuern müssen runter!)

Das interessiert Sie vielleicht, Frau Gramkow. Die Deregulierung auf allen Ebenen ist wichtig. Wir dürfen nicht nur immer davon reden, wir müssen auch etwas tun.

(Gabriele Schulz, PDS: Ja, Ihre Kollegen haben unheimlich viel bei der Deregulierung getan.)

Ich fordere ganz klar auch die Landesregierung auf, dies zu tun! Ich freue mich schon sehr, dass der neue Beauftragte für Deregulierung da etwas tun wird. Es müssen auch mehr Vorschriften abgebaut werden, nicht was wir gehört haben, nur quasi ein paar kleine Ausführungsbestimmungen. Hier muss mit Mut herangegangen werden.

(Heinz Müller, SPD: Da haben Sie wieder einmal nicht hingehört!)

Ja, bitte, dann sagen Sie doch mal, was Sache ist. Aber dann stellen Sie sich bitte an das Mikrofon!

(Heinz Müller, SPD: Noch sind hier ja Zwischenrufe erlaubt in diesem Parlament und Sie werden mir diese nicht verbieten! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Schwarzarbeit und Zahlungsunmoral müssen in diesem Land auch bekämpft werden.

Und, meine Damen und Herren, ...

(Heinz Müller, SPD: Ach man, da kommt wieder Gelächter von da drüben. Ich sage ja, Sie lachen immer, wenn Sie Sachen nicht verstehen. Deswegen haben Sie nichts zu lachen. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Herr Präsident, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie hier bitte den Redner vernünftig aussprechen.

(Angelika Gramkow, PDS: Wenn er etwas Vernünftiges sagt, dann kann er das ja auch. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Andreas Petters, CDU: Wenn Sie auch bei diesem Thema angefressen scheinen, Herr Müller, wenn sich da nicht viel bewegt, es ist einfach so.

Lassen Sie mich doch mal einen zweiten Punkt sagen. Was macht die Landesregierung eigentlich beim Thema Mittelstandsfinanzierung? Da hat der Minister etwas vorgelegt und wir haben darüber gesprochen.

(Unruhe bei Heike Polzin, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Welcher Unternehmer kann denn wirklich von diesen vorgeschlagenen Punkten in diesem Lande profitieren? Wer kann heutzutage bei der Mittelstandsbank wirklich an Geld rangehen? Was haben diese Vorschläge gebracht? Die Unternehmen hängen mit ihren Anträgen noch genauso an ihren Hausbanken fest. Es hat sich dort nichts verändert und das hat auch alles etwas mit dem Thema Ausbildung zu tun, meine Damen und Herren.

(Angelika Gramkow, PDS: Das hat was mit dem Hausbankprinzip zu tun, Herr Petters.)

Wenn der Mittelstand selbst sich nicht entwickeln kann, dann kann er eigentlich auch keine Auszubildenden einstellen und sie dann auch wirklich verantwortungsvoll ausbilden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen jetzt gesagt, was die Unternehmer erwarten. Aber was erwartet eigentlich die Landesregierung von den Unternehmen Mecklenburg-Vorpommerns?

(Ute Schildt, SPD: Wissen Sie das?)

Sie sollen über den Bedarf ausbilden, sie sollen also mehr ausbilden, als sie eigentlich betriebwirtschaftlich verkraften können.

(Angelika Gramkow, PDS: Und sehr viele tun das auch und darauf sind wir stolz.)

Und viele Unternehmer machen dies, weil sie eine soziale Verantwortung für dieses Land haben, aber dann muss auch eine Gegenleistung kommen und wir müssen ganz klar auch die Bedingungen verbessern.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig.)

Wissen Sie, was eine 3-jährige Ausbildung in einem Ausbildungsberuf kostet, meine Damen und Herren? Ich habe das einmal aufschreiben lassen, vielleicht wissen es die meisten nicht. In einer 3-jährigen Ausbildung zu einem Optiker kommen Kosten auf den Ausbildungsbetrieb in Höhe von 33.400 Euro zu. Meine Damen und Herren, das ist nicht nur die Ausbildungsvergütung, die beträgt nur 15.700 Euro. Aber, meine Damen und Herren, 33.400 Euro für einen Auszubildenden, der über den Bedarf ausgebildet wird, den man also nicht übernehmen kann, das ist doch ein Betrag, der sehr wesentlich ist. Und ich denke, da müssen wir wirklich helfen, damit sich dort mehr bewegt.

(Angelika Gramkow, PDS: Wie setzt sich denn der Betrag anders zusammen, Herr Petters? Was sind die anderen Kosten?)

Ich merke, wenn diese Zahl kommt, dann wird es plötzlich ruhiger hier im Parlament, und es scheint ja wirklich so, als ob die meisten dieses nicht gewusst haben.

Meine Damen und Herren, und dafür, dass er dies tut, dass er also 34.000 Euro für einen Auszubildenden über den Bedarf investiert, wird der Unternehmer öffentlich noch beschimpft, dass er nicht ausbildet, dass er sich nicht daran beteiligt, dieses sozialpolitische Thema zu lösen. Wissen Sie, die Gewerkschaften werfen dann sogar noch diesem Unternehmer vor, dass er sich an diesen Auszubildenden bereichert und damit einen Gewinn macht. Ich finde, das ist wirklich ein Skandal, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal sagen, wir haben es gerade gehört, dass sich die Politiker ins Zeug legen, damit mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Ich meine diese vororganisierten Politikerbesuche. Ich will jetzt gar nicht auf die Besuche eingehen, die Herr Clement hier im Lande durchgeführt hat. Dass er in Boizenburg sehr viele Lehrstellen freigesetzt hat, das hat mich sehr beeindruckt. Ich will nur mal in diese kleinteilige Geschichte hineingehen, und zwar hat der Wirtschaftsminister vor einigen Tagen einen Ausbildungsbetrieb auf dem Dreesch besucht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha!)

Und, wie gesagt, das war ganz günstig, das ist nicht weit weg vom Ministerium, 1,5 Kilometer.

(Dr. Ulrich Born, CDU: An der Straßenbahnhaltestelle?)

Das ist ja einfach, da ging es aber in dem Gespräch, das sehr lange vorbereitet wurde, nicht unbedingt um die Verbesserung der Rahmenbedingungen,

(Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

das hat anscheinend nicht interessiert. Wesentlicher war das Thema: Ist der Journalist da?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was? Welcher Journalist?)

Und trinkt der Minister Kaffee oder Tee? Oder wie können wir am besten ein schönes Foto für die Regionalausgabe der SVZ machen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glaube ich gar nicht. – Gabriele Schulz, PDS: Ist es bei Ihnen anders, wenn Sie durch den Kreis fahren? – Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Regine Lück, PDS)

Wissen Sie, das 17-seitige Formular dieses Unternehmens war bereits von der Existenzgründerin ausgefüllt und es ging gar nicht mehr darum, um neue Ausbildungsplätze zu werben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das kann ich mir nicht vorstellen! – Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, und Regine Lück, PDS)

Nach meiner Auffassung war das eine ganz klare Täuschung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das kann ich mir nicht vorstellen, Herr Kollege Petters! – Ute Schildt, SPD: Reden Sie doch mal zum Thema! – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und der Betriebsinhaber, der schon seit 50 Jahren Handwerksmeister ist, der sich aus diesem Unternehmen hinausbewegt hat, war darüber sehr verwirrt, dass keiner mal gefragt hat: Was hast du denn für eine Ausbildungsleistung in den letzten zehn Jahren gebracht? Was ist denn jedes Vierteljahr, wenn ihr die Steuervorauszahlung bekommt, zittert ihr wirklich einen Monat lang, dass ihr nicht zum Insolvenzrichter gehen müsst? Diese Situation, wir müssen auch mit den Unternehmen sprechen, wir müssen sie ernst nehmen

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht nur Tee und Kaffee trinken!)

und wir dürfen auch nicht nur mit ihnen Kaffee trinken, sondern wir müssen sie auch einmal nach den wahren Problemen fragen.

> (Dr. Ulrich Born, CDU: Ich schlage vor, dass der Ausschussvorsitzende noch einmal den Unternehmer aufsucht. – Angelika Gramkow, PDS: Und von welchem Unternehmen haben Sie eben geredet?)

Ich sage Ihnen das gleich individuell. Ich habe das hier vorliegen, ich erzähle Ihnen keine Geschichten!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kollege Petters, suchen Sie den Unternehmer noch mal als Ausschussvorsitzender auf, damit er merkt, dass wir ihn auch ernst nehmen. – Angelika Gramkow, PDS: Das wäre ganz interessant.) Das mache ich sehr gerne.

Seit der vorletzten Ausschusssitzung des Wirtschaftsausschusses wissen wir erstens, Minister Ebnet ist kein Faltblatt der IHK. Das hat er ganz klar gesagt. Wenn es Probleme gibt, das meiste, dass machen die bei der IHK, bei der Handwerkskammer. Ich bin kein Faltblatt der IHK.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Aber wenn ein Vertreter der Landesregierung beim Ausbildungsbetrieb auftritt, dann muss ganz klar gesagt werden, ja gut, da gibt es noch die Hilfe von der IHK, da gibt es noch Hilfe von der Handwerkskammer, meine Damen und Herren, und dort ist ihr Ansprechpartner im Ministerium und im Landesförderinstitut.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Wissen Sie, es ist einfach zu sagen, das wird vielen Unternehmern wirklich absolut den Spaß verderben an der ganzen Geschichte.

Zweitens wissen wir auch seit der vorletzten Sitzung im Wirtschaftsausschuss, dass das politische Gewicht eines Ministers immer überschätzt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und das von Ihnen besonders!)

Ich frage Sie, Herr Minister Ebnet, haben Sie sich vielleicht auch überschätzt, als Sie für diesen Bereich Verantwortung übernommen haben? – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten so gut begonnen,

(Heinz Müller, SPD: Und dann kam Herr Petters!)

wir hatten ein Riesenproblem, und dann ist die Debatte leider auf dem Niveau gelandet, Herr Petters, das Ihren Debattenbeiträgen immer entspricht. Ich finde es außerordentlich schade. Ich finde es auch eine Missachtung gegenüber den vielen Jugendlichen, die hier ein Problem haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

wie Sie hier an die Sache herangehen. Mehr Ernst wäre schon notwendig!

(Andreas Petters, CDU: Ich bin freigewählter Abgeordneter.)

Und zweitens. Herr Petters, ich habe ich Ihnen schon mehrmals den Rat gegeben, bevor Sie hier etwas von sich geben, informieren Sie sich einfach mal,

(Andreas Petters, CDU: Das habe ich sehr wohl gemacht!)

Sie ersparen sich die Blamage!

Bei dem 17-seitigen Papier – ich habe das auch in der SVZ gelesen und dann habe ich mir dieses Antragsformular kommen lassen – sind eine ganze Menge Seiten Erläuterungen. Sie könnten es sich auch mal anschauen, bevor Sie darüber reden.

(Andreas Petters, CDU: Ich habe es schon gesehen, Herr Minister.)

Die wenigen Angaben, die man machen muss, die bestehen aus Name, Adresse, Telefonnummer, Ausbildungsberuf und so weiter. Das geht ganz schnell. Herr Petters, wenn Sie das nicht in fünf Minuten ausgefüllt haben sollten, bei Ihnen sage ich jetzt mal zehn Minuten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Heinz Müller, SPD)

dann sollten Sie mit dem Bildungssystem hadern, das Sie durchlaufen haben. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von der CDU: Herr Petters hat ja auch keine Gehilfen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Minister, Sie scheinen wirklich Schwierigkeiten mit Grundfragen der Demokratie zu haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das zeigt schon die Tatsache, dass Sie das vornehmlichste Recht des Parlaments missachten und unentschuldigt in einer Ausschusssitzung fehlen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, Herr Born!)

stattdessen lieber bei Einweihungen feiern.

(Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Dass Sie wirklich meinen, Sie müssen freigewählten Abgeordneten hier unerbetene Ratschläge erteilen,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

das ist eigentlich schon schlimm genug. Wer sich nun wirklich nicht ernsthaft mit den Problemen, die hier angesprochen worden sind, auseinander gesetzt hat, das sind Sie, Herr Minister! Eine ganz konkrete Zahl, darauf gehen Sie mit keinem Wort ein. Es ist die alleinige Verantwortung der Landesregierung, dass Sie in Ihrem Bereich in diesem Jahr 100 Stellen für Ausbildung weniger zur Verfügung stellen als im Jahr zuvor,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

statt 700 nur 600! Diese Zahl, Herr Minister Dr. Ebnet, die hat der Fraktionsvorsitzende der CDU hier angesprochen. Also in dem Bereich, wo Sie Verantwortung tragen, da halten Sie es überhaupt nicht für nötig, darauf einzugehen. Und wenn Sie sich jetzt hier allen Ernstes hinstellen und das 17-seitige unsägliche Formular verteidigen wollen, dann kann ich Ihnen nur sagen, dann kann es mit der Wirtschaft in diesem Land nicht weiter vorangehen, sondern dann wird es allerhöchste Zeit, dass Sie tatsächlich über die Frage nachdenken, die Ihnen Herr Petters eben zum Schluss gestellt hat. Herr Minister, wenn Sie das nicht nachvollziehen können, bei einem solchen Fragenkatalog mit 17 Seiten – und Ihre Mitarbeiter im Ministerium haben sich hier im Ausschuss sehr vernünftig dazu geäußert,

(Andreas Petters, CDU: Im Gegensatz zum Minister.)

offensichtlich sind Sie derjenige, der das nicht versteht –, dass dieser Dschungel von Vorschriften unsere Unternehmen blockiert,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

dass dieser Dschungel von Vorschriften wie ein Mehltau über den Unternehmen dieses Landes liegt, dann haben Sie hier die Möglichkeit, ganz konkret Rahmenbedingungen zu verbessern. Das Schlimme ist, Sie sind nicht einmal bereit, das Problem zu erkennen! Und wenn Sie das Problem nicht erkennen, dann können Sie natürlich auch keine Lösungsvorschläge machen. Deshalb, Herr Minister Holter, ich bitte Sie herzlich, versuchen Sie doch einmal ein Formular auf drei Seiten zu entwickeln und das Ihrem Kollegen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich bin ganz sicher, Sie kriegen das mit Ihrer Fantasie hin. Ich bin ganz sicher, dass Minister Holter das hinkriegt mit seiner Phantasie und seiner Kreativität, und dann haben wir hier einen konkreten Beitrag dazu geleistet,

(Norbert Baunach, SPD: Da stimmt doch was nicht!)

dass wir Rahmenbedingungen für Unternehmen im Land verbessern können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ute Schildt, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir Leid, dass sich das Niveau der Beratung so nach unten bewegt. Ich war eigentlich anfangs sehr überrascht, dass es eine sachliche Form angenommen hat.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS)

Ich bin sehr, sehr erschrocken über Ihre beiden Beiträge.

> (Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Aber lassen Sie mich meine fachlichen Ausführungen mit einem Vergleich beginnen: Mecklenburg-Vorpommern ist in der Bevölkerungsstärke mit der Stadt Hamburg vergleichbar. Die demografische Struktur ist es nicht. Wir haben im Land erheblich mehr Schulabgänger bei einer deutlich unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur. In Hamburg sind es in diesem Jahr 10.000 junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen, bei uns sind es circa 25.600, davon, das ist schon ausgeführt worden, etwa 45 Prozent aus vorbereitenden Maßnahmen des vergangenen Jahres. Eine kolossale Aufgabe!

(Wolfgang Riemann, CDU: Aus Warteschleifen!)

Das Problem ist nicht neu, es ist langfristig Gegenstand politischen Handelns.

Unbestritten beginnt der Start in ein erfolgreiches Berufsleben mit der Chance, eine Ausbildung aufnehmen zu können. Es ist ein historisches Selbstverständnis, dass Wirtschaft für Ausbildung des eignen Berufsnachwuchses ein hohes Maß an Verantwortung wahrnimmt. Zeiten geringen Wachstums hatten dabei immer auch einen geringfügigen Einfluss auf die Ausbildungsbereitschaft. Doch die Eigenverantwortung in diesem Prozess ging nie verloren.

Im "Nordkurier" von heute wird dargestellt, dass wir im Land eine überdurchschnittliche Bereitschaft von Unternehmen haben auszubilden. Das ist richtig. Es ist aber differenziert, denn einige Unternehmer sagen natürlich in dieser Situation, ich mache erst einmal eine Pause. Das ist schade. Andere sind sich dieser Funktion, dieser Aufgabe besonders bewusst. Die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt verführt offensichtlich einige Geschäftsführer leider dazu, diese wichtige Kennziffer betrieblicher Leistungsfähigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung zu vernachlässigen. Das wird langfristig nachteilig für den Betrieb sein, hat aber gegenwärtig empfindliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Arbeitsgruppe des Bündnisses für Arbeit – Herr Petters, hören Sie da doch mal zu, das wussten Sie ja leider nicht –,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie kommen Sie denn auf die Idee, dass er nicht zuhört?!)

in der Vertreter von Kammern, Wirtschaftsvereinigungen, Verbänden und Gewerkschaft mit der Regierung über die Ausbildungspolitik beraten haben, wurde am 30.04.2003 das 3-Säulen-Modell erarbeitet, das dann ja Beschlusssache wurde. Wir als SPD-Fraktion haben uns zeitgleich mit der Thematik befasst und betrachten das Modell als tragfähigen Lösungsansatz, der mit konkreten Haushaltspositionen untersetzt wurde, als Lösungsansatz in einer Zeit so einer hohen Anzahl von Anwärtern auf einen Ausbildungsplatz.

Ich gehe davon aus, sehr geehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion, dass auch Sie sich mit den Abläufen von Ausbildungsberatung und -versorgung im Land vertraut gemacht haben. Deshalb verwundert es mich schon, Frau Strenz, dass Sie in der SVZ vom 06.09. äußern, mit Sofortmaßnahmen als CDU die Lehrstellensituation entschärfen zu wollen. Ja, wie denn?

(Andreas Petters, CDU: Das muss doch eine psychologische Geschichte sein.)

Genau, eine psychologische Geschichte. Genau da komme ich noch hin, Herr Petters.

(Andreas Petters, CDU: Da drin kommen ja keine Initiativen vor.)

Ihre Kollegen im Wirtschaftsausschuss, das haben Sie ja erwähnt, hatten kürzlich erst einen sehr intensiven Informationsbedarf.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. Sehr richtig.)

Der war sehr kurzfristig und umfassend.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, nein, das war nicht kurzfristig.)

Nun ja, das Thema der heutigen Tagesordnung stand zu der Zeit ja schon fest. Deshalb an dieser Stelle ganz deutlich noch einmal eine Information zu den drei Säulen:

Erstens beinhaltet sie die betriebliche Ausbildungsförderung. Im Ausbildungsjahr 2003 wird die betriebliche Förderung für Unternehmen fortgeführt, die in den letzten drei Kalenderjahren nicht ausgebildet haben. Hierüber

können finanziell untersetzt bis zu 1.000 Ausbildungsplätze neu geschaffen werden.

Zweitens die Förderung der Verbundausbildung. Für 1.000 Plätze werden finanzielle Mittel vorgesehen.

Und drittens das Landesergänzungsprogramm. Es sichert die zusätzliche außerbetriebliche Ausbildung für 1.000 Jugendliche. Außerdem werden im Ausbildungsprogramm Ost 2.300 Ausbildungsplätze bereits gefördert. Erleichternd für alle Akteure war die Nachricht, dass die Bundesanstalt für Arbeit auf dem Vorjahresniveau berufsvorbereitende Maßnahmen auflegen wird.

Wenn Sie mit Ausbildungsvermittlern in Ihren Regionen ins Gespräch kommen, werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass diese Programme ein anerkannter Weg sind. Vorsorglich wurden in unserem Land wichtige Instrumente geschaffen, die nur noch – so die Aussagen der Vermittler – in Brandenburg ähnlich gehandhabt werden, Instrumente, die übrigens mit Mehrbedarfen von 4,7 Millionen Euro in 2004 und 3,6 Millionen Euro in 2005 jeweils zum Vorjahr verbunden sind. Das bedeutet, 2005 werden wir im Haushalt 51 Millionen Euro für alle Maßnahmen der Berufsausbildung vorsehen. Das ist kein Pappenstiel, das ist richtig Kraft in diesem Bereich.

Die Situation innerhalb unseres Landes ist ebenfalls differenziert. Das bedeutet, dass die Inanspruchnahme der einzelnen Säulenelemente ungleichmäßig erfolgt. Darauf reagieren die Arbeitsamtsbereiche, indem sie Austausche zwischen den zugeordneten Säulenanteilen untereinander organisieren und vornehmen.

Beklagt wird, wie ich am Anfang ausgeführt habe, das Engagement der Wirtschaft an manchen Stellen. Wenn in einem konkreten Fall ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das mangelnde Engagement.)

Lassen Sie mich mal ausreden!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das mangelnde Engagement.)

An machen Stellen, habe ich gesagt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben gesagt, das Engagement wird beklagt.)

Ja.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es muss heißen, das mangelnde Engagement.)

Das meine ich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Born, bitte keine Dialoge.

Ute Schildt, SPD: Wenn in einem konkreten Fall von 500 durch das Arbeitsamt angeschriebenen Betrieben nur jeder zweite überhaupt reagierte, von den 250, die antworteten, nur ein knappes Drittel bereit war auszubilden, ist dieses Ergebnis enttäuschend.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil sie es wirtschaftlich nicht mehr können!)

Es ist aber deutlich zu unterstreichen, dass es gegen diesen allgemeinen Trend Betriebe gibt, die kontinuierlich über einen langjährigen Zeitraum über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Erstaunlich, dass gerade dort eine geringe Quote an Abbrechern zu verzeichnen ist. Diesen Betrieben sage ich, vielen Dank für das Verantwortungsbewusstsein gegenüber der jungen Generation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Schwerpunkt der rückläufigen Ausbildungsbereitschaft wird vor allen Dingen in klassischen Handwerksberufen beklagt. An dieser Stelle ein deutliches Wort an unsere Kollegen von der Handwerkskammer. Ich möchte auf unsere Gespräche im Zusammenhang mit der Novelle der Handwerksordnung verweisen. Eines Ihrer stärksten Argumente an uns Politiker im Zusammenhang mit der Erhaltung des großen Befähigungsnachweises war die verantwortungsbewusste Sicherung der Ausbildung von Gesellen, die nur in den bestehenden zuverlässigen Bahnen in hoher Qualität und gesellschaftlichem Augenmaß möglich ist. Ich frage Sie: Wo ist denn dieses Selbstverständnis in der Breite, wenn ich in meinem konkreten Fall meines Besuches keinen Tischler, keinen Zimmerer, keinen Kfz-Mechatroniker, keinen Friseur mehr als Angebot habe? Ich habe angekündigt, Ihre Ansagen an Ihren Taten zu messen. Und ich denke, Sie werden in den nächsten Tagen auch dort noch mal aktiv werden, und das wünsche ich mir, dass wir da gemeinsam noch Erfolge erzielen.

Viele gemeinsame Initiativen der Arbeitsämter, der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammer und auch des Bauernverbandes sind im Land zu verzeichnen. Die Zusammenarbeit ist eng koordiniert. Zu spüren ist auf jeden Fall das Bemühen um jeden jungen Menschen. Vermittlungsprobleme gibt es hauptsächlich dort, wo die Schulnoten nicht genügen. Gute Schulabsolventen haben inzwischen ihre Lehrstelle. Es ist ein Problem, aber wir haben ja auch über diese Bugwelle gesprochen und damit hat sich natürlich dieser Anteil etwas erhöht.

Das Programm zur Förderung von Auszubildenden in den grünen Berufen wird gezielt eingesetzt, um leistungsstärkere Auszubildende für diesen Bereich zu gewinnen. Trotz eines stärkeren Zugangs in diesem Bereich wird die erforderliche Anzahl Auszubildender, die mit 350 landesweit beziffert wird, noch nicht erreicht.

Nach dem 30.09.2003 ist zu ersehen, wie die Programme zur betrieblichen Ausbildungsförderung genutzt werden. Erst dann ist Antragsschluss. Und wir sind alle aufgerufen, bis dahin auch tätig zu sein und aufzufordern, sich dieser Verantwortung zu stellen. Für die Verbundförderung stehen erst nach dem 31.10. belastbare Aussagen zur Verfügung.

Bislang wird intensiv an einer schweren Aufgabe gearbeitet. Aber niemand, der beruflich Überblick hat, wird so mit der Problematik umgehen, wie Sie, sehr geehrte Kollegen der CDU, in den letzten Beiträgen. Ihr Antrag ist der Versuch, das Wirken zahlreicher Menschen in Misskredit zu bringen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach was! – Andreas Petters, CDU: Unverschämt!)

die versuchten, die Situation rechtzeitig und richtig zu bewerten und Lösungen zu finden,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das stimmt doch nun überhaupt nicht.)

Menschen, die sich auch jetzt engagiert um jeden Jugendlichen bemühen.

(Andreas Petters, CDU: Jetzt kommen Sie auf das Niveau, das Sie mir vorgeworfen haben.)

Die geschaffenen Instrumente sind für viele junge Menschen eine Antwort. Sie sind häufig nicht die gewünschte Traumberuflösung und deshalb werden Wünsche offen bleiben. Aber, meine Damen und Herren von der CDU, dieses Thema ist viel zu wichtig,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Als dass man so einen Antrag ablehnen kann.)

als dass es verdient hätte, als Stimmungskampagne missbraucht zu werden.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Und ich würde mir wünschen, dass wir bei den Ansatzpunkten weitermachen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die stehen im Antrag drin.)

die Herr Rehberg am Anfang in die Diskussion gebracht hat, dass ...

(Andreas Petters, CDU: Also stimmen Sie dem Antrag zu?)

Nein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Gründe stehen im Antrag drin.)

Nein. Das sind konkrete Fälle gewesen, die nicht im Antrag formuliert waren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch.)

die ganz davon abwichen.

(Andreas Petters, CDU: Lesen Sie auch die Begründung bitte!)

Und deshalb, meine Damen und Herren, sind wir sicherlich an bestimmten Punkten bereit, mit Ihnen auch darüber zu diskutieren.

(Andreas Petters, CDU: Ja, im Ausschuss.)

Aber das, was Sie in diesem Antrag formuliert haben, das lehnen wir ab.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau das hat Herr Rehberg doch eingebracht, Frau Kollegin.)

Nein, das hat er nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Kokert für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Vincent Kokert, CDU: Herr Minister Ebnet, Frau Schildt, mir würde es ja die Schamesröte ins Gesicht treiben, wenn ich noch mit dem Klang der Worte des Ministerpräsidenten im Ohr gerade aus einem der letzten Landtage mir überlege,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

dass Sie doch immer diejenigen waren, die jedem Jugendlichen im Land versprochen haben, dass er einen Ausbildungsplatz kriegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Sie müssen doch rot werden, wenn Sie hier vorne am Pult stehen und so etwas behaupten, dass das nicht mehr so ist! Das kann ich nicht mehr verstehen.

(Ute Schildt, SPD: Das habe ich nicht behauptet.)

Und erklären Sie das den Eltern, die dort hinten sitzen, warum ihr Sohn, warum ihre Tochter keinen Ausbildungsplatz mehr in Mecklenburg-Vorpommern kriegt!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Aber wahrscheinlich greifen Sie auch da zu Ihrer Allzweckwaffe und sagen, das liegt an der Kohl-Regierung bis 1998 und das liegt an der CDU-Regierung bis 1998.

(Ute Schildt, SPD: Haben Sie das gehört?! Haben Sie das gehört?!)

Nein, Frau Schildt. Aber das werden Sie ja jetzt gleich sagen. Da warte ich ja schon ganz gespannt drauf.

(Heiterkeit und Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhard Dankert, SPD: Sie war eben dran.)

Sie verlassen Sie auch darauf und sagen, der Geburtenrückgang in Mecklenburg-Vorpommern, auch die Abwanderung von jungen Leuten,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie haben ja auch schon einen richtigen Beißreflex!)

das wird das Lehrstellenproblem im Land schon von ganz alleine lösen, meine Damen und Herren. Das ist natürlich ein politischer Stil, den Sie hier an den Tag legen,

(Ute Schildt, SPD: Haben Sie das überhaupt gehört, dass ich das mit einem Wort gesagt habe?)

und das verstehe ich auch in der Regierung nicht, Herr Minister Ebnet, dass Sie da oben so ganz ruhig sitzen können

(Ute Schildt, SPD: Sie waren wohl so lange draußen, Herr Kokert?)

und das einfach hier so süffisant erzählen können, dass es überhaupt gar kein Problem mit Lehrstellen im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt. Das ist ein Hohn!

(Dr. Martina Bunge, PDS: Das stimmt doch nicht!)

Und die Jugendlichen im Land Mecklenburg-Vorpommern werden das auch ganz genau wissen, denn wir werden ihnen das sagen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Andreas Petters, CDU: Bravo!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Die Redezeiten sind ausgeschöpft. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/729. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. – Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Damit ist der Antrag auf der Drucksache 4/729 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der PDS und SPD abgelehnt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Abbau von Vorschriften in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/725.

Antrag der Fraktion der CDU: Abbau von Vorschriften in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/725 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ringguth für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! "Einfach anfangen" heißt eine gut gemeinte Kampagne der Landesregierung, mit der sie Existenzgründer zum Handeln ermuntern möchte.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht mit diesem Plakat!)

Und dieses Ziel, meine Damen und Herren, steht auch groß über unserem Antrag der CDU-Fraktion. Es ist eine Aufforderung an die Landesregierung: Fangen Sie einfach an und reden Sie nicht immer nur von Bürokratieabbau!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Einen ersten Erfolg hat unser Antrag der CDU-Fraktion vom 27. August 2003 ja schon gehabt.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herzlichen Glückwunsch!)

Der Justizminister hat in der Landespressekonferenz vom 2. September einen eigentlich nicht geplanten Zwischenbericht seiner Deregulierungskommission vorgelegt.

(Gabriele Schulz, PDS: Da können Sie mal sehen, wie schnell die Regierung ist.)

Sie können das auf Seite 9 rechts unten lesen, eigentlich nicht geplant.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und wer weiß, meine Damen und Herren, ob wir ohne unseren Antrag ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Erfolg hat immer viele Väter.)

Ja, ja.

Aber wer weiß, ob wir ohne unseren Antrag überhaupt erfahren hätten,

(Gabriele Schulz, PDS: Na, na, na, na, na!)

dass die Kommission immerhin schon 47 Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften gefunden hat, die sofort abgebaut werden können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist ja lächerlich! – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist die 1-Prozent-Landesregierung.)

Ja, das ist die 1-Prozent-Regierung. Darauf komme ich gleich.

Diese Sofortmaßnahme steht allerdings, meine Damen und Herren, in keinem Verhältnis zu einer anderen Sofortmaßnahme der Landesregierung: Die Finanzausgleichsleistungen und die Infrastrukturpauschale für die Kommunen sollen in 2004 um 91,5 Millionen Euro gekürzt und im Jahr 2005 um 101,7 Millionen Euro gekürzt werden.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das Thema hatten wir doch gestern erst.)

Meine Damen und Herren, einen derartigen Einnahmeeinbruch können die Kommunen nicht aus eigener Kraft kompensieren. Das können die Kommunen wirklich nicht aus eigener Kraft kompensieren.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist klar.)

Deshalb müssen sie von bestehenden Verwaltungsaufgaben – und das haben auch die kommunalen Spitzenverbände so noch einmal festgestellt – entlastet werden, denn sie sind vor allem für die Umsetzung und den Vollzug der Verordnungen und Verwaltungsvorschriften zuständig. Jeder Abbau von Verwaltungsvorschriften, jede Entschlackung und Überprüfung von Gesetzen hilft deshalb den Kommunen. Und vor diesem Hintergrund muss ich feststellen, Herr Justizminister, 47 sofort zu streichende Vorschriften sind einfach zu wenig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, in der Sache enthält der Zwischenbericht des Justizministers viele richtige Feststellungen, aber auch Kritikpunkte:

Erstens. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 4.400 Vorschriften, wovon mehr als die Hälfte unveröffentlicht sind. "Die Ermittlung der Zahl der geltenden Vorschriften war mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten verbunden", stellt die Kommission selbst fest.

(Reinhard Dankert, SPD: Jaja.)

Dieser Vorschriftendschungel macht es nicht nur für die Wirtschaft, den Bürger oder die Verwaltung selbst schwierig, sich zurechtzufinden. Die mangelnde Transparenz macht es auch dem Parlament unmöglich, sinnvolle eigene Vorschläge zur Deregulierung zu erarbeiten, denn Rechtsverordnungen, Richtlinien und Verwaltungsvorschriften werden von der Verwaltung selbst erlassen, ohne dass der Landtag damit befasst wird.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na, das ist ja ganz neu.)

Ja, das ist aber so.

Um also überhaupt feststellen zu können, welchen Erfolg die Deregulierungsbemühungen der Landesregierung haben, muss der Gesetzgeber erst einmal über die zurzeit gültigen Vorschriften in Mecklenburg-Vorpommern unterrichtet werden. Dieses Ziel verfolgt der Punkt 1 unseres Antrages.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS: Noch eine Freude mehr.)

Zweitens. 47 von 4.400 Vorschriften will die Kommission sofort abbauen, dass sind, Herr Rehberg, die etwas mehr als ein Prozent.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Eins Komma!)

Die Kommission stellt hierzu selbst fest, "dass die bisher von den Fachressorts dargestellten Überlegungen den Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Deregulie-

rung, Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung noch nicht hinreichend Rechnung tragen." Die magere Ausbeute wird also damit begründet, dass die Verwaltungsbediensteten, die eine Vorschrift erdacht haben, schlecht dafür geeignet sind, nun zu prüfen, ob diese Regel noch notwendig ist. Wer will sich schon selbst eingestehen, dass seine Arbeit überflüssig war? Also hält die Kommission die Einrichtung einer neuen Normprüfstelle in der Staatskanzlei für notwendig. Nicht der richtige Weg, wie wir meinen.

Wer sollte eigentlich besser geeignet sein als die Fachleute der einzelnen Ressorts, nun zu prüfen, ob eine Regelung noch notwendig ist? Dort sitzt die geballte Fachkompetenz, die es für die Verwaltungsmodernisierung zu nutzen gilt.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die Schwierigkeit besteht doch sicherlich vielmehr darin, die Fachressorts zu motivieren. Und diese Motivation erreicht man nach Personalführungskriterien mit einer Zielvereinbarung, die auf das Erreichen eines positiven Ziels gerichtet ist. Als Beispiel: Streiche 30 Prozent der Vorschriften deines Hauses, das ist eine klare Vorgabe, die man notfalls auch mit Sanktionen belegen kann, falls das Ziel nicht erreicht wird.

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, das ist so wie in Hessen, aus drei eine.)

Aber wenn Sie dagegen sagen, streiche alle überflüssigen Vorschriften, dann ist das ein unklares und nicht sanktionsfähiges Ziel. Von daher ist es kein Wunder, dass die Kommission gerade durch den bewussten Verzicht auf die Formulierung eines bestimmten Prozentsatzes keine großen Erfolge bei ihren Deregulierungsbemühungen erreicht hat. Punkt 2 unseres Antrages fordert daher eine Zielvereinbarung, nach der mindestens 30 Prozent der Vorschriften zu streichen wären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Sie haben doch den Zwischenbericht gelesen.)

Ich hatte Ihnen ja schon gesagt, Frau Schulz, unser Antrag hat bereits jetzt einen Erfolg.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Und wenn es nur 29 werden?)

Der Justizminister hat ebenfalls punktgenau diese 30 Prozent aufgeschrieben.

Eine Zielvereinbarung des Landtages mit der Landesregierung beinhaltet dann der Punkt 3 unseres Antrages. Bis spätestens 30. Juni 2004 muss die Landesregierung danach einen Prüfbericht vorlegen und begründen, warum die verbliebenen Rechtsverordnungen noch notwendig sind. Eine derartige Fristsetzung halten wir für notwendig, um den notwendigen Zeitdruck zu erzeugen, denn ohne die Arbeit der Kommission irgendwie herabsetzen zu wollen, andere Bundesländer, meine Damen und Herren, sind, was die Deregulierung betrifft, eben deutlich weiter als wir in Mecklenburg-Vorpommern.

Das Saarland, Sie hatten es schon gesagt, Herr Dankert,

(Reinhard Dankert, SPD: Ich war bei Hessen, aber Saarland auch.)

oder Hessen, die haben 2.000 Vorschriften gestrichen, auch in Bayern. Und wir? Die Streichliste hat 47 Punkte bisher.

(Reinhard Dankert, SPD: Die Zahl bestreitet ja auch keiner.)

Diese Landesregierung hätte einfach schon viel früher eine Deregulierungskommission einsetzen müssen. Immerhin ist Ihre Koalition ja bereits seit 1998 in Regierungsverantwortung und hatte bereits im Koalitionsvertrag des Jahres 1998 vereinbart: "Die Landesregierung hält die weitere Reform der öffentlichen Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene für erforderlich."

(Reinhard Dankert, SPD: Das stand '94 auch drin.)

Das war 1998. "Ziele der Reform sind Transparenz, Bürgernähe, Entbürokratisierung und Leistungssteigerung." Aber passiert ist zu wenig. Daher diese Frist.

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD)

Durch die Regelung, dass die Landesregierung begründen muss, warum die verbleibenden Rechtsvorschriften noch notwendig sind, soll erreicht werden, dass wirklich nur noch die zwingend notwendigen Regelungen übrig bleiben.

Viertens. Die Kommission des Justizministers hat sich richtigerweise mit den bereits seit 1996 bestehenden Möglichkeiten zur Rechtsvereinfachung und Reduzierung der Vorschriften auf das unbedingt erforderliche Maß beschäftigt. Bereits seit diesem Zeitpunkt – seit 1996 – enthält die Geschäftsordnung der Landesregierung nämlich zahlreiche Prüffragen, nach denen jedes Vorhaben der Landesregierung auf Notwendigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Verständlichkeit hin zu überprüfen ist. Da muss unter anderem geprüft werden, ob überhaupt etwas geschehen muss, welche Alternativen es gibt, ob die Landesregierung oder eine andere nichtstaatliche Stelle handeln muss, ob ein Gesetz gemacht werden muss oder eine andere Regelung ausreicht, ob jetzt gehandelt werden muss oder noch abgewartet werden kann, um weitere Änderungen zu sammeln, ob der Regelungsumfang erforderlich ist, ob Kosten und Nutzen in angemessenem Verhältnis stehen und, und, und. Wenn diese Prüffragen, die noch etliche Unterpunkte enthalten, wirklich sorgfältig beantwortet werden, dann dürfte es eigentlich keine Überregulierung in Mecklenburg-Vorpommern geben. Aber ganz offensichtlich, meine Damen und Herren, wird diese Normprüfung entweder gar nicht oder nur unzureichend durchgeführt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Wie sonst ist es zu erklären, dass in der SVZ vom 9. September 2003 zu lesen war, dass der Landesregierung der "Amtsschimmel des Monats" übergeben wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Eine ganze Schimmelherde!)

Für 1.500 Euro Förderung je Lehrstelle wird den Handwerksbetrieben ein 17-seitiges Formular abverlangt. Herr Petters ist in seiner Rede darauf sehr intensiv eingegangen. Eins ist sicherlich richtig, die Handwerkskammer Schwerin kritisiert zu Recht eine maßlos überzogene Bürokratie.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

und das heute.

Die Deregulierungskommission stellt zu den Prüffragen der Geschäftsordnung fest, "die mit diesem Verfahren

verbundenen Erwartungen haben sich jedoch offenkundig in der Praxis nicht erfüllt", und will ein Controllingverfahren einführen, in dem eine zusätzliche zentrale Normprüfstelle eingerichtet wird.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Voland?

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.

(Lorenz Caffier, CDU: Das ist während der Einbringung nicht zugelassen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Entschuldigung, Herr Caffier. Frau Voland, also bitte in der Debatte.

Fahren Sie bitte fort.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also unnötiger zusätzlicher Verwaltungsaufwand, meinen wir, und deshalb wenig Erfolg versprechend, weil hier wieder die Verwaltung sich selbst kontrollieren soll. Meine Damen und Herren, wir wollen aber, dass der Landtag die Möglichkeit bekommt, das jeweilige Normprüfungsverfahren zu kontrollieren, und fordern daher, dass die Prüffragen zwingend schriftlich beantwortet werden müssen und dem Landtag vorzulegen sind.

In dem letzten Punkt unseres Antrages sind wir uns mit der Deregulierungskommission des Justizministers einig. Die bereits gegenwärtig in der gemeinsamen Geschäftsordnung der Landesregierung vorgesehenen Befristungsregelungen für Rechtsvorschriften werden nicht ausreichend angewandt. Darüber sind wir uns wirklich einig, denn bisher sind nur in drei Rechtsbereichen Befristungen vorgesehen worden, nämlich beim Standardöffnungsgesetz, bei der Standardöffnungsverordnung

(Heinz Müller, SPD: Zu Recht.)

und in der Hundehalterverordnung, Herr Müller. Das ist wirklich zu wenig.

Anders als die Kommission, die mit Hilfe eines umständlichen Verfahrens die Einhaltung der Soll-Vorschrift sicherstellen will, fordern wir eine einfache und generelle Verpflichtung zur Befristung bei allen Verwaltungsvorschriften des Landes. Dies zwingt nämlich die jeweiligen Ressorts und das Parlament in gewissen Zeitabständen einfach dazu, zu überprüfen, ob die Regelungen noch sinnvoll sind und ob sie sich in der Praxis wirklich bewährt haben.

Meine Damen und Herren, Deregulierung ist die Regulierung der Überregulierung. Deregulierung ist nicht mit der Arbeit der Kommission des Justizministers beendet, sondern sie ist ein Prozess, der nicht nur durch die Landesregierung, sondern auch durch das Parlament als Gesetzgeber ständig begleitet werden muss. Man muss nur einfach anfangen. Daher bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag der CDU-Fraktion. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Justizminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort. **Minister Erwin Sellering:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Ringguth, lassen Sie uns nicht darüber streiten, ob auf Ihren Antrag vom 27. August 2003 hin der Bericht vom 14. August verfasst worden ist. Ich glaube, das führt uns nicht weiter.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Sondern lassen Sie uns über die Sache reden. Lassen Sie uns über die Sache reden, das ist wichtig genug. Und ich fände es sehr wohltuend, Herr Dr. Born, dass nach der Erörterungsweise bei den letzten beiden Tagesordnungspunkten wir bei diesem wichtigen Punkt zu einer sachlichen Auseinandersetzung finden würden.

Ich freue mich, dass Ihr Antrag deutlich macht, meine Damen und Herren von der CDU, dass wir bei Deregulierung und Bürokratieabbau das Gleiche wollen. Ihr Antrag zielt ja genau in die Richtung, die die Landesregierung mit ihren Beschlüssen, zuletzt mit dem Kabinettsbeschluss vom 02.09., eingeschlagen hat, nämlich Deregulierung und Bürokratieabbau zu betreiben. In der Sache bleiben Sie ein bisschen zurück, weil Sie sich beschränken auf den Vorschriftenabbau. Und ich denke, da sind wir uns einig, dass eine wirkliche Deregulierung, ein wirklicher Bürokratieabbau nur bedingt mit der Zahl von Vorschriften zu tun hat, sondern da geht es um weitergehende Dinge. Da geht es darum, dass wir Verwaltungsverfahren vereinfachen müssen. Wir müssen dazu kommen, dass die Aufgaben, die wir staatlich erledigen müssen, dass wir die einfach mit weniger bürokratischem Aufwand erledigen.

Wir müssen weiter dazu kommen, als dritte Aufgabe bei der Deregulierung, dass wir bürokratische Gängelung abbauen. In meinem Hause zum Beispiel ist es so, dass wir den nachgeordneten Gerichten auf vielen Seiten genau detailliert vorschreiben, welchen einzelnen Schritt sie gehen müssen, um eine Aufgabe zu erfüllen. Das ist nicht richtig. Sondern richtig ist, das ist politische Steuerung, ein Ziel vorzugeben, genaue Angaben zu machen, welches Ziel man erreichen will, und dann die Freiheit zu geben, dieses Ziel mit den vernünftigen und angemessenen Mitteln zu erreichen. Das gibt Eigenverantwortung, das gibt Motivation. Das gilt zum Beispiel sehr stark auch im Bereich Schule, wo wir sehr viel ganz genau vorschreiben, wie was vermittelt werden soll, und das erstickt Motivation. Das ist die dritte Aufgabe bei Deregulierung und Bürokratieabbau.

Und die vierte und sehr wichtige Aufgabe ist, dass wir alles das, was wir tun an staatlichen Aufgaben, einer ernsthaften Kritik unterziehen, dass wir uns fragen, die ganze Bandbreite staatliche Aufgaben, die wir da wahrnehmen, muss die so wahrgenommen werden oder müssen wir uns nicht in Zeiten enger und knapper Kassen mit weniger bescheiden, uns von einigen Aufgaben lösen.

Diese vier Aufgaben hat die Landesregierung im Februar dieses Jahres dem Justizminister gestellt und ich habe daraufhin eine Kommission berufen, die bis Ende des Jahres einen Bericht und Vorschläge vorlegen wird.

Und jetzt, Herr Ringguth, muss ich vielleicht mit einem Missverständnis aufräumen, dass mir auch in öffentlichen Diskussionen begegnet ist, dass nämlich der Eindruck entsteht, möglicherweise, dass diese Kommission sich einzelne Vorschriften vornimmt und sagt, die sind überflüssig. Ich würde jetzt gerne mal, Herr Ringguth, auf

den Teil eingehen, den Sie angesprochen haben: Von wem können wir denn ernsthaft verlangen, dass er Vorschriften reduziert? Sie haben gesagt, dass sollen die Fachleute in den Ressorts machen. Da bin ich völlig anderer Meinung.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich habe den Eindruck, wenn wir zum Beispiel in komplizierten Bereichen von Sozialversicherung drei Sozialexperten an den Tisch holen würden, dann würde sich die Zahl der Vorschriften nicht verringern, sondern die würde sich erhöhen. Deshalb glaube ich, dass wir zu den Fachleuten Leute brauchen, die mit einem rigorosen politischen Ansatz sagen, hier muss weniger rauskommen. Damit das passiert, geht es nicht so, dass zum Beispiel der Justizminister in ein anderes Ressort guckt und sagt, das ist doch da überflüssig und dann verkämpfen wir uns im Streit über eine von 4.385 Vorschriften, die wir im Land haben. Das wird uns nicht weiterhelfen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Weil keiner bereit ist, davon zu lassen.)

Das wird uns nicht weiterhelfen. Sondern was wir brauchen, ist, dass die Kommission, und das ist ihr Auftrag, Strukturen entwickelt, Prüfungsraster, um zu sagen, wenn wir diesen Weg einschlagen, wenn wir diese Vereinbarung insgesamt treffen, dann werden wir am Ende Erfolg haben. In diesem Sinne hat die Kommission bisher hervorragende Arbeit geleistet. Sie hat gemäß dem Beschluss der Landesregierung vom Juli diesen Zwischenbericht am 14. August vorgelegt. Das ist ja immer so eine Sache, wie geht man mit Zwischenberichten von Kommissionen um. Sie kennen das ja aus der Hartz-Kommission, da wird öffentlich diskutiert. Diese Kommission, die wir berufen haben und der ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich danken möchte, hat mit mir gemeinsam verabredet, dass es das Sinnvollste ist, wenn das, was sie da aufgeschrieben haben, dann auch bei der Vorstellung dieses Berichtes sofort umgesetzt wird. Und deshalb haben sie mir den Bericht am 14.08. gegeben und wir haben vereinbart, dass das Kabinett am 02.09. dazu beschließen wird. Wir haben auch vereinbart, dass wir den Bericht bis dahin vertraulich behandeln. Dass er trotzdem Grundlage Ihres Antrages ist, gut, das gehört dazu.

Aber wir haben dann am 02.09. direkt das, was die Kommission vorgeschlagen hat, umgesetzt. Und diese Beschlüsse will ich Ihnen gern kurz sagen, denn auf dem ersten Feld, auf das sich Ihr Antrag allein bezieht, nämlich Vorschriftenabbau, auf diesem Feld hat die Kommission ihre Arbeit beendet. Sie hat nämlich Strukturen vorgeschlagen und die hat die Landesregierung jetzt umgesetzt, so dass wir da vorwärts kommen werden. Ich gebe Ihnen Recht, dass jetzt die Arbeit im Einzelnen beginnen muss. Aber wir brauchen diese Strukturen.

Erste Struktur ist, die Landesregierung hat sich darauf verständigt, dass alle 4.385 Vorschriften genau daraufhin überprüft werden müssen, ob sie noch fortgelten oder nicht. Und wir haben gesagt, dass die einzelnen Ressorts diese Prüfung machen müssen und dann begründen müssen, warum das so ist. Und wenn sie diese Begründung vorlegen, dann wird das durch eine Normprüfstelle überprüft, soweit es die Rechtsverordnungen betrifft. Ansonsten entscheiden das die Ressorts selbst mit der Zielvereinbarung – Sie haben Zielvereinbarungen angesprochen –, am Ende muss es ein Drittel weniger Vorschriften geben.

Ein Drittel weniger Vorschriften heißt, dass der Vorschriftendschungel gelichtet wird. Aber das allein hilft nicht, sondern wir müssen den Dschungel auch für den Bürger leichter begehbar machen. Und das bedeutet, man muss die Vorschrift, die jetzt noch gilt, leicht finden können. Deshalb ist der zweite Beschluss, dass wir sagen, wir wollen das Rechtsinformationssystem LARIS, das elektronische Rechtsinformationssystem so aufbauen, dass derjenige, der Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsvorschriften braucht, diese auf einen Zugriff findet. Deshalb ist unser Ziel – Ordnung der gesamten Vorschriften ist ja immer noch eine irre Zahl, die überbleiben wird – die Ordnung dieser Vorschriften nach Stichworten. Wer eine Garage bauen will und sagt, was gibt es da für Vorschriften, der soll unter dem Stichwort "Garage" finden,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

welche Vorschriften es im Baugesetz gibt, welche Rechtsverordnung hier das Ministerium erlassen hat, welche Verwaltungsvorschriften es gibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Beste wäre, es gäbe gar keine Vorschriften.)

Herr Riemann, wenn wir alles weglassen, was Bauordnung und Bauvorschriften regelt, dann können Sie auch in die Slums von Kairo ziehen. Das ist ein gefährliches Leben dort.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Was war denn das?! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da müssen wir den Bürgermeister von Koserow befragen.)

Wir müssen selbstverständlich, Herr Riemann, die Zahl der Vorschriften reduzieren, aber bitte mit Vernunft und Augenmaß, das ist doch klar. Ihre Frage zielt ja auf Standards und bei Standards müssen wir uns klar machen, es gibt Sicherheitsstandards. Und wir sollten sorgfältig darüber diskutieren, auf welche wir verzichten.

Ich war aber noch beim Vorschriftenabbau. Dieser Vorschriftenabbau "Lichtung des Dschungels" bedeutet also ein Drittel weniger und klarer Zugriff auf die Vorschrift, die ich brauche.

Weiterhin hat das Kabinett festgelegt, dass jede neue Vorschrift, die wir in Gang setzen wollen, sehr kritisch überprüft wird von dieser Normprüfstelle, von außen draufgeguckt, nicht von Fachleuten und Bürokraten, die mit dem Rechtsgebiet verbandelt sind, sondern von außen kritisch draufgeguckt. Und wir haben weiter beschlossen, dass alles, was wir neu in Gang setzen, in Kraft setzen, grundsätzlich befristet sein soll.

Mit diesem Maßnahmenkatalog, denke ich, haben wir den ersten Bereich – wir haben ja gute Voraussetzungen geschaffen, muss man ehrlich sagen – von Deregulierung, nämlich Vereinfachung und Verringerung landesrechtlicher Vorschriften, schnellstens in den Griff zu bekommen. Das Ziel ist, wir können es ja nicht mit einem Schlag machen, sondern das muss man sich Stück für Stück ansehen nach einem gewissen Zeitplan. Aber Ziel ist, dass wir in zwei Jahren jedenfalls so weit sind, dass das Drittel weg ist, und wir dann weitersehen. Und das, denke ich, ist ein großer Erfolg. Dafür möchte ich auch noch mal der Kommission danken, die da wirklich gute Vorschläge gemacht hat.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Gabriele Schulz, PDS)

Ich möchte an dieser Stelle noch ein kleines Wort zu der Kommission sagen. Im Sonderausschuss ist ja die Zusammensetzung aus meiner Sicht ein bisschen unfair angegriffen worden. In der Presse habe ich gelesen, dass es sich bei den Mitgliedern der Kommission um hoch bezahlte Ministerialbeamte handelt. Das ist Unsinn. Es handelt sich nicht um Ministerialbeamte, kein einziger. Ob die Mitglieder hoch bezahlt sind, können Sie selbst entscheiden. Von uns jedenfalls nicht, denn das sind Bürger, die zwar in Positionen sind, wo man vielleicht gutes Geld verdient, die aber ihre Arbeit in der Kommission, ich möchte mal sagen, aus Liebe zum Land und zur Sache unentgeltlich tun.

(Gabriele Schulz, PDS: Ja, ehrenamtlich.)

Wir zahlen ihnen das Fahrgeld, das ist richtig. Aber für die, die viele Sitzungen hier abgesessen haben mit großem Engagement und Vorschläge gemacht haben, würde ich mich sehr freuen, wenn es dem Landtag hier einen kleinen Applaus wert wäre, dass diese Arbeit so geleistet worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vielen Dank.

Ich will noch einen kleinen Ausblick geben. Ihr Antrag bezieht sich nur auf die Verringerung von Vorschriften, aber ich denke, dass die drei weiteren Schritte die schwierigeren sind und auch diejenigen, die wirkungsvoller sein müssen. Das Kabinett hat zum Beispiel beschlossen, ...

> (Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Am Ende bitte, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja gerne.)

... dass wir uns bei den Verwaltungsverfahren, die vereinfacht werden müssen, zum Beispiel die Förderprogramme ansehen, denn wir müssen uns genau fragen, ob bei den Fördergeldern, die wir ja aus bestimmten Gründen an einer bestimmten Stelle haben wollen, unser Verwaltungsaufwand oder unser bürokratischer Aufwand zu hoch ist. Und deshalb werden wir die Kommission bitten, auch da Vorschläge zu machen, wie wir zu Verringerungen kommen können.

Das Gleiche gilt bei Genehmigungsverfahren. Ganz häufig werden Genehmigungen, wenn man zu einer Behörde geht, nicht endgültig von der Behörde erteilt, sondern der zuständige Beamte sagt dann, ja, ich bin damit einverstanden, aber ich muss noch die Behörde X und Y beteiligen und dann dauert es wieder einige Zeit. Auch da müssen wir zu klugen Vorschlägen kommen, wie man das vereinfachen will, entweder, dass wir uns gesetzestechnisch damit befassen und sagen, darauf verzichten wir, oder aber dass man sagt, vielleicht haben wir eine zu zersplitterte Behördenlandschaft. Vielleicht muss man sie zusammenführen, so dass dies dann auch zu Ende

Also ich denke, dass in diesem Bereich noch sehr viel Arbeit vor uns liegt. Ich bin ganz sicher, dass dies nicht allein von der Regierung geschafft werden kann, sondern dazu braucht sie auch den Landtag, auch den Sonderausschuss. Deshalb bitte ich Sie um Zusammenarbeit. Ich bin auch ganz sicher, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Ringguth – ich hoffe, ich habe Sie da falsch verstanden –, dass

wir Deregulierung nicht den Fachleuten überlassen können. Ich denke, ganz im Gegenteil, dass da aus der Politik der nötige Ansporn kommen muss.

(Torsten Koplin, PDS, und Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Und das – ich habe das zu Recht gesagt – ist eine Daueraufgabe, dass wir von hier aus auch dranbleiben und das weiterhin unter Kontrolle halten müssen. Nur dann werden wir am Ende etwas erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Minister, Sie haben gemeint, Kairo sei ein gutes Beispiel für die Verslumung. Teilen Sie meine Auffassung, dass die Umsetzung der Musterbauordnung – und dann schau ich unseren Bauminister an –, die längst ansteht, dazu führen würde, dass zum Beispiel Carports nicht mehr genehmigungspflichtig sind,

(Minister Helmut Holter: Carports sind nicht mehr genehmigungspflichtig.)

Herr Bauminister? Glauben Sie, dass dadurch eine Verslumung in unserem Lande eintreten würde?

Minister Erwin Sellering: Sie haben mich missverstanden.

Dr. Armin Jäger, CDU: Wie immer.

Minister Erwin Sellering: Wir sind uns sicherlich einig, dass die Bauordnung ein lohnendes Feld ist, um an Standards zu gehen und zu entschlacken. Da bin ich Ihrer Meinung. Ich wollte nur die Gefahr aufzeigen, dass, wenn wir alles zur Seite legen, wir nicht zu einer Verslumung kommen, sondern wir am Ende möglicherweise so bauen

(Wolfgang Riemann, CDU: Bedenkenträger.)

wie in den Slums von Kairo. Und da ist es so, dass jeder baut, wie er lustig ist, auch wenn er kein Geld hat, und dass da auch Riesengefahren sind. Ich möchte auch nicht ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Riemann, es gibt auch andere Beispiele. Es gibt auch Beispiele, dass deutsche Urlauber irgendwo in Hotels in südlichen Ländern elendig verbrennen, weil dort die Feuervorschriften nicht so sind, wie wir das gerne hätten. Und das muss man sich auch sehr sorgfältig vor Augen führen, auf welche Sicherheitsstandards wir verzichten können und auf welche nicht. Ich bin sehr bereit, davon ausgehend zu sagen, diese Gesellschaft muss Standards abbauen. Aber ich bitte dabei im Hinterkopf zu behalten, dass für uns als Gesellschaft Standards, hohe Standards auch eine Errungenschaft waren und sind. Und deshalb bitte ich da sehr sorgfältig zu unterscheiden. Wir dürfen nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Jäger? (Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, teilen Sie denn meine Auffassung, dass es zwischen der Gefahr einer Verslumung und dem Weglassen von Sicherheitsvorschriften und einer vernünftigen Deregulierung von überflüssigen Vorschriften ein breites Band der Betätigung geben könnte?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das hat er doch schon dreimal gesagt. – Gabriele Schulz, PDS: Das hat er doch schon dreimal erklärt.)

Minister Erwin Sellering: Also ich gebe Ihnen einfach nur ein kurzes Ja, damit Sie zufrieden sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank, Herr Minister.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Friedrich? (Zustimmung)

Holger Friedrich, SPD: Herr Minister, der Abgeordnete Ringguth sprach davon in seiner Rede, dass ein Ganzteil der Vorschriften überhaupt nicht veröffentlicht ist. Ist das so und wenn ja, warum? Und worauf kann ich dann da Zugriff nehmen?

Minister Erwin Sellering: Das ist in der Tat so. Und das ist etwas, was dringend geändert werden muss. Es gibt Verwaltungsvorschriften, die sich an die Bediensteten in den nachgeordneten Behörden richten, die also genau vorschreiben, wie diese Bediensteten

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihre Bleistifte anspitzen müssen.)

ihre Arbeit zu verrichten haben. Und deshalb sind sie nicht veröffentlicht. Ich halte das aber nicht für richtig und deshalb ist ein ganz wichtiger Aspekt dabei, wenn wir dieses Informationssystem LARIS einführen, dass dort alle Vorschriften veröffentlicht sind. Und dann ist Schluss damit, dass es unveröffentlichte Vorschriften gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Schubert. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Bernd Schubert, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Justizminister, ich werde in meinen Ausführungen noch mal auf die Zusammensetzung der Deregulierungsgruppe eingehen, weil Sie das ja auch in Ihren Ausführungen so betont haben, warum diese Zusammensetzung so gewählt worden ist. Nichts gegen die Arbeit dieser Kommission, aber das haben wir schon von vornherein bemängelt, die Zusammensetzung der Kommission. Darauf werde ich noch mal eingehen und ich werde es auch versuchen zu begründen. Und ich denke mal, einige Argumente werden Sie dann aufnehmen und vielleicht einiges verändern.

Im Dezember 2002 beschäftigten wir uns hier im Parlament mit der Verwaltungs- und Funktionalreform. Damals gab es zwei unterschiedliche Anträge, einen der SPD- und PDS-Fraktion und einen von der CDU. Und beide gingen von unterschiedlichen Voraussetzungen aus. Einmal sollte eine Verwaltungs- und Funktionalreform durchgeführt werden bei der Arbeit der Enquetekommission und Sie wollten einen Sonderausschuss. Einigkeit bestand zwischen beiden Seiten darüber, dass vor dem Hinter-

grund der degressiv ausgestalteten Sonderprogramme des Bundes und der EU und des damit verbundenen finanziellen Handelsdrucks sowie der demografischen Entwicklung keine Zeit zu verlieren ist.

Schon damals hatten wir uns dafür stark gemacht, dass die Spitzenverbände, der Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag als stimmberechtigte Mitglieder, wie bereits bewährt, in einer Enquetekommission mitarbeiten sollten. Die regierungstragenden Fraktionen stimmten unserem Vorschlag nicht zu und somit wurde der Sonderausschuss gebildet, in dem die Spitzenverbände dann über die Anhörung die Möglichkeit hatten, sich zu äußern. Die Mitglieder des Sonderausschusses nutzten diesen Sach- und Fachverstand der beteiligten Verbandsmitglieder. Gleichzeitig gab es eine IMAG-Gruppe, in der auch der Städte- und Gemeindetag sowie der Landkreistag mitarbeiten. Leider hatten die Vertreter der Spitzenverbände nicht mehr die Möglichkeit, in der Deregulierungsgruppe mitzuarbeiten. Da wurde ihnen die Mitarbeit verwehrt. Dies wurde bereits in der Sitzung am 04.04.2003 von der CDU-Fraktion bemängelt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion, warum in der Deregulierungskommission der kommunale Sachverstand denn nicht berücksichtigt wurde, wurde nur lapidar ausweichend erwidert, dass sich eine derartige Beteiligung nicht aufgedrängt habe,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass die kommunalen Spitzenverbände in anderen Kommissionen ohnehin ausreichend vertreten seien und der kommunale Sachverstand bereits durch Herrn Landrat Christiansen in dieser Kommission vorhanden ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na ja.)

Diesem Argument habe ich versucht nachzugehen. Und mir wurde dann vom Landkreistag gesagt, Herr Christiansen ist nicht als Mitglied des Landkreistages in dieser Kommission, sondern sie schätzen ihn als Parteimitglied.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Als SPD-Mitglied.)

Und welcher Partei er angehört, das wissen wir.

Doch warum, meine Damen und Herren, bin ich gerade auf diesen Punkt eingegangen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und was ist mit dem Städte- und Gemeindetag?)

Weil es im Laufe der Ausführungen noch wichtig sein wird, dass man Dinge hört, die dann immer vergessen worden sind, in dem Bericht wiederzugeben. Warum es so wenig Vorschläge zum sofortigen Abbau von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften im Lande bisher gegeben hat? Ja, das ist mir und wahrscheinlich vielen Abgeordneten auch ein Rätsel. Wir alle können uns nur schwer vorstellen, dass bei 4.400 Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften im Land bisher nur 47 als sofort überflüssig und 48 als später abschaffbar aufgeführt worden sind.

In diesem Zusammenhang sei die kritische Bemerkung gestattet, dass für eine Zeit von sechs Monaten die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, glaube ich, bei weitem zu gering sind. (Dr. Armin Jäger, CDU: Wir werden 25 Jahre brauchen bei dem Thema.)

Ich bin jedoch optimistisch und glaube nicht, dass die Arbeitsgruppe so wenig Ergebnisse vorgelegt hat. Ich gehe einfach davon aus, es gibt einen weiteren Zwischenbericht wie bei der IMAG-Arbeitsgruppe, was uns ja im Sonderausschuss dann auch offen gelegt worden ist. Und ich gehe davon aus, er darf eventuell von Ihnen jetzt noch nicht veröffentlicht werden

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heinz Müller, SPD: Du spinnst doch!)

oder Sie können ihn im Moment noch nicht veröffentlichen. Auf diese Frage, Herr Justizminister, können Sie vielleicht im Laufe der Debatte noch mal antworten.

In anderen Bundesländern gibt es weitaus bessere Ergebnisse als bei uns im Land. Ich lasse mal Bayern und Hessen weg und denke da an Sachsen-Anhalt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das sind ja merkwürdigerweise rote Tücher.)

So wurden beispielsweise in Sachsen-Anhalt seit 1999 608 Verwaltungsvorschriften und 28 Rechtsverordnungen aufgehoben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die Geltungsdauer neuer Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen wurde grundsätzlich auf fünf Jahre befristet. Seit 1999 strich man darüber hinaus 480 Berichtspflichten und 44 Berichtspflichten wurden inhaltlich gestrafft beziehungsweise erfolgte eine Verlängerung der Berichtszeiträume. Im Rahmen der Reduzierung und Qualitätsverbesserung der Förderrichtlinien wurden von 179 Förderrichtlinien 54 aufgehoben.

Meine Damen und Herren, das sind meiner Meinung nach Ergebnisse, die sich durchaus sehen lassen können. Wir haben in einem halben Jahr 47 Verwaltungsvorschriften gefunden, wovon aber mindestens 20 von vornherein überflüssig waren. In diesem Bericht ist zu lesen, dass insgesamt 21 verschiedene Kammern, Verbände, gesellschaftliche Gruppierungen, der Landesrechnungshof und sonstige Institutionen in Mecklenburg-Vorpommern mitgearbeitet haben, darunter auch der Landkreistag und der Städte- und Gemeindetag. Dieser wurde um eine Stellungnahme gebeten. Hierzu liegen bereits eine Reihe von Antworten vor und weitere sind noch angekündigt.

Auch von den kommunalen Landesverbänden liegen noch keine umfassenden Stellungnahmen vor, das stimmt. Das steht auch so im Bericht. Es wurden jedoch mehrere Vorschläge erarbeitet und diese hatte ich mir übergeben lassen. Das ist so ein Papier. Da stehen Vorschläge drin – diese wurden wohl auch an die Gruppe geschickt – und das sind zum Beispiel behördlicher Datenschutz, Entschädigungsverordnung, Nebentätigkeitsverordnung sowie die Abwasserbeseitigungspflicht bei Kleineinleitern. All diese Dinge, die dort angeführt worden sind, finden wir in Ihrem Bericht nicht wieder, in keinen Pressemitteilungen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das passt nicht in die Landschaft.)

und deswegen auch meine Vermutung, man wollte den kommunalen Sachverstand dort nicht in der Deregulierungsgruppe haben. (Angelika Gramkow, PDS: Na, die sitzt ja da.)

Und es gibt einen weiteren Bericht, denn ansonsten hätten ja diese Dinge auftauchen müssen. In den Anlagen habe ich sie nicht gefunden, aber Sie werden ja bestimmt eine Erklärung dafür haben. Oder verzichtet man ganz auf diese Vorschläge?

Meine Damen und Herren, ich erinnere nochmals daran, dass nur auf Drängen der CDU-Fraktion

(Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

ein Zwischenbericht der Deregulierungskommission gegeben wurde,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Volker Schlotmann, SPD: Was träumen Sie eigentlich nachts? – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

denn wenn die Kommission von drei Arbeitsphasen spricht, so war die erste Arbeitsphase von März bis Juli, indem man die Erfahrungen anderer Länder, Stellungnahmen von Verbänden, Kammern und weiteren Institutionen sowie Stellungnahmen der Ressorts berücksichtigt hat. Wir befinden uns in der zweiten Phase, die bis November gehen sollte, und da wir jetzt schon den Monat September haben, können wir davon ausgehen, dass es da keine weiteren Erkenntnisse geben wird. Und in der dritten Phase sollten eigentlich nur die Ergebnisse zusammengefasst und dann der Abschlussbericht herausgegeben werden.

Meine Damen und Herren, ich frage mich daher: Was soll da noch an Einsparungsmöglichkeiten von Gesetzen und Verordnungen in den letzten Monaten kommen? Wir sind eigentlich in der Phase, wo wir den Abschlussbericht erwarten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist überholen ohne einzuholen. – Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Also sollten wir davon ausgehen, dass es keine neuen Vorschläge gibt.

Im Übrigen sind viele Erkenntnisse aus dem Bericht bereits im Vorfeld offenkundig gewesen. Ich denke da besonders an die Sachstandards, zum Beispiel Richtlinien, Voraussetzungsverfahren zur Erlaubnis des Betriebs von Kindertageseinrichtungen –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

das haben wir gewusst, dass es überreguliert ist –, bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen, Richtlinien für den Schulneubau

> (Angelika Gramkow, PDS: Ich frage mich ja, wer die ganzen Richtlinien erlassen hat. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

sowie Förderrichtlinien zum Bau von Sporthallen, Sportstättenbau, Förderung im ländlichen Wegebau und weitere Verordnungen. Wichtig ist doch, dass man diese Erkenntnisse auch umsetzt, und das ist bisher nicht geglückt. Ich bezweifele, dass es anhand dieses Berichtes und des folgenden Endberichtes überhaupt geschehen wird, siehe Standardanpassungsgesetz.

(Peter Ritter, PDS: Siehe kostensenkendes Strukturmaßnahmengesetz.)

Was haben wir damit erreicht? Gar nichts. Schnellstmögliches Handeln ist vonnöten,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

damit sich die Finanzausstattung der Kommunen im Land langfristig verbessern kann.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Die Landesregierung ist gefordert, Einsparmöglichkeiten schnell zu finden und diese auch unverzüglich umzusetzen. Jetzt mein persönlicher Vorschlag, Sie fragen ja immer, was die CDU dazu beizutragen hat: Herr Minister, hinterfragen Sie doch mal jedes Förderprogramm! Ist es notwendig für die Kommunen oder ist es sinnvoller, die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu erhöhen

(Gabriele Schulz, PDS: Der Minister hat doch dazu Ausführungen gemacht. War er nicht da?)

und damit auch auf Förderprogramme zu verzichten? Ich stelle die Förderprogramme des Landes in Frage,

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. Aber dann können Otto und die anderen Minister ja keine Förderbescheide mehr überreichen.)

um somit Personal und Prüfverfahren einzusparen. Generell sollten nur noch Förderprogramme aufrechterhalten werden, die mit Bundes- beziehungsweise mit EU-Mitteln kofinanziert werden. Alle anderen ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Frau Voland? (Zustimmung)

Angelika Voland, SPD: Wir sprechen hier von dem Abbau von Möglichkeiten und einer Einsparung in dem Verwaltungsbereich. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Deswegen verstehe ich nicht, dass Sie heute einen zusätzlichen Antrag einbringen, wo es um eine zusätzliche Vorschrift für den Bereich der Asylbewerber geht. Ich würde gerne die Frage beantwortet haben, denn ich denke, wir waren uns einig, einen Abbau zu haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist keine zusätzliche Vorschrift. Das stimmt nicht, was Sie sagen. – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist keine zusätzliche.)

Bernd Schubert, CDU: Das war die Frage?

Angelika Voland, SPD: Dann stelle ich die Frage: Nehmen Sie Ihren Antrag, den Sie zur Residenzpflicht gestellt haben, für heute zurück? Dann können wir hier schon mit dem Abbau von Vorschriften, die wir in diesem Bereich gehabt haben ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist überhaupt keine zusätzliche.)

Bernd Schubert, CDU: Wir werden unter dem Tagesordnungspunkt eine Begründung dafür abgeben, warum. Und eine zusätzliche Vorschrift – das haben Sie ja schon gehört durch die Zwischenrufe – ist nicht da.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es ist keine zusätzliche Vorschrift. – Angelika Gramkow, PDS: Sie ist nur dereguliert und das wollen Sie wieder abschaffen. – Gabriele Schulz, PDS: So viel zum Thema Deregulierung. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU) **Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine Damen und Herren, lassen Sie jetzt den Redner bitte in seinem Beitrag hier fortfahren.

Bernd Schubert, CDU: Ja, ich bin auch gleich am Ende.

Wenn Sie diesen Vorschlag aufnehmen und uns eine Entscheidung bis zum Jahresende mitteilen, dann, bin ich der Meinung, haben wir große Einsparmöglichkeiten gefunden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht erst 2006.)

Und nicht so – ja, Herr Riemann, danke – wie in Ihrer Pressemitteilung vom 11.09., dass es spätestens erst 2006 ein Drittel weniger Vorschriften geben soll. Ich meine, wir befinden uns im Jahr 2003, dann müssen wir noch drei Jahre warten

(Wolfgang Riemann, CDU: Damit retten Sie sich über die Legislaturperiode.)

und das können sich die Kommunen anhand der Finanzaufstellung nicht mehr erlauben. Ich glaube, es bedarf schnelleren Handelns, und vielleicht greifen Sie wirklich den Vorschlag auf und prüfen, welche Förderprogramme im Land notwendig sind und welche wir generell abschaffen können. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heinz Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich diesen Antrag auf den Tisch bekam, habe ich mich – ich will das ganz unumwunden sagen – durchaus gefreut,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist schön.)

weil ich in diesem Antrag zunächst einmal einen Grundkonsens entdecke, nämlich den Grundkonsens, den wir hier offenbar über alle drei Fraktionen haben, dass eine Deregulierung in diesem Land, und damit meine ich Mecklenburg-Vorpommern, aber damit meine ich auch die Bundesrepublik Deutschland, dringend erforderlich ist und wir gemeinsam an ihr arbeiten müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und in diesem Sinne, Herr Ringguth, habe ich auch Ihre Ausführungen wahrgenommen und ich habe auch in Ihren Ausführungen sehr viel entdeckt, wo ich sagen könnte, ja, das ist auch meine Meinung. Ich habe auch manches entdeckt, wo ich sagen würde, darüber müssten wir mal diskutieren, weil ich an einigen Ecken schon anderer Meinung bin. Ich habe zum Beispiel eine durchaus andere Position, wenn Sie sehr stark betont haben, dass die zuständigen Mitarbeiter aus den Ministerien eine Schlüsselrolle im Deregulierungsprozess spielen müssen.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Natürlich können wir solche Fachleute aus diesem Prozess nicht ausschalten und wir müssen ihre Fachkompetenz mit einbeziehen. Ihnen aber eine Schlüsselrolle zu geben – und ich gebe zu, dass ich den Spruch bei Herrn Wilken, den ich da hinten begrüße, geklaut habe –, das

kommt mir doch so vor, als würde man die Frösche damit beauftragen, ihren Sumpf trockenzulegen. Und ich glaube, das kann am Ende nicht sehr erfolgreich sein.

> (Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Was, die Landesregierung ist ein Sumpf?! – Dr. Armin Jäger, CDU: Na, die Fachleute, die das jetzt machen! – Gabriele Schulz, PDS: Sie haben wieder gut zugehört.)

Da müssen schon andere mit ran an diesen Sumpf. Die Zwischenrufqualität von Herrn Riemann hat mich allerdings weniger begeistert, muss ich schon sagen, denn es mag zwar populistisch sein, Herr Riemann, hier zu sagen, alle Vorschriften müssen weg,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das habe ich nicht gesagt, Herr Müller.)

aber das kann niemand im Ernst verlangen.

Doch, das haben Sie gesagt

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das habe ich nicht gesagt.)

und das können wir gerne im Protokoll nachvollziehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau, das können wir nachvollziehen.)

Da geht es nicht nur um die Bauvorschriften und eine Bausicherheit wie in den Slums von Kairo. Ich glaube auch, dass es noch eine Reihe von Vorschriften im Bereich der Arbeitssicherheit, im Bereich der Lebensmittelsicherheit und in anderen Bereichen gibt, auf die wir keinesfalls verzichten sollten. Und wir sollten bei allem Bestreben zur Deregulierung – und darüber sind wir uns ja einig, dass wir dieses brauchen – doch so viel Vernunft wahren zu sagen, natürlich gibt es Vorschriften, an denen wir festhalten wollen und festhalten müssen, wenn wir weiterhin in einem zivilisierten Land sicher leben wollen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja. An den Vorschriften ist Deutschland gänzlich gescheitert.)

Also Grundkonsens ist offenkundig da. In Fragen der Umsetzung haben wir bei einer Reihe von Punkten unterschiedliche Meinungen. Ich glaube aber, dass es sehr wohl Dinge sind, die wir miteinander diskutieren können und diskutieren müssen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Kein Klo in der Garage.)

Erzählen Sie doch noch mehr von zu Hause!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU, und Karsten Neumann, PDS – Gabriele Schulz, PDS: Helft doch mal Herrn Riemann, dass er seine Probleme löst!)

Ich habe nämlich auch den Eindruck – und auch die Hinweise auf andere Bundesländer machen mich da nicht ganz ruhig –, dass bei der Frage von Deregulierung und Auslichten des Vorschriftendschungels und des Normdschungels und des Verfahrendschungels alle Politiker gern den Mund voll nehmen und sagen, wir machen und wir werden. Dann kommen wir in die Mühen, dass bei jeder Vorschrift, bei fast jeder Vorschrift sich jemand findet,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir jetzt erlebt in dem Bericht, genau das.)

der diese Vorschrift für notwendig hält und daran festhält, und es eines erheblichen politischen Kraftaufwands bedarf,

> (Wolfgang Riemann, CDU: Typisch deutsch. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, gewollt haben wir einen guten Bericht.)

tatsächlich zu einer solchen Deregulierung zu kommen.

Die optimistischen Zahlen, die ich da aus anderen Bundesländern höre, muss man, denke ich, auch einmal ein Stückchen in Frage stellen. Und da, Herr Schubert, haben mich Ihre Zahlen nicht in jedem Punkt beeindruckt, denn allein die Tatsache, dass die Zahl der Vorschriften reduziert wird, sagt allein noch nichts, wenn man – wie ich das etwa aus dem Bundesland Hessen höre – zwar eine Vorschrift wegnimmt und dadurch die Zahl reduziert, aber den Regelungsgehalt dieser Vorschrift dann in einer anderen Vorschrift unterbringt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wäre nicht gut.)

Dann hat man zwar für die Galerie etwas gewonnen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da hat man wieder was Falsches mitgeteilt.)

man hat aber tatsächlich nichts erreicht und das kann nicht unser Ziel sein.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie uns zum Antrag der CDU selbst zurückkommen. Vom Wortlaut her – und über diesen Wortlaut stimmen wir ab, etwas anderes gibt es hier nicht – fordert dieser Antrag, interessanterweise wie so mancher andere heute und gestern, die Regierung zum Handeln auf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, leider muss das dauernd wieder sein.)

Wir haben hier einen Bericht des Justizministers gehört, in dessen Haus federführend diese Kommission zur Deregulierung gearbeitet hat und arbeitet. Ich muss sagen – und da spreche ich für meine Fraktion –, ich glaube, dass dieser Bericht, den diese Kommission vorgelegt hat und den der Justizminister uns heute vorgestellt hat, ein außerordentlich bemerkenswerter Bericht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich glaube, dieser Bericht zeigt uns auch von seiner Vorgehensweise und von der Vorgehensweise, wie das Thema Deregulierung hier von dieser Kommission und dann letztlich von der Landesregierung angegangen wird, eine vernünftige Kombination und ein vernünftiges Miteinanderverbinden von Zielsetzungen, Vorschriften und Regelungen in großem Stil abzubauen, die aber nur mittelfristig erreicht werden können, und der konkreten Umsetzung hier und jetzt und heute. Und wer hier beklagt, dass dies hier und jetzt und heute nur 40 Vorschriften sind,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ein bisschen wenig.)

der sieht nicht, dass dieses der erste Schritt ist

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also nach so vielen Monaten!)

und dieser Bericht ein gutes Stück auch ein Fahrplan ist, wie wir zu wesentlich mehr kommen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

und man nicht den ersten Schritt mit dem Gesamtweg gleichsetzen darf –

(Dr. Armin Jäger, CDU: 25 Jahre brauchen wir.)

das, meine Damen und Herren, ist vielleicht nicht ein vernünftiger Stil der Auseinandersetzung –, sondern man den Bericht als Ganzes sehen muss. Und ich glaube, dieser Bericht als Ganzes ist außerordentlich bemerkenswert

Und wenn mir die Anmerkung erlaubt ist – Sie, Herr Dr. Jäger oder Frau Schulz, oder einige andere Kolleginnen und Kollegen waren ja dabei, ich auch –, wir haben ja auch mitbekommen, wie Herr Sellering diesen Bericht in der Mitgliederversammlung des Landkreistages vorgestellt hat. Und ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, dass auch bei den Vertretern der Landkreise hier eine erhebliche Zustimmung bestanden hat, auch wenn dies nicht durch eine Abstimmung manifestiert worden ist, aber man spricht ja mit den Leuten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, der Beifall war höher als beim Innenminister. Ja, das stimmt.)

und dass hier die Landkreisvertreter nicht nur zufrieden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erheblich.)

sondern positiv überrascht waren, wie konstruktiv und wie zielorientiert die Landesregierung mit diesem Thema umgeht und welche Maßnahmen wir hier erwarten können. Ich glaube, das sollten wir positiv zur Kenntnis nehmen.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Ich denke, meine Damen und Herren, der richtige Weg, den wir als Parlament jetzt gehen müssen, und ich habe das mit den Obleuten hier auch bereits besprochen, ist, dass wir diesen Bericht des Justizministers beziehungsweise der Kommission, die er berufen hat, im Sonderausschuss diskutieren. Die Themen Deregulierung und Normenabbau gehören zu unserem Arbeitsauftrag, meine Damen und Herren, und wir werden diesen Arbeitsauftrag ernst nehmen und im Sonderausschuss behandeln. Und ich denke, da ist auch der Ort, Herr Ringguth, wo wir die Fragen behandeln, die ich eingangs angesprochen habe, wo wir zum Teil übereinstimmen und Handlungsbedarf sehen, zum Teil unterschiedliche Positionen haben, wo wir dies ausdiskutieren und wo wir dann Beschlüsse fassen, gegebenenfalls auch Empfehlungen für diesen Landtag.

Zu Ihrem Antrag selbst, meine Damen und Herren: Es gibt nicht nur das Bonbon mit dem Datum, sondern es gibt auch die Tatsache, dass dieser Antrag von seinem Wortlaut her – und über den stimmen wir ab – die Regierung zu Handlungen auffordert, die diese Regierung längst unternimmt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: War ja klar!)

und dass Sie hier, um sich ein Bild zu machen, einen Jagdhund zum Jagen tragen, der schon längst jagt, und zwar mit erheblichem Erfolg jagt, und dass ich Ihnen von daher empfehle, diesen Antrag ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und Sie erwarten von uns konstruktive Mitarbeit im Ausschuss! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU) Vielleicht hören Sie mir einfach mal zu, meine Damen und Herren!

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

... dass ich Ihnen von daher empfehle, diesen Antrag zurückzuziehen.

(Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Anderenfalls müssten wir ihn ablehnen,

(Egbert Liskow, CDU: War ja klar!)

weil wir nicht den Eindruck erwecken wollen, diese Regierung müsse zum Jagen getragen werden. Sie tut es von alleine und sie tut es gut. – Herzlichen Dank.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD, Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Heinz Müller, SPD: Gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, ich habe bewusst bis zuletzt gewartet, weil ich gehofft habe, Sie würden auf den Punkt eingehen. Die Hinzuziehung von Fachleuten, hätte das nach Ihrer Auffassung zumindest dazu geführt, dass der Justizminister unseres Landes gewusst hätte, dass es ein Standardöffnungsgesetz bereits gibt, das er sehr vollmundig gefordert hat?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ja, ist es.

Heinz Müller, SPD: Herr Dr. Jäger, wir beide gehören zusammen mit Frau Schulz und Herrn Dr. Timm zu den Vätern, respektive Mutter, dieses Standardöffnungsgesetzes.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist zum Glück befristet! – Dr. Armin Jäger, CDU: Leider. – Angelika Gramkow, PDS: Nein, nicht leider. – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Aber Sie müssen, Herr Dr. Jäger und meine Damen und Herren, wir alle müssen doch zugeben, dass wir an dieses Standardöffnungsgesetz große Hoffnungen geknüpft haben und dass sich in der Praxis diese großen Hoffnungen, die wir an dieses Gesetz geknüpft haben, aus Gründen, die wir bei passender Gelegenheit mal erörtern sollten, nicht erfüllt haben. Und von daher habe ich großes Verständnis dafür, wenn auch der Justizminister in seinen Ausführungen nicht das Heil aus diesem Gesetz sich erhofft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Heinz Müller, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, könnte es sein, dass der Mangel, den Sie hier dargestellt haben, beim Vollzug dieses Gesetzes darin liegt, dass es hier jemand vollzieht, der nicht den Mut zu Ausnahmen hat? Ich meine den Innenminister. Und könnte es sein, dass deshalb eine Landeshauptstadt Schwerin gegen den Innenminister wegen einer Ausnahme klagen muss, und teilen Sie dabei meine Auffassung, dass die Väter und Mütter dieses Gesetzes genau dieses nicht gewollt haben?

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. – Gabriele Schulz, PDS: Eigentlich nicht.)

Heinz Müller, SPD: Herr Dr. Jäger, ich teile Ihre Auffassung ganz und gar nicht, weil die entscheidende Enttäuschung, die wir offenbar erfahren müssen, ist nicht das Verhalten des Innenministers, sondern die entscheidende Enttäuschung, die wir erfahren müssen, ist

(Angelika Gramkow, PDS: Dass keine Anträge gestellt werden.)

die außerordentlich geringe Zahl von Anträgen, die von den Gemeinden gestellt werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Das macht mich traurig und das enttäuscht mich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine letzte Zusatzfrage?

Heinz Müller, SPD: Ja, aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich als letzte Zusatzfrage um die Beantwortung meiner Frage bitten: Könnte es denn nicht sein, dass bei einem entscheidungsfreudigeren Innenminister das Gesetz auch zum Leben erweckt würde, weil – um die Frage noch zu erläutern – Sie gesagt haben, die Gemeinden stellen keine Anträge? Zeigt es nicht eine mangelnde Entschlusskraft des zuständigen Ministers, wenn dann schon ein Antrag gestellt wird, dieser ihn einfach ablehnt? Teilen Sie das nicht?

(Siegfried Friese, SPD: Herr Jäger, was soll denn das?)

Heinz Müller, SPD: Nein, Herr Dr. Jäger, das teile ich ganz und gar nicht. Ich würde Ihre Meinung teilen – ich würde, Coniunctivus Irrealis –,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wenn Sie in der Opposition wären! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wenn es nach Verabschiedung dieses Gesetzes einen großen Berg von Anträgen gegeben hätte, der Innenminister dann immer "abgelehnt", "abgelehnt" gesagt hätte

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

und die Leute dann frustriert aufhören. Dann würde ich Ihre Einschätzung teilen. Aber Fakt ist, wir haben von Anfang an keine Inanspruchnahme, fast keine Inanspruchnahme dieses Gesetzes. Man kann es in jedem Berichtszeitraum – wir bekommen ja regelmäßig Berichte vom Innenminister – an einer Hand abzählen, wie viele Anträge da jeweils kommen. Es tut mir Leid, wir können nicht alles Übel der Welt dem Innenminister in die Schuhe schieben,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

wir werden uns auch über andere Ursachen der Nichtinanspruchnahme unterhalten müssen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz von der Fraktion der PDS.

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke auch, mit heutigem Datum ist der Antrag der CDU, der hier vorliegt, wenig hilfreich. Und ich bin eigentlich auch, wie mein Vorredner Herr Müller davon ausgegangen, dass Sie spätestens heute diesen Antrag zurückziehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU,

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

nachdem der Zwischenbericht der Landesregierung zum Bürokratieabbau vorliegt. Über weitere Deutungen will ich gar nicht reden.

Man kann dort schwarz auf weiß lesen, dass das Kabinett Grundlinien für die Deregulierung sowie eine weitreichende Rechtsbereinigung beschlossen hat. Es ist auch vorgesehen – auch dazu wurde heute gesprochen –, dass über das System LARIS der geltende Rechtsstoff des Landes aufzubereiten ist. Ob darüber hinaus ein besonderes Verzeichnis der geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften zweckmäßig ist, mag die Regierung in Eigenverantwortung entscheiden. Ich denke, das ist nicht Sache des Landtags und wir brauchen auch nicht noch irgendeinen Staatsanzeiger zusätzlich. So viel zur Ziffer 1 Ihres Antrags.

Ziffer 2 ist überholt, denn die Regierung will den Rechtsstoff um ein Drittel ausdünnen, anstatt um 30 Prozent, wie die CDU es möchte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Übererfüllt.)

Entscheidend wird sein, und da stimme ich mit einem Teil Ihrer Ausführungen überein, dass wir endlich ernsthaft mit der Ausdünnung des Rechtsstoffes beginnen, und entscheidend wird sein, was hinten rauskommt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Richtig, Kollege Koplin.

Das Prüfungsverfahren, wie die CDU es in den Ziffern 3 und 4 beantragt, ist ebenfalls beschlossene Sache. Auch in diesem Punkt ist also Ihr Antrag überholt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gut gemacht, Herr Minister!)

Und es werden nicht nur neue Rechtsvorschriften, wie in Ihrem Antrag ausdrücklich gefordert, überprüft, sondern ausnahmslos auch die bereits bestehenden. Der Justizminister hat in seiner Pressekonferenz am 2. September nach meiner Auffassung im Namen der Regierung eindeutig gesagt, dass es neben dem ausnahmslosen Lichten des Dschungels an Rechts- und Verwaltungsvorschriften zugleich, um es bildlich noch einmal zu sagen, den Rechtsnormen-TÜV geben soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was, schon wieder eine neue Behörde?)

Dazu ist als Clearingstelle eine Normüberprüfungsstelle vorgesehen, die das laufende Geschäft der Rechtsbereinigung besorgen soll. Die Regierung hat also vorgesorgt. Es gäbe daher für die Opposition, denke ich, jetzt Anlass, die ernsthafte Prüfung dieser Regierungsabsichten in Erwägung zu ziehen. Aber was passiert? Kaum hat der Justizminister die Landespressekonferenz verlassen, hat Herr Rehberg in seiner Allgegenwart und seiner Allwissenheit schon das Haar in der Suppe gefunden, indem er am nächsten Tag der Presse erklärt, es sei ein Armutszeugnis, dass nach monatelanger Arbeit lediglich 47 Verordnungen als sofort abschaffbar bezeichnet würden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht.)

Man geht wohl nicht fehl, Herr Jäger, wenn man feststellt, diese Erklärung war schon fix und fertig, bevor der Justizminister ans Pult trat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Natürlich – und da teile ich Ihre Unruhe – kann man mit dem bisherigen Überprüfungsergebnis unzufrieden sein

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und es gibt auch genügend Grund, das teile ich auch, tüchtig nachzuwaschen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wahr ist auch, dass in einigen Ressorts erst noch Schularbeiten gemacht werden müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sehe ich aber auch.)

Andererseits, meine Damen und Herren von der CDU, ist Ihnen doch auch klar, dass eine Rechtsbereinigung nicht reibungslos und ohne bürokratische Widerstände durchsetzbar ist.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das bürokratische Geflecht lässt sich eben nicht wie der Gordische Knoten mit einem Hieb – sprich zum Beispiel mit Kabinettsbeschluss – durchhauen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

es muss wie im Gemüsegarten, meine Damen und Herren, das kennen Sie, laufend gejätet werden. Das weiß auch Herr Rehberg und er weiß natürlich auch, dass das meiste Unkraut, was ausgerissen werden muss, auf dem Mist der beiden früheren CDU-geführten Regierungen gewachsen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Kerstin Fiedler, CDU: Genau!)

Denn wenn man noch mal rückschaut in die Gesetzesruinen –

> (Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Das musste jetzt noch kommen.)

und ich nenne Fakten, ich sage das nicht nur so in den Raum – zur Funktionalreform 1994

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie naiv sind Sie eigentlich?)

und die so genannten kostensenkenden Strukturmaßnahmen 1997,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wem wollen Sie das alles nur erzählen?!)

beide Gesetze sind bekanntlich Kronjuwelen der CDU,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist alles auf dem Mist der DDR aufgebaut.)

dann stellt man fest, und jetzt hören Sie genau zu, dass dort nicht ein einziges Gesetz, nicht eine einzige Rechtsverordnung aufgehoben worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Im Gegenteil, man hat an dem Rechtsgeflecht noch lustig weitergestrickt. Und wie wurde dereguliert? Nun, es wurden auf die Kreise Nichtigkeiten übertragen wie zum Beispiel die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz des Namens Solingen. Herr Bollinger, Angehöriger Ihrer damaligen Fraktion, erklärte damals dem Hohen Haus mit messerscharfer Rhetorik –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das muss aber ziemlich weit zurückliegen.)

ich zitiere ihn mit großer Freude –, "daß es zur Bürgernähe und zum Verbraucherschutz gehört,"

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Herr Bollinger!)

"wenn sich die Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern auf die Qualität von Schere, Klinge und Messer verlassen können."

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD, und Volker Schlotmann, SPD – Torsten Koplin, PDS: Na, das ist doch was! Na, das ist doch was!)

Somit wissen wir, dass wir der CDU nicht nur scharfe Worte, sondern auch scharfe Messer verdanken.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie doch mal den Wirtschaftsminister, was er heute macht! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Wenn man in dieser CDU-Hinterlassenschaft stöbert, weiß man nicht, warum sich Herr Rehberg so mokiert, dass nur 47 Rechtsvorschriften bisher ausgemerzt wurden,

(Heinz Müller, SPD: Wer war damals CDU-Fraktionsvorsitzender?)

wenn man selber nicht dafür gesorgt hat, auch nur eine einzige zu gegebener Zeit zu streichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da musste noch aufgebaut werden!)

Allerdings, das sage ich auch, muss man schon staunen, wieso manche Gesetze und Rechtsvorschriften nicht längst mit einem Federstrich beseitigt worden sind. Hätte Herr Rehberg oder hätten Sie heute mit Ihren Vorschlägen diesen Missstand benannt und Beispiele dafür angeführt, dann müsste man Ihnen Recht geben. So viel zu "einfach anfangen".

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wir haben ja deswegen den Antrag gestellt.)

Es kann also nur eine Schlussfolgerung geben, meine Damen und Herren, diesen Schwerpunkt Deregulierung der Verwaltungs- und Funktionalreform dieser Regierung ernsthaft zu begleiten und die gegebenen Chancen zu nutzen

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und sie weniger schlechtzureden.

(Volker Schlotmann, SPD: Einfach mitmachen!)

Gerade im Fall von Deregulierung, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, Ihre Kritik wirklich sehr weit hergeholt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das war doch nichts! Es liegt doch noch gar nichts vor!)

Herr Sellering hat heute hier in seinen Ausführungen deutlich gemacht, dass Deregulierung eben nicht einfach Streichung von Gesetzen und Verordnungen ist, sondern weit mehr, und in diesen Arbeitsprozess sollten wir uns auf der Grundlage des Zwischenberichtes, denke ich, intensiv einlassen und dazu beitragen, dass er erfolgreich zu Ende geführt wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Oh, schade, Gabi, wir haben doch noch ein Beispiel.)

Habe ich noch eine Minute Zeit, ja?

(Volker Schlotmann, SPD: Für die CDU gilt: Einfach mitmachen!)

Dann würde ich noch ein Beispiel bringen von den Verordnungen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ich hole eine Verordnung aus dem Bereich heraus, die viele Bürgerinnen und Bürger betrifft. Es geht um den Bau und den Betrieb von Garagen. Sie stammt noch aus der Zeit von Rudi Geil. Dort wird der mündige Bürger Meck-Poms, wie ihn die CDU ja auch haben möchte, erst einmal belehrt, was es alles für Arten von Garagen gibt und was überhaupt eine Garage ist. Kraft Gesetzes wird dem Gesetzesleser Folgendes gesagt, ich zitiere: "Offene Garagen sind Garagen, die unmittelbar ins Freie führende unverschließbare Öffnungen in einer Größe von insgesamt mindestens einem Drittel der Gesamtfläche der Umfassungswände haben, bei denen mindestens zwei sich gegenüberliegende Umfassungswände mit den ins Freie führenden Öffnungen nicht mehr als 70 Meter voneinander entfernt sind und bei denen eine ständige Querlüftung vorhanden ist."

> (Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich empfinde diesen Verordnungstext als äußerst gehaltvoll. Ich kann mir die Bürgerinnen und Bürger vorstellen. Was es mit dem Unterstellungsplatz für ihr Auto zu tun hat, werden sie nicht wissen. Gegebenenfalls machen sie sich darüber Gedanken, ob es sich hier um einen offenen Hühnerstall mit Querlüftung handelt.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Anfrage?

Gabriele Schulz, PDS: Nein.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Nein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich wollte nämlich mal fragen, warum der Minister das denn nicht längst abgeschafft hat. Der hockt da oben und freut sich. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf ...

(Minister Helmut Holter: Gucken Sie mal in die Landesbauordnung!)

Herr Minister.

(Zuruf von Minister Helmut Holter – Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

ich habe die Aussprache jetzt schon geschlossen. Auf der Regierungsbank bitte auch ...

(Zuruf von Minister Helmut Holter)

Also wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf 4/725. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/725 mit Zustimmung der CDU und Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

Die Fraktion der PDS hat um eine Auszeit gebeten. Ich unterbreche jetzt die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 13.15 Uhr

Wiederbeginn: 13.29 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und rufe auf den Tagesordnungspunkt 21: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Finanzzuweisungen des Bundes im Kulturbereich, Drucksache 4/730.

Antrag der Fraktion der CDU: Finanzzuweisungen des Bundes im Kulturbereich

- Drucksache 4/730 -

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Fiedler von der Fraktion der CDU. Bitte.

(Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD: Das scheint ja nicht mal 20 Prozent von Ihnen zu interessieren! – Wolfgang Riemann, CDU: Es kommt nicht auf die Masse an, sondern auf den Inhalt, Herr Kollege!)

Kerstin Fiedler, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Artikel 35 des Einigungsvertrages wurde die ...

(Volker Schlotmann, SPD: Wir hören Ihnen auch zu. – Zurufe von Ute Schildt, SPD, und Lorenz Caffier, CDU)

Das ist nett. Danke, Herr Schlotmann, also fang ich noch einmal an.

Mit dem Artikel 35 des Einigungsvertrages wurde die Bundesregierung verpflichtet,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht ganz so schnell vorlesen wie das letzte Mal bittel)

die neuen Länder bei der Erhaltung ihres Kulturerbes zu unterstützen. So wurden zum Beispiel im November 1990 ein Substanzerhaltungsprogramm von 1,5 Milliarden DM und ein Infrastrukturprogramm "Kultur" von 720 Millionen DM aufgelegt. Es folgten 1991 das Denkmalschutzprogramm, wofür zwischen 1991 und 1993 190 Millionen DM bereitgestellt wurden, und das 1996 ins Leben gerufene Denkmalschutzsonderprogramm "Dach und Fach". Allein zwischen 1991 und 1994 wurden für den Erhalt der kulturellen Substanz der neuen Länder und die Modernisierung der kulturellen Infrastruktur rund 3,3 Milliarden DM aufgewendet.

Im so genannten Blaubuch 2002/2003 "Kulturelle Leuchttürme in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen" dokumentiert der Verfasser Professor Dr. Paul Raabe zwar den kulturellen Reichtum in den neuen Ländern, bescheinigt ihnen aber gleichzeitig einen noch großen Rückstand gegenüber vergleichbaren Institutionen in den alten Ländern, der in den zwölf Jahren nach der Wende noch nicht aufgeholt werden konnte.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Dr. Michael Naumann, hatte 1999 das Aufbauprogramm "Kultur in den neuen Ländern" zur Verbesserung der kulturellen Infrastruktur mit insgesamt 240 Millionen DM für die Jahre 1999 und 2003 ins Leben gerufen. Dieses Programm wurde von seinem Amtsnachfolger Nida-Rümelin fortgeführt. In den Jahren 2001 bis 2003 sollten je 30 Millionen DM nach einem Einwohnerschlüssel auf die Länder verteilt werden. Die Länder konnten Vorschlagslisten beim Bund einreichen und mussten die Förderung mit 50 Prozent kofinanzieren. So wurden beispielsweise die neue Landesbibliothek in Schwerin, das Koeppenhaus in Greifswald und der Einbau des Konzertsaals in die Marienkirche in Neubrandenburg aus diesem Programm gefördert.

Bis 2006 waren laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung für dieses Programm 30 Millionen Euro jährlich vorgesehen. Diese Summe wurde jedoch schon in diesem Jahr auf 23 Millionen Euro gekürzt. Nach dem Willen der neuen Staatsministerin im Amt, Christina Weiss, werden in diesem Jahr nur noch 16 Millionen Euro auf die Länder verteilt. Über die verbleibenden 7 Millionen entscheidet der Bund. Für das nächste Haushaltsjahr ist im Rahmen dieses Programmes gar kein Geld mehr vorgesehen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nun ist die Kofinanzierung von 50 Prozent sicherlich kein Pappenstiel für unser Land, dennoch haben auch wir noch erheblichen finanziellen Bedarf, wenn es beispielsweise um den Erhalt und die Restaurierung von Baudenkmälern geht. Beim Erhalt ihres reichen Kulturerbes dürfen die neuen Länder nicht allein gelassen werden.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU, und Bernd Schubert, CDU)

Nicht zu unterschätzen sind auch die einhergehenden Bauaufträge, die insbesondere Bau- und Handwerksbetrieben zugute kommen.

Frau Weiss zieht sich darauf zurück, dass das Programm "Kultur in den neuen Ländern" nur ein Übergangsprogramm gewesen sei, und appelliert an die neuen Länder, die frei verfügbaren Mittel aus dem Solidarpakt II auch der Kulturförderung zur Verfügung zu stellen. Ein neues Programm zur Förderung nationaler Kultureinrichtungen von jährlich 6,1 Millionen Euro soll das alte Investitionsprogramm ersetzen. Die Mittel für das kleine, aber sehr effektive "Dach und Fach"-Programm werden hier einfließen.

Vertreter aller nennenswerten Parteien haben bereits ihren Unmut über die Einstellung des Kulturförderprogramms in den neuen Ländern geäußert. Da die Kulturstaatsministerin Gespräche über ihr Vorhaben mit Vertretern der ostdeutschen Bundesländer angekündigt hat, soll unser Antrag den Willen dieses Parlaments bekunden, das Programm, wie versprochen, aufrechtzuerhalten und die Landesregierung beauftragen, sich beim Bund für dieses Ziel einzusetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Fiedler.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Bildungsminister Herr Professor Metelmann.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Erstens. Es ist grundsätzlich richtig, die Streichung des Bundesprogramms "Kultur in den neuen Ländern" hinterlässt als fest eingeplantes Förderprogramm eine empfindliche Lücke, die wir mit einem neuen Bundesprogramm schließen müssen.

Zweitens. Die Landesregierung hat ihren Teil dazu beigetragen, das Programm in den letzten Jahren bis zum letzten Groschen und zum letzten Cent zu nutzen und darauf einzuwirken, diese Laufzeit noch zu verlängern.

Drittens. Dieses Programm ist eingebettet in eine Fülle von anderen Aktivitäten und Fördermaßnahmen des Bundes zugunsten des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Es geht derzeit darum, Frau Fiedler hat das völlig zu Recht angesprochen, die Mittel aus dem Programm "Dach und Fach" in ein neues Programm zur Förderung der nationalen Kultureinrichtungen in den neuen Ländern weiterzuleiten. Und es geht darum, aus den Mitteln des Solidarpaktes II, bekanntermaßen im Jahr 2005 über 10 Milliarden Euro, einen Anteil zu retten. Das ist ein Auftrag an die Regionalkonferenz der Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer. Das Segment soll irgendwo zwischen 0,5 und 1 Prozent liegen.

Das alte Programm war wirklich gut für uns, 5-jährige Laufzeit seit 1999, 42 Projekte – 43,8 Millionen Euro war das Gesamtvolumen –, der Bund hat da 18,7 Millionen eingebracht, das Land hat sich mit 9,6 Millionen beteiligt und Dritte haben weitere 15,5 Millionen eingebracht. Es war eindrucksvoll, was dort an Baumaßnahmen alles gemacht werden konnte. Frau Fiedler, Sie hatten schon einige davon genannt, ich will das nur noch ein bisschen ergänzen, damit wir auch mal sehen, was dort alles mit umfangrei-

chen Mitteln des Landes und des Bundes gemacht worden ist. Und zwar denke ich an das Meeresmuseum in Stralsund, Umbau der Landesbibliothek in Schwerin, Umgestaltung der Dauerausstellung in Peenemünde, Investitionen im Staatlichen Museum Schwerin und Umbau des Traditionsschiffes im Schifffahrtsmuseum in der Hansestadt Rostock. Es sind nicht nur diese so genannten Leuchttürme, von denen wir hier immer sprechen, sondern es sind auch solche Dinge wie Mecklenburgisches Künstlerhaus, Schloss Plüschow oder Ausstellungs- und Kommunikationszentrum Alte Wassermühle in Schwaan oder Grundsanierung im Schloss Bröllin. Es gibt einiges zu tun und wir werden es fortsetzen. Wir haben dazu am 3. Juli einen weiteren Vertrag im Bundeskanzleramt unterschrieben und wir haben diesen Vertrag und seine Zielsetzungen am 8. August weiter ausbauen können.

Worum geht es jetzt? Es geht im laufenden und kommenden Jahr zum Beispiel um die Sanierung der Heizungsanlage und den Einbau einer Klimaanlage im Staatlichen Museum Schwerin, die von großer Bedeutung sind, wenn dort die Kunstschätze auch mal aus dem Magazin herausgeholt werden sollen. Immerhin geht es um 750.000 Euro. Es geht um die Historismussammlung, die für das Schweriner Schloss angekauft werden soll, ein absolutes Highlight, 1 Million Euro sollen dort hineinfließen, es geht auch zukünftig um die institutionelle Förderung des Deutschen Meeresmuseums in Stralsund, es geht um die Baukosten für das Oceaneum in Stralsund, zusätzlich zu den laufenden Förderungen sollen dort 25Millionen Euro hineingehen. Und es geht auch, wie wieder verabredet, genau wie alle anderen Punkte, um die Ernst-Barlach-Stiftung in Güstrow, 63.000 Euro sollen in das Ausstellungsforum in das Grafikkabinett hinein. Außerdem geht es, um auch mal etwas aus dem Bereich der flächendeckenden Versorgung zu sagen, um die Ausstattung der Jugendkunstschulen mit ordentlichen Arbeitsmöglichkeiten. Das ist einfach eine Fortsetzung des Programms für die Musikschulen, die ja mit Instrumenten ausgestattet worden sind. Dazu tritt ein zweiter Topf von Fördermöglichkeiten, das ist die Kulturstiftung des Bundes. Hier sind 80.000 Euro für das kommende Jahr enthalten und davon wird der Kunstverein Wiligrad profitieren, der Stupnitz Förderverein von Flotow in Sanitz, das Jüdische Landestheater in Rostock und die Garage via a

Ein weiterer Topf sind Gedenkstätten. Es geht um die Bundesgedenkstättenprogramme. Da hat die Bunkerwarte in Peenemünde im letzten Jahr über 786.000 Euro erhalten und wird auch in diesem Jahr 150.000 Euro einstellen, die dann dort verbaut werden. Es geht um das Pommersche Landesmuseum, hier gehen auch zukünftig 358.000 Euro jährlich hinein.

Ein weiterer Topf ist im Bundesamt für Zivilschutz angelegt, und zwar für Maßnahmen zum Schutz des nichtbundeseigenen Kulturgutes, hier die Sicherungsverfilmungsstelle des Landesarchivs in Greifswald, 137.000 Euro. Übrigens über diese Strecke und durchaus im Sinne von Nachbarschaftshilfe, für mich politisch sehr wichtig, ist das Geld für das Stettiner Staatsarchiv, 65.000 Euro. Und für das kommende Jahr liegt das Geld bereit, das wurde am 3. Juli und am 8. August noch einmal unterschrieben, und zwar 400.000 Euro für das Wossidlo-Archiv in Rostock. Und da wir auch kleine Programme nicht verschmähen, noch einmal zum Beispiel das Programm aus Bundesmitteln "Die soziale Stadt", Kommunikationszentrum hier in Schwerin im Sanierungsgebiet, 7.000 Euro.

Wir haben eine gute Bilanz in der bisherigen Kooperation und es gibt viel Bewegung zwischen dem Bund und Mecklenburg-Vorpommern. Es fließt viel Geld. Sie haben sicherlich wahrgenommen, das darf man gar nicht so laut aussprechen, dass das wesentlich mehr ist, als uns nach der Länderquote überhaupt zustehen würde. Da muss man ganz vorsichtig herangehen. Es gibt viele Kontakte mit der Bundesbeauftragten. Frau Dr. Weiss hört viel besser und versteht auch viel besser, wenn man leise mit ihr spricht.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Und wenn wir sie auf unserer Seite haben, dann haben wir eine starke Stimme im Bundeskabinett. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schmidt von der Fraktion der PDS.

Karin Schmidt, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Beim ersten Lesen dieses Antrages kommt man ja spontan, bezüglich der Eindeutigkeit und der damit verbundenen Verständlichkeit, was hier bei uns im Hause nicht immer der Fall ist, zu der Auffassung, dem kann und dem muss man zustimmen. Bei genauerem Nachdenken fragt man sich dann allerdings, warum wollen wir eigentlich der Landesregierung wieder einen Auftrag für Anstrengungen erteilen, die sie beständig mit Erfolgen für das Land unternehmen, wie es Herr Professor Metelmann ja eben auch gerade eindrucksvoll dargestellt hat

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

in der Vielfältigkeit auch der unterschiedlichen Programme, die es gibt. Ist es also doch nur ein oppositioneller Beschäftigungsauftrag?

Beim genaueren Hinsehen kommen mir dann Wahrnehmungen in den Sinn, die beginnen mit den Erinnerungen, als ich hier jüngst zu Kulturfragen einen Beitrag hielt und ich auf eine Aussage der Kulturstaatsministerin Christina Weiss aufmerksam machte. Sie hatte auf einem Berliner SPD-Kulturforum Anfang des Sommers angemahnt, dass man sich auch im Kulturbereich von einem Subventionsdenken verabschieden müsse. Die damit verbundenen Ahnungen haben sich bewahrheitet. Das Investitionsprogramm "Kultur in den neuen Ländern" wird zum Jahresende auslaufen, ebenso das Denkmalschutzsonderprogramm "Dach und Fach". Das kündigte Kulturstaatsministerin Christina Weiss am 10. Juli überraschend an, bestätigt wird es in der Bundestagsdrucksache 15/1505. Das Investitionsprogramm "Kultur in den neuen Ländern" sei laut Einigungsvertrag von Anfang an nur als Übergangshilfe angelegt gewesen, lautete die Begründung. Deshalb sei es im Haushaltsentwurf 2004 ebenso wie das Sanierungsprogramm "Dach und Fach" nicht mehr vorgesehen.

In den vergangenen Jahren seien allein im Rahmen des Programms "Kultur in den neuen Ländern" 160 Millionen Euro, was eine ganze Menge Geld in diesem Bereich darstellt, zur Verfügung gestellt worden und damit mehr als 300 Kultureinrichtungen in den neuen Ländern saniert oder umgebaut worden, aus deren Liste wir hier einige vorhin vorgestellt bekommen haben. Deshalb, so ihre Worte, dürfe von einem "guten Stand" vieler Einrichtun-

gen ausgegangen werden. Zitat: "Jetzt können wir uns auf die Förderung der großen Einrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung konzentrieren", erklärte die Staatsministerin.

Sie verweist darüber hinaus auf die Möglichkeit einer flexibleren Verwendung der vom Bund für den Bund-Länder-Finanzausgleich bereitgestellten Mittel, die auch für die kulturelle Infrastruktur genutzt werden könnten. 0,5 Prozent der Mittel, wie von Frau Fiedler schon dargestellt, des Solidarpaktes II sollten in die kulturelle Infrastruktur investiert werden, präzisierte sie in ihrem Vorschlag Ende Juli. Damit könnte die Kulturförderung in den neuen Ländern auf ein dauerhaftes Fundament gestellt werden.

Kann dies aber wirklich so funktionieren? Um es gleich zu sagen, es erscheint mir sehr unwahrscheinlich, dass aus den Mitteln des Solidarpakts II die mit der Einstellung der beiden Bundesprogramme gerissene Finanzlücke wirklich geschlossen wird, denn Vorschläge und Beschlusslage sind auch hier und heute immer noch verschiedene Welten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Fraglich ist auch, ob Bundesbauminister und Ostbeauftragter Stolpe das Programm "Dach und Fach" in seiner Regie weiterführen wird und kann.

Bedauerlich ist auch, dass Frau Weiss sich anscheinend auf die Förderung kultureller Leuchttürme konzentrieren will. Natürlich benötigen Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung der Förderung. Aber umso mehr bedürfen der finanziellen Unterstützung die so genannten Kleinen, die ja letztlich die kulturelle Substanz der Regionen und Länder ausmachen. Und genau diese kulturelle Substanz der neuen Länder soll ja laut Einigungsvertrag Artikel 35 erhalten werden, und zwar so lange, wie es notwendig ist. Die teilungsbedingten Folgen sind noch nicht beseitigt, vielmehr sind neue Ungleichgewichte zwischen Ost und West entstanden, also sind Notwendigkeiten enthalten.

Es ist unwahr, wenn Frau Weiss sich dahin gehend äußert, dass diese Verpflichtung von vornherein zeitlich befristet gewesen sei, wie es hier heute auch dargestellt wurde.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Ein Blick in die zwischen Bund und jedem Land verhandelten Länderlisten zum Aufbauprogramm "Kultur in den neuen Ländern" ist dabei sehr aufschlussreich. Dort heißt es in jeder der fünf Listen, am 10. September 1999 vom damaligen Staatsminister für Kultur und Medien Dr. Michael Naumann und dem jeweiligen zuständigen Landesminister unterzeichnet, ich zitiere: "Vorbehaltlich der Zustimmung des jeweiligen Haushaltsgesetzgebers ist vorgesehen, das Aufbauprogramm fortzusetzen." Ist jemandem von Ihnen, meine Damen und Herren, bekannt, dass es im Bundestag oder in einem Landtag einen Antrag gegeben hat, der die Beendigung des Programms forderte? Mir nicht.

Wir merken, dass der Bund mit seinen Kulturförderprogrammen bisher einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur auch in Mecklenburg-Vorpommern geleistet hat. Das aber muss fortgesetzt werden. Die Länder und Kommunen in Ostdeutschland sind vor allem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation, und dazu haben wir hier gestern intensiv diskutiert, auf absehbare Zeit

nicht in der Lage, diese Aufgabe allein zu lösen. Und es drängt sich der Verdacht auf, dass dieses zunehmend passieren könnte, betrachtet man eine Aussage der Bundesregierung auf Drucksache 15/1505, die da lautet, ich zitiere: "Die Schwerpunkte der Kulturförderung werden von den jeweiligen Ländern gesetzt. Diese tragen dafür die ausschließliche Verantwortung." Ist damit auch die finanzielle Verantwortung gemeint? Natürlich stimmen wir der Kulturstaatsministerin zu, wenn sie sagt, dass sie diese Förderung verstetigen will. Die bestehenden Förderprogramme allerdings aufzukündigen, ohne dass eine Finanzierung ihrer Pläne für ein neues erweitertes Kulturförderungskonzept gesichert ist, dieser Weg ist schon sehr abenteuerlich.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Der Wegfall des Investitionsprogramms "Kultur in den neuen Ländern", immerhin mit einem Volumen von 30 Millionen Euro im Jahr, beträfe vor allem viele kleinere Kultureinrichtungen, die noch immer in einem schlechtem Zustand sind.

Und ich komme zu meiner Zwiespältigkeit, und zwar der eingangs gestellten Frage bei einer Befürwortung oder Ablehnung des Antrages zurück. Dieses ist eine schwere Entscheidung, die hier getroffen werden muss, auch durch unsere Fraktion. – Danke.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schmidt.

Das Wort jetzt der Abgeordnete Herr Lohse von der Fraktion der SPD.

Frank Ronald Lohse, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache einmal etwas ganz anderes, ich werde nicht auf die ganzen Einzelheiten eingehen, die hier zugrunde liegen. Ich glaube, wir sind uns übergreifend in diesem Hause hier einig, dass die Kultur hier weiter so, wie es im Einigungsvertrag ausgewiesen ist, auch gefördert werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und ich denke, dieses Thema ist auch ein Thema, worüber wir eigentlich viel öfter und viel mehr reden müssten, gerade wenn Handlungsbedarf besteht, wie es Frau Fiedler ja richtig gesagt hat.

Ich übe jetzt einmal Selbstkritik, denn ich glaube, dass auch ich es nicht oft genug gemacht habe, dass sich die kulturpolitischen Sprecher und die Fachpolitiker öfter einmal hinsetzen sollten und sich fragen sollten, ob wir da nicht gemeinsam etwas tun könnten. Also auch ich habe die Kritik jetzt hier an mich gerichtet. Was aber viel wichtiger ist, das zieht sich schon seit gestern bis heute hier durch die Landtagssitzungen, und zwar glaube ich nicht, dass dahinter steckt, dass man wirklich ernsthaft, ernsthaft die Regierung wieder einmal, es ist oft genug gesagt worden, zum Jagen tragen muss.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Professor Dr. Metelmann hat hier deutlich gesagt, was er getan hat, dass er am 3. Juli auf jeden Fall schon – 3. Juli, übrigens ein Datum, das also so lange gar nicht her ist – sofort reagiert. Am 3. Juli, ich weiß nicht, ob Sie es

wissen, wurde dort festgelegt, und zwar durch unser Land und nicht durch die anderen neuen Bundesländer, dass heute zu dieser Stunde, ich weiß zwar nicht, wie es ausgegangen ist, im Bundesrat gerade die beiden Programme, um die es hier geht, auf der Tagesordnung sind. Also haben wir es doch eigentlich als Landesregierung geschafft – und da herzlichen Dank, Herr Metelmann, Sie haben es durch Ihren Einsatz geschafft –, dass es auf der Tagesordnung im Finanzausschuss im Bundesrat heute behandelt wird. Also nur unser Land war das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Torsten Koplin, PDS: Das ist schön. Toll!)

Insofern, meine Damen und Herren, es ist unbenommen, und das wiederhole ich gern, dass das Verhalten der Bundesregierung, dieses Programm "Kultur in den neuen Ländern" zu canceln, nicht hinzunehmen ist. Hier werden wir auch weiterhin handeln. Und wir sehen übrigens an den Zahlen und Daten, die auch hier vorgelesen wurden, ich werde sie nicht wiederholen, dass dieses passiert.

Ich sage einmal, dass schon Ihr Ansatz falsch war, meine Damen und Herren von der CDU, denn dieser Antrag kommt zu spät. Er desavouiert wieder einmal die intensivsten Bemühungen von Mecklenburg-Vorpommern auf den kulturpolitischen Arbeitsebenen beim Bund. Das wurde auch angedeutet und wir sollten hier wirklich ganz eindeutig einmal Farbe bekennen und sagen,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das hat sich im Sommer abgespielt. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

dass der Minister nicht nur einmal dort war, dass die Arbeitsebene intensiv arbeitet. Das ist kein Deus ex Machina, das ist kein Geist aus der Maschine, das ist kein Zaubertrick, das ist einfach nur intensive Arbeit. Und dazu sollten wir uns auch alle hier in diesem Hause weiter befleißigen. Das sollten wir schon mal machen, anstatt solche Scheindebatten und Scheinanträge, wie sie hier vorliegen, zu behandeln.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da können wir zustimmen.)

Langer Rede kurzer Sinn, ich erwarte von Ihnen, meine Damen und Herren, auch in Zukunft, und ich meine beide Fraktionen, dass wir da intensiver etwas machen.

> (Angelika Gramkow, PDS: Aha, dann hätten Sie unseren Änderungsantrag ja annehmen können! Danke schön, Herr Lohse. – Zurufe von Andreas Petters, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Wenn ich Ihren Änderungsantrag lese, ist der übrigens auch kaum dazu geeignet, die Sache besser zu machen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie doch mal in die Anträge der PDS! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

So, meine Damen und Herren, ich glaube, der Minister hat doch deutlich gesagt, worum es hier eigentlich geht und was alles getan werden muss. Ich sage es noch einmal, wenn wir die Zahl einmal addieren, das haben Sie wahrscheinlich auch nicht gemacht und nicht gelesen, wenn wir die Zusagen addieren, die wir jetzt schon haben, dann kompensieren sie eigentlich jetzt schon in voller Höhe den Wegfall des Bundesprogramms. Was wollen wir denn noch? Wir wollen noch mehr, und da bin ich sicherlich einig mit Ihnen, dass das alles nicht ausreicht. Wir

sollten irgendwann auch einmal dazu kommen, das ist eben auch beim Aufbau unseres Landes wichtig, dass wir auch unsere Kultureinrichtungen und nachgeordneten Einrichtungen irgendwann mehr zur Selbstständigkeit anhalten. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lohse.

Es liegen weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/730. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/730 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS sowie bei Zustimmung der Fraktion der CDU und einer Zustimmung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Ausbildungsplatzsituation im Pflegebereich nach dem In-Kraft-Treten des Bundes-Altenpflegegesetzes, Drucksache 4/732.

Antrag der Fraktion der CDU: Ausbildungsplatzsituation im Pflegebereich nach dem In-Kraft-Treten des Bundes-Altenpflegegesetzes - Drucksache 4/732 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Seit geraumer Zeit beschäftigen sich Politiker und Medien mit der Lehrstellensituation in Mecklenburg-Vorpommern. Der Bundeswirtschaftsminister weilte am vergangenen Samstag in Rostock und warb gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes um Ausbildungsplätze. Derzeit suchen noch circa 6.000 Schulabgänger in Mecklenburg-Vorpommern eine Lehrstelle.

Unser Antrag befasst sich mit der Ausbildungssituation im Pflegebereich nach dem In-Kraft-Treten des Bundesaltenpflegegesetzes und zielt darauf ab, zusätzliche Lehrstellen im Altenpflegebereich zu schaffen. Damit soll die Landesregierung aufgefordert werden, endlich aktiv zu werden und die notwendigen Ausführungsbestimmungen zur Altenpflegeausbildung vorzunehmen. Darüber hinaus ist es die Aufgabe des Landesgesetzgebers, Regelungen sowohl für Altenpflege- als auch für die Altenpflegehelferausbildung zu schaffen. Und eben dies wurde ja bereits am 24.10.2002 durch das Bundesverfassungsgericht entschieden. Leider müssen wir nun immerhin fast elf Monate später feststellen, dass seit dieser Entscheidung die Landesregierung, trotz mehrfacher Aufforderungen von Seiten der CDU-Landtagsfraktion, in diesem Bereich absolut untätig geblieben ist.

Das Bundesaltenpflegegesetz vom 17.11.2000 regelt seit dem 01.08.2003 einheitlich die Ausbildung zur Altenpflegerin und zum Altenpfleger. Zur praktischen Umsetzung dieses Bundesgesetzes auf Landesebene bedarf es jedoch eines Ausführungsgesetzes, das Detailfragen klärt und das beispielsweise eine Regelung der Strukturen und der Finanzierung der schulischen Ausbildung vornimmt.

Unser Bundesland hat es im Gegensatz zum Saarland und vielen weiteren Bundesländern bisher leider versäumt, ein solches Gesetz zu schaffen. Somit wurde auch die Chance vertan, der Abwanderung von jungen Menschen aus unserem Land entgegenzuwirken. Auf der einen Seite werben wir mit dem Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern und auf der anderen Seite vergeben wir die Chance, junge Menschen hier auszubilden, ihnen Perspektiven zu geben und mit sehr gut ausgebildeten Altenpflegerinnen und Altenpflegern bundesweit konkurrenzfähig zu sein.

Vor wenigen Tagen haben Sie, Frau Sozialministerin Dr. Linke, in einer Pressemitteilung den Start für die Ausbildung nach dem neuen Bundesaltenpflegegesetz in Mecklenburg-Vorpommern als gelungen erklärt, weil 120 Schülerinnen und Schüler ab 01.09. ihre Ausbildung begonnen haben. Dies ist allerdings nur die halbe Wahrheit. Als gelungen kann ich diesen Start nicht bezeichnen, denn wenn wir im Vergleich zum Vorjahr die Hälfte der Ausbildungsplätze weniger zur Verfügung haben, kann man wirklich nicht erbaut sein über diese Entwicklung. An mangelnder Nachfrage liegt diese Reduzierung allerdings keinesfalls. Ganz im Gegenteil, denn vielmehr ist hierfür das Fehlen des Ausführungsgesetzes verantwortlich. Somit wurden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen als Träger der praktischen Ausbildung und die Altenpflegeschulen verunsichert, denn sie hatten keinerlei Planungs- und Rechtssicherheit.

Um einer noch größeren Misere vor In-Kraft-Treten des neuen Gesetzes zu entgehen, ermöglichten viele Ausbildungseinrichtungen insgesamt 60 Schülern den Ausbildungsbeginn bereits vor dem 01.08.2003 nach altem Recht. Das neue Gesetz wurde somit bewusst umgangen und nicht angewendet. Für die Azubis bedeutet dies, dass sie einerseits keinen Anspruch auf Ausbildungsvergütung erlangen und zudem gemäß eines auslaufenden Ausbildungsplanes, einen Beruf erlernen.

Zukunftssicherheit stelle ich mir allerdings anders vor, denn bis heute liegt noch immer kein entsprechendes Ausführungsgesetz vor. Dass dies aber absolut notwendig ist, zeigen zahlreiche Statistiken, in denen es heißt, dass in Deutschland über zwei Millionen Menschen auf Pflege angewiesen sind. Es sind derzeit 125.000 Altenpflegerinnen und Altenpfleger in entsprechenden Einrichtungen tätig und die Nachfrage ist steigend, auch im Hinblick auf die Altenpflegehilfeausbildung.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben zwar eine vorläufige Empfehlung für die praktische Ausbildung zur Altenpflege herausgegeben, doch auch hundert solcher Empfehlungen stellen noch immer kein Gesetz dar. Es ist darüber hinaus auch nur schwer vorstellbar, dass die gemachten Empfehlungen im Rahmen eines Anhörungsverfahrens erarbeitet wurden, und ich bezweifle ebenfalls, dass diese Empfehlungen eine verbindliche Außenwirkung haben.

Frau Ministerin, es mag ja auch eine durchaus positive Überlegung Ihrerseits dahinter stecken, dass Sie ein solches Durchführungsgesetz bisher nicht erarbeiteten, ich denke an den Tagesordnungspunkt Deregulierung. Allerdings nehmen Sie damit auch zahlreichen Schulabgängern der Hauptschulen unseres Landes die Möglichkeit, einen Ausbildungsplatz zum Altenpflegehelfer zu erlangen. Legt man zugrunde, dass im täglichen Ablauf der Altenpflege 50 Prozent Pflegehilfsarbeiten anfallen, so

kann man davon ausgehen, dass mindestens 200 Ausbildungsplätze zum Altenpflegehelfer zur Verfügung stehen sollten.

Eine der Zugangsvoraussetzungen zum Altenpfleger ist der Realschulabschluss, was bedeutet, dass Hauptschülern die Möglichkeit verwehrt würde, auf dem Gebiet des Altenpflegedienstes Fuß zu fassen. Was machen Sie aber mit diesen nicht unbeträchtlichen Zahlen von Hauptschülern? Auch sie haben ein Recht auf eine berufliche Perspektive in Mecklenburg-Vorpommern und haben einen Anspruch auf die Erlernung eines Berufes mit Zukunft. Und die Altenpflege hat allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung eine sichere Zukunft. Somit bieten sich auch für Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau neue Perspektiven und Chancen in der Altenpflege. Gleichzeitig ist mit der Ausbildung zum Altenpflegehelfer eine Entlastung der Fachkräfte im Bereich der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Vorsorge gewährleistet.

Im Saarland, wo das Durchführungsgesetz bereits seit Oktober 2002 existiert, flossen dazu noch viele weitere Vorteile mit ein. So ist beispielsweise dort geregelt, dass sich das erste Ausbildungsjahr von Altenpflege und Altenpflegehilfe identisch gestaltet, wodurch es den Altenpflegehelfern nach Abschluss ihrer Ausbildung möglich ist, einen nahtlosen Übergang in die Altenpflege zu schaffen. Somit ist es auch Schülern möglich, Zugangsvoraussetzungen für die Altenpflege zu erlangen und sich weiterzuqualifizieren, die sich im Voraus die anspruchsvollere Ausbildung nicht zutrauen beziehungsweise die Voraussetzungen nicht erfüllen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich stelle mir nun die Frage, warum dieses Durchführungsgesetz noch nicht bei uns im Land eingeführt wurde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern weniger in der Lage sein sollte, ein solches Gesetz zu entwerfen und in den Landtag einzubringen als andere Bundesländer. Auch an fehlenden Finanzmitteln kann es nicht liegen, denn hierfür bedarf es keines zusätzlichen Geldes, da die Beamten ja bereits in ausreichender Zahl in den Ministerien vorhanden sind.

Oder lag es vielleicht daran, dass das Sozialministerium mit der Novellierung des Landespflegegesetzes und der Novellierung des Kita-Gesetzes schon vollständig ausgelastet ist beziehungsweise war?

Somit liegt das durchaus wichtige und sinnvolle Durchführungsgesetz, das Landesaltenpflegeausbildungsgesetz, noch immer auf Eis. Dies sollte schnellstmöglich geändert werden zum Wohle der ausbildungsplatzsuchenden Jugend als auch der pflegebedürftigen älteren Menschen. Daher kann ich Ihnen, Frau Ministerin, nur nahe legen, die Möglichkeit zu nutzen, sich mit Ihren Ministerkollegen aus den anderen Bundesländern, in denen dieses Gesetz bereits erfolgreich realisiert wurde, auszutauschen. Es besteht dringend Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zur Drucksache 4/723 der CDU-Fraktion und denke, dass wir damit einen Weg zeichnen für Ausbildungsplätze in unserem Land. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schubert. Ich denke, es handelt sich um die Drucksache 4/732.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Herr Schubert hat schon einiges gesagt zu dem Altenpflegegesetz. Es ist nach jahrelangem Tauziehen am 1. August dieses Jahres in Kraft getreten. Es ist ein Bundesgesetz. Dieses Gesetz ist ein großer Erfolg und ein Fortschritt für den Beruf der Altenpflegerin und des Altenpflegers. Mit dieser bundeseinheitlichen Ausbildung erhöhen sich durchweg die Attraktivität dieses Berufes und auch seine gesellschaftliche Anerkennung. Das Altenpflegegesetz vereinheitlicht das Berufsbild in Deutschland. Es führt zu mehr Klarheit über die Kompetenzen der Altenpflegerin und des Altenpflegers und es ist damit tatsächlich ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Pflegequalität.

Nach den bisherigen Ausbildungsregelungen, die wir in Mecklenburg-Vorpommern hatten, erfolgte die Ausbildung zu diesem Beruf in den ersten zwei Jahren schulisch und die Altenpflegeschülerinnen und Altenpflegeschüler erhielten dann im dritten Ausbildungsjahr - aber lediglich im dritten Ausbildungsjahr – eine Ausbildungsvergütung. Das neue Gesetz schreibt nunmehr zwingend den Abschluss eines Ausbildungsvertrages und damit die Zahlung einer Ausbildungsvergütung vor. Damit wird die Ausbildung in der Altenpflege anderen beruflichen Ausbildungen gleichgestellt und somit gleichsam attraktiver. Langfristig, und das muss man einfach jetzt bedenken, langfristig wird man also nur so eine ausreichende Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern für diesen anspruchsvollen Beruf gewinnen und dem wachsenden Bedarf an Fachkräften in der Altenpflege gerecht werden können, denn die Verträge werden mit den Trägern, also mit den Ausbildungsstätten abgeschlossen.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Mit der bundesrechtlichen ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist aber etwas Neues, Herr Glawe.

Mit der bundesrechtlichen Regelung ist der Altenpflegeberuf den Gesundheitsfachberufen zugeordnet worden. Damit ist ein wichtiger erster Schritt zum Zusammenführen der Pflegeberufe getan worden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Einrichtungen können jetzt als Träger der praktischen Ausbildung den Bedarf an Ausbildung für ihre eigenen Einrichtungen selbst festlegen, die geeigneten Bewerber auswählen und entsprechend Ausbildungsverträge abschließen.

Am 1. September hat das neue Ausbildungsjahr begonnen und in der Altenpflege erstmalig nach dem neuen Altenpflegegesetz. Trotz der kurzen Umstellungsphase und der neuen Finanzierungsbedingungen, die uns durch Bundesrecht vorgegeben sind, ist der Start der Ausbildung nach dem neuen Altenpflegegesetz, wie ich auch in meiner Pressemitteilung mitgeteilt habe, außerordentlich gut gelungen. Eine telefonische Umfrage bei den Schulen hat ergeben, dass nach dem neuen Gesetz 120 Schüle-

rinnen und Schüler einen Ausbildungsvertrag von den Einrichtungen der Altenhilfe erhalten haben

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und nun, ...

Nein, Herr Glawe, schön ruhig, ich rede noch weiter.

... und nun an den Altenpflegeschulen nach den neuen Ausbildungsrichtlinien Iernen. Weitere 60 Schülerinnen und Schüler haben ihre Ausbildung unmittelbar vor dem 1. August noch nach dem alten Recht begonnen. Die muss man also zu diesen 120 dazuzählen.

(Harry Glawe, CDU: Ja, aber die kriegen doch weiter nichts.)

180 Auszubildende im Beruf der Altenpfleger,

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch ein Kassentrick!)

ich denke, das ist eine sehr gute Leistung für unsere Altenpflegeeinrichtungen, wenn man bedenkt, dass derzeit in der Altenhilfe etwa 1.500 Altenpflegerinnen und Altenpfleger tätig sind und insgesamt im zweiten und dritten Lehrjahr 500 Schülerinnen und Schüler sich nach den alten Regeln in der Ausbildung befinden.

(Harry Glawe, CDU: Ja, die sind ja noch da.)

Die Einrichtungen der Altenpflege erbringen damit eine gute Ausbildungsleistung. Ich möchte ausdrücklich von dieser Stelle allen Einrichtungen für ihren Beitrag zur Ausbildung herzlich danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das Altenpflegegesetz schreibt, wie ich eben schon sagte, erstmals zwingend den Abschluss eines Ausbildungsvertrages und damit auch die Zahlung einer Ausbildungsvergütung für den Beruf des Altenpflegers wie auch in anderen beruflichen Ausbildungen vor.

Die Ausbildungsvergütung ist nach dem geltenden Recht in der Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen zu berücksichtigen. Und das ist aus meiner Sicht ein Problem, denn damit werden die Kosten für die Ausbildung in voller Höhe auf die HeimbewohnerInnen umgelegt. Geht man von jährlichen Kosten für die Ausbildungsvergütung in Höhe von etwa 12.000 Euro sowie von einem Heim mit einer Bewohnerzahl von 100 aus, so ergibt sich für einen Ausbildungsplatz pro Heimbewohner monatlich eine Mehrbelastung durch dieses neue Ausbildungsgesetz in Höhe von 10 Euro. Es ist unter diesem Aspekt natürlich allzu verständlich, dass die Einrichtungen in dieser Situation den eigenen Bedarf an Ausbildung sehr genau planen – jetzt, in diesem Jahr bereits, aber natürlich auch in den kommenden Jahren. Schließlich geht es nicht nur um das Interesse der Auszubildenden, es geht auch um das Interesse der Einrichtungen und der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner.

Ich halte, wie gesagt, diese Kostenregelung für problematisch und bin der Auffassung, dass wir ein positives Signal für die Ausbildung in der Altenpflege auch auf der Ebene des Bundes setzen sollten. Das kann für mich nur bedeuten, dass Ausbildung eben nicht zu spürbaren Belastungen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner führen darf, sondern ganz, wenigstens aber teilweise aus Mitteln der Pflegeversicherung bezahlt werden müsste. Ich gehe davon aus, dass auch in der nächsten Zeit auf der Ebene der Bundesregierung eine Reform der Pflegeversicherung ansteht. Ich denke, dann ist dieser Aspekt auch noch einmal mit einzubringen.

Für das jetzt begonnene Ausbildungsjahr haben wir jedoch das geltende Recht umzusetzen und das bezieht sich natürlich auch auf die Festlegung der Ausbildungsvergütung. Das wird sicher dazu führen, dass in der Perspektive nur dann ausgebildet wird, wenn sich ein erkennbarer Bedarf nach qualifiziertem Nachwuchs auch abzeichnet, und damit haben wir hier dann auch eine Situation, wie es in anderen Ausbildungsberufen ist.

Wer die Situation in Mecklenburg-Vorpommern kennt, der weiß, dass wir über sehr gute Bedingungen für die Ausbildung auf dem Gebiet der Altenpflege verfügen. Wir haben sehr gute Einrichtungen, wir haben sehr gute Schulen, wir haben die erforderlichen Lehrkräfte und wir haben auch die neuen erforderlichen Rahmenpläne erarbeitet. Initiativen, sehr geehrter Herr Schubert, wie Sie sie hier angeführt haben, zur Sicherung der Schulen, wie sie eben derzeit in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen laufen, sind in unserem Lande nicht erforderlich. Wir haben die Voraussetzungen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Torsten Koplin, PDS – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum CDU-Antrag auf Drucksache 4/732. Es heißt hier: "landesrechtliche Ausgestaltung der Ausführungsbestimmungen", "Notwendigkeit eines Ausführungsgesetzes", "Notwendigkeit einer eigenen landesgesetzlichen Regelung", "von der Landesregierung beabsichtigte Gesetzesinitiativen", "Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen" und so weiter und so weiter. Wissen Sie, manchmal ist ein Blick ins Gesetz ein Blick ins Leben. Und deshalb möchte ich einfach mal sagen, es heißt im Paragraphen 12 des Bundesgesetzes: "Die Länder können das Nähere über die Ausbildung in der Altenpflege regeln". Es heißt hier in Paragraph 11: "Die Ausbildung wird in Altenpflegeschulen nach § 5 Abs. 1" des Gesetzes "durchgeführt, sofern die Länder nichts anderes bestimmen." Es heißt in Paragraph 26: "Die Entscheidungen über die Erlaubnis" und so weiter "trifft die zuständige Behörde des Landes". Die zuständige Behörde des Landes!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Angesichts des sehr guten Starts im Jahr 2003 habe ich mich in Abstimmung mit dem Landespflegeausschuss, dem ich vorstehe, entschieden, zunächst keine neuen Vorschriften zu erlassen, sondern auf der Grundlage des Bundesrechtes, des Bundesgesetzes, das detailliert Festlegungen trifft, zu handeln.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich werde natürlich die praktischen Erfahrungen im Umgang mit dem Bundesgesetz mit allen Beteiligten – das sind die Träger als Arbeitgeber, das sind die Berufsverbände und die Kassen, das sind die Gewerkschaften und das sind auch die Auszubildendenvertreter –, mit ihnen werde ich mich beraten, werde die ersten Anlaufergebnisse auswerten und über die weitere Umsetzung des Bundesgesetzes entscheiden.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Ministerin Dr. Marianne Linke: Nein.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, der Antrag der CDU-Fraktion ist konstruktiv,

(Beifall Torsten Renz, CDU)

denn er hat mir die Gelegenheit gegeben, im Lande die gut bewältigte Situation Ihnen hier vorzutragen. Er ist aber andererseits absolut destruktiv,

(Harry Glawe, CDU: Bitte?)

denn man kann nicht auf der einen Seite über Deregulierung als Regulierung der Überregulierung sprechen, Herr Ringguth, oder wie es auch andere Abgeordnete getan haben,

(Harry Glawe, CDU: Sie haben zwei Jahre lang nichts unternommen und wollen jetzt nicht arbeiten? Das kann doch wohl nicht angehen!)

und gleichzeitig für einen bundesrechtlich sehr gut geregelten Bereich nach staatlicher Reglementierung rufen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Verehrte Abgeordnete der CDU-Fraktion, seien Sie einfach konsequent!

(Harry Glawe, CDU: Wir müssen Sie doch zur Arbeit tragen.)

Schließen Sie sich mir an und folgen Sie meiner Devise: Regeln Sie so viel wie nötig, so wenig wie möglich! Der Maßstab der Regelungen sollte der Mensch sein. – Vielen Dank

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Harry Glawe, CDU: Wir bringen Ihnen schon einen Gesetzentwurf.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin. Gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Renz? (keine Zustimmung)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Frage hätte gelautet: Werte Frau Ministerin, wenn es eine Kann-Bestimmung des Bundesgesetzes ist, sehen Sie aus Sicht des Landes die Notwendigkeit einer eigenen landesgesetzlichen Regelung? Dann hätte man antworten können Ja oder Nein. Bei Nein hätte ich dann nachgefragt, warum nicht. Leider ist es mir jetzt nicht möglich, hier entsprechend zu reagieren.

(Regine Lück, PDS: Haben Sie nicht zugehört?)

Ich habe den Ausführungen der Ministerin entnommen, dass sie diesen Antrag ablehnen wird, und ich habe jetzt die Vermutung, dass die Koalitionsfraktionen das ebenfalls tun werden.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich werde mich trotzdem bemühen, auch wenn eventuell im Moment die Lage aussichtslos erscheint,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

hier im Parlament eine Mehrheit zu bekommen für diesen Antrag, das möchte ich noch mal betonen, der wieder kein Scheinantrag ist und der aus unserer Sicht auch rechtzeitig gestellt wird, um hier etwas Gutes auf den Weg zu bringen. Ich werde, wie gesagt, den Versuch starten, weil ich denke, dass das Parlament für die Politik in diesem Lande immer noch zuständig ist und nicht eine einzelne Ministerin.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Es ist nämlich so, dass dieser Antrag nicht nur den sozialen Bereich betrifft, sondern auch den bildungspolitischen Bereich und nicht zuletzt einen zentralen Bereich in unserem Lande, sprich den Arbeitsmarkt.

Ich möchte zu Beginn noch mal ganz kurz die Situation im Pflegebereich darstellen. Die Zahlen sind zwar häufig hinreichend bekannt, aber um in der Gesamtheit hier noch mal dieses Bild zu vermitteln, dass wir diese Notwendigkeit sehen und aus diesem Grunde den Antrag gestellt haben, will ich es noch mal in Kurzform versuchen zu tun:

Wir haben zu Beginn der sechziger Jahre, 1961, über 60-jährige Menschen in diesem Land gehabt von 17,8 Prozent. Wir sind jetzt im Jahre 2001 bei 24/25 Prozent angekommen und werden – das ist nämlich Zielrichtung unseres Antrages – in die Zukunft schauend im Jahre 2030 33 Prozent, sprich ein Drittel der Bevölkerung, haben, die älter ist als 60 Jahre. Das ist ein erfreulicher Zustand, diese hohe Lebenserwartung,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

aber wir wissen natürlich alle, dass das auch mit einer häufigeren Pflegebedürftigkeit verbunden ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Das kommt doch nur aufgrund der Nichtrealisierung der Geburtenrate.)

Die gesellschaftliche Situation hat sich in dem Sinne auch weiter geändert, dass es heutzutage einfach nicht mehr möglich ist, dass die Kinder – die Anzahl der Kinder, das wissen wir auch alle, geht zurück -, dass die Kinder in der Lage sind, die immer mehr älteren pflegebedürftigen Menschen zu betreuen. Das wissen wir auch, das hängt zusammen zum Beispiel mit der eigenen Erwerbstätigkeit. Das heißt, auch auf diesem Gebiet haben sich die gesellschaftlichen Veränderungen bereits in die Tat umgesetzt. Und das bedeutet, wir haben einen höheren Bedarf an Altenpflegern. Und wer sich in der Materie ein bisschen auskennt, der weiß zumindest dann auch, dass gerade die Fluktuation in diesem Arbeitsbereich aufgrund der hohen physischen und psychischen Anforderungen extrem ist. Das erschwert natürlich die Situation an dem Bestand der Fachkräfte, die wir hier im Lande und natürlich auch in Deutschland haben, dass das im Prinzip dann für die Tatsache der Abdeckung des Bedarfes kontraproduktiv ist.

Es wird heute festgestellt, dass deutschlandweit aufgrund dieser Tatsache circa 50.000 Fachkräfte fehlen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung rechnet bis zum Jahre 2050 mit einem erhöhten Bedarf von circa einer halben Million notwendigen Arbeitsplätzen. Ich habe von der Frau Ministerin leider nicht gehört, wie sie den Bedarf hier in Mecklenburg-Vorpommern konkret in Zahlen einschätzt. Deswegen, ich wäre gern darauf eingegangen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich gehe davon aus, dass es in allen Bundesländern ähnlich ist, wenn wir deutschlandweit diese Zahl ansetzen. Ich

habe jetzt nur die Zahl von Baden-Württemberg. Die haben nämlich ihren Leuten, ihrem Parlament mitgeteilt, dass dort ein Bedarf von circa 4.000 Stellen im Jahre 2010 zu erwarten ist.

Was wir gehört haben in der gestrigen Debatte, aber das wird wahrscheinlich immer nur themenartig festgemacht, ist die Tatsache, dass Frau Linke gestern festgestellt hat, dass der Gesundheitsbereich eine Jobmaschine darstellt. Da hätte ich heute erwartet, dass wir dort anknüpfen. Das wird nämlich die Zielrichtung unseres Antrages sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Haben Sie ihr überhaupt nicht zugehört?)

Auch der Herr Minister Ebnet hat gestern zu meiner Freude festgestellt, dass gerade im Bereich der Pflege ein steigender Bedarf vorhanden ist, und darauf gilt es zu reagieren.

(Angelika Gramkow, PDS: Hat das hier jemand negiert?)

Wie stellt sich jetzt der Ist-Zustand dar? Der Ist-Zustand ist folgender: Die Bundesgesetzgebung, das wurde gesagt, wurde auf den Weg gebracht. Die Bundesgesetzgebung lässt aber auch den Ländern die Möglichkeit, hier eine eigene Gesetzgebung auf den Weg zu bringen mit folgendem Hintergrund, den wir sehen. Wir sind nämlich eindeutig der Meinung, dass wir dieses tun sollen. Ich möchte darauf verzichten, jetzt noch mal mehrmals darzustellen, dass bisher auf diesem Gebiet noch nichts getan wurde in diesem Land.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Mir geht es darum, dass wir perspektivisch etwas tun, und das heißt für uns konkret, die CDU fordert ein Landesaltenpflegegesetz. Ich möchte Ihnen versuchen zu erklären, warum wir dieses für notwendig halten:

Es ist im Saarland - ich möchte dieses Beispiel einfach mal aufgreifen, wie folgt gelöst. Im Saarland ist in die Altenpflegeausbildung die Altenpflegehelferausbildung integriert. Das heißt, das ist eine Ausbildung, die für Schüler angedacht ist, die im schulischen Bereich keine so überdurchschnittlichen Leistungen bringen, sondern eher zum schwächeren Teil der Schüler gehören. Und für diese Schüler hat man im Saarland die Möglichkeit geschaffen, ich bezeichne das jetzt hier einfach mal als eine Art Teilausbildung mit einer Berufsbezeichnung, nämlich mit dem Altenpflegehelfer, auf den Weg gebracht, dass man den Altenpfleger und den -helfer in einer Klasse unterrichtet und nach einem Jahr wird dann den Schülern, die diesen Teil der Ausbildung dann zum Beispiel durch eine Prüfung erfolgreich abgeschlossen haben, ein Berufsabschluss, ein Altenpflegehelferberuf zuerkannt. Das ist aus unserer Sicht eine sehr sinnvolle Situation.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Hervorragend. – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Und darum geht es auch, dieses auf den Weg zu bringen. Ich möchte in diesem Fall den Minister Ebnet zitieren, der in der SVZ am 05.09.,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ich sage es gleich, zu Recht festgestellt hat, als es auch um die Ausbildungssituation ging, dass viele Schüler sich in der Warteschleife befinden aufgrund ihrer schwachen schulischen Leistungen, dass sie gar keinen Zugang zum Ausbildungsmarkt und, was dann viel schlimmer ist, zum Arbeitsmarkt haben. Da hat der Minister Ebnet richtig festgestellt, dass wir diesen oft leistungsschwächeren Jugendlichen kürzere, einfachere Ausbildungsgänge anbieten und ihnen so helfen. Ich habe jetzt mal auf die Zahlen verzichtet. Ich denke mal, das ist die richtige Zielrichtung, um die es geht. Und das ist das Anliegen unseres Antrages. Vielleicht ist es so, dass es nicht ganz erkannt worden ist, und es wäre nachher günstig, wenn die Koalitionäre sich eine Auszeit nehmen und vielleicht auch Beratungsbedarf haben. Ich würde das sehr begrüßen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Zweifeln Sie an unseren intellektuellen Fähigkeiten, Herr Renz?)

Das würde ich nie tun, Herr Koplin.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Also, noch mal ganz konkret auf den Punkt gebracht: Hier bedeutet es eine berufliche Perspektive für Menschen mit schwächeren Leistungen, denen die Möglichkeit zu öffnen für einen Ausbildungsplatz, das war heute schon Thema, das wäre ein sinnvoller Beitrag, und später einen Arbeitsplatz zu erreichen. Es ist eindeutig nachgewiesen, dass gerade im Bereich der Pflege das keine Degradierung dieser ersten Ausbildungsstufe darstellt, sondern hier die Praxis eindeutig zeigt, dass im Bereich der Grundpflege beziehungsweise im hauswirtschaftlichen Bereich ein Bedarf auch an diesen Arbeitskräften da ist. Wir sollten diese Chance nicht vertun und das dann den anderen Bundesländern überlassen beziehungsweise dann die Abwanderung in diesem Punkt weiter fördern. Deswegen ist mein dringender Appell: Lassen Sie sich das noch mal durch den Kopf gehen! Versuchen Sie, mit uns diesen Weg gemeinsam zu gehen, dass wir dieses Gesetz auf den Weg bringen können!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Ich möchte auch versuchen, vielleicht noch als letzten Anschub, um Ihre Zustimmung zu erreichen, hier mal detailliert mehr auf das Saarland einzugehen, indem ich nämlich die SPD-Fraktion ganz konkret ansprechen werde. Die Sozialexperten werden sicherlich die Abgeordnete Frau Möller aus dem Saarland kennen. Frau Möller hat den Redebeitrag bei der Gesetzeseinbringung der Regierung und in der Zweiten Lesung bei der Beschlussfassung gehalten. Ich schicke es einfach mal vorweg. Die Frau Möller ist eine ehemalige Leiterin einer Altenpflegeschule. Ich denke, das sagt über die Kompetenz dieser Person bezogen auf dieses Thema sehr viel. Ich zitiere die SPD-Abgeordnete des Saarlandes Frau Möller bei der Einbringung: Ich begrüße "hier im Namen der SPD-Landtagsfraktion die inhaltliche Neuausrichtung der Altenpflegeausbildung im Saarland auf der Basis des Bundesaltenpflegegesetzes." Das waren ihre einführenden Worte. Mehr wollen wir hier jetzt auch nicht tun. Sie bejaht dann: "Eine spezifische Regelung des Saarlandes ist die Integration der Altenpflegehilfe in die Altenpflegefachausbildung" - das habe ich versucht, hier zu erklären -, weil sie ganz einfach der Meinung ist, so, wie ich Ihnen das hier auch gesagt habe, diesen schwächeren Jugendlichen können wir viel mehr als staatlich anerkannte Altenpflegehelfer oder -helferinnen einen Arbeitsplatz bieten. Und das hält sie für sinnvoll. Da muss ich sagen, Hut ab!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Das müsste man namentlich abstimmen lassen.)

Es sollte Sie sicherlich auch interessieren, wie die SPD-Abgeordnete im Saarland bei der Zweiten Lesung reagiert hat, als es dann um die Beschlussfassung ging.

(Andreas Bluhm, PDS: Es ging um ein Gesetz, Herr Renz, es ging nicht um einen Antrag.)

Im Sinne der Sache und im Hinblick darauf, dass die Schülerinnen und Schüler im kommenden Ausbildungsjahr schon mit einer neu geregelten Ausbildung beginnen können, stellt sie Bedenken zurück. "Wir werden dem Gesetz über die Altenpflegeberufe im Saarland deshalb zustimmen. (Beifall bei der SPD.)". Das hätten Sie an dieser Stelle auch machen können.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Also, meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, lassen Sie hier Ihre ideologischen Scheuklappen einfach mal fallen!

(Rudolf Borchert, SPD: Oh! – Gabriele Schulz, PDS: Das ist ja eine Unterstellung!)

Hier geht es jetzt um die Sache.

(Torsten Koplin, PDS: Die ganze Zeit waren Sie fair.)

Ein Kompromiss wäre vielleicht – da könnten wir drüber reden, bloß da müssten wir Signale bekommen, wenn Ihnen der dritte Punkt nicht passt, dass durch die Landesregierung auf diesem Gebiet sehr wenig getan wurde –, wenn es um die Sache geht, sind wir gerne bereit, das zurückzuziehen, aber das müssten Sie andeuten. Aber lassen Sie uns das zumindest auf den Weg bringen. Wir bieten unsere Hilfe an. Wir werden auch das Rad hier nicht neu erfinden. Ich sage Ihnen, wenn Sie das ablehnen sollten, dann können Sie sich darauf verlassen, die CDU wird in kürzester Zeit dann diesen Gesetzentwurf hier vorlegen. Dazu sind wir bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und dann lassen Sie sich aber bitte vorwerfen, dass Sie nicht rechtzeitig gehandelt haben, dass Sie dann auch mitverantwortlich sind für die Ausbildungsplatzsituation und für den zukünftigen Fachkräftebedarf in diesem Bereich. Das müssen Sie sich dann auch von unserer Fraktion gefallen lassen. – Ich bedanke mich und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Renz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wollen wir gleich mal anfangen, Herr Renz, mit dem Thema Verzögerungen. Wie wir heute hier gehört haben, ist dieses Altenpflegegesetz aus dem

Jahre 2000. In Kraft getreten ist es zum 01.09.2003. Warum denn, Herr Renz?

(Torsten Renz, CDU: Das kann ich Ihnen beantworten, wenn ich darf.)

Das ist im Grunde deswegen zum 01.09.,

(Harry Glawe, CDU: Zum 01.08.)

01.08.2003 – auf den Monat kommt es mir nicht an, da will ich mich nicht streiten –, zum 01.08.2003 in Kraft getreten, weil das Bundesland Bayern dagegen Verfassungsbeschwerde erhoben hat.

(Volker Schlotmann, SPD: Hört, hört!)

Das heißt also, das Gesetz lag drei Jahre auf Eis,

(Rudolf Borchert, SPD: Oh, oh!)

weil das Bundesland Bayern sich dieser Sache verstellt und verwehrt hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Rudolf Borchert, SPD: Blockade.)

Das heißt, von einem unionsregierten Land gab es Blockade ohne Ende.

Meine Damen und Herren von der Union, eins muss ich Ihnen sagen: Konsistent ist das nicht, was Sie hier machen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Nee!)

Auf der einen Seite geht Ihnen in der Deregulierungsdebatte das alles nicht weit genug und hier in diesem Fall, wo es darum geht, dass das Land auf der Basis einer Kann-Vorschrift gesetzliche Regelungen erlassen kann, sind Sie dabei zu fordern, dass wir hier aktiv werden sollten und müssten,

(Gesine Skrzepski, CDU: Man kann ja auch mal positiv was erlassen.)

und versuchen mit einer mehr oder weniger Begründung, die einer Nebelkerze gleichkommt, zu begründen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der von Ihnen gestellte Antrag schafft keine Ausbildungsplätze, der schafft mitnichten Ausbildungsplätze! Der von Ihnen gestellte Antrag schafft nur gesetzliche Regelungen, er schafft nur gesetzliche Regelungen, nicht mehr!

(Harry Glawe, CDU: Er schafft Zukunftschancen für Lehrlinge.)

Er schafft keine Ausbildungsplätze. Und wenn wir uns die Situation im Saarland in der Altenpflege angucken, dann hängt das, was sie da tun, sehr stark mit Fachkräften zusammen, nämlich mit der Fachkräftequote, die nach der entsprechenden Personalverordnung vonnöten ist. Diese Fachkräftequote sieht bei uns in Mecklenburg-Vorpommern anders aus.

Ansonsten bleibt mir dazu nur zu sagen, die Ministerin hat hier die entsprechenden Begründungen gegeben. Die Altenpflegeausbildung ist in Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis des neuen Bundesgesetzes erfolgreich angelaufen

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

und deswegen werden wir Ihren Antrag hier heute ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Sie können die Gesetze nicht lesen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Renz hat ja gemutmaßt, dass wir diesen Antrag ablehnen werden. Lassen Sie mich erst einmal sagen, dass wir seitens der PDS keinen Zweifel daran haben, dass Ihnen dieses Ansinnen sehr ernst ist und dass die Fragen, die gestellt wurden unter dem ersten Komplex, auch akzeptabel sind. Auffällig ist in dem Zusammenhang nur, dass Sie heute, nachdem Frau Ministerin die Fragen, die aus dem Antrag zu entnehmen waren, beantwortet hat, noch einige Fragen nachgeschoben haben.

(Torsten Renz, CDU: Nein, ich habe genau die Fragen aus dem Antrag vorgelesen.)

wie zum Beispiel die Bedarfssituation, Herr Renz, die sich so als Fragestellung in Ihrem Antrag nicht widerspiegelt.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben sogar was angekündigt.)

Ich denke zumindest, Herr Glawe, insofern sind die Punkte I und II Ihres Antrages durch den Auftritt der Sozialministerin unseres Landes hier bereits realisiert.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie selber haben gesagt, Herr Renz, auf den dritten Punkt könne man durchaus verzichten. Er ist polemisch, wir treten ihm selbstverständlich nicht bei.

Bleibt noch der vierte Punkt. Der ist nun wahrlich bedenkenswert, bedenkenswert in zweifacher Hinsicht. Den einen Aspekt, den hat Herr Heydorn hier angesprochen. Wo war zumindest Ihre Mahnung, wo war Ihr Anschieben gegen die Verzögerungs- und Obstruktionspolitik Bayerns? Die haben ihre eigenen Interessen gehabt, das ist völlig legitim. Aber wenn Sie immer wieder uns zu Recht beschwören, dass wir landespolitische Verantwortung haben, dann wäre es zumindest notwendig gewesen zu sagen, eure Politik in Bayern behindert, dass wir hier eine Politik in Mecklenburg-Vorpommern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger machen können.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Was bleibt, ist die überlegenswerte Initiative der Saarländer. Herr Heydorn hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass es im Saarland sehr wohl eigene konkrete Situationen vor Ort gibt, die bedacht und überlegt werden müssen. Herr Renz, Sie haben einen Kompromiss für machbar gehalten. Der Kompromiss kann darin bestehen, dass wir uns die Situation im Saarland und ihre Anwendbarkeit im Sozialausschuss im Sinne der Selbstbefassung vornehmen und dieses Thema keineswegs, weil es eben so ernsthaft ist, aus dem Auge verlieren. Wir lehnen jedoch den Antrag, so, wie er gestellt wurde, ab. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Koplin.

Ums Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Renz gebeten von der Fraktion der CDU. Bitte, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, leider ist es nicht so, wie Sie zum Schluss gesagt haben, dass die Frau Ministerin die Fragen beantwortet hat. Ich habe nämlich versucht, diese Frage loszuwerden beziehungsweise sie nachher hier in den Raum gestellt, ob sie die Notwendigkeit sieht.

(Torsten Koplin, PDS: Das hat sie beantwortet.)

Also sie hat diese Fragen, so, wie sie hier stehen, nicht beantwortet.

Ich habe auch gesagt, dass ich hier mich unheimlich auf die Inhalte beziehen möchte und auch versuchen werde, über diese Schiene eine Mehrheit in diesem Parlament zu erreichen. Ich habe damit gerechnet, dass von Ihrer Seite in diesem Sinne diese Schiene Bayern gefahren wird. Etwas anderes habe ich persönlich auch inhaltlich, muss ich sagen, von Herrn Heydorn zum Thema eigentlich nicht gehört, so dass ich einfach schlussfolgere, Sie haben sich mit der Materie kaum auseinander gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Bei Herrn Koplin habe ich persönlich zumindest erkannt, dass man darüber nachdenkt und versucht, sich zumindest mit diesem Thema zu identifizieren. Ich habe, wie gesagt, damit gerechnet und hatte mich logischerweise auch ein bisschen darauf vorbereitet. Ich habe es weggelassen, um die Polemik herauszulassen. Aber jetzt müssen wir es der Öffentlichkeit einfach mal hier sagen, wenn ich jetzt auch noch von Ihnen in diesem Punkt angegriffen werde,

(Torsten Koplin, PDS: Angesprochen.)

wenn es um die Bayern dort geht. Manche sind ja allergisch dagegen, wenn der Name Bayern fällt, ich persönlich nicht.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Heinz Müller, SPD: Schönes Land!)

Es ist einfach so: Wenn Sie sich mal den Pressedienst herausnehmen aus dem Bundestag, als der Familienausschuss beraten hat zu dieser Gesetzgebung, muss man zumindest der Fairness halber auch sagen, dass nicht nur die CDU/CSU das abgelehnt hat, sondern auch die PDS.

(Torsten Koplin, PDS: Die sitzt aber nicht im Landtag.)

So viel erst einmal dazu.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Sie sitzt nicht im bayrischen Landtag.)

Und dann ging das weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann gab es die nächste Pressemitteilung, wo die PDS Folgendes gesagt hat: "Wie die Union sprach die PDS der Bundesregierung die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich ab,"

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Hört! Hört!)

"da es sich bei den Berufen der Altenpflege um sozialpflegerische Berufe handelt, die in die Kulturhoheit der Länder fielen." (Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Ist klar! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das war auch die Tatsache, worum es sich in diesem Prozess gedreht hat. Dass die dann dort zwei Jahre brauchen, Herr Heydorn, dafür können Sie mich persönlich ja nun nicht verantwortlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das Urteil, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ja nun folgendes: Dass die Bundesgesetzgebung auf den Weg gebracht wurde, das unterstützen wir zum Beispiel auch, das wird auch anerkannt. Es geht um den zusätzlichen Punkt, auf den ist die Frau Ministerin nämlich auch nicht eingegangen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Richtig.)

Es geht um den zusätzlichen Punkt der Altenpflegehelferausbildung.

(Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Und da sagt das Urteil, das ist auch nachzulesen, das waren auch die Bedenken der PDS damals, dass für diesen Bereich Landesgesetzgebung zuständig ist,

(Harry Glawe, CDU: Richtig!)

und auf diesen Punkt wollen wir hinarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Weil – auch wenn ich mich jetzt wiederhole, Herr Ebnet, der hat es im Vorfeld schon erkannt,

(Vincent Kokert, CDU: Herr Ebnet ist Bayer! – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

ich habe ihn zitiert – ich einfach hoffe, dass Sie sich dem auch anschließen, dass Sie erkennen, dass in diesem Bereich Bedarf ist. Wir müssen Ausbildungsplätze schaffen in diesem Bereich für schwächere Schüler. Ich gehe sogar so weit – das ist ein bildungspolitischer Aspekt –, dass wir demnächst auch debattieren werden, ob eine dreieinhalbjährige Berufsausbildung, ich hoffe, dass ich mich jetzt nicht in Teufels Küche begebe, ob wir da nicht auch darüber nachdenken, dass in einem gewissen Beruf nach zwei Jahren, nach dem Bestehen einer Prüfung, ein Abschluss erteilt wird, dass wir schwächeren Jugendlichen das dann auch ersparen, weil die Notwendigkeit gar nicht da ist, sich vielleicht noch eineinhalb Jahre auf die Schulbank zu setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und genau das ist der Punkt, was wir wollen. Und, wie gesagt, ich hoffe einfach hier auf Zustimmung. Sollte die nicht kommen – ich habe es angedeutet, wir sind bereit und wir werden es auf den Weg bringen, eine Gesetzgebung auf diesem Gebiet –, dann kommen Sie mir bitte nicht in ein oder zwei Jahren und sagen, wenn Sie das auch abgelehnt haben, das war damals nicht so, das haben wir nicht gewollt. Ich habe es deutlich benannt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Renz.

Es liegen weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/732. Wer diesem Antrag

zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? –

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommt das schlechte Gewissen raus. – Eckhardt Rehberg, CDU: Das nennt man zu niederdeutsch borniert.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/732 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und einer Stimme der PDS mit den Stimmen der Fraktion der SPD, bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und den Stimmen der PDS abgelehnt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wie bereits gestern zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, entfällt die Beratung des Tagesordnungspunktes 23.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Novellierung der Verordnung über Anlagen seewärts der Begrenzung des deutschen Küstenmeeres, Drucksache 4/726.

Antrag der Fraktion der CDU: Novellierung der Verordnung über Anlagen seewärts der Begrenzung des deutschen Küstenmeeres (Seeanlagenverordnung) – Drucksache 4/726 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Generalthema "Schutz unserer Küste und der Sicherheit in der Ostsee" ist ein Dauerthema, das uns auch heute wieder beschäftigt. Es geht uns um die Novellierung einer Bundesverordnung, genauer gesagt, der Seeanlagenverordnung, und da möchten wir die Unterstützung des Hohen Hauses gegenüber Bundesregierung und Bundesrat erbitten.

Meine Damen und Herren, vor gerade einmal eineinhalb Jahren wurde mit der Neuregelung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und der Anpassung an andere Rechtsvorschriften auch die Verordnung über die Anlagen seewärts der Begrenzung der deutschen Küstenmeere durch den Bundestag novelliert. Ziel der Novelle war es, den Geltungsbereich der bestehenden Verordnung der Genehmigungsbehörde und Art und Umfang einer Umweltverträglichkeit neu zu definieren sowie das Versagen einer Genehmigung, genauer gesagt, deren Voraussetzungen, zu regeln. Gleichzeitig sollten für die Errichtung von so genannten Offshoreanlagen besondere Eignungsräume und zusätzliche Sicherheitszonen zur Gewährleistung der Schiffssicherheit und der Anlagen ausgewiesen werden.

Meine Damen und Herren, ganz sicher war der jetzigen Bundesregierung schon damals bewusst, welche Probleme sich ergeben aus dem Gesetz über erneuerbare Energie im Zusammenhang mit dem Ausbau der Offshorewindtechnologie und was im Einzelnen dafür zu tun ist. Heute, das wissen wir inzwischen, liegen dem Bundesamt für Seeschifffahrt 29 Anträge vor, die zum Teil mehrere hundert einzelne Windenergieanlagen aufweisen. Bei einigen Projekten sind kleinere Pilotanlagen vorgesehen, um bisher nicht abschließend erforschte Auswirkungen solcher Anlagen zu erkennen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich will mich nur in einigen wenigen Sätzen mit der energiepolitischen Dimension befassen. Ich meine, dass wir eigentlich Windkraftanlagen ohnehin schon in einem Übermaß haben

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und dass der Energiemix, der sich daraus ergibt, mit Sicherheit längst die Grenzen des volkswirtschaftlich Vertretbaren erreicht, wenn nicht überschritten hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Das ist so.)

Vergessen wir bitte nicht, meine Damen und Herren, dass wir die Grundlast der Stromversorgung mit den Windkraftanlagen, ob zu Lande oder zu Wasser, überhaupt nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und bedenken wir bitte eins, und das ist meine Überzeugung, wenn uns immer erzählt wird, mit diesem Gesetz über erneuerbare Energien würde dem Umweltschutz gedient. Ich sage Ihnen, das ist Etikettenschwindel

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Welcher Umwelt wird eigentlich damit gedient, meine Damen und Herren? Gedient wird in erster Linie handfesten privaten Erwerbsinteressen.

(Beifall Rainer Prachtl, CDU: Ja.)

Da ist der, der das Land zur Verfügung stellt. Im Regelfall sind es Landwirte. Eine gute Fruchtfolge sei ihnen von Herzen gegönnt.

(Rainer Prachtl, CDU: Wohl wahr!)

Es wird in erster Linie aber gedient denen, die diese Windkraftanlagen bauen und betreiben, dafür Fonds auflegen und halt dann immer wieder diese Empfehlungsbriefe ins Haus bringen mit den hohen Renditen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir nicht.)

die uns da in Aussicht gestellt werden. Dafür zahlen wir alle einen weit überhöhten subventionierten Preis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir kommen gar nicht darum herum, den Begriff "erneuerbare Energien" auch anders zu definieren als das, was wir bisher hier vorgelegt bekommen haben. Wir haben uns, und das ist der Schwerpunkt unseres Antrages, zu befassen mit dem Schutz unserer Küste und der Schifffahrt sowie dem Schutz der Meeresumwelt. Alles das, was uns immer wieder, und ich glaube mal, alle Wahlperioden, hier beschäftigt hat. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, als es um die Novellierung der Gesetze vor einem Jahr ging, dass die bisherigen Regelungen keinen ausreichenden Schutz der Meeresumwelt und der Schifffahrt gewährleisten und dass wir da ganz erheblich nachbessern müssen. Und wir wissen auch, dass bei der Entscheidung über Genehmigungen nur in einem ganz geringen Umfang das berücksichtigt wird, was hier von ganz erheblicher Bedeutung ist, weil sich die Genehmigungsverfahren an der aktuellen materiellen Rechtslage orientieren. Ich meine, dass die Interessen, die wir hier zu vertreten haben im Land, touristische Interessen unserer Küsten- und Inselgemeinden ebenso wie auch andere Belange, Belange der Rohstoff gewinnenden Industrie und der Fischerei, eine erhebliche Rolle spielen. Und leider, meine Damen und Herren, spielt beispielsweise das, was sonst im Gewerbebereich eine große Rolle spielt, keine Rolle, nämlich die Zuverlässigkeit des jeweiligen Unternehmers und ebenso die Frage nach seiner Liquidität. Wir wissen, dass die Ansiedlung von Offshorewindparks oft im Spannungsfeld von Nutzungsund Schutzinteressen steht.

Die so genannte Ausschließliche Wirtschaftszone, AWZ, also auswärts von zwölf Meilen, ist, das wissen wir alle, nicht unser Hoheitsgebiet. Aber wir sind verpflichtet als Küstenland, die Schutzinteressen, die wir hier unserer Bevölkerung, unserer Wirtschaft gegenüber zu vertreten haben, auch wahrzunehmen und zu verdeutlichen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

das heißt, Landschafts- und Naturschutz, Küsten- und Gewässerschutz auch in Bezug auf die AWZ zu berücksichtigen. Wir alle wissen, dass die Regelungen gerade in dieser AWZ umfangreich und diffizil sind. Wir haben uns deshalb in unserer Fraktion die Mühe gemacht, detaillierte Einzelvorschläge zu erarbeiten, von denen wir uns erhoffen, dass wir mit der Zustimmung des Hohen Hauses diese bei dem Bundesgesetzgeber zu Gehör bringen können. Wir wissen, dass im Rahmen der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes und anderer Gesetze eine Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen vorgesehen ist. Wir meinen aber, dass das, was wir Ihnen hier vorschlagen, bisher noch eine Lücke ist und dass diese von uns erarbeiteten Detailvorschläge berücksichtigt werden sollten bei Bundesregierung und Bundesrat.

Meine Damen und Herren, wir stellen den Antrag, dass Sie diese unsere Vorschläge in die Ausschüsse überweisen mit der Federführung des Bauausschusses und unter Mitberatung des Wirtschafts-, des Innen- und des Umweltausschusses, um im Detail alle Aspekte unseres Antrages zu berücksichtigen. – Vielen Dank.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Rainer Prachtl, CDU: Mit dem Umweltminister, wenn es geht!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr von Storch.

(Peter Ritter, PDS: Der Wirtschaftsminister klärt Energiefragen! – Rainer Prachtl, CDU: Tja!)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart.

(Unruhe bei Rainer Prachtl, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der SPD Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu dem Antrag komme: Herr Renz – ist er hier?

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Wo ist er? Gut, sollte er mich hören, ich entschuldige mich dafür, dass ich meine Zwischenfrage nicht am Saalmikrophon abgegeben habe. Ich denke, das gehört zu dem Stil, der hier im Parlament eigentlich mehr Einzug halten sollte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich hätte ihn allerdings auch gefragt – und das will ich dem Parlament hier nicht ersparen, weil ich denke, auch für die Medien ist das nicht ganz unwichtig –, worum es eigentlich letztendlich ging und ob er es für richtig hält, dass die Finanzministerin die Interessen dieses Landes auf der gleichzeitig stattfindenden Finanzministerkonferenz in Berlin vertritt. Und ich denke, damit wäre eigentlich klar gewesen, dass es eine nicht ganz unseriöse Attacke war, hier das Fehlen der Finanzministerin zu thematisieren

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

Meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU-Fraktion, es geht ja hier nun mal um Ihren Antrag. Ihr Antrag zur Seeanlagenverordnung bringt das Thema "Schiffssicherheit und Offshore" hier sehr deutlich in einen direkten Zusammenhang. Ich sage Ihnen aber, als ich Herrn von Storch und nicht Herrn Thomas nach vorne gehen sah, war meine Befürchtung schon fast bestätigt, aber Ihre Ausführungen, Ihre Kernausführungen, lieber Kollege von Storch, waren dann tatsächlich der Beweis dafür.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir haben hier sicherlich gestern über das Thema Schiffssicherheit ausführlich debattiert, so dass ich darauf jetzt auch gar nicht näher eingehen will. Die eigentliche Zielrichtung Ihres Antrages ist die Verhinderung von Offshoretechnik in der Ostsee

(Beifall Egbert Liskow, CDU: Genau.)

und dafür ist die Schiffssicherheit für Sie ein Mittel zum Zweck, meine Damen und Herren.

(Andreas Petters, CDU: Wir werden ja sehen, wenn da mal was passiert.)

Und, Herr von Storch, was Sie vorhin hier betrieben haben, das war die Diffamierung einer ganzen Branche,

(Lorenz Caffier, CDU: Das ist überhaupt nicht wahr! Also der Wirtschaftsminister Clement hat die gleiche Auffassung!)

hunderter von Mitarbeitern, die im Bereich der Windkraft aktiv tätig sind und ihren Lebensunterhalt für ihre Familien verdienen. Diese Leute haben Sie hier diffamiert.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Lorenz Caffier, CDU: Also der Bundeswirtschaftsminister hat eine andere Auffassung!)

Und zu dem Zwischenruf des Kollegen Caffier zum Bundeswirtschaftsminister, dazu komme ich nachher noch, weil auch ein Bundeswirtschaftsminister nicht immer Recht hat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Lorenz Caffier, CDU: Aber er hat vernünftige Auffassungen! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU befürwortet bekanntlich – Ihr seid ja richtig wach geworden, was?! –

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD)

ohne Wenn und Aber die Atomenergie,

(Vincent Kokert, CDU: Wenn Sie schlafen, müssen wir wach sein.)

denn das haben Sie hier wissentlich verschwiegen. Sie haben gegen die Windenergie geschossen, aber nicht gesagt, was Sie stattdessen wollen, und Sie wollen Atomenergie.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Egbert Liskow, CDU – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und dann sollten Sie so ehrlich sein und das auch hier so sagen. Und weil das so ist, würden Sie die Windräder am liebsten wegpusten und wegblasen, auch in diesem Lande.

(Vincent Kokert, CDU: Das stimmt so nicht, Herr Schlotmann! – Wolfgang Riemann, CDU: Weiß er doch! Weiß er doch!)

Und, meine Damen und Herren, nach den Ausführungen des Kollegen Rehberg in der letzten Landtagssitzung ist auch diese Position der Union hier im Lande dokumentiert.

(Vincent Kokert, CDU: Jaja, genau.)

Und ich sage Ihnen auch, Herr Rehberg war sich beim letzten Mal nicht zu schade, eine angeblich unverschämte Rendite von 280 Prozent anzuprangern. Was er dabei natürlich geflissentlich unterschlagen hat, ist, dass diese Rendite auf 20 Jahre berechnet und eine Ausnahme ist. Auch das wird natürlich gerne unterschlagen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Übrigens, dass die Union ...

Hören Sie doch zu!

... neuerdings gegen Renditen bei Geldanlagen ist und damit gegen einen Kernpunkt der Marktwirtschaft, das hat mich doch wirklich erstaunt.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

Meine Damen und Herren der Union, man könnte ja wirklich glatt glauben – man könnte, das betone ich –, dass sie jetzt zurückkehren zum berühmten "Ahlener Programm" der CDU aus den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber wie gesagt, man könnte es nur glauben. Also auch hier wie zur IGA Halbwahrheiten als Argumente des CDU-Fraktionschefs. Und das ist auch bei dem vorliegenden Antrag der Union so. Der hat nämlich nur ein Ziel, ich sage es noch einmal, moderne, zukunftsweisende Offshorewindkraftanlagen zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wir reden hier von Schlüsseltechnologie oder von Schlüsseltechnologien, und zwar den erneuerbaren Energien, und man höre und staune, dabei ist Deutschland weltweit führend.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und dazu gehört ausdrücklich auch der Bereich der Offshorewindernergie, meine Damen und Herren.

Als Begründung für die Technologiefeindlichkeit der CDU, das ist für mich doch immer etwas schwierig, das auseinander zu halten, muss dann – ein Treppenwitz der Geschichte – die Umwelt herhalten. Ich halte das für eine äußerst abenteuerliche Argumentation.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wer der Atomenergie das Wort redet, ist sicher alles, ein ökologisch und ökonomisch verantwortungsvoller Akteur mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Regine Lück, PDS)

Vor allen Dingen Mecklenburg-Vorpommern, Kollege Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie diffamieren tausende von Beschäftigten in der Atomenergiebranche! – Gabriele Schulz, PDS: Wo sind wir denn hier? – Wolfgang Riemann, CDU: Wir werden Ihre Rede wortwörtlich verbreiten! – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, wer solche Anträge wie den vorliegenden ins Parlament einbringt, ist nach meinem Verständnis jemand, der auf Kosten kurzfristiger Gewinne einigen Großkonzernen, insbesondere im Süden Deutschlands, auf den Leim geht.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das sagen Sie mal Herrn Clement!)

Und im Übrigen, ...

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Zu Clement komme ich doch noch. Warten Sie doch noch, seien Sie nicht so ungeduldig!

Und im Übrigen, meine Damen und Herren, würde die Umsetzung Ihres Antrages wieder einmal, das haben wir ja jetzt nun schon mehrfach gehört, zusätzliche Bürokratie bedeuten.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Meinen Sie es nun wirklich ernst mit dem Bürokratieabbau oder nicht? Das, was Sie hier fordern, steht in einem krassen Widerspruch zu Ihrem eigenen Antrag zum Verwaltungsvorschriftenabbau.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall Alexa Wien, PDS – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Strom kommt nicht aus der Steckdose – das hört sich sehr banal an und der Spruch ist ziemlich alt – und aufgeklärte Energiepolitiker wissen das. Ich habe den Eindruck, da muss die CDU noch nachsitzen. Herr Rehberg hat vor zwei Wochen während der Haushaltsdebatte mächtig vom Leder gezogen. Er hat nichts ausgelassen, um die Windkraftnutzung im Lande schlechtzureden.

(Der Abgeordnete Torsten Renz bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Er hat gegen deren Betreiber und Investoren polemisiert und falsche Zahlen in die Welt gesetzt, offensichtlich nur mit dem einen Ziel, die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu verunsichern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Schlotmann, SPD: Nein, das gestatte ich nicht.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Ich habe da heute mit der CDU meine Erfahrung gemacht, Kollege. Wie es in den Wald hineinruft, so schallt es auch heraus.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, was an technologie- und wirtschaftsfeindlichen Positionen von der CDU herüberkam.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ist nicht nur arm dran, der hat den Arm schon ab.)

Und da sage ich Ihnen, Herr Rehberg, Sie haben die Maske wieder einmal fallen lassen. Von dieser Art Wirtschaftspolitik übrigens, die investorenfeindlich ist, konnte ich in Ihren zehn Wirtschaftsthesen und in Ihrem Oppositionspapier bislang nichts lesen.

(Beate Schlupp, CDU: Dann reden Sie mal mit den Investoren, wie dort Ihre Politik gefunden wird!)

Und Sie haben uns da in unseren Vorbehalten mehr als bestätigt, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir unterstützen doch nur Ihren Wirtschaftsminister hier!)

Ich sage Ihnen, wir haben damit viel weniger Probleme. Wir bekennen uns klar zur Windenergie und ich werde Ihnen sagen, warum.

(Vincent Kokert, CDU: Wer sind Sie?)

Ich rede hier für meine Fraktion.

(Harry Glawe, CDU: Clement will die Förderung zurückdrehen, das haben wir schon mitgekriegt!)

Vielleicht sollten Sie mal ein bisschen Parlamentarismus studieren, bevor Sie dann solche Sprüche ablassen! Was macht denn Ihr Kollege? Redet der nur allein für sich? Das ist ja interessant, so was von Ihnen zu hören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich will Ihnen sagen, warum.

(Udo Timm, CDU: Es ist anzunehmen, dass alle Abgeordneten in der Fraktion der SPD genauso wenig von der Windenergie verstehen wie Sie.)

Wenn Mecklenburg-Vorpommern etwas im Überfluss hat, dann sicher Wind. Und wir müssten schon mit dem Klammerbeutel gepudert sein,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

wenn wir diese gewaltige Ressource nicht nutzen, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte doch um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit und um etwas mehr Ruhe, damit der Redner seine Rede hier halten kann.

Bitte, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Genau.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich sage Ihnen, wir müssten schon mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn wir diese gewaltige Ressource nicht nutzen, und zwar so, wie wir das bisher tun. Wir sind nämlich das Bundesland, das am restriktivsten mit Windeignungsgebieten und anderen Dingen, was diesen Bereich angeht, umgegangen ist. Da können Sie in andere Bundesländer gehen, da ist die Situation etwas anders, aber vermengulieren Sie hier nicht Äpfel und Birnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und Sie, Herr Storch, sollten das sehr genau wissen.

Wir wollen, dass diese Ressource genutzt wird. Windkraft ist für uns ein wichtiger und zentraler Faktor der Wirtschaftsentwicklung des Landes.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Windkraftanlagen, auch wenn Sie hier so eine Art Maschinenstürmerei spielen, sind Hochtechnologie.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Reinhard Dankert, SPD: Nee, das war schwarzer Wind.)

Meine Damen und Herren, diese Branche bietet deutschlandweit immerhin 46.000 Menschen Arbeit. Und das sind zum Teil hoch spezialisierte, sehr gut ausgebildete Beschäftigte.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir haben auch solche Firmen hier im Land

(Gesine Skrzepski, CDU: Pro Arbeitsplatz 75.000 Euro Subventionen!)

und ein anderes ostdeutsches Bundesland hat einen ganz großen Investor, der diese Anlagen baut. Denken Sie mal an SKET. SKET wäre untergegangen, wenn wir diese Branche nicht gehabt hätten. Da lügen Sie sich selbst etwas in die Tasche, wenn Sie so reden, wie Sie es vorhin getan haben.

Ich sage Ihnen, wir engagieren uns dafür, dass wir noch mehr Arbeitsplätze aus dieser Branche in das Land holen können. Hochtechnologie in Mecklenburg-Vorpommern muss eine Zukunft haben.

(Harry Glawe, CDU: Wir verlieren jedes Jahr 22.000 Arbeitsplätze!)

Wir sollten überlegen, ob wir mit der Windkraft nicht sogar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können. Sie sollten dann vielleicht einmal in die Koa-Vereinbarung hineingucken.

(Harry Glawe, CDU: Als wenn Sie denn blind sind!)

Ich meine zum Beispiel die riesigen Brachflächen, die von der Bundeswehr genutzt wurden und noch werden, aber dann freigezogen werden, die wir also nicht mehr für diesen Zweck brauchen.

(Beate Schlupp, CDU: Wir warten ja noch drauf!)

Das ist eine Chance für diese Landstriche, dort auch etwas Zukunftsweisendes zu tun.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau. Windenergieanlagen statt Bombodrom!)

Deshalb haben wir in Ziffer 72 unserer Koalitionsvereinbarung – die haben wir ja nun nicht mit Ihnen geschlossen,

weil wir dann so etwas Modernes nicht hätten machen können,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

lieber Kollege – festgeschrieben, dass geeignete Gebiete auf militärischen Altstandorten und Deponien ausgewiesen werden können. Sie müssen auch mal die Zwischentöne hören. Es geht um geeignete Gebiete, da gibt es ganz klare Regularien. Sie tun ja so, als wenn wir hier Wildwest spielen würden.

(Udo Timm, CDU: Jetzt sind Sie aber bei den Äpfeln und Birnen, verehrter Kollege Schlotmann!)

Mit Subventionen, lieber Kollege Rehberg, aber auch Kollege Storch, hat das freilich nichts zu tun.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Ach Gott!)

Sie verbreiten hier wissentlich die Unwahrheit zu diesem Punkt

(Beate Schlupp, CDU: Dann sagen Sie doch die Wahrheit!)

und einige Unbedarfte Ihrer Fraktion nicken dann mit ihrem Kopf, wenn Sie so etwas erzählen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das erschüttert eigentlich am meisten.

(Beate Schlupp, CDU: Dann tragen Sie es doch vor!)

Das erschüttert am meisten.

Hören Sie doch am besten mal zu!

(Wolfgang Riemann, CDU: Also verbreitet Herr Clement auch Unwahrheiten?)

Liebe Kollegen von der CDU, das sind keine Subventionen. Fragen Sie doch Ihre Wirtschaftspolitiker, die werden Ihnen das genau erklären. Das ist nämlich gesetzlich genau definiert, was Subventionen sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Clement sieht das anders! – Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Sie nehmen nur dieses Reizwort, um ganz bewusst Stimmung zu machen, weil diese Kampagne gegen Windkraft ja bundesweit zum Teil schon läuft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was Sie meinen und was auch Herr Clement gemeint hat,

(Zuruf von Frank Ronald Lohse, SPD)

aber bewusst nicht gesagt hat, ist nämlich die Tatsache, dass wir hier über ein Umlagesystem sprechen. Das heißt, die Mehrkosten für erneuerbare Energien, also auch für Windkraft, werden umgelegt auf den Verursacher, nämlich den Endkunden, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Und das ist ausdrücklich ökologisches Ziel im Bund und auch bei uns im Land, meine Damen und Herren.

(Beate Schlupp, CDU: Fragen Sie mal die Leute vor Ort, was sie wollen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU) Ob Sie das so wollen oder nicht, ist ihr Problem. Letztendlich wird das nicht gezahlt aus öffentlichen Mitteln, sondern das zahlt der Endverbraucher.

(Beate Schlupp, CDU: Die Arbeitslosen zahlen!)

Der Endverbraucher, hören Sie doch richtig zu.

(Beate Schlupp, CDU: Ach, die verbrauchen keinen Strom, die Arbeitslosen?!)

Sie sind doch sonst so nett. Hören Sie richtig zu, lassen Sie sich das mal vergegenwärtigen!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Alter Wirtschaftsstandort Deutschland! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, und da sage ich Ihnen, und deswegen ist das Gesetz ja beschlossen worden, das halten wir für gerecht. Einem durchschnittlichen Haushalt in Deutschland, damit wir da auch mal Klarheit schaffen, liebe Kollegin, entstehen dadurch Kosten in Höhe von 1 Euro pro Monat. 1 Euro! Ein weiterer Kommentar zu dieser Summe erübrigt sich, denke ich mir.

Und sieht man sich einmal an – hören Sie zu, lieber Oberökologe der CDU-Fraktion, Herr von Storch –, welche Kosten durch Windenergie eingespart werden, ich rede hier von Kyoto zum Beispiel, von Emissionen, Ausstoß von Kohlendioxid,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Schwefeloxid und Stickoxiden, entfallen bei dieser Technologie umgerechnet, sage ich Ihnen ganz konkret, 65 Euro pro Haushalt und Jahr. Und ich denke, das ist keine Milchmädchenrechnung, das ist ein ganz klares Abwägen, was wir ökologisch wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Außerdem, Kollege Riemann, wenn die Vergütungssätze, das müsste Sie jetzt eigentlich interessieren, im Energieeinspeisegesetz verringert werden, ich sage noch einmal, keine Subvention. Was passiert? Es gibt keinerlei Entlastung des Staatshaushaltes.

(Egbert Liskow, CDU: Aber der Bürger ist dran.)

Mit dem Argument rennen Sie nämlich auch immer durch die Gegend. Also stimmt das auch wieder einmal nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Bürger!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Unterschied zur CDU – hören Sie doch mal zu – sind wir auch bereit, in der Lage und willens, da, wo Kolleginnen oder Kollegen aus der eigenen Partei etwas reden auf Bundesebene, was uns nicht gefällt, wo wir eine andere Position haben, das auch zu benennen.

(Harry Glawe, CDU: Ja. – Egbert Liskow, CDU: Gute Idee!)

Und deswegen sage ich Ihnen, leider hat auch der Bundeswirtschaftsminister Clement

(Wolfgang Riemann, CDU: Der hat ja noch ein bisschen wirtschaftspolitischen Sachverstand.)

in das gleiche Horn hineingetrötet wie Sie und andere Unionsvertreter. Er hätte es eigentlich besser wissen müssen und ich verurteile das genauso scharf wie die Äußerungen von Herrn Rehberg und von Herrn von Storch.

Meine Damen und Herren, die CDU springt, wie bei vielen anderen Themen auch, auf den populistischen Wagen. Sie hängt sich an Bürgerinitiativen, die gegen Windkraftnutzung sind

(Beate Schlupp, CDU: Warum denn wohl? Warum sind wir denn dagegen? Warum sind die denn dagegen?)

und erhofft sich so neue Wähler. Das ist die Antwort – würden Sie zu Ende zuhören, wüssten Sie es gleich –, also nicht aus Überzeugung, sondern, ich sage jetzt mal, aus Populismus. Man könnte ja ein paar Bürger noch dazu gewinnen, der CDU an dieser Stelle zuzustimmen.

(Lorenz Caffier, CDU: Als Touristiker bin ich dagegen. Punkt!)

Ich sage Ihnen aber auch, alle in der CDU können doch nicht tatsächlich gegen Windkraft sein.

(Lorenz Caffier, CDU: Ein touristisches Highlight wollen Sie haben!)

Also die Reaktion der CDU-Fraktion zeigt ja, dass ich mal wieder den Punkt genau getroffen habe. Das freut mich, liebe Kollegen.

(Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Beate Schlupp, CDU)

Wie sieht das nun ganz konkret aus mit der Windkraftnutzung in der Ostsee bei uns? Ich sage es noch einmal,
die Koalition aus SPD und PDS hat sich in den Ziffern 33
und 72 der Koalitionsvereinbarung für diese Nutzung
ausgesprochen. Und ich sage Ihnen, und das erwarte ich
von Ihnen, dass Sie das ernst nehmen, denn wir tun das
doch nicht leichtfertig! Es ist doch nicht so, dass wir
mögliche Auswirkungen auf den Tourismus, Auswirkungen auf die Natur und auf die Landschaft, Auswirkungen
auf das Landschaftsbild oder die möglichen Folgen auf
die Schifffahrt oder die Tiere in der Ostsee nicht ernst
nehmen. Wir wischen das doch nicht einfach weg! Ich
habe es vorhin schon einmal gesagt, wir haben das
restriktivste Gesetz und wir haben die restriktiven Grundlagen dafür.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Aber ich sage Ihnen, dass ich mir hier eine sachliche und an den Realitäten angepasste Diskussion wünsche.

(Harry Glawe, CDU: Genau. Da können Sie ja noch mal mit Ihrer Rede beginnen.)

Und ich will Ihnen sagen, womit Sie Politik machen. Ich will Ihnen das einmal bildhaft darstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Wir reden hier über einige Offshoreparks im Lande beziehungsweise zu Wasser. Können Sie das hier erkennen?

(Beate Schlupp, CDU: Sehr gut.)

Das ist ein Streichholz! Das ist das, wenn Sie am Strand stehen und herrliches, superherrliches Wetter ist, was Sie dann von einem Offshorepark erkennen. Und das meine ich mit Sachlichkeit. Darüber sollten wir reden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich glaube nicht, dass das der allein entscheidende Moment ist. Ich weiß nicht, ob Herr Thomas das dort hinten erkennen kann. Ich glaube, eher nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, ...

(Lorenz Caffier, CDU: Schlotmann habe ich da stehen sehen, so groß. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, ich bin auch der Fraktionsvorsitzende und lang genug hier im Parlament. Wir kennen uns doch lange genug, Lorenz.

Meine Damen und Herren, wenn wir aber erkennen, dass der Strom nicht alleine aus der Steckdose kommt, wenn neue Atomkraftwerke keine Zukunft haben dürfen,

(Harry Glawe, CDU: Wie viel Euro?)

dann müssen wir auch sagen, wo der Strom herkommen soll.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann muss Windkraft ein Teil eines Energiemixes sein.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dem können wir folgen.)

Und dann sind die Windräder zu Land und auch in der Ostsee ein wichtiger Faktor.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wir alle stehen in der Energiepolitik vor großen Herausforderungen. Klimaschutz darf nicht nur eine Worthülse sein, sondern wir müssen zu spürbaren Senkungen der Treibgasemissionen kommen. Wir müssen uns von den endlichen Energievorkommen schrittweise, aber sehr nachdrücklich verabschieden. Das ist zugegebenermaßen ein schwieriger Prozess, auch in den eigenen Reihen der SPD. Dort gehen die Meinungen durchaus auseinander.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Ich denke, wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg. Und darin bestärkt hat mich auch das DIW, eine sonst von Ihnen gern zitierte Quelle, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. Das ist ja nicht gerade eine Vorfeldorganisation der SPD.

Meine Damen und Herren, in einer solchen soeben erschienenen Studie kommen die Wirtschaftsforscher zu dem Ergebnis, dass eine frühe und breite Markteinführung erneuerbarer Energien eine notwendige und wichtige Zukunftsinvestition in diesem Land bleibt und sein muss.

(Beate Schlupp, CDU: Es gibt doch auch noch andere erneuerbare Energien.)

Meine Damen und Herren, ich denke, damit ist der Sache Genüge getan. Sie haben hier dem Atomlobbyismus das Wort geredet.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wir sind dagegen, weil die Arbeitsplätze, die Sie da gerade beschrieen haben, die sind in Bayern und Baden-Württemberg, nicht in Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke Ihnen. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schlotmann.

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat zunächst der Wirtschaftsminister des Landes Herr Dr. Ebnet.

(Lorenz Caffier, CDU: Wieso machen wir noch mal eine Aussprache dazu? – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Entschuldigung.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Schlotmann hat es schon auf den Punkt gebracht. Der Antrag, den Sie hier eingebracht haben, der ist nicht offen und er ist nicht ehrlich. Er müsste eigentlich in der CDU-Version lauten: "Die CDU ist gegen Offshorewindanlagen", und darüber sollte heute abgestimmt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Rudolf Borchert, SPD: Das wäre Klartext. Das wäre wenigstens ehrlich gewesen.)

Ich glaube, es macht auch gar nicht viel Sinn, hier jetzt herumzudiskutieren. Die einzelnen Argumente, mal kommen Sie mit dem Umweltschutz,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

dann kommen Sie mit der Schiffssicherheit und so weiter, sind beliebig. Das Ziel ist immer das Gleiche.

Es hat sich schon abgezeichnet, ich habe mich schon vor der Sommerpause gefragt: Bringen die von der CDU jetzt einen Antrag gegen die Windenergie? Und wie sieht er aus? Er kam und er sieht so aus.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Warum hat sich das schon vorher abgezeichnet? Man hat ja einen gewissen Überblick über die Szene

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und da hat sich im Laufe des Jahres in Bayern etwas ergeben,

(Volker Schlotmann, SPD: So ist das.)

das die Kernenergiewirtschaft in Bayern natürlich auch gesehen hat. In Bayern sind Landtagswahlen

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hätten Sie auch gute Chancen. Da könnten Sie auch kandidieren.)

und da ist der Ministerpräsident etwas zugänglicher für Anliegen. Und dann wurde eine richtige Kampagne inszeniert.

(Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

die von Herrn Stoiber ausging. Man konnte Herrn Stoiber plötzlich in seinem Wahlkampf hören: Für die CSU ist Klimaschutz ganz wichtig, ganz, ganz wichtig!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Werden Sie da Minister in Bayern?)

Da hat er plötzlich den Klimaschutz entdeckt. Und kurz darauf hat er dann entdeckt, dass die Subventionierung der Windenergie beziehungsweise die Einstellung der Subventionierung der Windenergie die öffentlichen Kassen retten könnte.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Da kommt aber gar kein Geld raus, das geht ja über das Energieeinspeisegesetz.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, so ist es.)

Das war schon ganz interessant. Und da konnte man natürlich zwei und zwei zusammenrechnen und es kam tatsächlich vier raus. Wer steckt dahinter? Die Kernenergie natürlich, und jetzt noch Klimaschutz und Naturschutz und so weiter. Man lässt nur noch eine Lösung zu, und zwar die Kernenergie. Und die Windenergie, die auch eine Lösung sein könnte, die muss aus dem Verkehr gezogen werden. Das ist das Spiel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau so ist es.)

Es ging ja noch weiter.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Dann kam Frau Merkel und hat die Parole rausgegeben "Gegen Windenergie".

(Volker Schlotmann, SPD: Das tut der Union weh. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich habe das doch ganz genau mitbekommen, sie hat die Parole rausgegeben gegen die Windenergie. Dann war die spannende Frage: Würde die CDU ausnahmsweise der Befehlsausgabe von Frau Merkel folgen? In der Tat, die CDU hat es getan.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aha! – Volker Schlotmann, SPD: Ja.)

Und dann kamen Äußerungen von Landespolitikern aus allen Ländern. Seltsamerweise auch vom Ministerpräsidenten aus Sachsen-Anhalt, der plötzlich Reserven oder Bedenken gegen die Windenergie entdeckt hat, obwohl SKET beziehungsweise Enercon einer seiner größten Arbeitgeber ist. Äußerungen kamen auch aus Niedersachsen und so weiter. Das kam richtig durch und natürlich war damit zu rechnen, dass das auch in Mecklenburg-Vorpommern hochkommt. Und jetzt sind wir vor der Situation ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich würde empfehlen, schleichen Sie nicht wie die Katze um den heißen Brei herum.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind gegen Kernenergie?)

Sagen Sie einfach mal die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und wenn Herr Riemann so heftig für die Arbeitsplätze in der Kernenergiewirtschaft in Bayern kämpft, dann würde ich ihn bitten,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

mit der gleichen Leidenschaft für die Arbeitsplätze in der Windenergie hier in Mecklenburg-Vorpommern zu kämpfen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Volker Schlotmann, SPD: Ich fasse es nicht!)

Und Sie wissen doch auch, dass wir etwa 1.000 Beschäftigte in der Windenergieindustrie haben. Sie wissen doch auch, wenn es uns gelingt, Offshoreanlagen in der Ostsee zu installieren, dass wir dann mit weiteren 1.000 Arbeitsplätzen rechnen können. Herr Riemann, das wäre einmal Leidenschaft wert und das wäre einmal Einsatz wert. Aber hier immer die bayerischen Interessen zu vertreten, das geht, glaube ich, ein bisschen an den Landesinteressen vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Minister Dr. Otto Ebnet: Nein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er will ja Minister in Bayern werden.)

Nein, habe ich gesagt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und was hier dann im Interesse der Kernenergiewirtschaft gemacht wird, das ist natürlich schon manchmal ein Schuss in das eigene Tor. Die CDU stellt sich vor allem in den Küstenorten auf und macht mobil gegen Offshorewindparks. Herr Schlotmann hat schon ungefähr gesagt, wie das ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Was sagt denn die Landrätin von Rügen dazu? – Volker Schlotmann, SPD: Die steht nicht hier, hier ist der Minister. Haben Sie das noch nicht mitgekriegt? – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Sie wissen es doch.)

Das ist eine Zauberfrage, Herr Riemann.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Fragen Sie die Landrätin selbst! Sie wissen doch genau, dass Sie hier einen Pappkameraden aufbauen, den Sie dann erschießen wollen.

(Beifall Beate Mahr, SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Nein, das wollen wir nicht.)

Aber es ist ja nicht nur die Unwahrheit, wenn Sie sagen, dass die Schiffssicherheit gefährdet ist und keiner darauf achtet. Es wird alles exakt untersucht und wenn es hier eine Gefährdung gibt, dann gibt es keine Offshoreanlagen.

(Beate Schlupp, CDU: Und wie wirtschaftlich ist das?)

Und wenn sie dem Tourismus schaden, dann gibt es keine Offshoreanlagen, das ist alles Gegenstand des Verfahrens.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Aber das, was ich absolut unmöglich finde, ist, dass die CDU jetzt in den Küstenorten – das geht von Kühlungsborn über den Darß bis Usedom – auch noch versucht, unsere Gäste, unsere Touristen mit in ihre Kampagne einzubeziehen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Beate Mahr, SPD: Jawohl!)

dass man unsere Gäste instrumentalisiert und vor den politischen Karren spannt.

(Holger Friedrich, SPD: Ja, genau.)

Ich finde das ungehörig, ich finde das schädlich für das Land und ich finde das auch politisch unmöglich!

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren, wir mögen uns ja unterscheiden, aber das sagen wir offen und ehrlich: Wir sind für die Windenergie!

(Wolfgang Riemann, CDU: Und was sagt der Tourismusverband?)

Wir sind dafür, dass Windenergieanlagen hier im Land produziert werden!

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Sie sind dagegen. Sagen Sie das dann auch, aber bitte nicht immer drum herumreden und mit verdeckten Karten spielen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Thomas von der CDU-Fraktion.

Reinhardt Thomas, CDU: Darauf muss ich erst einmal einen Schluck trinken.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Reines Wasser?!)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Minister, es geht erstens um die Seeanlagenverordnung. Zweitens geht es dabei natürlich auch um eine Energiediskussion. Und drittens geht es um die Interessen der Küstenbewohner in diesem Land,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Ja, genau.)

die vertreten wir hier auch, und da können wir unterschiedliche Positionen haben. Ich möchte versuchen, das nüchtern und sachlich zu machen, aber, ich denke – Technologiefeindlichkeit, am 04.09. steht dazu etwas in der "Wirtschaftswoche" –, wir sollten mal wieder auf die Erde zurückkommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber da fehlt der wissenschaftliche Sachverstand. – Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Bei Ihnen? – Wolfgang Riemann, CDU: Nein, beim Vorredner.)

Im Antrag vom 11. April vorigen Jahres haben meine Kollegen Gesine Skrzepski, Martin Brick und ich den Landtag gebeten zu beschließen, Zitat: "Die Landesregierung wird aufgefordert, bis zum 30. Mai 2002 darüber zu berichten, welche Maßnahmen sie ergreift, um die Sicherheit des Schiffsverkehrs auf der Ostsee und den Schutz der Küstenregion vor Umweltkatastrophen, die störungsfreie Entwicklung des naturverbundenen Tourismus und

des Fischereiwesens in der Seeanlagenverordnung festzuschreiben." Und darum geht es im Kern. Was an diesem Antrag so schlimm war, dass er quer durch alle Parteien von der überwiegenden Mehrheit abgewiesen wurde, wissen wir nicht. Diese Frage wird aber im Bericht vom 16. Juni "Offshorewindenergienutzung Mecklenburg-Vorpommern" nach über einem Jahr beantwortet. Ich gehe anschließend noch kurz darauf ein.

Schon am 1. August des vorigen Jahres ist auf Initiative von Gesine Skrzepski die Saßnitzer Erklärung zu Offshoreanlagen im Kurhotel Saßnitz verabschiedet worden, weil wir wussten, hier sollen Offshoreanlagen mit brachialer Gewalt über die Köpfe der Küstenbewohner hinweg durchgepeitscht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau. – Wolfgang Riemann, CDU: So ist es.)

Unser Ziel war, ist und bleibt es, Sicherheiten einzubauen, damit die Menschen an unserer Küste heute und noch in 50 Jahren damit leben können. Bis zu der von Wolfgang Clement – und ich sage, Gott sei Dank – losgetretenen und längst überfälligen Grundsatzdiskussion wollten uns die von der Windkraft völlig abgedrehten Grünen, vor allem auch mit dieser Lobby hier im Landtag, nicht nur ein Milliardengrab schaufeln, sondern eine in Jahrhunderten geschaffene Kulturlandschaft auf See und an Land förmlich verwüsten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Haben Sie es nicht eine Nummer größer?)

Warum streiten eigentlich in Berlin zwei Minister über die hohen Subventionskosten für Windenergie? Während in ganz Deutschland von Subventionsabbau gesprochen wird, hat die Bundesregierung still und heimlich ein neues Milliardengrab geschaufelt. Jürgen Trittins hochgepriesene Windenergie entwickelt sich nach Ansicht von Wolfgang Clement zur Abzocke, weil der durch Windenergie erzeugte Strom mehr Subventionen verschlingt als die Steinkohle.

(Karsten Neumann, PDS: Mehr, als die Atomenergie jemals verschlungen hat.)

Herr Clement zu den fast 15.000 Windrädern, Zitat: "Wir bauen mittlerweile dort, wo es gar keinen Wind gibt."

Der Brandenburger Umweltminister Wolfgang Birthler plädiert dafür, Zitat: "Alle Windkraftanlagen wieder umzulegen." Seine Begründung ist: "Sie verschandeln die Landschaft, fressen Milliarden Subventionen, Arbeitsplätze entstehen kaum, der Strom wird teurer." Sind das denn alles Leute, die überhaupt keine Ahnung haben?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jürgen Trittin verweist nun aufgeschreckt auf den jüngsten Subventionsbericht der Bundesregierung, in dem seiner Meinung nach nur 122 Milliarden Euro jährlich für erneuerbare Energien ausgewiesen sind. Die wahren Kosten aber verschweigt er, denn die werden über die Steckdose abgezapft. Per EEG werden die Stromkonzerne verpflichtet, Windstrom zu überhöhten Preisen abzunehmen. Mit dem grünen Windkrafttraum entsteht zurzeit noch ein Mehrfacheffekt. Auf Kosten der Allgemeinheit erzielen die Kapitalanleger Traumrenditen. Die Stromkunden werden aber mit 14,4 Milliarden Euro jährlich abgezockt.

Am Strome hängt, zum Geldstrome drängt doch alles. Das ist die Kurzformel. Der Geldstrom für die Windräder ist aus unserer Sicht rausgeworfenes Geld. Wir müssen darüber reden, ob das sinnvoll ist. Wir können über einen Energiemix reden, aber das ist zu einseitig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Hat sich eigentlich ein politischer Windkraftlobbyist Gedanken darüber gemacht, warum wir in Deutschland nicht diesen Blackout fürchten müssen wie in den USA? Das müssen wir trotz Jürgen Trittin nicht fürchten, weil ihm die deutsche Energiewirtschaft eben nicht so folgte und sich jetzt mit Wolfgang Clement verbündet.

Zur Erinnerung: Kaum waren die Grünen an der Macht, da begann die Exekution der Atomkraft. Die Begründung für das Aus des Atomstroms lautete: Die Stromindustrie produziere weit über den Bedarf, Sicherheit geht vor Überproduktion. Jetzt aber, da Trittin für den Ausbau der Windenergie die höhere Grundlast vorhalten muss, damit es nicht zum Super-GAU kommt, argumentiert er mit jenen Atomreserven, die für die Grünen gerade noch überflüssig waren. Der Jahrhundertsommer hat den Grünen die Grenzen gezeigt. Kein Wind, dafür aber mehr Energiebedarf durch Kühlung. Und ich würde einigen Damen und Herren diese Kühlung auch wünschen bei diesem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt will Trittin die Mittel auf Offshoreanlagen verlagern.

(Peter Ritter, PDS: Ich sehe nur einen, der sich heiß redet, und das ist Herr Thomas.)

Das ist die Flucht nach vorn, weil die Windenergiepolitik grundsätzlich gescheitert ist. Der Wirtschaftsminister hat erkannt, dass mit erneuerbaren Energien noch kein Staat zu machen ist, über die Zukunft reden wir später. Und er hat erkannt, dass staatliche Abgaben bereits heute jede Stromrechnung um 60 Prozent verteuern. Vor allem hat er erkannt, dass Wirtschaft und Industrie nicht auf eine Windenergie bauen können, die so unsicher ist, dass für die Grundauslastung 80 Prozent Ersatzkapazität vorgehalten werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es ist eine Illusion, in 50 Jahren 50 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland mit erneuerbaren Energien abzudecken. Das ist zehnmal mehr als heute. Hinzu kommt der Zeit- und Kostenfaktor. 30 bis 40 Milliarden Euro müssen demnächst allein dafür eingesetzt werden, um die geplanten Stilllegungen der Atommeiler und der veralteten Kohlekraftwerke zu finanzieren. Das ist doch der helle Wahnsinn! Es sind mehr als Zweifel anzumelden, ob der per Gesetz im April 2002 festgeschriebene Ausstieg aus der Kernkraft noch Bestand haben kann. Wir reden nicht nur von Kernkraft, wir reden immer noch von dem Energiemix.

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Kanzlerfreund Hubertus Schmoldt kritisierte vorige Woche, Zitat: "Die von Trittin geplante Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie ist illusionär." Deutschland kann es sich seiner Meinung nach nicht leisten, bis 2021 aus der kostengünstigeren Energieform auszusteigen, während weltweit weiter Kernkraftwerke gebaut werden. Schmoldt weiter, Zitat: "Man muss in der Technologie verbleiben." Dies sei eine Frage der Techno-

logie, der Sicherheit, meint Schmoldt, und fügt abschließend hinzu: "Unsere Kernkraftwerke sind da nicht die schlechtesten." Recht hat er. Unsere Kernkraftwerke hatten und haben den höchsten Sicherheitsstandard in der Welt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Das ist ein Exportschlager für mehr Sicherheit für die Bruchreaktoren dort im Osten, denn Sie importieren nämlich mit Ihrer Windpolitik den Atomstrom aus dem Osten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vincent Kokert, CDU: Genau, genau. Genau, Atomstrom. Genau so ist es.)

Der Abbau dieser Hochtechnologie im Verhältnis zu dem Milliardengrab Windenergie ist nur noch mit der Zeit der Maschinenstürmer zu vergleichen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Die alten Mühlen aus dem Osten werden nach Afrika geliefert.)

Zur Atomkraft gibt es derzeit weder aus wirtschaftlicher – und wir präferieren nicht die Atomkraft, nüchtern betrachtet – noch aus ökologischer Sicht Alternativen. Die Windmühlen drehen sich 1.530 Stunden im Jahr, Atommeiler und konventionelle Kraftwerke 7.000 Stunden. Banken und Versicherung sind auf Distanz zur Windkraft gegangen. Warum wohl?

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

Einzige Alternative ist ein Energiemix, aber der ist bis heute wirtschaftlich noch nicht dargestellt worden. Der Sicherheitsstandard der Atommeiler muss weltweit mit verbesserter Technik und mit neuester Technik verbessert werden. Deutschland kann dazu einen sehr großen Beitrag leisten. Im Gegensatz zur Atomkraft gibt es Windenergie nur bei Wind. Windenergie kann die konventionelle Wärmekrafterzeugung nur zu zehn Prozent ersetzen. Windräder mit 10.000 Megawatt Leistung müssen errichtet werden, um 1.000 Megawatt aus Kohle und Gaskraftwerken zu ersetzen. In Schleswig-Holstein standen durch einen Sturm im Frühjahr vergangenen Jahres in wenigen Minuten alle 2.300 Windräder still. Fast 3.300 Megawatt mussten durch Reserveleistungskraftwerke eingespeist werden, damit das Stromnetz nicht zusammenbrach.

Diese Reserveanlagen reichen aber für die heute in Deutschland installierten zwölf Gigawatt Windstrom nicht mehr aus. Konventionelle Kohle- und Ölkraftwerke müssen ab- und zugeschaltet werden. Das heißt, sie verbrauchen damit mehr Brennstoff als unter Volllast. Es wird mehr Kohle und Öl verfeuert als ohne Windräder. Je mehr die Windenergie ausgebaut wird, umso mehr Kohle und Öl wird rund um die Uhr verfeuert. Das heißt, mehr Brennstoff, mehr Kohlendioxid pro Kilowattstunde als unter Volllast. Der Wirkungsgrad geht zurück. Jede durch Windkraft vermiedene Tonne Kohlendioxid aus diesen Reservekraftwerken wird mit 200 Kilogramm Kohlendioxid erkauft.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

Noch mehr Windenergie aus Offshoreanlagen heißt also auch noch mehr Kohlendioxidbelastung.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Zum teuren Windstrom, der sich mit Offshoreanlagen nochmals verteuert, kommt die schon jetzt teure Technik zur Umweltentlastung. 100 Euro kostet jede durch Windstrom vermiedene Tonne Kohlendioxid. Dieser wirtschafts- und energiepolitische, aber auch umweltpolitische Unsinn muss korrigiert werden. Darüber wird man doch wohl einmal reden dürfen, ohne gleich in eine Atomlobbyismus Ecke gestellt zu werden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wolfgang Clement stoppt die Grünen zu Recht. Mit Offshore verteuert sich dieser Wahnsinn nämlich weiter.

Auf die Unwirtschaftlichkeit der Offshorewindparks weisen Energieexperten seit langem hin. Juni vorigen Jahres: Der Energieexperte der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung Dr. Gustav Sauer und der Hamburger Experte Lothar Schedereit entzaubern die Offshorewindparks wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit. Gleichzeitig warnen sie vor Investruinen auf den Meeren. Auch das ist doch wohl ein Argument. Am 31. November schreibt der Verband Gesundheit und Landschaftsschutz e. V. offenbar an alle Fraktionen des Landtages. Der Verband spricht von Verwüstung und Versiegelung des Landes, überhöhten Strompreisen für Bewohner und vor allem den Wirtschaftsstandort Deutschland und von Nullsubventionen für den Braunkohlebergbau, während der Windenergiearbeitsplatz 150.000 Euro im Jahr kostet.

Vergleich: Für 11,5 Milliarden Kilowattstunden erhielt die Windindustrie nach dem EEG 2001 1 Milliarde Euro. Für die gleiche Strommenge erhielten die konventionellen Kraftwerke nur 230 Millionen Euro. Der Verband beruft sich auf Zahlen von Professor Frank Elsässer, Mitglied des Vorstandes E.ON Energie AG. Haben die alle keine Ahnung?

24. August, "Welt am Sonntag", Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft: Der Verband sieht nicht, wie der teure Windstrom bis tief ins Land geleitet werden kann, ohne 1.000 Kilometer neue Leitungen zu verlegen und darin zu investieren, weil an der Küste zu wenig Strom verbraucht wird. Enercon-Vertriebsleiter vor zwei Wochen in Wilhelmshaven. Er sieht Probleme für den Transport und die Annahme der auf See erzeugten Energie an Land. Zitat: "Die erforderlichen Investitionen für Offshore sind derzeit im Verhältnis zur Leistung noch zu hoch." Die Sprecherin des Windparkbetreibers T & T Technology am 2. September sinngemäß: Damit sich das Ganze in Deutschland auszahlt, müssen Offshorewindräder eine Leistung von 4 bis 5 Megawatt haben. Dazu der Forscher Neumann in der "Welt am Sonntag", Zitat: "Da wird an die Grenzen der Technik gegangen. Die Rotoren dürfen nicht zu schwer sein und müssen riesige Kräfte aushalten." Auf See sind ja schon einige Rotoren durch die Gegend geflogen.

Und was sagt die Landesregierung? Wir haben es heute gehört. 29.07. in der "Ostseezeitung" Otto Ebnet mit Verweis auf Umweltverträglichkeitsstudien, Zitat: "Windparks vor Prerow und Kap Arkona werden bis 2005 gebaut."

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Nach all diesen Fakten wird im Bericht vom 16. Juni zu "Offshore Mecklenburg-Vorpommern" noch von ökologischen Vorteilen der Windkraftnutzung gesprochen. Das kann man so sehen, aber muss auch die anderen Argumente in die gesamte Diskussion einfließen lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Mit Verweis auf die Koalitionsvereinbarung wird die Landesregierung neue Eignungsgebiete zur Nutzung der Windenergie, zur Errichtung von Offshoreanlagen auf See ausweisen. Das ist also schon von SPD und PDS beschlossene Sache, ohne Rücksicht auf Sachargumente und Gefahren für die Seeschifffahrt, aber auch für andere Bereiche, zum Beispiel Fischerei. Das soll offenbar so durchgezogen werden, wenn man diesen Bericht liest. Warum dann eigentlich noch dieser Bericht, wenn es laut Koalitionsvereinbarung, und das ist ja für Sie göttlich, schon eine beschlossene Sache ist?

An Land wollen Sie auch noch weitere Eignungsgebiete ausweisen. In der 12-Seemeilen-Zone sprechen Sie von der Genehmigung der Landesregierung, die per Koalitionsvereinbarung - so liest sich das wohl - schon erstellt ist. Zur AWZ heißt es dann lapidar: Zuständig ist das BSH. Nichts mehr von der Forderung der Umweltministerkonferenz zur Ausdehnung der Raumordnung auf die AWZ, das steht in diesem Bericht leider nicht mehr drin. Mit Verweis auf die Koalitionsvereinbarung heißt es lapidar weiter: Es ist beabsichtigt, im Offshorebereich bis 2006 Windenergieanlagen mit mindestens 500 Megawatt Leistung und bis 2010 mit 3.000 Megawatt zu installieren. Und Sie unterstützen natürlich die Verlängerung der Maximalförderung nach dem EEG über 2006 hinaus. Und Sie wollen natürlich, Zitat: "die Offshorewindenergienutzung auch unter den bestehenden großen Unsicherheiten gewährleisten." Was heißt das denn eigentlich? Egal, was es kostet? Egal, was es kostet? Und darüber müssen wir reden.

Dass die höheren Kosten die regionalen Stromkreise belasten, ist für diese Koalition selbstverständlich. Sie haben natürlich die Bundesregierung auf den Ausgleich der Mehrkosten durch Netzausbau und Regelenergie hingewiesen. Schön, wenn man die darauf hinweist. Und Sie versprechen als ärmstes Land noch großzügig Fördermittel.

(Wolfgang Riemann, CDU: Toll!)

Nach diesem Bericht sieht es so aus, als wollten Sie überhaupt gar keine Sicherheiten in die Seeanlagenverordnung einbauen, sondern Offshore schlicht und einfach durchziehen. Im Breitling in Rostock wird ein Windrad installiert. Warum eigentlich nicht gleich im Hafenbecken?

(Beifall Michael Ankermann, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Soll damit nachgewiesen werden, dass man auch 120Meter neben Schifffahrtswegen Offshorewindanlagen errichten kann? Das ist wirklich ein toller Bericht zu konkurrierenden Belangen. Die konkurrierenden Belange machen sieben Zeilen in diesem Bericht aus. Was gibt es doch für Kontraste in diesem schönen Land: Die Umweltschützer klagen bei der Rügenbrücke wegen der Beeinträchtigung des Vogelzuges. Das ist doch ein wahrhaft ruhendes und in die Landschaft passendes Element gegenüber jeder Windmühle an Land und auf See.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Da können wir ja noch ein paar Mühlen draufstellen.)

Die PDS führt gegen die Fehmarnbeltquerung den Vogelzug ins Feld. Bei Windrädern von der Größe des Kölner Doms zählt das nicht, Herr Ritter.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ihr Bericht, der Ihren Willen zur Errichtung der Offshoreanlagen aus unserer Sicht ohne demokratische Meinungsbildung im Land dokumentiert, macht deutlich, dass wir unbedingt die Seeanlagenverordnung novellieren müssen,

(Gesine Skrzepski, CDU: Ja.)

um zu retten, was noch zu retten ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Anfang Juli vorigen Jahres sagte dazu passend der Sprecher des Wattenrates Ostfriesland Manfred Knake: "Die geplanten Offshorewindparks an Hauptschifffahrtswegen und in der Nähe des Wattenmeeres bleiben wegen der Kollisionsgefahr eindeutig gemeingefährlich." Ohne eine Änderung der Seeanlagenverordnung, das heißt, wenn keine zusätzlichen Versagungsgründe vorliegen, hat der Antragsteller einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung. Diese Genehmigungen, seien sie auch in geistig-politischer Umnachtung erteilt, können nicht mehr angefochten werden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Egbert Liskow, CDU)

Wo kein klagebefugter Kläger in der AWZ ist, da ist auch kein Richter.

(Heiterkeit bei Frank Ronald Lohse, SPD)

Nun zu den vorgeschlagenen Versagungsgründen, und darum geht es uns. Wir sind keine Technologiefeinde. Die Rettung von Menschenleben in Offshoreparks ist ein noch nicht gelöstes Problem. In der Antwort der Bundesregierung auf Anfrage vom April 2002 heißt es, Zitat: "dass die Rettung aus Seenot innerhalb der Windparks mit Hubschraubern, selbst unter guten Wetterbedingungen, nur noch eingeschränkt möglich ist."

Wir reden hier über die Rettung von Menschenleben. So lapidar! Von notwendigen Notplattformen für Schiffbrüchige haben wir auch noch nichts gehört. Bei Sturm abgebrochene tonnenschwere Windflügel können Schiffshavarien zur Folge haben. Das hatten wir schon in Großbritannien. In der Antwort der Bundesregierung vom April wird das höhere Kollisionsrisiko lapidar bejaht. Zitat: "Die Windkraftanlagen sollen so konstruiert werden, dass der Schiffskörper im Falle einer Kollision wenig beschädigt wird." Das ist unglaublich! Da ist nichts zu lesen von Bergung von Havaristen und zur Bekämpfung von Großschadensereignissen. Deswegen müssen wir diese Versagungsgründe festschreiben. Und entschuldigen Sie bitte, da bin ich wirklich engagiert in dieser Sache. Ich habe wirklich Angst, dass wir da einen riesigen Fehler machen.

Es gibt auch bisher keine ausreichende Forschung zu den wirklichen Langzeitwirkungen von Offshoreanlagen. Die vom Ostseeinstitut veröffentlichte Studie, nach der Offshoreanlagen der Ostsee Sauerstoff rauben, zeigt, dass die Forschung dazu noch ganz am Anfang steht. Das ist eine neue Studie. Die Offshoreanlagen beeinträchtigen die Wasserzirkulation. Im Kielwasser der Offshoremasten kommt es zu Verwirbelungen, durch die das Nordseewasser nicht mehr in größere Tiefen absinken kann. Ohne Sauerstoff aber sterben die Fischlarven.

Die Bundesregierung hat in den Antworten, zum Beispiel Drucksache 14/6605, nicht bestritten, dass Off-

shorewindparks, Zitat: "nicht nur Veränderungen der Umwelt und der Natur, sondern auch für das Jahrhunderte alte Gewerbe der Fischerei zur Folge haben." Weiter: "Eine Umstrukturierung der deutschen Fischerei ist unter diesem Aspekt unumgänglich." Fakt ist, durch Baggerarbeiten wird Laich vernichtet, und das in einer Region, in der sich die letzten Laichplätze in der Ostsee befinden. Windräder auf See, Fischer an Land – dieser Politik kann und darf kein Küstenbewohner folgen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Identität, die Tradition einer ganzen Küstenregion geht damit verloren, wird unter Umständen zerstört. Deswegen müssen die Beeinträchtigung der Wanderung der Fische sowie negative Auswirkungen auf Fischbestände als Versagungsgrund festgeschrieben werden. Uns geht es doch nicht nur um die Schiffssicherheit. Das ist doch nur ein Thema. Es gibt neue Erkenntnisse, die bestätigen, dass Geräusche zu Orientierungsproblemen bei Meeressäugetieren führen. Die Strandungen von Walen haben etwas mit vermehrten Schallgeräuschen auf See zu tun. Offshoreanlagen erzeugen Schallwellen, die den Lebensraum der Meerestiere beeinträchtigen können. Also auch ein gerechtfertigter Versagungsgrund. Wenn das der Vogelzug ist, dann ist doch das wohl auch einer.

Die riesigen Fundamente und die Stahlkörper, die zu Hunderten im Wasser stehen, führen mit Sicherheit zu erheblichen Veränderungen von Strömungen und Wassertiefen, deren Auswirkungen auf die Küstenregionen doch völlig unerforscht sind. Sie können irreversible Veränderungen nach sich ziehen. Das muss doch ein Versagungsgrund sein, um zukünftige Schäden zu verhindern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die Offshoreindustrie wird natürlich Gutachten in Auftrag geben, die ihre Projekte präferieren. Das ist auch ihr gutes Recht. Aber nach dem Bericht des Wirtschaftsministeriums ist damit zu rechnen, dass das Land durch unterstützende Gutachten den Offshorebetreibern noch unter die Arme greift. Für teueren grünen Strom scheint eben nichts zu teuer in diesem Lande.

Zu DDR-Zeiten gab es Forschungen, die durchaus als unabhängige Wind- und Eisgutachten verwendet werden können. Wichtig wären Erkenntnisse über Regionen, in denen sich schnell Wind- und Sturmböen entwickeln, die das Abschalten der Anlage zur Folge hätten. Das ist doch ganz wichtig, wenn wir das in Schleswig-Holstein mal nachvollziehen. Wer harte Eiswinde auf See erlebt hat, weiß, dass kaum ein Bauwerk dem gewaltigen Druck standhalten kann. Auch das spricht aus Sicherheitsgründen gegen einen Standort.

Was passiert eigentlich in Offshorewindparks, wenn die für 2010 nunmehr vorausgesagte Sturmflut in einem Eiswinter kommt? Was passiert dann? Was passiert?

(Holger Friedrich, SPD: Man mag nicht dran denken. Man mag gar nicht daran denken.)

Ja, da mag ich auch nicht dran denken. Deswegen muss es als Versagungsgrund mit festgeschrieben werden.

Im Interesse der Fischerei kann auf einen Mindestabstand von drei Seemeilen zu den Laich- und Fanggebieten nicht verzichtet werden. Wir vertreten hier ein altes Gewerbe an der Küste. Auch das ist legitim.

Der ganz entscheidende Versagungsgrund im Hinblick auf die Schiffssicherheit ist der Mindestabstand zu den Schifffahrtswegen und den weiterführenden Transitwegen. Ich sagte es gestern schon, dem BSH genügen zwei Seemeilen plus 500 Meter. Wer mit solchen Sicherheitsabständen Offshorewindanlagen genehmigt, der handelt aus meiner Sicht nicht verantwortungsvoll. Der Abstand sollte – wir sagten das gestern – circa 14 Seemeilen betragen. Wenn dieser Mindestabstand nicht festgeschrieben wird, sind allein die Offshorepläne in der Nähe der Schifffahrtswege eine Fastgarantie für den Super-GAU. In Abwandlung des "Exxon-Valdez"-Spruches sage ich Ihnen: Wenn du denkst, Sicherheit ist teuer, dann lass es durch Offshoreanlagen zum Unfall kommen.

Obwohl der Rückbau der Offshoreanlagen im Prinzip schon bei den Genehmigungsverfahren Beachtung findet, halten wir die Anlehnung an das OSPAR-Übereinkommen für sicherer.

Die Übertragung aller von uns vorgeschlagenen Versagungsgründe auf die 12-Seemeilen-Zone ergibt sich aus der Gesamtproblematik. Unterstützt wird diese Forderung von den fünf norddeutschen Küstenländern und dem Gutachten vom August "Steuerung von Offshore-Windenergieanlagen in der AWZ", in denen die raumordnerischen Handlungsmöglichkeiten des Bundes und der Länder rechtlich untersucht worden sind.

Der Flächenanspruch der Windparks ist gewaltig. Eine grundsätzliche Klärung zu Flächenansprüchen konkurrierender Nutzung ist aus unserer Sicht auch dringend erforderlich. Gleiches gilt für die im bestehenden Gebiet vorhandenen Nutzungen. Für mehrere Hundert Quadratkilometer große Anlagen, mehrere Hundert Quadratkilometer vor unserer Küste gibt es hundertprozentige Befahrverbote. Da darf niemand rein. Das hat insgesamt nichts mehr mit Verantwortung für die Menschen im Land, mit Verantwortung für die Schiffssicherheit, für die Fischereiwirtschaft, für einen hochwertigen Tourismus an Land, aber auch für die Tradition an unserer Küste zu tun.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch mit unseren Versagungsgründen folgen wir letztlich der grundsätzlichen Argumentation vom Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement. Wir sind nicht technologiefeindlich. Das wird uns immer unterstellt. Zu vertreten ist insgesamt und anfangs aus unserer Sicht nur ein Pilotprojekt mit möglichst wenigen Windrädern, das unter Beachtung unserer Versagungsgründe errichtet wird, um die Exportchancen für diese Branche zu bewahren. Einigen wir uns doch erst einmal darauf. Denn das ist doch wohl die Intention. Das meiste ist ja noch Export bei uns.

Windenergie und Offshore, ich sage das, dieser energiepolitische Unsinn ist meiner Meinung nach nur noch zu vergleichen mit der Umstellung der gesamten Energiewirtschaft der DDR mit all ihren fürchterlichen Folgen auf die Cottbusser Muttererde.

(Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Daran ist die DDR zugrunde gegangen, obwohl es der Versuch war, sich unabhängig zu machen. Der heutige Gigantismus ist aus meiner Sicht nichts anderes als der wirtschafts- und energiepolitische Traum einer politischen Minderheit, die damit ihre tägliche Selbstverwirklichung auf Kosten des Gemeinwohls zelebriert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich sage das allen Ernstes: Es ist Bürgerrecht, es ist Bürgerpflicht, sich gegen so einen Alptraum an der Küste zu wehren, und das werden wir tun. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter Thomas, gemäß Paragraph 98 der Geschäftsordnung erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf für Ihre Äußerung in Bezug auf das In-Verbindung-Bringen von geistiger Umnachtung mit dem Handeln der Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ladies and Gentlemen! I would like to say a hearty welcome to our guests from Ghana, a delegation of general secretaries of the political parties, on invitation of the Friedrich-Ebert-Foundation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

One part of their study trip is a visit to the parliament of Mecklenburg-Vorpommern to learn something about the party system of the new countries in the Federal Republic of Germany. You are welcome!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich erteile jetzt das Wort der nächsten Rednerin, der Abgeordneten Frau Wien von der PDS-Fraktion.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Sehr verehrte Gäste! Ich habe mich auch gefragt, warum sagen Sie nicht gleich, gegen Offshore, für den Aufbau von KKWs. Ich fand in Herrn von Storchs Rede noch recht spaßig und ich frage ihn auch: Welche Landbesitzer haben denn in der Ostsee eigentlich Pferdewiesen oder Seepferdchenwiesen, was auch immer?

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber mit der Rede von Herr Thomas, muss ich ganz ehrlich sagen, hat das Ganze dann noch eine Wende genommen und mir ist einfach schlecht geworden. Ich habe selten so eine derartig rückwärts gewandte Rede gehört in diesen Räumen. Hier wird gegen innovative neue Energiegewinnungsmöglichkeiten gesprochen und hier wird massiv letztendlich für zum Beispiel die Kernenergie geworben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Renz, CDU: Das stimmt nicht. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Warum, frage ich mich an dieser Stelle, ist denn bitte schön das KKW abgeschaltet worden? Das hätte noch ein paar Jahre gehalten. Und was der Abbau des KKW den Staat jetzt kostet, das wissen Sie sicherlich alleine. Das kostet viel mehr als zum Beispiel der Aufbau der gesamten Windenergie. Übrigens sind wir in Mecklenburg-Vorpommern kein windarmes Land, sondern bei uns gibt es Wind. Wenn vielleicht der eine oder andere in seinem Bundesland hier und da mal eine Säule mit einem Propeller obendrauf hingestellt hat, wo kein Wind ist, hat er Pech gehabt. Bei uns gibt es auf jeden Fall Wind.

Ich denke, wir sollten uns als Bundesland schon profilieren, innovative Energiegewinnungsformen zu finden. Dazu gehört nicht nur die Windenergie, dazu gehört auch die Solarenergie, dazu gehören Biogasanlagen, dazu gehören für mich geothermische Anlagen, Holzschnitzel

und so weiter. Auf diesem Gebiet sollten wir weitermachen,

(Beifall Beate Mahr, SPD, und Dr. Martina Bunge, PDS)

denn für Uranenergie und für Öl führen wir Kriege. Und was das letztendlich kostet,

(Kerstin Fiedler, CDU: Oh nein!)

das ist noch ein bisschen mehr und kostenintensiver als nur das, was wir vielleicht jetzt in Windenergien und andere Energien stecken. Das musste ich einfach loswerden.

> (Peter Ritter, PDS: Sehr richtig. – Beifall Beate Mahr, SPD, und Dr. Martina Bunge, PDS)

Und Herr Goethe hätte sich sicherlich auch sehr gewundert, dass Herr Thomas ihn hier zitiert in leicht abgewandelter Form: Am Strome hängt's.

Aber nun mache ich mal meine Rede.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Meinen Sie, die wird besser als das, was Sie jetzt vorgetragen haben?)

Aber mit Sicherheit wird die nicht ganz so emotional wie jetzt der Vorspann. Sie wird etwas sachlicher.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Ihr Antrag, liebe CDU-Fraktion, beschäftigt sich vorgeblich mit dem Genehmigungsverfahren von Offshorewindparks in der AWZ. Die AWZ liegt bekanntermaßen außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes, 12 bis 200 Seemeilen. Dabei handelt es sich um ein völkerrechtlich konstruiertes Hoheitsgebiet des Küstenstaates. Das ist bekannt.

(Egbert Liskow, CDU: Mann, o Mann!)

Ich möchte nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Lorenz Caffier, CDU: Sie haben die falsche Rede mit.)

Es müssen natürlich in dieser AWZ FFH-Gebiete nach EG-Richtlinien angemeldet und ausgewiesen werden, denn diese haben ja auch außerhalb der 12-Meilen-Zone Geltung. Das Gleiche gilt natürlich auch für UVP-Änderungsrichtlinien.

Der Gesetzgeber hat die Anwendbarkeit der Vogelschutzrichtlinie in der AWZ inzwischen anerkannt und mit Paragraph 38 Bundesnaturschutzgesetz eine die AWZ betreffende Sonderregelung für die Auswahl und Meldung von Meeresschutzgebieten als Teil des Netzes "Natura 2000" geschaffen. Zu Recht hatte zuvor die Auffassung Oberhand gewonnen, dass die Vogelschutzrichtlinie auch den Bereich der AWZ umfasse und dass auch dort besondere Vogelschutzgebiete auszuweisen seien.

Es gelten weiterhin die Vorschriften der Seeanlagenverordnung in Verbindung mit dem UN-Seerechtsübereinkommen. Außerdem müssen internationale Übereinkommen, die Helsinki-Konvention oder die Oslo-Paris-Konvention zum Beispiel, die Deutschland eingegangen ist, berücksichtigt werden. Zuständig für die Erteilung von Genehmigungen ist nach der Seeanlagenverordnung das Bundesamt für Schifffahrt und Hydrologie. Es prüft, ob die vorgesehenen Anlagen den Aufgabenbereich anderer Behörden berühren, und beteiligt gegebenenfalls vor Erteilung einer Genehmigung die betroffenen Natur- und Umweltschutzbehörden.

Am 04.04.2002 ist bekanntermaßen das "Gesetz zur Neuregelung des Rechtes des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften" in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurden unter anderem die rechtlichen Voraussetzungen der Nutzung der Windenergie im Gebiet der AWZ novelliert. Diese Neuregelung zum Beispiel hilft einem von vielen anerkannten und beklagten Zustand der Rechtsunsicherheit ab. Durch die Schaffung von Meeresschutzgebieten nach Paragraph 38 des Bundesnaturschutzgesetzes einerseits sowie Eignungsgebieten nach Paragraph 3 a der Seeanlagenverordnung andererseits soll Wildwuchs vermieden werden. Der Genehmigungstatbestand des Paragraphen 3 der Seeanlagenverordnung wurde darüber hinaus modifiziert. Die Vorgehensweise bei mehreren Anträgen für dasselbe Gebiet wurde normiert und zudem eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung in Paragraph 2 der Seeanlagenverordnung eingefügt. Der Rückbau der Anlagen ist vorgeschrieben. Eine umweltschonende Entsorgung nach Ablauf der Betriebszeit muss dann gewährleistet werden. Die Anlagen sind abzumontieren und an Land der Wiederverwertung oder Entsorgung zuzuführen.

Der uns vorliegende Antrag der CDU zielt nun auf eine erneute Novellierung der Seeanlagenverordnung ab. Die Versagensgründe für die Zulassung von Offshorewindenergieanlagen sollen erweitert, verschärft und konkretisiert werden. Das würde dazu führen, dass solche Windparks in Zukunft nicht mehr genehmigt werden können. Wenn wir tiefer gehen, wird wahrscheinlich sogar nicht mal mehr der Schiffsverkehr in diesem Gebiet genehmigt werden können, denn der macht sogar Wellen und macht Geräusche.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Regine Lück, PDS)

Wenn die CDU-Fraktion das politisch für richtig hält, dann soll sie das auch klar äußern. Das hat sie ja eigentlich auch heute hier ziemlich klar getan. Die PDS jedenfalls bekennt sich genau wie die SPD zur Offshoreenergiegewinnung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Außerdem sind einige der Forderungen Ihres Antrages bereits jetzt schon berücksichtigt. Nach Ihren Vorstellungen sollen die Sicherheitsabstände zu solchen Anlagen versechsfacht werden. So groß ist die ganze Ostsee nicht.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Zum vorgeschriebenen Rückbau der Anlagen sollen die Betreiber verpflichtet werden, ausreichende Rücklagen zu bilden. Weiter oben führte ich schon aus, dass ein Rückbau vorgeschrieben ist. Die bisherige Genehmigungspraxis zeigt, und da sind ja unter anderem auch Banken und ähnliches mit involviert, dass die Betreiber der Windparks vor Errichtung der Anlagen bei der Genehmigungsbehörde eine schuldnerische Bürgschaft in Höhe der voraussichtlichen Kosten des Rückbaus hinterlegen müssen. Über die Höhe der voraussichtlichen Rückbaukosten muss der Betreiber einen nachvollziehbaren Nachweis führen. Aus unserer Sicht ist das völlig ausreichend.

Und, das ist hier heute auch schon mal gesagt worden, aber ich muss es auch noch einmal loswerden, all das erscheint einfach merkwürdig, da die CDU bisher immer als die Verfechterin und einzig wahre Kämpferin für eine Deregulierung von Gesetzen und Vorschriften sich darstellt.

(Egbert Liskow, CDU: Immer noch. – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Siehe Antrag 4/725, gerade heute passiert. Hier habe ich wirklich den Eindruck, und den bestätigen auch andere, dass hier einfach Offshorewindparks verhindert werden sollen.

Aus unserer Sicht – vielleicht noch abschließend – müssen viel mehr raumordnerische Aspekte in den Vordergrund rücken. Aber da ist der Landtag für die AWZ leider das falsche Gremium. Hier muss vor allem die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den anderen Küstenländern ihren Einfluss auf den Gesetzgeber, also den Bund verstärken.

Die bisher laufenden Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen in der AWZ zeigen, dass die Belange der Sicherheit der Schifffahrt, der Fischerei und des Umwelt- und Naturschutzes ausreichend und rechtssicher gewährleistet sind. Die Vorschläge der CDU-Fraktion greifen entschieden zu weit und würden in der Praxis die Windkraftanlagen in der AWZ verhindern.

Vielleicht noch ein Wort – da es hier noch nirgendwo rot blinkt – zu der Geschichte mit der Urlauberbefragung. Wissen Sie, wenn ich in eine Gaststätte komme und sich der Koch und der Kellner laut vor meinen Ohren streiten, dann finde ich das einfach peinlich und ich meide diese Gaststätte. Und genau das ist uns eigentlich damit jetzt passiert. So sollten wir einfach nicht handeln. Das war eine völlig unangebrachte Geschichte. Also aus meinen Ausführungen sehen Sie mit Sicherheit, dass die PDS Ihren Antrag ablehnen wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Um das Wort gebeten hat jetzt noch einmal der Abgeordnete Herr von Storch, CDU-Fraktion.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen aus den Reihen der Koalition kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie ganz offensichtlich unseren detaillierten Antrag nicht mit der notwendigen Sorgfalt gelesen haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau. – Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Denn wir haben uns im Detail mit dem beschäftigt, was an Mängeln in dieser Seeanlagenverordnung vorhanden ist, und wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, wie man das verändern kann. Ganz offensichtlich wollen Sie das gar nicht. Dann tragen Sie auch eines Tages die Verantwortung, wenn es Fehlentwicklungen gibt. Und wahrscheinlich muss Ihre Politik erst dann aufwachen, wenn etwas schief gegangen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler, CDU: Genau. – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Ich will hier gar nicht lange darüber reden, dass das, was hier bisher vorgetragen wurde, nur mit dem Stichwort "Realitätsferne" zu bezeichnen ist. Und wenn die Rede

davon ist, von der Atomlobby, dann sind das alte abgedroschene Vokabeln. Das haben wir längst hinter uns.

(Siegfried Friese, SPD: Na, na, na, vorsichtig!)

Meine Damen und Herren, Sie wollen doch bitte mal zur Kenntnis nehmen, dass das uns sehr befreundete Nachbarland Frankreich zu 70 Prozent den Strom aus der Kernenergie bezieht. Glauben Sie, das sind Selbstmörder?!

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wir müssen doch endlich mal zur Vernunft kommen, um zu erkennen, dass wir mit Windenergie und erneuerbaren Energien Grundlasten nicht erfüllen können. Das muss doch begreifbar sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Mehr Windenergie belastet den Energiepreis. 2,5 Cent sind die Entstehungskosten bei herkömmlicher Energiegewinnung, 9 Cent bei Windenergie. Wer da also Subventionierung bezweifelt, der hat den Begriff der Subvention nicht richtig verstanden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es macht einfach beim Energiemix mehr Windenergie keinen Sinn und – es geht nicht um die Haushalte allein – es beschädigt unsere Wirtschaft, die sehr viel höhere Energiekosten aufbringen muss als unsere Nachbarn.

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Wer meint, er könne unserer Wirtschaft höhere Energiekosten zumuten, der fährt eines Tages, verbunden mit den übrigen Kosten, die hier auferlegt werden, unsere Wirtschaft gegen die Wand.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und da, meine ich, haben wir eine besondere Verantwortung.

Es gibt Gott sei Dank bei uns auf Usedom einen Bereich, in dem Windkraftanlagen von vornherein raumordnerisch verhindert worden sind. Ich wünschte, andere würden dem folgen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir sind der Meinung, dass das, was wir Ihnen hier vorschlagen, der Sache dient. Wir sind nicht der Meinung, dass das, was Sie energiepolitisch vorgeschlagen haben, hier realistisch ist.

(Andreas Bluhm, PDS: Sehen Sie, und da unterscheiden wir uns.)

Wir sind auch der Meinung, dass Hinweise auf Befehlsempfänger – Merkel und was uns da heute alles erzählt worden ist – völlig daneben liegen.

Meine Damen und Herren, wer den Gesamtzusammenhang in der Energiepolitik verkennt, der weiß nicht, welche Verantwortung wir für unsere gesamtdeutsche Wirtschaft zu tragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gesine Skrzepski, CDU: Sehr genau.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es gibt eine Anfrage des ...

(Reinhard Dankert, SPD: Nein, er möchte noch reden.) Gibt es noch Redezeit?

(Reinhard Dankert, SPD: Ja, haben wir noch ausreichend.)

Ja. Um das Wort hat noch einmal gebeten der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Meine Damen und Herren! Zu der Äußerung von Herrn Storch möchte ich erst mal richtig stellen, es gilt das gesprochene Wort in diesem Parlament. Sie haben vorhin in Ihrem ersten Beitrag etwas völlig anderes erzählt. Da ging es nur um die Atomenergie.

Und um eins richtig zu stellen, es geht hier nicht darum, explizit jetzt Offshoreparks vor Rügen, vor Kühlungsborn oder sonst wo zu plazieren, sondern nach den Regularien, die gesetzlich und demokratisch legitimiert festgelegt sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dann macht man so etwas. Nur dann! Damit das auch klar ist.

Und noch eine Richtigstellung: Ich befasse mich mit dem Thema nun wirklich lang genug. Wenn Sie hier wirklich offen reden würden, auch über Atomenergie, dann hätten Sie hier zum Beispiel gesagt, dass, wenn die Atomenergie versicherungstechnisch ihre Anlagen versichern würde und nicht zu Lasten der Allgemeinheit darauf spekulieren würde, dass, wenn etwas passiert, die Allgemeinheit das tragen würde,

(Karsten Neumann, PDS: Genau.)

dann würde der Atomstrom die Kilowattstunde 2 Euro kosten. So viel zur Ökonomie!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache.

Der Abgeordnete Herr Renz hat nach Paragraph 88 der Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung zu machen.

Torsten Renz, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine persönliche Bemerkung bezieht sich auf die ersten Ausführungen des Herrn Schlotmann, der mir hier unterstellt hat, dass ich darüber hergezogen bin, dass die Finanzministerin nicht anwesend ist. Ich habe in meiner Rede gesagt, ich gehe davon aus, dass der Ministerpräsident und auch die Finanzministerin entschuldigt fehlen. Das habe ich eindeutig gesagt und das möchte ich an dieser Stelle wiederholen. Die Wichtigkeit der Termine müssen die Minister dann selbst festlegen. Ich bin darüber nicht hergezogen. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Das habe ich auch nicht gesagt.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Im Rahmen der Begründung ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/726 zur federführenden Beratung an den Bauausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Umweltausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Abgeordnete Herr Caffier hat vor der Abstimmung signalisiert, dass er sich an der Abstimmung nicht beteiligt, und möchte deshalb eine Erklärung abgeben.

(Reinhard Dankert, SPD: Die Abstimmung ist doch noch nicht zu Ende.)

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Entsprechend Paragraph 97 der Geschäftsordnung möchte ich von meinem Recht Gebrauch machen, eine Erklärung abzugeben. Ich muss das deswegen tun, weil die Äußerungen, die Herr Minister Ebnet hier getätigt hat in Bezug auf die CDU, aber auch auf eine Berufsgruppe, für mich so ungeheuerlich sind, dass ich hier an der Abstimmung mich nicht beteiligen konnte und zum anderen eine Richtigstellung will.

Richtig ist, dass der Tourismusverband des Landes Mecklenburg-Vorpommern – und in dem sind meines Wissens Vertreter aller Parteien, Parteilose und aus allen Berufsschichten vertreten - sich zu dieser Thematik eindeutig geäußert hat und es keine Thematik der CDU ist, die die Touristen einsammelt. Dazu möchte ich zitieren aus der Pressemitteilung des Tourismusverbandes des Landes: "Landestourismusverband gegen Windpark". "Der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern lehnt die Einrichtung von weiteren Windparks an Land sowie geplante Gruppenanlagen vor der Küste, den so genannten Offshoreanlagen, generell ab. Darauf verständigte sich der Vorstand des Landestourismusverbandes auf seiner in der vergangenen Woche" und so weiter und so weiter "stattgefundenen Sitzung." Meines Wissens nach ist eine der Vorsitzenden sogar die Landtagspräsidentin dieses Landes und die hat nicht das Parteibuch der CDU.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Des Weiteren wurde hier auch ausgeführt: "Im Bermudadreieck von Kadetrinne, Nationalpark und Urlaubsregion schließen sich Projekte dieser Größenordnung von selbst aus."

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist aber keine persönliche Erklärung.)

"Langfristige Auswirkungen einer solchen Anlage auf Schifffahrt, Fischerei, Vogelzug und Tourismus sind vollkommen ungeklärt. Die Durchsetzung dieses Windparkprojektes gliche deshalb einem Vabanquespiel." Dem ist aus meiner Sicht auch als Vorstandsmitglied des Tourismusverbandes nichts, aber auch gar nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Das war eine Erklärung für den Tourismusverband, keine persönliche.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/726.

(Zuruf von der CDU)

Nein, wir haben über die Überweisung abgestimmt und die Überweisung ist abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt in der Sache ab. Wer dem Antrag der CDU auf Drucksache 4/726 folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir kommen damit zum **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/731.

Antrag der Fraktion der CDU: Entwicklung der Abfallwirtschaft und der Abfallwirtschaftsstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/731 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kokert von der CDU-Fraktion.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Abfallwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, wie oft hat sich dieses Hohe Haus in den zurückliegenden Jahren damit befasst. Obwohl ich damals noch kein Mitglied des Landtages war, kann ich mich noch gut an den Streit zwischen Landesrechnungshof und Landesregierung erinnern. Damals wurde mein Interesse für dieses Thema geweckt, weil nur eine funktionierende, ökologisch hochwertige und dennoch preisgünstige Abfallwirtschaft sich positiv auf meinen Geldbeutel auswirken würde.

Heute, meine Damen und Herren, tragen wir diese Verantwortung für alle Bürger unseres Landes. Und aus genau diesem Grund hat meine Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht. Ich mache gleich darauf aufmerksam, dass es in der Begründung anstelle "30. Juni" gemäß der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen "1. Juni" heißen muss. Ich hoffe, Sie haben sich noch nicht allzu doll in den Reden darauf vorhereitet

Mit Sorge betrachten wir die Entwicklung der Abfallwirtschaft und den Aufbau von Abfallwirtschaftsstrukturen in unserem Land. Bis heute existiert erst eine Behandlungsanlage in Samtens auf Rügen,

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

die, entschuldigen Sie, wenn ich das so sage, weder technisch noch von der Mengenleistung den künftigen Anforderungen genügen wird. Der vorliegende Antrag meiner Fraktion verfolgt lediglich ein Ziel. Dieses lautet: Aufbau ökologischer, wettbewerbsfähiger und gebührenfreundlicher Abfallentsorgungsstrukturen in unserem Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes hat das Land die Pflicht, einen Abfallwirtschaftsplan nach überörtlichen Gesichtspunkten aufzustellen. Am 13. Januar 2000 hat die Landesregierung einen Abfallwirtschaftsplan verabschiedet, der gerade diesen Anforderungen nicht entsprach. Damals wurde seitens des Landesrechnungshofes und der CDU-Landtagsfraktion darauf verwiesen, dass es dem vorgelegten Abfallwirtschaftsplan an der im Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgeschriebenen Lenkungs- und Abwägungswirkung der einzelnen Belange, wie Abfallvermeidung, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz, untereinander mangelt. Schon damals wurde darauf verwiesen, dass die Landesregierung mit dem vorgelegten Abfallwirtschaftsplan versucht, sich aus ihrer Verantwortung für den Aufbau und die Entwicklung wettbewerbsfähiger Abfallwirtschaftsstrukturen zu stehlen und diese auf die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu übertragen. Mit Befremden habe ich auch heute festgestellt, dass der Umweltminister zu diesem brisanten Thema im Landtag nicht reden möchte.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Erste Ergebnisse dieser Politik müssen wir heute mit der Insolvenz der Umweltschutz Nord Kompostsysteme GmbH & Co. zur Kenntnis nehmen. Um so schnell wie möglich im Interesse des Landes und seiner Bürger handeln zu können, bedarf es einer genauen Analyse, in welchen Bereichen der Abfallwirtschaftsplan umgesetzt wurde und in welche Bereiche steuernd eingegriffen werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn die umweltgerechte Abfallentsorgung ein wesentlicher Bestandteil der von den Kommunen wahrzunehmenden Aufgaben der Daseinsvorsorge ist, muss die Landesregierung die Voraussetzungen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben schaffen. Entsorgungssicherheit muss auch in Zeiten der Liberalisierung des Abfallmarktes gewährleistet werden. Aus diesem Grund ist es erforderlich, dass den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zur Erfüllung ihrer Aufgaben neben den rechtlichen und technologischen Voraussetzungen auch die notwendigen ökonomischen Rahmenbedingungen eingeräumt werden. In erster Linie benötigen die Kommunen Planungssicherheit, um sich den Herausforderungen der Daseinsvorsorge stellen zu können. Gerade an dieser Planungssicherheit fehlt es in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sehr geehrter Herr Umweltminister, ich fordere Sie auf: Stellen Sie sich endlich Ihrer Verantwortung! Verstecken Sie sich nicht mehr hinter Gutachten und lassen Sie nicht Ihre Quasselrunden ohne Ergebnisse! Treffen Sie endlich Entscheidungen, Sie wissen, dieses Thema brennt im Land wie noch nie!

Vor dem Hintergrund, dass ab dem 1. Juni die Entsorgung von unbehandelten Siedlungsabfällen auf Deponien verboten ist und dann in Deutschland Behandlungskapazität in einer Größenordnung von ca. 1,5 Millionen Tonnen fehlen wird, ist mit einer erheblichen Steigerung der Abfallgebühren für die Bürger unseres Landes zu rechnen. Inwieweit vor dem Hintergrund dieser Entwicklung die im Abfallwirtschaftsplan des Landes geschriebenen Grundsätze der Abfallpolitik des Landes umgesetzt werden können, bleibt fraglich. Der Abfallwirtschaftsplan aus dem Jahre 1999, der bereits zwei Jahre später fortgeschrieben werden musste, sollte folgende Zielvorgaben umsetzen:

- 1. Abfallvermeidung
- 2. Förderung der Kreislaufwirtschaft
- 3. Deregulierung der Abfallwirtschaftsplanung
- 4. Förderung dezentraler Strukturen
- Gebührensenkung durch Wettbewerb der Technologien
- 6. Förderung alternativer Abfallbehandlungsverfahren
- 7. Verbindung von Abfallwirtschaft und Energiewirtschaft
- 8. Wertschöpfung innerhalb des Landes

Auf eine Wichtung der verschiedenen Ziele untereinander wurde gänzlich verzichtet. Aufgrund der fehlenden Festsetzung von Prioritäten im Abfallwirtschaftsplan war es den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern bis heute allerdings unmöglich, die widersprüchlichen Zielvorgaben untereinander abzuwägen. Verzichtet wurde auch darauf, Entsorgungsregionen und Überlassungspflichten an bestimmte Deponien oder Behandlungsanlagen im Abfallwirtschaftsplan festzulegen.

(Angelika Gramkow, PDS: Weil wir Wettbewerb zugelassen haben.)

Ja, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, tatsächlich. Ich bin ganz begeistert von mir.)

Vorgaben hinsichtlich Behandlungsverfahren oder künftiger Standorte der Behandlungsanlagen fehlten gänzlich. Ich bin sehr gespannt, wie Ihr Minister dieses Problem löst, verlassen Sie sich darauf.

(Angelika Gramkow, PDS: Darauf kann ich mich auch verlassen. – Wolfgang Riemann, CDU: Wie er dazu freundlich lächelt.)

Vor dem Hintergrund, dass es keine Anlagen gab, zu denen eine Andienungspflicht hätte festgeschrieben werden können, ist dies nur nachvollziehbar. Doch leider gibt es die heute auch noch nicht. Und ich muss kein Prophet sein, um Ihnen sagen zu können: Es wird sie auch nicht am 1. Juni 2005 in Mecklenburg-Vorpommern geben, Frau Gramkow.

Der geltende Abfallwirtschaftsplan lässt auch heute noch die gesetzlich vorgeschriebene Lenkungswirkung vermissen. Auf dieser Grundlage war und ist es für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger schwer, die im Abfallgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorgeschriebene Entsorgungssicherheit zu realisieren. Dies gelang oft nur im Rahmen freier Ausschreibung. Die Risiken, die mit der Vergabe von langfristigen Entsorgungsverträgen an die private Entsorgungswirtschaft verbunden sind, werden aktuell im Fall – ich nannte es vorhin bereits – der Umweltschutz Nord Kompostsysteme GmbH & Co. deutlich.

Im Vordergrund der Vergabeverfahren steht natürlich das wirtschaftlichste Angebot. Eine Abwägung zwischen Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz erfolgt nur insoweit, dass im Interesse der Wirtschaftlichkeit und der Gebührenentwicklung der gesetzlich vorgeschriebene Rahmen im Bereich des Umweltschutzes ausgeschöpft wird. Wie und wo die Abfälle schließlich behandelt werden, spielt eine sekundäre Rolle. Entscheidend ist allein der wirtschaftliche Aspekt. Diese Tatsache ist zwar bedauerlich, da mit den Abfällen auch die Wertschöpfung verloren geht, aber aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen ist diese Herangehensweise der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nur konsequent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte hier den Wettbewerb zwischen kommunaler und privater Entsorgung nicht in Frage stellen. Vielmehr sehe ich im Wettbewerb die Chancen, Kosten und Gebühren zu dämpfen. Aber die Spielregeln müssen vom Land so vorgegeben werden, dass sich ein vernünftiger und nachhaltiger Wettbewerb entfalten kann.

Und damit bin ich beim dritten Punkt unseres Antrages. Es kann nicht sein, dass sich ein landeseigenes Unternehmen wie ein Glücksritter auf dem Abfallmarkt geriert und ohne Zustimmung des Landtages versucht, Anteile anderer Unternehmen zu erwerben, die leicht zweistellige Millionenbeträge kosten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Für meine Fraktion stellt sich insgesamt die Frage, warum sich die Ihlenberger Abfallgesellschaft für den Erwerb von Anteilen der Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Rostock interessiert. Die Ihlenberger Abfallgesellschaft beabsichtigt auf dem Ihlenberg die Errichtung einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage mit einem Input von 140.000 Tonnen und will gleichzeitig Anteile an einer Verbrennungsanlage mit der gleichen Inputmenge erwerben. Die Wirtschaftlichkeit und die ökologischen Vorteile durch den Transportaufwand erschließen sich wohl nur Ihnen, Herr Umweltminister.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, es gibt noch viele Fragen zu erörtern. Aus diesem Grund beantrage ich die Überweisung des Antrages in den Umweltausschuss und den Finanzausschuss. Sicherlich wird die Umweltausschussvorsitzende – nein, ich sehe, sie ist nicht da – mir gleich sagen, dass wir das demnächst auf der Tagesordnung im Umweltausschuss haben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber natürlich sind wir als CDU ein bisschen ein gebranntes Kind, Herr Ritter. Bei der FFH-Problematik stand es auch erst auf der Tagesordnung und dann hatte der Minister keine Zeit. Deshalb stellen wir diesen Antrag heute. Und außerdem ist es mal ganz gut, wenn wir öffentlich sagen, was mit der Abfallproblematik hier im Land los ist. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Der Herr Minister hat so viel gesagt.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Jarchow für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich die Frage von Herrn Kokert beantworten.

Herr Kollege Kokert, Sie haben vorhin in Ihren Ausführungen gesagt – wenn Sie jetzt mal zuhören, wäre das gar nicht schlecht –, wie oft hat sich dieses Hohe Haus schon mit dieser Problematik befasst. In Vorbereitung dieser Sitzung habe ich in alte Protokolle geguckt, um mich ein bisschen einzulesen und darauf vorzubereiten. Und diese Frage kann ich Ihnen ganz genau beantworten. Und zwar hat sich dieses Hohe Haus das letzte Mal mit der Problematik Abfallwirtschaftsplan in der 3. Wahlperiode in der 35. Sitzung am 03.02.2000 befasst, um Ihre Frage zu beantworten.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist schon ganz schön lange her. Seitdem ist nichts passiert. – Angelika Gramkow, PDS: Offensichtlich hat es gut funktioniert. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU) Meine Damen und Herren, der Umweltausschuss des Landtages hat einen Arbeitsplan, wie auch viele andere Ausschüsse, für das zweite Halbjahr 2003, in dem auf Antrag der CDU-Fraktion

(Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

für die ordentliche Sitzung am 1. Oktober 2003 Folgendes auf der Tagesordnung steht: "1. Unterrichtung durch die Landesregierung – Umsetzung des Abfallwirtschaftsplanes des Landes, Entwicklung der Abfallwirtschaftsstrukturen im Land und wirtschaftliche Situation der Ihlenberger Abfallgesellschaft". Dieser Arbeitsplan ist noch vor der Sommerpause von den Obleuten aller Fraktionen bestätigt worden. Ich frage Sie: Was soll also dieses Spielchen mit einem inhaltlich gleichen Antrag für die heutige Landtagssitzung, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir machen jedenfalls dieses Spiel nicht mit und lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS – Kerstin Fiedler, CDU: Das war alles?!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Jarchow.

Jetzt hat das Wort die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU, Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Regine Lück, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragte ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie interne Auseinandersetzungen zwischen den Reihen haben, dann gehen Sie bitte raus! Lassen Sie die Rednerin hier aussprechen!

Regine Lück, PDS: Sehr nett.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wollen wir mal rausgehen?)

Die CDU-Fraktion beantragte, die Landesregierung möge am 8. Oktober dieses Jahres über die Umsetzung des Abfallwirtschaftsplanes und der dazugehörigen Verordnung berichten. Für meine Fraktion ist es unverständlich, dass dieser Antrag im Landtag eingebracht wird, da die CDU, wie mein Vorredner schon gesagt hat, ihn im Umweltausschuss eingebracht hat. Am 1. Oktober soll ja der Umweltausschuss diesen Bericht der Landesregierung entgegennehmen. Außerdem halten wir es für nicht angebracht, die Absichten der Ihlenberger Abfallgesellschaft wegen ihrer Brisanz und der noch lange nicht abgeschlossenen Verhandlungen öffentlich zu diskutieren. Hier ist der Ausschuss für uns das richtige Gremium.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, Herr Kokert, indem Sie sicherlich auch den Diskussionsprozess sehr intensiv verfolgt haben, denke ich, ist der Angriff auf den Minister überhaupt nicht angebracht und auch nicht sachlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Denn wenn Sie den Prozess verfolgt haben, wissen Sie auch, dass der Minister sich auf der Strecke sehr engagiert hat. Deshalb lehnen wir als PDS diesen Antrag ab.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und ich möchte auch noch mal daran erinnern, dass man nicht davon reden kann, dass sich hier während der gesamten Zeit nichts getan hat.

> (Dr. Armin Jäger, CDU: Na, was hat sich denn getan? – Vincent Kokert, CDU: Was hat sich denn seitdem getan?)

Wenn das hier in der Diskussion so kommt, können wir das so nicht stehen lassen.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Dann fragen Sie zum Beispiel Ihre Kollegin Holznagel, was sich in Demmin oder an anderen Orten hier im Land getan hat. Dann wissen Sie Bescheid und müssen solche Feststellungen hier im Parlament nicht treffen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Gabriele Schulz, PDS: Richtig, sehr gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Lück.

Nunmehr hat das Wort die Abgeordnete Frau Holznagel von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete, das Pult gehört Ihnen.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal dafür werben, dass wir für diesen Antrag das ganze Parlament benötigen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Ich sage das wirklich ganz ehrlich, denn es geht hier einmal um die Gebühren. Abfälle verursachen natürlich Gebühren und die betreffen jeden Bürger.

(Angelika Gramkow, PDS: Kommunales Satzungsrecht.)

Ich glaube, wir haben schon oft genug darüber diskutiert, wie wichtig das gerade in der heutigen Situation ist, dass Gebühren nicht steigen, sondern eher sinken. Diese Geschichte geht eben nicht nur den Umweltausschuss an, sie geht auch andere Ausschüsse an.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig, so ist es.)

Als Zweites möchte ich wirklich noch einmal dafür werben. Herr Jarchow und Herr Kokert, Sie haben das schon gesagt, dass wir sehr viel in diesem Landtag über Abfall diskutiert haben. Es war nicht nur die letzte Sitzung im Jahr 2000, sondern wir haben von Anfang an,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

seit es dieses Parlament gibt, über Abfall diskutiert.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Ich habe gesagt "das letzte Mal".)

Wir haben aber auch zum Beispiel schon einen Untersuchungsausschuss gehabt, wie Sie ja wissen. Und da sind Forderungen gestellt worden, wenn ich daran erinnern darf, dass zum Beispiel das Parlament es hätte beschließen müssen. Sie haben sicherlich Recht, wenn

Sie jetzt sagen, die rechtlichen Bedingungen sind so ausreichend. Aber ich möchte daran erinnern, dass diese Debatte wirklich für die Gemeinden, für die Landkreise unheimlich wichtig ist, und deswegen, glaube ich, sollte das Parlament hier auch seine Verantwortung übernehmen. Denn es geht nicht darum, dass nur allein die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beteiligt sind. Und eins möchte ich ausdrücklich sagen und deutlich machen: Sie dürfen hier auch nicht allein gelassen werden. Ich will damit nicht sagen, dass hier nichts passiert ist. Da haben Sie Recht, es hat sich eine ganze Menge getan. Aber wichtig ist, dass das jetzt weiter begleitet wird. Ich glaube, da haben wir als Parlament eine ganz wichtige Aufgabe.

Schon im Jahre 1998 hat der heutige Ministerpräsident vor diesem Hohen Hause darauf hingewiesen, dass eine einzige Müllverbrennungsanlage für Mecklenburg-Vorpommern ausreichend sei.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hat er gesagt, ja.)

Ich gehe nun aber nicht davon aus, dass er damals die in Ludwigslust geplante Anlage mit einer Jahreskapazität von 50.000 Tonnen meinte.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Frau Holznagel!)

Mit diesem Zitat will ich nur sagen, welche Problematik uns bevorsteht. Und deswegen werbe ich wirklich noch einmal darum.

(Peter Ritter, PDS: Alles fließt. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

dass wir uns als Parlament mit diesem Thema mehr beschäftigen.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, während es in anderen Bundesländern heute Überkapazitäten an Behandlungsanlagen gibt, stellt sich das Bild in Mecklenburg-Vorpommern gänzlich anders dar.

(Gabriele Schulz, PDS: Sehen Sie?!)

Bis heute gibt es mit Ausnahme der Versuchsanlage auf Rügen, die sicher sehr interessant ist, aber weiter keine Abfallbehandlungsanlage in unserem Land. Es befindet sich derzeit keine Anlage im Bau. Das ist natürlich auch Sorgen bereitend. Eine Genehmigung liegt lediglich für die Kombinationsanlage in Rostock vor. Planungen für die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen gibt es in Rostock, Ludwigslust, auf dem Ihlenberg und auf dem Gebiet der OVVD.

Das, meine Damen und Herren, sind ganz nüchterne Fakten, denen wir uns stellen müssen, auch im Hinblick darauf, was gesetzlich auf uns zukommt. Die Landkreise Güstrow, Bad Doberan und Nordvorpommern haben mittels europaweiter Ausschreibung die Entsorgung an private Dritte vergeben. Leider ist das Unternehmen, welches den Zuschlag erhielt, in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Wahrscheinlich wird es dort ein neues Ausschreibungsverfahren geben müssen. Das zeigt auch hier noch mal deutlich das Handeln.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass eine Entsorgung zu dem im Ausschreibungsverfahren erzielten Preis nicht möglich sein wird. Und hier sage ich noch mal: Gebühren für die Bürger beachten! Der Landkreis Parchim beabsichtigt, seine Abfälle an die noch zu errichtende Anlage im Landkreis Ludwigslust anzudienen. Der Landkreis Nordwestmecklenburg sowie die kreisfreie Stadt Wismar beabsichtigen, ihre Siedlungsabfälle an die noch zu errichtende Anlage auf dem Gelände der IHG auch anzudienen. Schwerin wird demnächst die Entsorgung der Siedlungsabfälle ebenfalls ausschreiben.

Meine Damen und Herren, wo ist jetzt hier der Rahmen? Klar gesagt werden muss, dass mittlerweile einigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern die Zeit davonläuft. Denn wer nicht innerhalb dieses Jahres mit dem Bau einer Anlage beginnt, wird wohl kaum noch eine Chance haben, den Bau bis zum 1. Juni 2005 zu realisieren, um so an der Behandlung und der damit verbundenen Wertschöpfung für unser Land partizipieren zu können. Leider muss man heute davon ausgehen, dass lediglich für die Anlagen der OVVD und des Lankreises Ludwigslust reale Chancen bestehen, sie zu errichten.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich schon einmal mit der Finanzierung, der Planung, Genehmigung und Errichtung einer Abfallbehandlungsanlage befasst hat, der weiß, dass es bis zum 1. Juni 2005 in unserem Land keine außer der von mir bereits genannten Anlagen geben wird. Hier zeigt sich, dass die Landesregierung und der Umweltminister dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger keine ausreichenden Rahmenbedingungen für seine Entscheidung zur Errichtung von Behandlungsanlagen an die Hand gegeben haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Frau Holznagel, das glauben Sie doch wohl selbst nicht!)

Das war damals schon unsere Kritik beim Abfallwirtschaftsplan. Vielmehr beschränken Sie sich, Herr Umweltminister, auf die Moderatorenrolle und verweisen auf die Eigenverantwortung und Entscheidungsfreiheit der Kommunen. Sicherlich haben Sie die rechtliche Seite hier auch gepachtet, aber wie diese Moderatorenrolle ausgestaltet wird, darum geht es, wie man abstimmt innerhalb unseres Landes, welche Möglichkeiten da sind. Das hätten wir erwartet und das wäre wichtig gewesen, denn Sie stellen sich ja sonst auch immer gerne als Moderator vorne als Erster hin und machen das mit großem Engagement.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja!)

Wenn es dann allerdings Probleme wie in Nordvorpommern, Bad Doberan und Güstrow gibt, muss sich die Landesregierung mit ihrer Kritik zurückhalten, da sie diese falsche Weichenstellung selbst nicht zu verantworten hat.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Frau Holznagel!)

Wie sich unter diesen Rahmenbedingungen ohne lenkendes Handeln des Umweltministers eine wettbewerbsfähige Infrastruktur im Bereich der Abfallwirtschaft in unserem Land etablieren soll, bleibt mir ein Rätsel.

(Peter Ritter, PDS: Geht es um kommunale Selbstverwaltung? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Hier überholt die PDS die reine Lehre der Marktwirtschaft auf der linken Spur.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aha! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Mal sehen, ob das nicht die falsche Spur ist.)

Ich bin mit einer Rede aus dem Jahr 2000 zitiert worden,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Das riecht nach Arbeitsminister.)

dass gerade die CDU die Marktwirtschaft verteufelt.

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Das habe ich nicht getan und das werde ich auch nicht tun. Ich muss aber darauf hinweisen, dass das ein besonderer Markt ist.

(Peter Ritter, PDS: Das merken wir uns. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und zwar geht es hier um Entsorgungspflicht im Rahmen der Daseinsvorsorge, hier geht es um Entsorgungssicherheit. Das ist auf diesem Markt zu beachten und deswegen müssen in dieser Hinsicht alle die gleichen Bedingungen haben. Noch kritischer ist allerdings zu sehen, dass den vielen programmatischen Aussagen zur Abfallverwertung im Land die konkreten Aussagen zur Verantwortung des Landes fehlen. Das war ja auch eine Kritik des Landesrechnungshofs, wie Sie sich erinnern.

Alles dem Selbstlauf zu überlassen, das können wir als Parlament hier nicht zulassen.

(Peter Ritter, PDS: Aber kommunale Selbstverwaltung machen wir noch, oder nicht?)

Deswegen noch mal mein Werben.

(Peter Ritter, PDS: Das ging bei uns rucki, zucki im Kreistag. Wir haben abgestimmt, ich verstehe das gar nicht.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl der Umweltminister immer wieder dem im Abfallwirtschaftsplan fixierten Wettbewerb das Wort redet, legt er gleichzeitig fest, dass lediglich mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlagen mit Landesmitteln gefördert werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Da tut er gut dran.)

Und gleichzeitig versucht er, die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in diese Richtung zu drängen. Klar ist allerdings, dass jeder Behandlungsschritt Geld kostet. Und wir müssen uns auch überlegen, wie es dann nachher ab 2005 aussehen soll.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Aber doch die Kommunen, Frau Holznagel, die haben doch die Verantwortung.)

Während uns vor nicht allzu langer Zeit in diesem Hohen Hause erläutert wurde, dass mittels der hochkalorischen Fraktion Einnahmen zu realisieren wären, muss heute davon ausgegangen werden,

(Peter Ritter, PDS: Und was war mit der Regierungskommission?)

dass für die Verbrennung der hochkalorischen Fraktion mindestens 100 bis 150 Euro je Tonne an zusätzlichen Kosten anfallen. Da bei den mechanisch-biologischen Behandlungsanlagen mindestens 40 Prozent des Inputs als hochkalorische Fraktion anfallen, ist mit einer erheblichen Kostensteigerung bei diesen Anlagen zu rechnen. Und das ist auch der Punkt, wo man die Kommunen nicht allein lassen kann. Die Kosten für die Verbrennung der hochkalorischen Fraktionen entsprechen schon heute nicht mehr den damaligen Angaben des Umweltministeriums und werden mangels Verbrennungskapazität ab dem Jahre 2005 weitersteigen beziehungsweise in andere Länder gehen. Wie vor diesem Hintergrund die Errichtung von mechanisch-biologischen Anlagen zu geringerem Ge-

bührenaufkommen für die Bürger unseres Landes führen soll, das bleibt mir auch hier ein Rätsel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mir auch.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Offensichtlich war es doch ein Fehler des Umweltministers, sich auf Beteuerungen einiger Wirtschaftsunternehmen zu verlassen, mit denen er auf Umweltmessen gesprochen hat. Vielmehr bewahrheitet sich heute die frühere Kritik des Landesrechnungshofes und meiner Fraktion am vorliegenden Abfallwirtschaftsplan und der Abfallpolitik der Landesregierung. Anstelle rechtlicher Grundlagen wurde der Abfallwirtschaftsplan lediglich in Bezug auf die Koalitionsvereinbarung erarbeitet und fortgeschrieben. Das ist nicht ausreichend, das müssen wir jetzt leider feststellen. Planungskosten für nicht umgesetzte Projekte wie das der EVG werden auf den Steuerzahler zurückfallen.

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie auf und bitte die Landesregierung, den Landtag entsprechend unseres Antrages zu informieren und endlich auf der Grundlage bestehender Gesetze und genauer Datenerhebung zu handeln. Und ich bitte Sie als Parlament, sich dem anzunehmen, dies nicht nur dem Umweltausschuss zu überlassen, denn hier ist es wichtig, gemeinsam zu beraten und auch Verantwortung zu übernehmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/731. Im Rahmen der Einbringung ist namens der Fraktion der CDU beantragt worden die Überweisung federführend in den Umweltausschuss und mitberatend in den Finanzausschuss. Ich lasse zuerst also über die Überweisung abstimmen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS sowie einer Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag in der Sache. Wer dem vorliegenden Antrag auf Drucksache 4/731 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der vorliegende Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/731 mit Zustimmung der Fraktion der CDU bei Ablehnung durch die Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Wiedereinführung der uneingeschränkten Residenzpflicht und des Sachkostenprinzips für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 4/733.

Antrag der Fraktion der CDU: Wiedereinführung der uneingeschränkten Residenzpflicht und des Sachkostenprinzips für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/733 – Das Wort zur Begründung des Antrages hat der Abgeordnete Dr. Jäger von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Herr Präsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal muss ich Asche auf unser Haupt streuen. Sie haben es wahrscheinlich gemerkt, das kann nicht heißen "Sachkosten-", sondern "Sachleistungsprinzip". Ich hoffe, das hat Sie bei der Vorbereitung nicht so sehr gestört, aber die Experten haben da sicher mal reingeguckt.

(Heinz Müller, SPD: Wir wussten, was gemeint ist.)

Vielen Dank, Herr Müller.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dadurch können sie jetzt zustimmen.)

Das ist sehr schön.

(Peter Ritter, PDS: Das wird auch nichts an der Ablehnung Ihres Antrages ändern, Herr Jäger.)

Herr Müller, ich habe das erwartet, dass Sie ins Gesetz gucken, und da steht Sachleistungsprinzip. Vielen Dank.

(Heinz Müller, SPD: Altes Problem. Wir wissen das.)

Und da sind wir aber auch gleich beim Thema. In der Debatte des heutigen Tages hat eine Kollegin gesagt: Ihr da von der CDU, ihr redet immer über Deregulierung, dann zieht doch mal euren Antrag zurück.

(Peter Ritter, PDS: Wie eben jetzt gerade.)

Nein, Herr Ritter, jetzt nicht zu fröhlich werden!

(Peter Ritter, PDS: Wir nehmen das sehr ernst.)

Da muss ich mal sagen, ich nehme ja normalerweise nicht viel Papier mit, aber so dick ist das Vorschriftenwerk, Herr Innenminister, das Sie in den letzten Wochen herausgegeben haben, um einen Bruch des Bundesrechts anzuordnen, nämlich vom Sachleistungsprinzip faktisch auf das Geldzahlungsprinzip wieder zurückzukommen – wohlgemerkt seit 1993 einer der Pfeiler der Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Sie hätten mal Ihren Bundesministerkollegen Schily fragen sollen, mit dem haben wir das damals nämlich ausgehandelt, der hätte Ihnen auch die Gründe erläutert.

Das Zweite ist: Die seinerzeit uneingeschränkte Anwendung des BSHG, also des Bundessozialhilfegesetzes, 1993, hat zu Dingen geführt, die wir in der Bundesrepublik nicht wollten, nämlich dass sich die Schlepper fett machen an den Zahlungen, die Vater Staat an Asylbewerber leistet. Nun gucken Sie mich irritiert an, der eine oder andere hat sich damals nicht darum gekümmert. Wenn Sie mal nachlesen, werden Sie in den Gesetzesbegründungen finden, dass sie damals auch im Bundesrat und mit unterschiedlicher Mehrheit, nämlich mit Ihrer – mit "Ihrer" meine ich die SPD –, beschlossen worden sind.

(Reinhardt Thomas, CDU: Der Asylkompromiss.)

Das war damals ein großes Problem, der unzügelbare Zuwanderungsdruck von Asylbewerbern – hier im Lande wird immer von Asylanten geredet, das möchte ich nicht, Asylbewerber heißt dies korrekt, damit das nichts Abwertendes hat –, von Asylbewerbern ...

(Zuruf aus dem Plenum: Aber warum?)

Ja, der Punkt ist, dass der Innenminister einen seinerzeit mühsam ausgehandelten Kompromiss ohne Not, doch, mit Not ... Frau Kollegin Gramkow hat ja schon gesagt, sie freut sich auf die Diskussion. Da kommt es her, nicht wahr.

(Peter Ritter, PDS: Richtig. Sehr richtig.)

Früher war es so, dass die Bürger nicht raus durften,

(Peter Ritter, PDS: Ja.)

jetzt machen wir alles auf, damit andere rein können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: Außerdem haben wir die Residenzpflicht erweitert, damit sie sich weiter bewegen können.)

Herr Ritter, das hat bei Ihnen offenbar eine große Tradition.

(Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU, und Peter Ritter, PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch ausreden! Sie sind doch sicher nachher dran.

(Peter Ritter, PDS: Nein, ich nicht.)

Ach, schade, ich hätte gerne noch mal diesen ...

(Peter Ritter, PDS: Wir haben auch andere Kollegen, die reden, deswegen rede ich ja jetzt ein bisschen mit Ihnen.)

Ach so!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Machen wir das nachher draußen?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS: Oh, das ist heute schon das zweite Angebot rauszugehen.)

Ich gebe ja nie die Hoffnung auf, zur Sachlichkeit zurückzukommen bei Ihnen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie sind ja nicht mitgekommen.)

Meine Damen und Herren, die Aufhebung der Ortsbeschränkung, die der Innenminister verfügt hat, wie gesagt, das ist schon ein ziemlich langer Erlass, der den Behörden den Bruch des bundesdeutschen Rechts anrät. Denn Sie haben selber gemerkt, sie kommen da nur mit einer Ausnahmebestimmung aus. Und Sie haben auch ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch hervorragend. Die gibt es aber.)

Ja, es ist eine hervorragende Arbeit zur Umgehung des Gesetzes. Wenn Sie das gut finden, mag das so sein. Ich bin groß geworden in der Vorstellung, dass zuerst einmal Rechtsstaatlichkeit gilt.

(Jörg Heydorn, SPD: Das ist eine Frage des Menschenbildes, was man hat.)

Das ist ein Menschenbild, genau das ist es,

(Peter Ritter, PDS: Aber Menschliches interessiert ja nicht. Das sehen wir ja an Ihrem Fraktionsvorsitzenden.)

nämlich auch für Asylbewerber klare, für sie auch verständliche Regelungen! Und wenn die den Erlass erst lesen müssen – das wird übrigens anempfohlen den Behörden, sie sollen diesen Erlass den Asylbewerbern nahe bringen –, dann verstehe ich überhaupt nicht mehr, was das soll. In Paragraph 56 Absatz 2 Asylverfahrensgesetz legis materiae steht drin, dass es eine Residenzpflicht gibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Sie gilt auch in Mecklenburg-Vorpommern, denn noch sind wir nicht aus der Bundesrepublik Deutschland ausgetreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und von dieser Residenzpflicht wird nun in einem langen Erlass des Innenministers und in einer Verordnung, die auch vom Herrn Ministerpräsidenten ordnungsgemäß unterzeichnet worden ist, angeblich eine Ausnahme gemacht und von dieser Ausnahme gibt es dann wieder eine Ausnahme. Die steht jetzt nicht in der Verordnung, sondern die steht in dem Erlass des Innenministers. Und da steht drin, also Leute, wenn das passiert, was wir befürchten, nämlich dass Asylbewerber die größere Bewegungsfreiheit zu Straftaten benutzen, dann schränken wir das ein.

Die Verwaltungen, die ich befragt habe, haben mir gesagt, das ist ein Verwaltungsaufwand: Jetzt müssen wir in jede Befugnis, die wir erteilen, zugleich hineinschreiben, wenn er schon mal Straftaten begangen hat, es wird begrenzt auf den Sitz der Ausländerbehörde, das heißt auf den Kreis, in dem der Asylbewerber die Entscheidung über seinen Antrag abwartet. Das müssen sie jetzt eigens machen. Das heißt, wir müssen alle durchprüfen.

(Peter Ritter, PDS: Wie viel sind denn das?)

Und das Zweite ist, ...

(Peter Ritter, PDS: Wie viel sind denn das?)

Wie viel das sind? Das kann ich Ihnen sagen.

(Peter Ritter, PDS: Ja.)

Das werden wir in Kürze wissen, wenn wir den Verwaltungsaufwand ...

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Ach! – Peter Ritter, PDS: Das kann ich ja nicht wissen.)

Entschuldigung, ich kann doch einen Erlass – ich weiß, dass Sie jetzt lachen, das ist typisches Unwissen –,

(Angelika Gramkow, PDS: Anscheinend.)

dieser Erlass, liebe Frau Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

ist am 01.09. dieses Jahres in Kraft getreten.

(Jörg Heydorn, SPD: Also können Sie uns das nicht sagen.)

Also, ich bin zwar ziemlich gut in Verwaltungssachen, aber Hellseher bin ich nicht,

(Peter Ritter, PDS: Aber Sie haben uns doch gesagt, Sie haben Verwaltung gemacht.)

das sind Sie. Sie haben ja diesen ganzen Kram erst angeleiert. Das muss man auch mal sagen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sie werden in die Geschichte dieser Republik eingehen mit der Regelung, die der Innenminister erlassen hat: Lass erst mal einen eine Straftat begehen und dann gehen wir wieder auf die gesetzliche Regelung zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

So wörtlich im Erlass, meine Damen und Herren, nachzulesen. Das ist schon ein richtig tolles Ergebnis einer Verwaltungskunst.

Das Nächste ist, es war seinerzeit übereinstimmend zwischen den beiden großen Parteien SPD und CDU, dass das Hingehen zum Sachleistungsprinzip dazu beitragen sollte, bestimmte, nicht gewollte Inanspruchnahme - ich spreche jetzt sehr vorsichtig, damals hat man von anderen Worten Gebrauch gemacht - zu verhindern. Das hat sich auch bewährt. Meine Damen und Herren, es ist für Schlepper nicht mehr so attraktiv, in Asylbewerberunterkünften Druck auf hier lebende Menschen auszuüben, um ihnen die paar Euro - jetzt sind es Euro, damals waren es Mark - abzuluchsen, die nämlich vom Schlepperlohn noch aufzubringen waren. Glauben Sie mir, wenn Sie so weitermachen, dann werden wir irgendwann mal darüber nachdenken, was ist das für ein Menschenbild, Herr Kollege Heydorn, welches Asylbewerber diesem Druck aussetzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Peter Ritter, PDS: Aber da ist doch nicht der Asylbewerber dran schuld.)

Das ist nämlich die reale Wirklichkeit.

(Peter Ritter, PDS: Da verwechseln Sie doch ein bisschen was. – Jörg Heydorn, SPD: Das ist unglaublich, was Sie hier zusammenkonstruieren! Das ist echt zum Kotzen! – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Meine Damen und Herren, ich gebe das wieder, was Sie, wenn Sie sich etwas Mühe machen würden, in den ...

(Lorenz Caffier, CDU: "Kotzen" ist unparlamentarisch.)

Ach, Herr Kollege Heydorn, ich erkläre Ihnen das mal bei einem Glas Bier, wie man sich miteinander ausspricht. Ich bestehe nicht darauf.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Aber ich wäre jetzt doch erfreut, Herr Ritter, wenn Sie Ihre Diskussionen \dots

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Dr. Jäger, einen kleinen Moment mal bitte.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, danke schön.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Also bei aller Meinungsverschiedenheit, meine Damen und Herren, der Gebrauch unparlamentarischer Begriffe und eines Klimas, das uns den Redner nicht mehr verstehen lässt,

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

glaube ich, ist trotz aller unterschiedlichen Auffassungen hier unwürdig für dieses Hohe Haus.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und ich bitte alle, die Würde dieses Hauses zu akzeptieren

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön, Herr Präsident.

Ich darf noch mal da ansetzen, wo Sie mich unterbrochen haben: Es war einmal übereinstimmend in dieser Republik, im Jahr 1993 und auch danach, dass es einen Sinn macht, bestimmte Anreize für Missbräuche durch Schlepperorganisationen zu unterbinden. Das ist der Hintergrund für das Sachleistungsprinzip gewesen und das war auch, meine Damen und Herren, der Hintergrund für bestimmte Beschränkungen auf den Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde. Und wenn mir gesagt wird, na ja, aber die möchten auch mal gerne in den Nachbarkreis oder in die kreisfreie Stadt, meine Damen und Herren, das war auch bisher schon möglich, nur umgekehrt. Es war nicht von vornherein erlaubt, sondern wenn Bedarf war, wurde der Einzugsbereich für den Einzelfall erläutert.

(Angelika Gramkow, PDS: Ha, ha!)

Wie wollen Sie also weiterhin sicherstellen, dass ein Asylbewerber für die Verhandlungen, die Gespräche in seinem Anerkennungsverfahren den Behörden überhaupt noch zur Verfügung steht?

(Reinhardt Thomas, CDU: Gar nicht! Polizisten hinterherschicken!)

Meine Damen und Herren, ich bitte, da auch mal ein bisschen an unsere Arbeitnehmer in diesem Lande zu denken, die, wenn sie als arbeitslos Gemeldete beim Arbeitsamt

(Reinhardt Thomas, CDU: Ja.)

einer Einladung nicht sofort Folge leisten, sofort mit einer Sperre zu rechnen haben.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das wissen wir.)

Das gilt für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger und nichts anderes sollte für unsere Gäste auch gelten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist der Hintergrund, warum wir der Auffassung sind, Herr Innenminister, dass Sie hier ein Fass aufgemacht haben, von dem wir hoffen, dass Sie den Deckel da wieder draufkriegen. Das war mit Sicherheit eine falsche Richtung, eine falsche Geste an Leute, die das nicht verdienen. Ich meine nicht die Menschen, die als Flüchtlinge kommen, die um Asyl nachsuchen. Wir haben ein geltendes Asylrecht, wir haben ein geltendes Asylverfahrensrecht, wir haben ein geltendes Grundgesetz und all das ist in Ordnung. Was nicht in Ordnung ist, ist, dass Sie eine Bundesregelung versuchen zu unterlaufen, nur um irgendjemand, der das politisch gerade mal braucht, einen Gefallen zu tun. Dafür ist das Asylverfahrensrecht ein zu kompliziertes und dafür ist unsere Gesellschaftsordnung auch zu vielschichtig. Nicht mal rein in die Kartoffeln und mal raus aus den Kartoffeln!

Meine Damen und Herren, wenn ich sehe, was Sie mittlerweile alles gemacht haben: Abschaffung der Richtlinie für die Förderung von Gemeinschaftsunterkünften, die Verordnung, die Sie hier vorlegen lassen, die beiden Erlasse zum Asylverfahrensgesetz und zum Asylverfahrensleistungsgesetz, alles ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben die Verbesserung der sozialen Betreuung vergessen.)

Die soziale Betreuung, liebe Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Und alle Besonderheiten der dezentralen Unterbringung?)

die soziale Betreuung ...

(Lorenz Caffier, CDU: Dezentral wurde ja gar nichts gemacht. Die müssen sie ja alle in eine Buchte einsperren. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Es ist richtig nett von Ihnen, dass Sie das ansprechen, weil offenbar gibt es Dinge, von denen sogar Sie nicht so viel Ahnung haben wie sonst.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sollten sich ein bisschen zusammennehmen!)

Schauen Sie bitte mal in die Unterbringungseinrichtungen dieses Landes, was da für die soziale Betreuung getan wird.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich glaube, da bin ich öfter als Sie, Herr Jäger. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Nein, entschuldigen Sie, ich kann niemanden betreuen, der in der Einrichtung gar nicht mehr ist, weil er sich gerade im Nachbarkreis aufhält.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, versuchen Sie doch einmal halbwegs sachlich das zu beurteilen, was wir hier als Antrag gestellt haben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Ich weiß, dass Sie wieder mal besprochen haben, der muss abgelehnt werden. Meine Damen und Herren, denken Sie daran: Wir sind Parlament, wir sind nicht das Vollzugsorgan der Regierung!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Denken Sie selber und überlegen Sie, ob Sie dem so zustimmen wollen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und als Erster hat das Wort der Innenminister des Landes Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat die Asylverfahrensdurchführungs-Landesverordnung geändert. Unser Ziel ist es, und zwar seit 1998, die Lebensbedingungen für die Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. Und in diesem Ziel unterscheiden wir uns offensichtlich

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, überhaupt nicht.)

sehr deutlich von Ihnen in der Partei, die ein C in ihrem Namen trägt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, überhaupt nicht.)

Und das bedaure ich sehr,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine Unterstellung.)

das bedaure ich sehr, Herr Dr. Jäger.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Ich bedaure es deswegen sehr, sage ich Ihnen ganz offen,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

weil wir seit einigen Jahren

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir müssen sogar die Schuldnerberatung schließen, weil wir kein Geld mehr haben.)

in Mecklenburg-Vorpommern eine deutlich ausländerfreundlichere Stimmung im Lande haben.

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Gott sei Dank!)

Und das ist den Ausländerbehörden zu verdanken,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie machen sich über andere lustig.)

das ist zum Beispiel auch der Härtefallkommission zu verdanken.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

das ist vor allem vielen ehrenamtlich und auch hauptamtlich wirkenden Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die sich darum bemühen, das Klima zwischen Deutschen und Ausländern im Lande zu verbessern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und ich sage auch: Wir als Koalition, insbesondere die Fraktionen, die SPD- und die PDS-Fraktion, haben einen deutlichen Anteil daran. Und alles, was in unseren rechtlichen Möglichkeiten liegt und diesem Ziel, ein ausländerfreundlicheres Klima in diesem Lande zu schaffen, dient, werden wir umsetzen. Und dies wird nicht der letzte Erlass sein, den wir auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine verehrten Damen und Herren, ich will Ihnen auch vor Augen führen, dass wir mit diesem Ziel als Regierung oder als Regierungskoalition nicht alleine stehen. Wir haben natürlich auf dem Wege der Erarbeitung der Verordnung die Landkreise und die kreisfreien Städte angehört und wir haben uns auch verglichen mit den anderen Bundesländern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und im Übrigen habe ich natürlich auch mit Herrn Kollegen Schilly die Dinge durchgesprochen, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, was sagt er denn?)

Ich komme der Reihe nach darauf zu sprechen.

Der Landkreistag hat in seiner Stellungnahme folgenden Satz formuliert und eine Reihe von Einzelausführun-

gen gemacht: "Nach ersten Stellungnahmen aus der Praxis wird die Landesverordnung grundsätzlich begrüßt." Das sagt der Landkreistag. Nun will ich Ihnen sagen, was die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte sagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wissen Sie, was "grundsätzlich" bedeutet, Herr Minister? – Zurufe von Michael Ankermann, CDU, und Kerstin Fiedler, CDU)

Nun lassen Sie mich mal ausreden!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wissen Sie, was "grundsätzlich" heißt?)

"Stellungnahme der Landkreise und kreisfreien Städte zur Einführung eines modifizierten Bargeldsystems", so, wie wir es in der Verordnung formuliert haben: Ablehnung Nordvorpommern, ansonsten Zustimmung, keine Einwände oder keine Stellungnahme. Das heißt, ein Kreis lehnt es ab, 17 andere stimmen dem zu

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso? Keine Stellungnahme ist eine Zustimmung?)

oder lehnen es jedenfalls nicht ab, weil sie keine Einwände haben. Da kann ich doch nur sagen: Offensichtlich kommen wir hier dem Anliegen der Kreise und kreisfreien Städte entgegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie haben ausdrücklich gesagt, dass mit dieser Umstellung Verwaltungsaufwand minimiert wird und demzufolge Verwaltungskosten gespart werden können. Und das war wohl auch ein Motiv für die Zustimmung, Herr Dr. Jäger. Es wird nicht komplizierter, sondern einfacher,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: 44 Seiten! 44 Seiten hat der Antrag, Herr Minister!)

jedenfalls nach dem Votum derer, die vor Ort die Verordnung umzusetzen haben.

Und nun will ich Ihnen vor Augen führen, weil Sie eine andere Darstellung gegeben haben, Herr Dr. Jäger, wie die anderen Bundesländer dazu stehen. Und zwar wissen Sie wahrscheinlich, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Sachleistungen, in Wertleistungen, also in Wertgutscheinen, und in Geldleistungen ausgereicht werden können. In Mecklenburg-Vorpommern wurden bislang 10 Prozent, genauer gesagt 10,49 Prozent aller Leistungen in Geldleistungen ausgezahlt. In Bayern zum Beispiel werden 23 Prozent aller Leistungen in Geldleistungen ausgezahlt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

nämlich 21 Millionen Euro, Wertgutscheine 3,7 Millionen Euro, Sachleistungen 63 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

In Baden-Württemberg zum Beispiel werden 57 Prozent aller Leistungen in Geldleistungen ausgezahlt. Auch Kollege Schäuble in Baden-Württemberg verstößt aus meiner Sicht nicht gegen das Bundesrecht, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Es gibt einen rechtswidrigen Erlass, Herr Minister. Zitieren Sie bitte vollständig!) Nun kommen wir mal zu unserem Nachbarland im weiteren Sinne, der Hansestadt Hamburg. Dort hat ja gerade ein Wechsel beim Amt des Innenministers stattgefunden. Der Vorgänger des jetzigen Kollegen, der damalige Amtsinhaber hieß Schill, der hat folgende Situation geschaffen: 99 Prozent aller Leistungen werden in Hamburg als Geldleistungen ausgereicht,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ein Stadtstaat, Herr Minister. Das wissen wir.)

null Prozent, nämlich kein einziger Euro, in Wertgutscheinen und 239.000 Euro in Sachleistungen. Nun mag es sein, dass der jetzige Amtsinhaber, mein ehemaliger Mitarbeiter im Ausländeramt in Horst, die Sachen anders sieht. Ich will es abwarten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber, Herr Dr. Jäger, alle anderen Bundesländer bis hin nach Hamburg haben bis zu 99,9 Prozent der Leistungen in Geldleistungen ausgezahlt. Da können Sie mir dreimal erzählen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Alle haben 99 Prozent!)

dass das alles gegen Bundesrecht verstößt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Alle haben 99 Prozent, Herr Timm!)

Diese Argumentation verfängt nicht. Ich sage Ihnen eins:

(Wolfgang Riemann, CDU: Ein schöner Vergleich!)

Wir wollen erreichen, dass wir einen menschenwürdigen sozialen und humanen Umgang mit Ausländern in diesem Lande pflegen. Und zu diesen Ausländern zählen auch Asylbewerber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich komme zu dem zweiten Komplex, das ist die Residenzpflicht. Die Residenzpflicht orientiert sich daran, in welchem Gebiet ein Asylbewerber normale Dienstleistungen, die er in Anspruch nehmen muss, wie Arztbesuche und andere, empfangen kann. Dafür, dass die Kreise in Mecklenburg-Vorpommern so klein sind, kann kein Asylbewerber was.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Andere Kreise, meinetwegen in Nordrhein-Westfalen, sind deutlich größer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie verstehen das Gesetz nicht.)

Und deswegen haben dort die Asylbewerber deutlich mehr Bewegungsfreiheit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach was!)

Dieses haben wir hier nachgeholt

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie verstehen das Gesetz nicht.)

und deswegen wird es auch so bleiben.

Die Fachbeamten, die sich mit dieser Materie befasst haben, sind zu folgender Einschätzung gekommen: "Die Verordnung wird die Ausländerbehörden entlasten". Ich zitiere, was die Fachleute in den Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte sagen: "Die Verordnung wird die Ausländerbehörden entlasten, da Einzelentscheidungen über Erlaubnisanträge" – Sie hatten das hier herausgehoben, das sei so schön gewesen – "sowie Ordnungswidrigkeiten und Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die räumliche Beschränkung zurückgehen werden."

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar!)

"Damit tritt letztendlich auch eine Entlastung der Polizei,"

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn ich das Strafgesetz aufhebe, dann gibt es keine Vorteile mehr.)

"der Bußgeldstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten, der Staatsanwälte und der Gerichte ein." Ich will erst mal abwarten, ob das so kommt, aber eine Verschärfung der Situation wird von keinem Fachmann gesehen. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Und die Politik, die wir hier für dieses Land machen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben das immer noch nicht verstanden.)

machen wir sehr verantwortlich. Sie haben mehrfach die Jahre 1992 und 1993 angesprochen, Herr Dr. Jäger. Ich will das hier nicht ausführen, das waren schlimme Zeiten für Mecklenburg-Vorpommern, die haben wir zum Glück hinter uns und ich möchte, dass das so bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Minister Dr. Gottfried Timm: Selbstverständlich.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, zitiere ich den Text Ihrer Verordnung richtig, wenn ich ihn so wie folgt vorlese: "können sich", nämlich die Asylbewerber, "ohne Erlaubnis vorübergehend in dem Bereich nach Satz 2 aufhalten, in dem die Ausländerbehörde liegt, für deren Bezirk den Asylbewerbern der Aufenthalt nach Paragraph 56 Absatz 2 Asylverfahrensgesetz gestattet ist"? Und wenn Sie diese Frage beantworten, irre ich mich, wenn das geltendes Bundesrecht ist, was ich eben zitiert habe, nämlich dass es eine generelle Verpflichtung gibt, im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde zu verbleiben?

(Reinhardt Thomas, CDU: Richtig.)

Minister Dr. Gottfried Timm: Wir haben die Durchführungsverordnung geändert, Herr Dr. Jäger. Damit haben wir Bundesrecht angewandt, nämlich gerade deswegen, damit die Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern nicht jedes Mal einen Antrag stellen müssen, wenn sie zum Beispiel zum Arzt müssen oder andere für sie lebenswichtige Dinge verrichten müssen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Dann fahren die nach Hamburg zum Arzt.)

Dafür hat das Bundesrecht Vorsorge getroffen und wir haben dies in Mecklenburg-Vorpommern durch die Verordnung angewandt. So ist es. (Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Vizepräsident Andreas Bluhm: Eine Nachfrage, Herr Minister? (Zustimmung)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Minister, können Sie mir dann bitte die Bestimmung im Bundesrecht nennen, die diese Vorsorge, die Sie eben umschrieben haben, enthalten soll? Ich kenne nur den Paragraphen 56 Absatz 2 Asylverfahrensgesetz.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen wir jetzt ein juristisches Seminar oder was? – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Minister Dr. Gottfried Timm: Die Bestimmung wird Ihnen mitgeteilt, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Da bin ich aber gespannt. Vielen Dank.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister

Jetzt hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Thomas. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Reinhardt Thomas, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Minister, die Fragen waren nicht ganz beantwortet, aber ich denke, das war zu erwarten.

Wir wollen doch mal ganz nüchtern bleiben: Die uneingeschränkte Residenzpflicht und das Sachkostenprinzip haben sich seit ihrer Einführung in Mecklenburg-Vorpommern bewährt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Regelung überlebte nämlich die große Koalition von 1994 bis 1998, diese Regelung überlebte die erste rot-rote Koalition und diese Regelung wird erst ein Jahr nach der zweiten rot-roten Koalition offenbar der PDS geopfert. So schlecht kann diese Regelung also für unser Land nicht gewesen sein.

(Peter Ritter, PDS: Es geht um die Asylbewerber und nicht um die PDS, Herr Thomas. Aber scheinbar können Sie das nicht begreifen.)

Im Übrigen entspricht – und das ist ja noch mal wiederholt worden – die Residenzpflicht dem Asylverfahrensgesetz. Das Sachleistungsprinzip ist im Asylbewerberleistungsgesetz festgeschrieben. Wir vertreten also Positionen, die vom geltenden Recht in diesem Lande gedeckt sind. Das muss man mal eindeutig sagen. Geltendes Recht ist aber für die PDS Steinzeit, flüchtlingspolitische Steinzeit.

(Peter Ritter, PDS: Ihr Antrag ist das, Ihr Antrag ist das.)

Herr Ritter, seines Zeichens Landeschef der PDS, möchte die Residenzpflicht für CDU-Anträge einführen:

(Peter Ritter, PDS: Sehr richtig. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Das ist erstens der Maulkorb für die Opposition im Landtag. Das ist zweitens das Verbot für die Opposition, Fragen nach der Rechtmäßigkeit bestimmter Verfahren überhaupt zu stellen. (Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gerd Walther, PDS: Das war doch ein Scherz?! – Peter Ritter, PDS: Das ist so.)

Das ist so. Das ist Ihr Demokratieverständnis und das wollten Sie doch wohl als demokratische Sozialisten einmal ändern. Wie war das doch mit dem Rosa-Luxemburg-Spruch?

(Gabriele Schulz, PDS: Ja?)

Man stelle sich vor, ein CDU-Landesvorsitzender hätte zu Regierungszeiten der CDU/F.D.P. die Residenzpflicht für PDS-Anträge gefordert, was hier in diesem Landtag los gewesen wäre!

(Peter Ritter, PDS: Aber die Residenzpflicht für Asylbewerber finden Sie in Ordnung, ja?)

Was hier in diesem Landtag los gewesen wäre! Sie wären im Karree gesprungen wegen dieses unerhörten Versuchs, ihre im Grundgesetz festgeschriebenen Rechte einzuschränken.

(Peter Ritter, PDS: Das habe ich von der CDU auch schon ein bisschen anders gehört. – Zuruf von Gerd Walther, PDS)

Und Sie hätten auch eine gute Presse dafür bekommen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Reinhardt Thomas, CDU: Wenn Recht und Gesetz ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Thomas, einen kleinen Moment.

Reinhardt Thomas, CDU: ... für Sie Steinzeit sind, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Einen kleinen Moment, ich muss Sie einmal kurz unterbrechen. Ich habe hier jetzt etwas zu sagen.

Ich weise erstens jegliche Kritik an der Amtsführung des Präsidenten hier zurück.

(Siegfried Friese, SPD: Richtig.)

Zweitens habe ich mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass es in einer geordneten Debatte auch um das Verstehen des Redners geht. Zwischenrufe sind möglich. Ich lasse mich hier aber nicht kritisieren, dass ich irgendwelche Zwischenrufe nicht ahnde. Wann der Punkt überschritten ist, das entscheidet der amtierende Präsident.

(Heike Polzin, SPD: Jawohl!)

So, Herr Thomas, jetzt können Sie in Ihrer Rede fortfahren.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke, Herr Präsident.

Kommen wir darauf zurück: Wenn Recht und Gesetz für Sie Steinzeit sind, dann frage ich mich, was Sie eigentlich wollen. Vielleicht aber ist das die Erklärung, dass Sie in dieser Regierung die Opposition sind, Opposition in der Regierung. Sie sitzen nämlich in dieser Regierung und in dieser Koalition politisch strategisch aus meiner Sicht in einer netten Mausefalle. Das Herzblut der PDS, die Wähler, wandern stetig zur SPD. Hinzu kommt die natürliche Überalterung der Wähler. Herr Ritter – und ich sage das sehr deutlich –, es ist legitim, sich nach neuen Wäh-

lergruppen für die PDS umzuschauen, aber bitte nicht durch Zuwanderung in unser Sozialsystem auf Kosten der Steuerzahler.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Jetzt wird 's verrückt!)

Das war nicht im Interesse der Väter unseres Grundgesetzes

(Peter Ritter, PDS: Es geht mir richtig ans Herz, wie Sie sich um die PDS sorgen.)

Das Ziel der Väter unseres Grundgesetzes war nach der fürchterlichen nationalsozialistischen Diktatur, den weltweit politisch Verfolgten in diesem Lande Asyl zu gewähren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist gut so und dafür steht die Opposition, steht die Union ohne Wenn und Aber.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir stehen aber auch dafür, Fehlentwicklungen zu kritisieren, die mit Asyl und politischer Verfolgung eben nichts mehr zu tun haben. Es muss doch in diesem Lande möglich sein, sachlich über die Rechtslage und Asyl zu diskutieren, ohne in die rechtsextreme Ecke direkt oder indirekt gestellt zu werden.

In Deutschland, meine Damen und Herren, kommt wirklich alles auf den Prüfstand. Keine soziale Errungenschaft ist mehr tabu. Bei den Reformen, die keine sind aus meiner Sicht, haben schon jetzt die verloren, die keine Lobbyisten im Bundestag haben und auch haben werden. Sehr viele Frauen und Männer werden an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt und denen werden schon im Vorfeld finanzielle Sanktionen angedroht, mit denen in Deutschland lebende Ausländer überhaupt nicht mehr rechnen müssen,

(Jörg Heydorn, SPD: Welche?)

auch wenn sie gegen Gesetze und Auflagen im Gastland verstoßen. Und das nur, weil es eine politische Hysterie in diesem Land gibt, es ist leider so, gegen Frauen und Männer, die mit ihren Ansichten, ob Sie sie gut finden, oder nicht, auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Und ich meine auch, das hat mit politischer Kultur nicht mehr so viel zu tun.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Thomas, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Heydorn?

Reinhardt Thomas, CDU: Am Ende. Ich möchte zu Ende reden. Es gab schon genügend Unterbrechungen.

Sie aber – und den Eindruck vermitteln Sie – wollen Asylrecht für alle, die nach Deutschland kommen. Ich denke, das geht nicht, das geht aus wirtschaftlichen Gründen nicht, das geht aus ethnischen Gründen langfristig nicht und das ist auch, und darüber muss man reden, ein finanzielles Problem für dieses Land.

(Angelika Gramkow, PDS: Sind Sie gegen Zuwanderung?)

Damit lösen wir nicht die Zukunftsprobleme in der Welt und schon gar nicht in den Entwicklungsländern. Deutschland und Europa haben eine Verpflichtung gegenüber den Problemregionen in dieser Welt, weil sie eben wirtschaftlich so leistungsfähig sind, um Hilfe leisten zu können.

Vergleichen wir doch das mal mit dem militärischen Bereich. Da hat sogar die rot-grüne Regierung erkannt, dass die Terrorismusprobleme dort bekämpft werden müssen, wo sie entstehen, Beispiel Afghanistan. Europa hat auch erkannt, dass die ethnischen Probleme auf dem Balkan langfristig nur mit einer Befriedung auf dem Balkan zu lösen sind. Auch in der Zuwanderungsdebatte benötigen wir dieses Umdenken. Da wird doch wohl mal darüber geredet werden dürfen. Direkte Hilfe vor Ort, nämlich dort, wo in dieser Welt die Not am größten ist. Und Sie wollten ja eine Grundsatzdiskussion heute haben. Dann müssen wir Ihnen das auch so sagen.

Der dritten Welt ist nämlich nicht geholfen,

(Peter Ritter, PDS: Mit Waffen.)

wenn die leistungsfähigen Länder, wenn Europa, vor allem Deutschland, die Sozialprobleme der ganzen Welt importiert, daran selbst zu Grunde geht und den Ärmsten der Armen in dieser Welt eben nicht mehr so helfen kann, wie Sie es auch gerne hätten. Ein Asylbewerber kostet uns in Deutschland – und ich denke, das muss man auch mal sagen – circa 5.000 bis 7.000 DM monatlich. Haben Sie sich, haben wir uns eigentlich schon mal genau überlegt, wie vielen Menschen wir mit diesem Geld zum Beispiel in Äthiopien helfen könnten, damit sie in Würde in ihren Heimatländern verbleiben können?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gerd Walther, PDS: Darüber haben wir schon nachgedacht.)

Im Übrigen, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Man kann das doch nicht gegeneinander ausspielen!)

Das hat etwas damit zu tun, mit diesem Asylrecht. Sie wollten eine Grundsatzdebatte. Ich habe mich nur Ihren öffentlichen Argumenten angepasst.

Im Übrigen, Sie wollen doch auch immer mehr, viel mehr Demokratie wagen, also viel mehr Macht für das Volk. Da ist ein Volksentscheid auch mit dabei. Dann stellen Sie doch mal den Antrag, dass in Deutschland darüber abgestimmt wird.

(Angelika Gramkow, PDS: Wer verhindert denn, dass es Volksentscheide gibt im Grundgesetz?!)

Auch das ist eine wirkliche demokratische Legitimierung

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

von einem strittigen Thema, was wir haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Ist die CDU neuerdings für Plebiszite im Grundgesetz?)

Frau Gramkow, und noch eins: Gerade Sie kennen die Haushaltslage des Landes und der Kommunen. Bei der Polizei schlagen SPD und PDS ganz kräftig zu. Das sind bei den Beamten über 100 Euro weniger im Monat. Die Krankenkassen streichen Leistungen für Versicherte aus ihren Katalogen.

(Peter Ritter, PDS: Und daran sind die Asylbewerber schuld, ja?)

Es ist auch legitim, darüber zu reden, was uns die nicht politisch Verfolgten kosten, was uns die nicht politisch Verfolgten wirklich kosten und ob es nicht besser wäre, dafür Hilfe vor Ort zu gewähren.

Und ich muss es ganz deutlich sagen, Sie müssen da mal hingehen: Wie sieht es aus im Lande, hinter den Kulissen, auch wenn man einmal nachfragt? In Rostock leben insgesamt 442 Asylbewerber. Im Juli wurden für diese Asylbewerber 198.000 Euro ausgegeben. Von Januar bis Juli 2003 waren es 1.217.000 Euro, im vorigen Jahr 2.093.000 Euro. Politisches Ziel ist es, in Rostock die Asylbewerberheime aufzulösen und voll auf dezentrale Unterkünfte zu setzen. Eine Statistik zur dezentralen Unterkunft und den Kosten wird nicht geführt. Warum wohl?

(Angelika Gramkow, PDS: Dann kommen Sie mit mir in Schwerin mal mit, dann gucken wir uns das mal an!)

Es werden Asylbewerber in dezentrale Unterkünfte eingewiesen, obwohl noch Platz in den Heimen ist. Und diese Heime sind nicht menschenunwürdig. Das sind gute Heime.

(Gerd Walther, PDS: Kommen Sie mal mit nach Bellin bei Ueckermünde! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Im Landkreis Bad Doberan musste ein neues Heim gebaut werden, weil nach der Richtlinie des Landes die Heime in Zentren verlegt werden sollten. Im Schnitt sind 108 Personen dort untergebracht. Die Kapazität ist für 160Personen ausgelegt. Gesamtkosten über 43.000 Euro im Monat, die der Landkreis allein für dieses Heim aufbringen muss.

Wie sieht die Realität aus, wenn man sich mal mit den Mitarbeitern unterhält, die die Sachen bearbeiten, die die Rechnungen bekommen? Asylbewerber sind im Durchschnitt sehr fordernd - die wirklich politisch Verfolgten nicht –, sie wissen, was sie wollen. Wenn sie zum Beispiel nicht dezentral untergebracht werden, dann kommen solange ärztliche Bescheinigungen über die Gesundheitsschäden durch diese Gemeinschaftsunterkünfte, bis das klappt. Es gibt Fälle von extremen Krankenkosten. Wenn Sie nachfragen, werden Sie diese Beispiele hören. Da fahren Asylbewerber nach Süddeutschland, gehen dort als Notfälle in die Klinik mit Kuraufenthalt. Die Ärzte schreiben alles auf, was verlangt wird, auch die teuersten Medikamente, die unsere Krankenkassen schon nicht mehr bezahlen. Komplettsanierungen von Zähnen sind an der Tagesordnung. Kein Arzt will unter Druck geraten, vielleicht ausländerfeindlich zu sein. Im Landkreis Bad Doberan haben sich die Kosten für Krankenhilfe innerhalb der letzten vier Jahre verdoppelt. Aber darüber redet man ja nicht, das ist unanständig.

Die überwiegende Anzahl der Asylbewerber ist äußerst mobil, auch mit Pkw, die auf andere Namen angemeldet sind. Die Ämter wissen das und sind macht- und hilflos. Nur circa 20 Prozent der Asylbewerber halten sich in den Heimen ständig auf. Dauernde Verletzungen der Aufenthaltsbeschränkungen sind an der Tagesordnung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist ein offenes Geheimnis, dass circa 80 Prozent der Asylbewerber ständig unterwegs sind und vermutet wird, dass viele davon auch schwarzarbeiten. Nach Zeitungsberichten hat die Schwarzarbeit im Hotel- und Gaststättengewerbe zu milliardenschweren Steuerausfällen geführt. Bei einer bundesweiten Aktion stellten die Behörden bei jedem vierten der über 6.000 kontrollierten Beschäftigten Unregelmäßigkeiten fest. Nach Angaben der Oberfinanzdirektion Nürnberg wurden 370 Straf- und Bußgeldverfahren eingeleitet. 96 Personen wurden wegen Verstößen gegen das Ausländerrecht festgenommen, so die "Ostseezeitung". Wollen wir denn das noch mit fördern? Das hat doch was mit Residenzpflicht zu tun.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

Das sind nur die Steuerausfälle, das sind aber auch Arbeitsplätze in diesem Land. Wird mal einer zum Beispiel in Hamburg erwischt, wird nur der eine Tag abgezogen. Macht einer etwas Druck, weil er zum Beispiel – und das ist wahr – in Nordrhein-Westfalen mit 2.000 Dollar erwischt wurde, die er zurückzahlen soll beziehungsweise mit dem Sozialhilfesatz verrechnen soll, dann wird zurückgezuckt. Man will nicht ausländerfeindlich sein. Die Zahl der wirklich anerkannten Asylbewerber ist äußerst gering. Abschiebungen sind eben nicht an der Tagesordnung. Auch die sind äußerst gering. Wenn Behörden von Kontrollmöglichkeiten bei Duldung mit Entzug der Duldung Gebrauch machen wollen, werden sie sofort in die ausländerfeindliche Ecke gestellt.

Ab 2004 kommt noch ein Problem auf die Kommunen zu. Das Land plant die Budgetierung für die Landkreise im Bereich der Ausländerheime mit all den Kosten. Das heißt, dass ab 2004 die Steigerungen, also die Mehrkosten bei den Landkreisen hängen bleiben werden. Diese Steigerungen wird es weiterhin geben. Es ist doch wohl legitim, auch darüber in diesem Landtag mal nüchtern und sachlich reden zu dürfen.

Die Dauer der Asylverfahren beträgt im Schnitt fünf bis sechs Jahre. Fünf bis sechs Jahre, meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht fragen, warum. Ich würde den Justizminister jetzt fragen. Fakt ist eins: Es ist üblich, dass Anwälte Asylbewerber sehr gut beraten. Das ist in Ordnung, dafür gibt es auch gute Gründe.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist ihre Verpflichtung, ihre Pflicht!)

Das ist eine Verpflichtung, aber sie werden auch sehr gut dafür vergütet.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist in Ordnung.)

Wie läuft das aber praktisch?

(Karsten Neumann, PDS: Das gibt es nicht!)

Im Zuge des Abschiebungsverfahrens wird ein Asylfolgeantrag gestellt. Die Folge ist, die Abschiebung wird abgebrochen, der Antrag wird geprüft und ein neues Rechtsmittelverfahren in Gang gesetzt. Mit dem Folgeantrag hat der Asylbewerber die Möglichkeit, neue Verfolgungsgründe - also auch seine eigenen, die er meint, die er hat - anzuführen, die rechtsstaatlich geprüft werden müssen. Meinen Sie nicht, dass das etwas überzogen ist, dass man hier auch etwas straffen muss? Da gibt es Fälle, die machen das vier- bis fünfmal und nichts passiert, keine Konsequenzen. Die Verfahren ziehen sich deswegen in die Länge, die Verwaltungsgerichte sind völlig überlastet. Wir zahlen weiter hohe Kosten für Asylbewerber, die eigentlich schon hätten abgelehnt sein können, die aber weiter in unserem Lande leben. Ich glaube, wir machen, ich sage ruhig "wir", da etwas falsch in Deutschland. Das kann nicht gut gehen, mit Humanität hat das nichts mehr zu tun.

Johannes Rau hat deswegen schon vor zwei Jahren vor, Zitat, "falscher Ausländerfreundlichkeit" gewarnt: "Falsche Ausländerfreundlichkeit nenne ich es, wenn so getan wird, als gebe es keine Probleme im Zusammenleben."

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Manche Deutsche fühlen sich fremd im eigenen Land, darauf müsse die Politik Rücksicht nehmen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Weiter im Zitat: "Nur der ist willkommen, der die Werteordnung unseres Grundgesetzes für sich annimmt. Zu dieser unserer Werteordnung im Grundgesetz gehört das Asylrecht für politisch Verfolgte." Dazu stehen wir alle. Zu unserem Asylrecht gehören aber auch, das muss man deutlich sagen, die Residenzpflicht und eben das Sachkostenprinzip. Es ist doch wohl legitim, als demokratische Opposition hier im Landtag das im Parlament einzufordern.

(Siegfried Friese, SPD: Wer hindert Sie daran?)

Was ist daran illegitim? Nur weil es nicht Ihrer Meinung entspricht?

(Siegfried Friese, SPD: Wer hindert Sie denn daran?)

Ich will Ihnen mal etwas sagen: Was da zum Teil auch in der Presseerklärung rübergekommen ist, das ist unterschwellig eine Richtung. Wer eine andere Meinung hat, wird in eine Ecke gestellt. Das ist eben kein politischer Stil und davon sollten wir uns verabschieden, auch bei diesem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bitte trotz Ihrer Ablehnung natürlich um Zustimmung für unseren Antrag, weil dieser Antrag auf dem Boden des Grundgesetzes steht, genau wie wir als Union und wie wir als Opposition in diesem Landtag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

(Jörg Heydorn, SPD: Meine Frage.)

Ja, Entschuldigung. Herr Innenminister, einen kleinen Moment bitte.

Herr Thomas, ...

(Reinhardt Thomas, CDU: Die Frage möchte ich nicht beantworten, das können wir sein lassen.)

Also, dann doch jetzt der Innenminister Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin von Herrn Dr. Jäger gefragt worden, wo sich die Rechtsgrundlage für die Verordnung findet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und das möchte ich Ihnen gerne mitteilen. Die findet sich im Asylverfahrensgesetz Paragraph 58, der die Überschrift trägt: "Verlassen eines zugewiesenen Aufenthaltsbereichs". In Paragraph 58 Absatz 6 heißt es: "Um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, können die Lan-

desregierungen durch Rechtsverordnung bestimmen, daß sich Ausländer ohne Erlaubnis vorübergehend in einem die Bezirke mehrerer Ausländerbehörden umfassenden Gebiet aufhalten können." Von dieser Befugnis hat die Landesregierung in Schwerin Gebrauch gemacht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vorübergehend.)

Vorübergehend heißt in Mecklenburg-Vorpommern bis zu fünf Tagen. Ich will Ihnen, Herr Thomas, auch noch mal die Zahlen in Erinnerung rufen für den Zuzug von Asylbewerbern im letzten Jahrzehnt. Wir hatten 1992 438.191 Asylbewerber in Deutschland

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und 2002, also zehn Jahre später, 71.000. Das ist eine sehr deutliche Reduzierung. Und weil das so ist und Mecklenburg-Vorpommern an dieser Reduzierung einen Anteil hat, sind wir in der Lage, die Bestimmungen etwas zu lockern, und daran werden wir festhalten. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Körner von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es hat ja immer einen hohen Unberechenbarkeitsfaktor, wenn man nach den beiden Vorrednern, Kollege Jäger und Kollege Thomas, an das Rednerpult treten muss.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dr. Timm dürfen Sie nicht vergessen.)

Im Prinzip ist man ja vor Überraschungen nicht sicher. Da sich aber die Überraschungen in diesem Raum verdichten, weiß man so ungefähr, was kommt, und insofern kann man dann auch wieder ganz gelassen bleiben. Herr Jäger ist seiner Rolle treu geblieben, dass er wie üblich allen hier im Raum, außer dieser Fraktion natürlich, mehr oder weniger signalisiert hat, dass sie von der Sache ja eigentlich nichts verstehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so. Der Minister hat es doch gerade gezeigt. Er kann nicht mal ein Gesetz zitieren!)

Das ist seine übliche Tour, die er heute auch wieder angebracht hat. Und dann ist mir aufgefallen, Kollege Jäger, dass der Zusammenhang zu dem Wort "Asylbewerber",

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

der einzige den Sie hergestellt haben, kriminelle Handlung ist, kriminelles Umfeld ist, sprich Schlepper.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Andere Assoziationen im Zusammenhang mit dem Wort "Asylbewerber" habe ich bei Ihnen und Ihren Ausführungen nicht registriert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich will Ihnen ja gar nicht unterstellen, dass Sie mit dieser Assoziation in Teilen auch Recht haben. Das Thema Asylbewerber aber ist viel, viel größer

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und die Verordnung, die hier zum Tragen kommen soll, hat eine völlig andere Zielrichtung. Kollege Thomas, ich weiß immer nicht, wenn Sie dieses Thema sozusagen in den Rahmen der übrigen Weltprobleme stellen und bis nah, insbesondere wenn Sie dann auf die PDS gucken, an den Rand der Weltrevolution stellen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

dann habe ich bei Ihnen die Wahrnehmung, dass Sie mit dem Thema Asyl, so, wie Kollege Jäger lediglich das Thema Kriminalität.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Sie lediglich das Thema Geld verbinden. Das Thema Asylbewerber lediglich mit dem Thema Geld zu verbinden, das geht auch an dem Grundanliegen vorbei,

(Reinhardt Thomas, CDU: Was? Die Grundanliegen sind geregelt!)

welches dieses Thema assoziiert, denn Ausländerfeindlichkeit, Gesundheitswesen und Asylverfahren mussten natürlich auch wieder vorkommen.

Nun gucke ich auf die Überschrift Ihres Antrages. Die hat doch etwas ganz Pragmatisches im Auge, aber sicher, die restlichen Probleme der Welt packen Sie da mit rein.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie haben die Lösungsansätze zwar nicht ganz so deutlich formuliert, dass sie jeder verstehen kann, aber immerhin, Ihr weltumspannender Geist wird hier mal wieder deutlich. Dabei geht es hier und heute eigentlich nur um zwei Dinge. Ich will sie noch einmal mit ganz wenigen Worten zusammenfassen. Es geht erstens um das Sachleistungsprinzip. Und ich muss das nicht wiederholen, was der Innenminister gesagt hat, in wie vielen Ländern das Sachleistungsprinzip deutlich angewendet wird und wie viele Landkreise bei der Befragung diesbezüglich gesagt haben, das ist besser!

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Und Sie sagen, es soll außer Kraft gesetzt werden. Warum soll denn etwas außer Kraft gesetzt werden – wenn wir jetzt mal den ganzen Ramsch an Ideologie beiseite lassen –,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

warum soll denn etwas außer Kraft gesetzt werden oder nicht verändert werden, wenn die Kreise sagen, das ist einfach praktikabler?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Gutscheine müssen gedruckt werden, sie müssen ausgegeben werden und sie müssen verrechnet werden. Das Geld ist hier einfach praktikabler. So sagen es die Kreise und im Übrigen wohl auch der Landkreistag.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Und nun zum zweiten Punkt, der Aufhebung der Residenzpflicht. Es ist ja keine generelle Regelung bis nach Peking oder Honolulu,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wäre gut.)

sondern es ist eine Aufhebung im Rahmen der bestehenden vier Planungsregionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo Sie Recht haben, haben Sie Recht.)

Und auch da ist es doch nachvollziehbar, dass es Termine gibt für Kultur, Arzt und Sport, wo sich der Asylbewerber über die Landkreisgrenze oder die Grenze der kreisfreien Stadt innerhalb der Planungsregionen hinausbewegen kann. Ich sehe bei beiden Dingen nichts Anstößiges und schon gar nichts Ideologisches.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, weil Sie das Gesetz nicht kennen.)

Die Weltrevolution mag sicherlich noch lange auf ihre Verwirklichung warten. Ich habe sie nie ersehnt und ich denke, sie wird auch nicht kommen. Lassen Sie uns bei diesen Sachfragen bleiben. Hinsichtlich dieser Sache sind die Regelungen weiter nichts als praktikabel und pragmatisch und von daher vermag ich der Intention Ihres Antrages nicht zu folgen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das glaube ich.)

und ich denke, die Regierungskoalition auch nicht. Er verdient, abgelehnt zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Körner

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es passt schon alles ganz gut zusammen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach?)

denn die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern von Montag verlautet, dass wir den Tiefstand der Antragsteller an Asylverfahren haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wegen der 93er-Regelung.)

3.548 waren es im vergangenen Monat. Das ist die tiefste Quote seit April 1987. Zeitgleich behandeln wir heute einen Antrag der CDU-Landtagfraktion Mecklenburg-Vorpommern, die das Sachleistungsprinzip kippen möchte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, umgekehrt. Erhalten. Wir wollen den Rechtszustand erhalten.)

Und fast punktgenau,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. Sie haben es immer noch nicht kapiert!)

fast punktgenau wollen Sie das jetzige Prinzip kippen. Sagen wir es so.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

Jaja.

Und zeitgleich, ich zitiere mal sinngemäß Herrn Stoiber aus der "Welt" vom 7. September, setzt sich Herr Stoiber dafür ein, dass Sachleistungen künftig generell auch für die Sozialhilfeempfänger gelten sollen, die Arbeit ablehnen. Es passt schon alles gut zusammen.

Schaue ich mir den Antrag der CDU-Fraktion zur Wiedereineinführung der uneingeschränkten Residenzpflicht

und des Sachleistungsprinzips für Asylbewerber im Land an, könnte ich es mir leicht machen. Ich würde in puncto Sachkostenprinzip einen Satz des Asylleistungsgesetzes verlesen und die Unsinnigkeit Ihres Antrages damit belegen. Ich würde Ihnen kurz sagen, dass die Ausdehnung der Residenzpflicht auf die vier Planungsregionen des Landes ein Minimalkonsens war.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Politisch also bewusst gewollt und umgesetzt, woran wir keine Luft kommen lassen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Summa summarum könnte ich die Ablehnung seitens der PDS-Fraktion kurz damit begründen und es damit gut sein lassen. Aber ganz so einfach, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mache ich es mir nicht. Ich möchte wirklich inhaltlich mit Ihnen darüber sprechen, denn ich glaube schon, dass dieser Antrag viel mehr ist als nur die Frage nach unterschiedlichen Interpretationen von Gesetzestexten.

Sie verweisen in Ihrem Antrag auf den Vorrang des Sachleistungsprinzips und behaupten, einen Widerspruch gegen das Asylbewerberleistungsgesetz festzustellen. Und wenn man in das Gesetz hineinschaut, beschreibt der Gesetzestext zunächst einen Vorrang der Sachleistung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist korrekt, aber der Text geht weiter. Ich zitiere sinngemäß aus dem Paragraphen 3 Absatz 2: Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen können, soweit es nach dem Umständen erforderlich ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erforderlich.)

anstelle der vorrangig zu gewährenden Sachleistungen, Leistungen in Form von Wertgutscheinen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen im gleichen Wert gewährt werden

(Dr. Armin Jäger, CDU: Soweit erforderlich.)

Nun könnten Sie nach den erforderlichen Umständen fragen, Herr Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.)

denen unsere Wahl für das Bargeld zugrunde liegt. Ja, ich kann Ihnen solche Umstände nennen, und zwar sind das zutiefst humane Umstände. Wir gehen nämlich davon aus, dass es die Menschenwürde gebietet, Menschen wie Menschen zu behandeln.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und dort, wo wir einen Ermessensspielraum im Sinne dieser Menschen haben, wollen wir ihn ausnutzen, dass man Menschen nicht unnütz beschämt, indem man sie mit modernen Mitteln brandmarkt, dass man sie eben nicht in ihrer Kauffreiheit einschränkt

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und sie von der Möglichkeit des Preisvergleiches ausnimmt. Sie wussten sicherlich genau wie ich, dass zu Zeiten der Wertgutscheine ein Umrechnungskurs von 1:0,8 zwischen Gutschein und Geldwert bestand, dass viele

Asylbewerber auf diesen Umtausch angewiesen waren, beispielsweise um Anwaltskosten aufzubringen, denn in den seltensten Fällen ist ein Asylverfahren mit dem Bescheid des Bundesamtes für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten beendet. Oft müssen Asylsuchende ihr Recht vor dem Verwaltungsgericht erstreiten.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Aber ich möchte noch einmal auf die humanen Hintergründe für diese aktuelle Regelung kommen, denn dies ist keine Erfindung aus Mecklenburg-Vorpommern. Sachsen-Anhalt war Vorreiter in Sachen Bargeldauszahlung, fast alle Kommunen in Hessen zahlen Bargeld aus, ebenso wie in Hamburg, in Bremen und in Rheinland-Pfalz. Ich glaube, gerade durch die Wahl der Bargeldauszahlung sprechen die Verantwortlichen in den anderen Bundesländern und Kommunen eine ganz deutliche Sprache, und dies übrigens vollkommen unabhängig von der politischen Einfärbung.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie sprechen in Ihrem Antrag von der angeblichen Gefahr, dass Schleuser und Menschenhändler noch mehr Anreize erhalten könnten, nicht asylberechtigte Personen nach Deutschland zu verbringen, weil sie dann in Mecklenburg-Vorpommern Bargeld von Asylbewerbern einkassieren könnten. Es ist schon interessant, dass nicht der asylsuchende Mensch im Mittelpunkt Ihrer Betrachtung steht, sondern ein in Betracht kommender Schleuser.

Unabhängig von diesem Fakt habe ich versucht, mir Ihr Bild, welches Sie hier beschreiben, praktisch vorzustellen. Da kommt also nach Ihrem Muster der Schleuser des Nachts bis an die deutsch-polnische Grenze und hat in seinem Schlepptau einige Personen, die illegal nach Deutschland einreisen wollen. Der Schleuser beendet seine Tour an der Grenze, weist den Flüchtlingen den Weg über die Grenze und sagt ihnen noch kurz, worauf sie achten sollen. Und nun kommt Ihr Ansatz. Er verabredet sich jetzt noch rasch mit den Flüchtlingen für den Tag der ersten Bargeldauszahlung, das kann übrigens eine Weile dauern, zu dem ja dann auch prompt alle Betroffenen kommen und ihm freiwillig in Größenordnungen Bargeld übergeben. Muss ich mir das so vorstellen?

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich frage mich ganz ehrlich, was treibt Sie dazu, solch eine Antragsbegründung hier niederzuschreiben. Es geht hier um Menschen, die oft nichts mehr zu verlieren haben, die heute nicht wissen, wie und wo sie morgen ihr Leben gestalten oder aushalten müssen. Wenn es nicht um Menschen ginge, die oft das Schicksal das Ihre nennen, was von unseren tagtäglichen Problemen, wenn wir sie damit vergleichen, wirklich nur noch lachhaft ist, wenn es also nicht um diese Menschen ginge, die unserer Solidarität bedürften, der fairen und menschenwürdigen Behandlung, dann könnte ich über Ihren Teil der Begründung nur lachen. So aber bleibt mir das Lachen im Halse stecken.

Herr Thomas, Sie sagten vorhin in der Debatte zur Seeanlagenverordnung, als es darum ging, dass die Bootsführer durch die Anlagen in der Ostsee gefährdet sein könnten, das ginge doch alles nicht, es geht doch um Menschenleben.

(Beifall Alexa Wien, PDS)

die bei der Rettung dieser Betroffenen doch so wichtig seien. Richtig, es geht um Menschenleben. Menschenrechte sind nicht teilbar, egal ob auf der Ostsee oder hier auf dem festen Lande.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich möchte noch einmal auf die gelockerte Residenzpflicht für Mecklenburg-Vorpommern eingehen. Ich sagte es bereits, es ist ein Minimalkonsens. Wenn es nach den Vorstellungen der PDS gegangen wäre, dann hätten wir den Bewegungsfreiraum auf das gesamte Landesgebiet ausgedehnt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Auf die ganze Bundesrepublik. – Udo Timm, CDU: Berechtigt.)

Und auch hier ist es eine Frage des Grundverständnisses, welches wahrscheinlich ein anderes ist, als das der Antragsteller. Ich sage das ganz wertungsfrei. Wir wollen eben nicht die Asylsuchenden unnötig darin einschränken, Bekannte und Verwandte in anderen Landkreisen zu besuchen, wir wollen sie nicht von einem Teil des kulturellen oder auch des sportlichen Lebens ausschließen und wir wollen sie auch nicht unnötig bremsen, wenn es beispielsweise darum geht, auf Arbeitssuche zu gehen,

(Dr. Henning von Storch, CDU: Früher haben Sie ein ganzes Volk eingesperrt!)

was für diese Gruppe der Betroffenen ohnehin schwieriger ist als für jeden anderen Arbeitslosen bei uns im Land. Wir wollen auch Schluss mit einer unsäglich verfälschten Kriminalstatistik machen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

die zusätzlich unnötigerweise die Beamten der Polizei mit Dingen beschäftigt, die wirklich umsonst sind. Sie wissen, wir wissen, dass im Bereich der so genannten Ausländerkriminalität ein großer Anteil der so genannten Straftaten bisher eigentlich die Verletzung der Residenzpflicht darstellte. Diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Kollegen der Polizei konnten wir wenigstens reduzieren, damit sie sich wirklich auf die Dinge konzentrieren können, die wichtig sind im Land.

Mit der Residenzpflicht, wie sie bisher galt, haben wir übrigens in Europa eine Vorreiterrolle innegehabt, aber leider im negativen Sinne. Sie wissen auch, dass in vielen anderen europäischen Staaten ein vergleichbares Modell nicht existiert. Dass Mecklenburg-Vorpommern nun Vorreiter in Deutschland in Sachen Lockerung ist, das, glaube ich, geht in die richtige Richtung.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sehr geehrte Kollegen der CDU, ich hatte vor der heutigen Rede lange überlegt, ob ich sie angriffslustig gestalten soll oder aber ob ich versuche, Ihnen eine Brücke zu bauen. Ich habe mich für Letzteres entschieden, weil ich die Hoffnung habe, dass einige unter Ihnen Bauchschmerzen mit dem eigenen Antrag haben werden. Ich weiß unter Ihnen Vertreter, die vielleicht auch aus christlicher Sicht in Gewissenskonflikte kommen, wenn sie Ihrem Antrag zustimmen sollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Glaube ich nicht.)

Gerade auch in meinem Bekanntenkreis gibt es Pastoren und Pfarrer, ob evangelisch oder katholisch, die, wüssten sie, dass heute so ein Antrag zu Buche steht, sich unwahrscheinlich darüber aufregen würden. Es sind sehr oft, das sage ich bewusst so, Pastoren und Pfarrer, die sich der CDU sehr zugetan fühlen, weil diese Pastoren

und Pfarrer sich in ihrem täglichen Leben auch immer wieder bemühen, Brücken zu bauen, auch Brücken für Asylsuchende. Ich glaube, Sie tun auch Ihren Kollegen in den Kirchen mit diesem Antrag heute einen ganz, ganz schlechten Gefallen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das sehen Sie vollkommen falsch!)

Für die PDS-Fraktion möchte ich die Ablehnung des Antrages ankündigen und werbe nochmals in den Reihen der CDU. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Walther.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Innenminister, das ist die Crux, wenn Sie ein Gesetz auslegen. Paragraph 58 haben Sie mir hier runtergeschleudert und haben richtig vorgelesen: "Um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen". Und nun habe ich noch mal in Ihre Verordnung geguckt. Sie haben Ihre vier Traumplanungsregionen genommen und haben gesagt, das ist es. Na gut, jetzt dürfen Sie einmal in Regionen denken, denn das andere hat man Ihnen weggenommen. Aber das ist natürlich vollkommen unlogisch, was Sie hier sagen.

(Siegfried Friese, SPD: Wer sagt denn das?)

Ich dachte, Herr Friese, das ist vom Tisch. Aber gut. Okay.

(Siegfried Friese, SPD: Das ist nicht weggenommen.)

Aber es ist vollkommen unlogisch, was Sie da wieder mal von sich geben.

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Wir beide wissen ja voneinander, dass wir logisch denken können. Ich versuche es.

(Zuruf von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD)

Sie sagen ...

Herr Körner, jetzt rede ich mit dem Innenminister, Sie bitte nicht! Lassen Sie es!

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ihnen erkläre ich es nachher etwas einfacher. Es ist mir lieber, denn Sie verstehen es eh nicht.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Er hat den Innenminister so lieb, er will ihn ganz für sich haben. – Glocke der Vizepräsidentin)

Genau das, denn er ist ja derjenige, der solche Verordnungen macht. Und wenn er dann noch nicht mal die Ermächtigungsgrundlage versteht, auf die er sie stützt, dann wird es doch bedenklich in diesem Lande. Also, noch mal Herr Innenminister, damit Sie es verstehen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Von wegen, Herr Dr. Jäger wird uns das schon erklären.) Ja, natürlich, das verstehen dann auch Sie. Lassen Sie mich doch mal! Herrgott, ist das so schlimm, mal drei Sätze zuzuhören? Schmerzt das denn so?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ja, das dachte ich mir. Sie dozieren auch lieber und haben keine Widerworte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist natürlich klar. Ich bin zugänglich.

So, noch mal: Der Paragraph 58 spricht davon, dass Ausnahmen durch Rechtsverordnungen zugelassen werden, Herr Innenminister.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU – Der Abgeordnete Dr. Klaus-Michael Körner bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich rede jetzt erst aus, Herr Körner. Setzen Sie sich bitte noch einen Augenblick hin! Ich antworte Ihnen auf jede Frage.

> (Heiterkeit bei den Abgeordneten – Der Abgeordnete Jörg Heydorn bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Es macht richtig Spaß. Es wollen alle was von mir hören.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, dann frag ich jetzt ...

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin, darf ich, nachdem ich geendet habe, die beiden Fragen, die sich andeuten, beantworten? Sonst komme ich aus dem Tüddel und das möchte ich nicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, meine Herren, also zum Ende.

(Heinz Müller, SPD: Also zurück in den Tüddel.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ich komm zurück in den Tüddel.

Herr Minister, Sie haben gesagt: "Um örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen". Und nun merke ich den logischen Bruch - und das haben Sie offenbar gar nicht bedacht -, Sie haben in Ihrer Begeisterung für die Regionen zum Beispiel die Möglichkeit geschaffen, dass jemand, der im Landkreis Parchim ist, in den Landkreis Ludwigslust reist und dort die zentralen Einrichtungen vorfindet. Und jemand, der in der Landeshauptstadt Schwerin ist, der fährt dann irgendwo in den Landkreis Parchim, in irgendein Dorf und findet dort auch die zentralen Einrichtungen, die die Landeshauptstadt nicht vorhält. Das ist doch alles unlogisch. Das hat das Gesetz nicht vorgesehen. Es hat vorgesehen, dass, wenn in dem Bezirk der Ausländerbehörde bestimmte Einrichtungen, die für den normalen Gebrauch eines Menschen erforderlich sind, zum Beispiel, da Sie Pastor sind, die für ihn passende Religionsgemeinschaft, dann wird eine Ausnahme gemacht oder wenn es dort zum Beispiel nicht die geeigneten Einkaufsmöglichkeiten gibt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie möchten, dass das so gemacht wird. Aber es wird nicht so gemacht.)

Aber jetzt sage ich mal als Schweriner, ich kann meinen Grundbedarf in der Stadt, in der ich wohne, durchaus decken und das kann auch jemand, der als Asylbewerber hier ist, (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

der muss nicht nach Parchim oder nach Ludwigslust fahren.

(Wolfgang Riemann, CDU: So ist es. So ist es.)

Das war das, was ich dazu sagen wollte.

Und dann möchte ich mit einem Vorurteil doch noch mal versuchen zu brechen. Meine Damen und Herren, nicht jeder, der sich an das Gesetz und insbesondere an das Ausländergesetz, an das Asylverfahrensgesetz und an das Asylbewerberleistungsgesetz hält, ist jemand, der Ausländer oder Asylbewerber nicht mag.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sondern, meine Damen und Herren, als oberstes Gebot für einen Demokraten ist ...

(Heinz Müller, SPD: Liebe deinen Nächsten!)

Das auch. Ich weiß nicht, welcher Kirche Sie angehören. Ich zahle für beide Kirchen Steuern. Wir können uns ja mal austauschen. "Liebe deinen Nächsten" ist ein richtig gutes Gebot.

Aber ein Gesetz, das nun mal der Deutsche Bundestag in diesem Fall mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen hat und mittlerweile nicht geändert hat, das haben wir aber auch zu beachten. Ob wir das mögen oder nicht, da kann auch irgendeiner sagen, mir gefällt das nicht, wir hätten am liebsten alles offen, das können Sie machen. Dann schaffen Sie sich Mehrheiten dafür. Sagen Sie den Bürgern draußen im Lande, dass Sie das so wollen, und dann gucken wir mal, ob das mehrheitsfähig ist.

So, jetzt stehe ich gerne für Fragen bereit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Also, dann jetzt bitte die Frage von Herrn Dr. Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Jäger, Sie haben das Parlament ja heute wieder aus Ihrem großen Wissen bereichert. Ich möchte fragen, wie viel nehmen Sie für eine private Fortbildungsstunde?

Dr. Armin Jäger, CDU: Für Sie ist sie umsonst.

 (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU –
 Wolfgang Riemann, CDU: Im wahrsten Sinne des Wortes! Im wahrsten Sinne des Wortes!)

Herr Körner, Sie haben mich nicht ausreden lassen. Wo die Not am größten, da muss die Hilfe am nächsten und in diesem Fall wohlfeil sein.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt die Frage des Abgeordneten Herrn Heydorn?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.

Jörg Heydorn, SPD: Herr Dr. Jäger, wenn Sie die landesrechtliche Regelung für rechtswidrig erachten, welches Rechtsmittel gedenkt denn die CDU dagegen einzulegen?

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege, etwas für rechtswidrig zu erachten und ein Prozesshansel zu sein, sind zwei verschiedene Paar Schuh. Ich glaube, dass der Innenminister ...

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Entschuldigung, ich bin keiner. Wirklich nicht.

Ich glaube, dass der Innenminister eine Verordnungsermächtigung, die er ja hier selber vorgetragen hat, fehlerhaft ausgelegt hat. Ich bin aber nicht sein Pate. Er hat ja mittlerweile einen Verfassungsrechtler, der ihn berät, und vielleicht fragt er den mal.

(Zurufe von Dr. Klaus-Michael Körner, SPD, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Friedrich?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Bitte schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Friedrich.

Holger Friedrich, SPD: Herr Dr. Jäger, gehen Sie davon aus, dass die Zahl der Asylbewerber nach Einführung der Geldleistung wieder steigen wird?

(Heiterkeit bei Gesine Skrzepski, CDU – Reinhardt Thomas, CDU: Gute Frage.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich traue mir ja vieles zu und ich habe bestimmte Entwicklungen in diesem Bereich, wie Sie wissen, hautnah miterlebt in unterschiedlichsten Funktionen, unter anderem auch als Chef einer sehr großen Ausländerbehörde in Berlin. Aber trotzdem wage ich in diesem Falle kein Lesen aus dem Kaffeesatz. Ich kann Ihnen aus meiner Sicht nur eins sagen: Sie werden mehr Anreize für Schlepper finden, Menschen auszubeuten

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das ist eine Erfahrung, die ist kriminologisch belegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Noch eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter?

Dr. Armin Jäger, CDU: Gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Holger Friedrich, SPD: Da Sie sich anscheinend sehr gut auskennen, meine zweite Frage: Ist es in anderen Bundesländern, in denen es auch so gehandhabt wird, auch so zu verzeichnen?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich kann Ihnen auch diese Frage nicht so verbindlich beantworten, wie ich das gerne möchte. Nur beobachten Sie bitte, und da wird der Innenminister Ihnen besser helfen können über die polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes, wir haben im Bereich des Schlepperunwesens ganz erheblich schlimme Dinge zu verzeichnen. Ich denke nur an die vielen Frauen, die hierher geschleppt werden. Ich denke, wenn Sie sich Mühe geben, werden Sie vom Innenminister erfahren, dass das Weggeben des Sachleistungsprinzips eine hoch brandgefährliche Sache ist, wenn man an die Schlepperbanden denkt. Ich muss Ihnen auch sagen, es ist nicht alles vergleichbar in der Republik. Wir haben die längste Grenze zu Polen. Wir haben durch die polnische Grenze nach wie vor - das weiß der jetzige Innenminister viel besser als ich jetzt, weil ich die Zahlen nicht so taggenau habe -, wir haben da Riesenprobleme, was da so alles kommt.

Holger Friedrich, SPD: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich hätte ja auch gerne Herrn Thomas meine Frage gestellt, weil auch da hätte ich mir gerne auf die Sprünge helfen lassen. Und zwar würde ich gern wissen, welche rechtlichen Sanktionen für Deutsche gelten, die für Asylsuchende keine Gültigkeit haben. Vielleicht kann mir hinterher mal irgendjemand weiterhelfen. Mir fällt da nichts ein, mir fällt dazu gar nichts ein. Das aber nur am Rande.

(Reinhardt Thomas, CDU: Fragen Sie mal bei den Behörden nach! Sprechen Sie doch mal mit den Mitarbeitern!)

Seitens der Redner der CDU ist ja heute hier wieder so getan worden, als wenn wir die Not der ganzen Welt nach Mecklenburg-Vorpommern reinholen wollen. Schleusen auf, kommet her zu uns, und zwar alle, die woanders nicht mehr bleiben wollen! Die Fakten sehen aber ganz anders aus. Mecklenburg-Vorpommern hat einen Ausländeranteil von rund 1,7 Prozent. 1,7 Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind Ausländer, und zwar inklusive anerkannter Asylsuchender, inklusive Asylsuchender, inklusive bewilligte Asylbewerber. Da sind also alle schon mit drin. Noch mal für alle: 1,7 Prozent! Das, denke ich, muss man mal zur Kenntnis nehmen. Ich denke, wir sind uns alle einig darüber, wenn man sagt, es macht keinen Sinn, Menschen über Gebühr zu belasten, Menschen mehr zu belasten, als dies wirklich notwendig ist.

Und wenn das Thema Sachleistungsprinzip hier ins Spiel gebracht wird, und immer wieder bemüht wird, dann muss man eines sehen, unser Innenminister ist schon darauf eingegangen: Die Asylbewerberzugangszahlen in Mecklenburg-Vorpommern haben sich seit dem Jahr 1991 – da hatten wir 256.112 im Bund, in Mecklenburg-Vorpommern 7.158, im Jahr 1992 hatten wir 438.191 im Bund und 13.286 in Mecklenburg-Vorpommern – verringert. Es ging also langsam zurück. Im Jahr 2002 hatten wir im Bund noch Asylbewerberzugangszahlen in einer Größenordnung von 71.127

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und in Mecklenburg-Vorpommern 2.114. Es gibt auch schon Zahlen für das Jahr 2003. Für das halbe Jahr hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern Zugangszahlen von 896. Das heißt, es geht noch mal zurück. Wir werden, wenn es so weitergeht, im Jahr 2003 Zugangszahlen haben, die unter 2.000 Personen liegen. Und wenn man sich mal ansieht, dass wir im Jahr 1992 Zugangszahlen von fast 14.000 gehabt haben, dann kann man vielleicht verstehen, dass man zur damaligen Zeit mit anderen rechtlichen Instrumentarien hat arbeiten müssen als zu einer Zeit, wo nicht mal mehr 2.000 Menschen hier zu uns ins Land kommen. Ich finde, wenn man erkennt, dass die Regelungen, die man mal getroffen hat, nicht mehr zeitgemäß sind, dann muss man sie verändern,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

auch im Sinne der davon betroffenen Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jäger?

Jörg Heydorn, SPD: Ja, am liebsten beantworte ich Fragen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heinz Müller, SPD: Kluge Fragen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Heydorn, wenn Sie eben ausgeführt haben, dass wir eigentlich keinen Bedarf mehr haben für die Regelungen der beiden Bundesgesetze, welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? Wollen Sie die geändert haben oder wie habe ich das jetzt verstanden?

Jörg Heydorn, SPD: Also mir geht es nicht um Gesetzesänderungen auf der Bundesebene. Mir geht es darum, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern zu Regelungen kommen, die immer im Sinne der Menschen sind, die im Sinne von Verwaltungsvereinfachung sind und die zeitgemäß sind.

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich nachfragen?

Jörg Heydorn, SPD: Gerne.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ist das dann auch Ihr Mittel, dass Sie ein Bundesgesetz einfach nicht mehr anwenden, indem Sie eine Verordnung auf eine Verordnungsermächtigung stützen, die dafür nicht ausreicht?

Jörg Heydorn, SPD: Ich habe das nun juristisch nicht geprüft beziehungsweise prüfen lassen. Dass die ganze Angelegenheit so rechtswidrig sein soll, da sind Sie der Einzige, der das hier nachhaltig behauptet, das habe ich noch von keinem anderen gehört. Sie können es rechtlich gerne prüfen lassen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege, letzte Frage.

Jörg Heydorn, SPD: Ja, gerne.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Moment bittel Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zusatzfrage?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Die bekommt er gratis.)

Jörg Heydorn, SPD: Gerne.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin, ich bitte um Entschuldigung. Er hatte mir schon freundlich zugenickt. Wir wohnen ja in einer Stadt.

Herr Kollege Heydorn, könnte es sein, dass die Tatsache, dass Sie so davon überrascht sind, dass die Ermächtigungsgrundlage, jedenfalls dem Wortlaut nach, für das, was hier gemacht wird, nicht ausreicht, daran liegt, dass sich keiner drum gekümmert hat?

Jörg Heydorn, SPD: Nein, es liegt einfach daran, dass ich in das rechtmäßige Handeln unseres Innenministers und seines Ministeriums großes Vertrauen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Prima!

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Heydorn.

Ich schließe jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/733.

Hierzu wurde vom Abgeordneten Herrn Jäger ein mündlicher Änderungsantrag gestellt, jeweils das Wort "Sachkostenprinzip" durch das Wort "Sachleistungsprinzip" zu ersetzen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hierüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der vom Abgeordneten Jäger mündlich gestellte Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU, einigen Stimmen der Fraktion der SPD, vier Stimmenthaltungen, einigen Stimmen der Fraktion der PDS und fünf Gegenstimmen angenommen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU – Andreas Bluhm, PDS: Das war es dann wohl.)

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/733 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/733 auch mit den soeben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 8. Oktober 2003, 10.00 Uhr ein. Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich möchte noch an die Ältestenratssitzung erinnern, die jetzt im Anschluss stattfindet. Ich wünsche allen einen guten Heimweg.

Schluss: 17.35 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Sigrid Keler, Lilly Kühnel und Birgit Schwebs.